



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Theorie und Praxis der SPÖ von 1989 bis 2010

Verfasser

Willibald Heimlich

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuerin: Dr. Hannelore Eva Kreisky

Erklärung zum selbstständigen Verfassen der Arbeit

„Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst habe. Ich habe keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt.

Ich habe die Arbeit bzw. Teile davon weder im In- noch im Ausland einer Beurteilerin/einem Beurteiler zur Begutachtung als Prüfungsarbeit vorgelegt“

Wien, Dezember 2011

Willibald Heimlich

Danksagung

Ich bedanke mich bei **Michael Rosecker** für die freundliche Bereitstellung von Büchern und Unterlagen.

Manfred Lang und Angelika Zach (Renner-Institut) haben mir freundlicherweise Zugang zum Archiv des Renner-Institutes gewährt und mich unterstützt. Danke für eure Hilfe!

Ich bedanke mich bei **Markus Netter** für die Bereitstellung von AK-Statistiken.

Bruno Rossmann hat mir Budgetanalysen der AK, die nicht archiviert oder eingescannt waren, zur Verfügung stellen lassen.

Weiteres bedanke ich mich bei: **Alfred Gusenbauer, Franz Vranitzky, Petra Bayr, Barbara Blaha, Adi Hirschal, Thomas Hofer, Karl Ucakar, Erwin Buchinger, Josef Broukal, Peko Baxant** u.v.m.

Eva Kreisky gebührt Dank für die Betreuung und die Beratung während der Entstehung dieser Diplomarbeit.

Inhaltsverzeichnis

1.0 Einleitung	Seite 3 bis 4
1.1 Methodik: Grounded theory	Seite 5 bis 6
1.2 Theoretischer Hintergrund: Das politische Feld	Seite 7 bis 9
1.3 Demokratie und das Gesetz der Oligarchie	Seite 10 bis 11
2.0 Zentrale Begriffe und Arbeitsdefinitionen	Seite 12
2.1 Sozialismus	Seite 13 bis 21
2.2 Austromarxismus	Seite 22 bis 24
2.3 Theorien sozialer Demokratie	Seite 25 bis 29
3.0 Begriffsgeschichte	Seite 29 bis 35
4.0 Grundsatzprogramm-Analyse	Seite 36 bis 40
5.0 Begriffs- und Wertezugänge von Politikern und Politikerinnen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs	Seite 41 bis 47
5.1 Sozialdemokratische Politik-Strategien	Seite 47 bis 48
5.2 Resume des Werte- und Begriffsvergleiches politischer Praxis und Theorie	Seite 49 bis 51
6.0 SPÖ und Parteiobmänner zwischen 1989 bis 2010	Seite 52
6.1 Historischer Kontext 1989 bis 1996	Seite 52 bis 54
6.2 Franz Vranitzky-Sozialisation und Charakterisierungen	Seite 54 bis 62
6.3 Politische Entscheidungen unter Vranitzky	Seite 63 bis 71
6.4 Der EU-Beitritt	Seite 71 bis 76
6.5 Reformen und Budget unter Vranitzky	Seite 77 bis 80
7.0 Historischer Kontext 1996 bis 1998	Seite 81 bis 82
8.0 Viktor Klima	Seite 83 bis 93
8.0 Historischer Kontext 1999 bis 2006	Seite 93 bis 94
8.1 Alfred Gusenbauer- Sozialisation und Charakterisierungen	Seite 95 bis 108
8.2 Politische Reformen und Budget unter Gusenbauer	Seite 108 bis 111
9.1 Werner Faymann- Sozialisierung und Charakterisierung	Seite 112 bis 119
9.2 Reformen und Budget unter Faymann	Seite 120 bis 124
9.3 Resume über SPÖ-Parteiobmänner-Entscheidungen von 1989 bis 2010	Seite 125 bis 126
10.0 Entscheidet die SPÖ parteiintern gemäß der Parteistatuten demokratisch oder oligarchisch?	Seite 127 bis 130
11.0 Rückschlüsse auf die Fragestellungen	Seite 130
11.1 Deckungsgleichheit subjektiver Politik-Zugänge mit Wertevorstellungen aus Sekundärliteratur	Seite 130 bis 132

11.2 Beurteilung der Entscheidungsfindungen der SPÖ-Parteibömer von 1989 bis 2010 nach sozialdemokratischen Wertevorstellungen	Seite 132
11.2.1 Franz Vranitzky	Seite 132 bis 138
11.2.2 Viktor Klima	Seite 139 bis 140
11.2.3 Alfred Gusenbauer	Seite 141 bis 144
11.2.4 Werner Faymann	Seite 145 bis 147
12.0 Entscheidet die SPÖ parteiintern gemäß den Parteistatuten demokratisch oder oligarchisch?	Seite 148 bis 149
12.1 Oligarchische Entscheidungen im politischen Feld am Beispiel des ÖGB	Seite 150 bis 156
12.2 Fazit	Seite 156 bis 160
12.3 Interviewleitfaden	Seite 161
13.0 Literaturverzeichnis	Seite 162 bis 170
13.1 Interviews	Seite 171 bis 298
14.0 Politikwissenschaftlicher Lebenslauf	Seite 299 bis 300

1.0 Einleitung

In der Diplomarbeit mit dem Titel „ Theorie und Praxis der SPÖ von 1989 bis 2010“ werden drei Fragestellungen näher untersucht.

Die erste Frage betrifft den Vergleich der in Interviews ausgefragten Wertvorstellungen der verschiedenen ProtagonistInnen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs mit den auf Basis sozialistischer, marxistischer und sozialdemokratischer Ideen und Theorien ausgearbeiteten Wertevorstellungen. Dabei wird folgende Frage bearbeitet: **Sind die individuellen Zugänge von PolitikerInnen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs zu sozialistischen, marxistischen und sozialdemokratischen Wertkonzepten auf der Grundlage von Sekundar-Literatur ausgearbeiteten Ideologien deckungsgleich?**

Die zweite Frage betrifft den Vergleich der politischen Praxis der Sozialdemokratischen Partei Österreichs in den Jahren 1989 bis 2010 mit durch Sekundärliteratur und persönliche Interviews im Rahmen der ersten Fragestellung formulierten, sozialistischen, marxistischen und sozialdemokratischen Werten. Dabei wird sich folgender Fragestellung angenähert: **Haben sich die SPÖ-Parteiobermänner von 1989 bis 2010 bei ihren Entscheidungsfindungen und in ihrer politischen Praxis nach sozialistischen, marxistischen und sozialdemokratischen Wertevorstellungen gerichtet?**

Um Stimmungen und jeweils aktuelle politische Debatten einzubringen, wurde zu jedem politischen und historischen Kontext ein einführendes Kapitel verfasst. Zusätzlich wurde Sozialisationen und Charakterisierungen der Parteiobermänner auf Basis der Interviews, Artikel und Büchern eingefügt.

Nachdem sich aus der Beantwortung der ersten, sowie der zweiten Frage eine dritte Fragestellung im Rahmen der Themensetzung aufgedrängt hat, wird nach der Methodik der Grounded theory vorgegangen, da die jeweiligen Erkenntnisse Auswirkungen auf die fortsetzenden Fragestellungen hatten.

Die Grounded theory bildet die Basis für die Interpretation der Forschungsergebnisse. Um individuelle Zugänge der befragten PolitikerInnen untermauern zu können, war es notwendig, die am häufigsten genannten

Kampfbegriffe der Sozialdemokratie, nämlich Freiheit, Gleichheit und Solidarität (Brüderlichkeit) zu hinterfragen, um sie durch analytische Begriffsbildungen untereinander vergleichen zu können.

Durch die individuellen Beantwortungen der InterviewpartnerInnen, insbesondere durch die Gespräche mit Erwin Buchinger und Josef Broukal, ergab sich folgerichtig eine dritte Fragestellung, die als Anschlussfrage auf die zweite Fragestellung gesehen werden könnte: **Entscheidet die SPÖ parteiintern gemäß der Parteistatuten demokratisch oder oligarchisch?**

Bevor es in dieser Diplomarbeit zu einer Bearbeitung der drei Fragestellungen kommt, werden die Methodik, sowie die ihr zugrundeliegenden Theorien definiert und dargestellt. Danach werden sozialistische, marxistische und sozialdemokratische Wertevorstellungen eingefügt, die eine Voraussetzung bilden, um Vergleiche aufzeigen zu können.

So werden Kriterien auf Basis verschiedener, politischer Theorien, sowie der ausgearbeiteten, materialen Theorie der Grounded theory eingegrenzt, um Ähnlichkeiten und Differenzen zwischen den Ansprüchen der SPÖ-PolitikerInnen und der politischen Praxis der SPÖ mit sozialistischen, marxistischen und sozialdemokratischen Theorien und Ideologien erkennen zu können.

Die dritte Fragestellung wird durch die Theorie der Oligarchie demokratischer Parteien von Robert Michels konkretisiert.

Zur Zitierweise:

Zitiert wird in dieser Arbeit nach den universitär üblichen Regeln. Die Zitate aus den persönlichen Interviews sind in kursiver Schrift gehalten, die Anderen nur durch Anführungszeichen gekennzeichnet. Die Interviews befinden sich im Anhang. Hier ist die komplette wörtliche Transkription zu finden. Aus Gründen der Verständlichkeit wurden etwaige Wortwiederholungen und Satzfehlstellungen korrigiert. Ebenfalls werden dialektale Unreinheiten ins Hochdeutsche übersetzt. Floskeln wie „Behaupte ich jetzt mal“ werden aus Gründen der Verständlichkeit reduziert, bzw. gänzlich gestrichen.

1.1 Methodik: Grounded Theory

Die erste Fragestellung der Diplomarbeit wurde mit Hilfe der Grounded Theory bearbeitet. Das liegt an dem zu Grunde liegenden Vergleich der Interviews. Es wurden die Aussagen von ehemaligen und aktiven SPÖ-Politikerinnen und Politikern verglichen. Da die Fragen für die Experteninterview auf den Antworten der jeweiligen PolitikerInnen basierten und umgekehrt wurde mit der Methode der Grounded Theory gearbeitet, die besagt, dass die Theorie zum jeweiligen Forschungsstand „Aus den Daten“ selbst zu „generieren“¹ ist. Das ist bei diesem Projekt der Fall. Über die etwaigen Differenzen zwischen individuellem Anspruch an die Sozialdemokratie der SPÖ-Parteiobermänner und ihrer jeweiligen politischen Praxis gibt es noch keine ausgearbeiteten Daten. Diese müssen erst in Interviews erhoben werden aus denen dann Theorien im „Laufe der Forschung systematisch mit Bezug auf die Daten ausgearbeitet werden“.²

Die Nutzung der Grounded Theory ist angebracht, da aufgrund der Interviews mit verschiedenen SPÖ-PolitikerInnen und SPÖ-nahen Persönlichkeiten, sowie der Daten, der Verlauf der Arbeit verändert wurde. Es sollte also ein theoretisches Sampling erfolgen – die Suche nach den Daten, die noch fehlen. Trotzdem wurde darauf geachtet, dass die Daten relativ zeitnah erhoben wurden, um einen gemeinsamen Raum zu wahren.

Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik von Vranitzky, Alfred Gusenbauer und Werner Faymann werden untersucht. Abweichungen zu sozialdemokratischer Politik nach sozialdemokratischen Wertevorstellungen werden aufgelistet. Drei Budgetanalysen der Arbeiterkammer fließen in die Diplomarbeit ein. Einerseits das Sparpaket von 1996/ 1997 (Vranitzky), das Doppelbudget 2007/2008 (Gusenbauer) und das Sparsbudget 2010 (Faymann). Beurteilungen des Kurzzeit-Parteiobermannes Klima sind schwierig, da er weder überwiegend für das Grundsatzprogramm 1998, noch für ein eigenes Budget verantwortlich ist. Beim Sparpaket 1996/1997 arbeitete Klima eng mit Vranitzky zusammen, insofern kann dieses Budget in Klima-Beurteilungen einfließen.

¹ Glaser, Barney G., Strauss, Anselm L., „Grounded Theory. Strategien qualitative Forschung“, Bern: Hans Huber 1998, S. 8.

² Ebd. S. 15

Bei dem Vergleich der Aussagen der ehemaligen Parteiobmänner , SPÖ-PolitikerInnen und SPÖ-nahen ProtagonistInnen liegt die komparative Methode nahe. So lassen sich besonders die Unterschiede hervorheben und verdeutlichen. Durch die verglichenen Statements sollen vor allem Kategorien und Eigenschaften gefunden werden mit denen eine weitere Forschung möglich wird. Anschließend soll bereits bestehende Theorie hier integriert werden.

So ergibt sich aber auch die Möglichkeit Theorie immer wieder neu anzupassen. Als Ergebnis ist materiale Theorie zu erwarten, als Gegensatz zu formaler Theorien.

1.2 Theoretischer Hintergrund: Das politische Feld

Der Versuch eines Vergleiches der politischen Praxis mit politischen und ideologischen Theorien des Sozialismus, der Sozialen Demokratie und des Austromarxismus ist differenziert zu betrachten. Auf der einen Seite ist der Vergleich in den Sozialwissenschaften eines der wichtigsten Instrumente zur Erfassung und zur Analyse von Wirklichkeit³, andererseits gilt es dabei zusätzlich zu berücksichtigen, dass das politische Feld laut Bourdieu als ein kleiner, relativ autonomer Mikrokosmos konzipiert und ein Universum ist, dass seinen eigenen Gesetzen gehorcht, die sich von den Gesetzen der gewöhnlichen, sozialen Welt unterscheiden⁴. Da das politische Feld laut Bourdieu nicht bereits immer vorhanden war, muss es im Umkehrschluss zu einer Entwicklung desselbigen gekommen sein. Das politische Feld als Mikrokosmos gesehen implementiert sogenannte Einweihete und Nicht-Eingeweihte. Bourdieu widerspricht Robert Michels, der den Gedanken entwickelt hat, dass auch demokratische Parteien und Gewerkschaften dazu tendieren, die Macht in den Händen einer kleinen Zahl, einer Oligarchie, zu konzentrieren. Bourdieu widerspricht indem er die sozialen Komponenten bei der aktiven Partizipation an Politik unterstreicht. So wird erwähnt, dass die Bereitschaft zur Partizipation sowie die Fähigkeit auf Fragen der politischen Meinung zu antworten sehr aufgrund sozialer Bedingungen ungleich verteilt ist. Bourdieu führt weiter aus, dass Frauen aufgrund mangelhafter Arbeitsteilung mit Männern, sehr viel weniger dazu bereit sind, auf politische Fragen einzugehen⁵. Hinzu kommt, dass weniger gebildete Menschen weniger dazu bereit sind als gebildete Personen, sowie arme Menschen entschieden seltener partizipieren als wohlhabende. Weiteres wird erklärt, dass die Wahlbeteiligung aufgrund dieser Argumentation ebenfalls ungleich verteilt sein müsste, was wiederum dazu führt, dass die Wohlhabenden und Gutgebildeten überproportional im Wahlausgang repräsentiert sein müssten, als die Armen und weniger Gebildeten⁶. Interessanterweise gibt Bourdieu an, dass seine Erklärung, dass soziale Gründe ausschlaggebend sind für die Teilnahme am politischen Feld, ein Widerlegungsgrund von Robert Michels Ausführungen wäre, was insbesondere

³ Bourdieu, Pierre, Politik, Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Konstanz, 2010, S.97

⁴ Bourdieu, Pierre, Politik, Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Konstanz, 2010, S.97 ff.

⁵ Bourdieu, Pierre, Politik, Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Konstanz, 2010, S.99

⁶ Bourdieu, Pierre, Politik, Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Konstanz, 2010, S.99

im Zusammenhang mit deren Theorie der Oligarchie in der Politik, nicht standhält und intellektuell nicht ineinander greift. Das politische Feld neigt dazu, dass es sich gegenüber dem Äußeren, sowie gegenüber Nicht-Eingeweihten verschließt und mit Fortdauer auch verselbstständigt. Bourdieu schreibt in diesem Zusammenhang von den Professionellen und den Laien, was wiederum eine andere Bezeichnung für Eingeweihte und Nicht-Eingeweihte implementiert. In diesem Zusammenhang ebenfalls wichtig zu erwähnen ist, dass ein gewisser Argwohn gegenüber Politikern besteht, der laut Bourdieu nicht ganz der Grundlage entbehrt, was so viel bedeutet wie, dass dem Umstand etwas abzugewinnen ist. Im Anschluss daran wird unterstrichen, dass es einer der Vorzüge des Feldbegriffes Politik sei, dass die Handlungen von mitspielenden Personen ihren Ursprung im politischen Feld selbst haben⁷. Die Theorie beinhaltet, dass all diese Komponenten Variablen sind, die zur Geschlossenheit des politischen Feldes beitragen mit der Tendenz leer zu laufen. Zudem wird unterstrichen, dass es dann letztendlich aber dennoch nicht so weit gehen kann, mit einer Autonomie und Geschlossenheit des politischen Feldes, da sich die Politiker und Politikerinnen auf die Menschen beziehen in deren Namen sie sprechen und vor denen sie zumindest fiktiv Rechenschaft ablegen müssen⁸. Im Gegensatz zu künstlerischen Feldern kann sich also laut Bourdieu das politische Feld niemals vollständig verselbstständigen. Politik ist ein Kampf um Ideen, aber einen ganz besonderen Typ von Ideen, fundamentale Ideen, die als Mobilisierungskraft fungieren⁹. In dieser Diplomarbeit wird es auch um diese Ideen gehen und um deren jeweiligen Fundamente, insbesondere wenn die sozialistische, marxistische, austromarxistische und sozialdemokratische Theorie aufgezeigt wird. Bourdieu erklärt, dass es im politischen Feld symbolische Kämpfe gibt, bei denen die Gegner über unterschiedliche Waffen, ungleiches Kapital und ungleiche symbolische Macht verfügen. Dieses Prestigekapital¹⁰ ist an den Bekanntheitsgrad gebunden und wie eine Person wahrgenommen wird. Zusammengefasst bedeutet das, dass das politische Kapital eines politischen Akteurs zum einen abhängig ist vom politischen Gewicht seiner Partei und zum anderen von seinem eigenen Gewicht in der Partei. Sehr kritische Sätze sind zu lesen, wenn ausgeführt wird, dass ein sehr großer Teil

⁷ Bourdieu, Pierre, Politik, Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Konstanz, 2010, S.101

⁸ Bourdieu, Pierre, Politik, Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Konstanz, 2010, S.104

⁹ Bourdieu, Pierre, Politik, Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Konstanz, 2010, S.107

¹⁰ Vgl. Bourdieu, Pierre, Politik, Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Konstanz, 2010, S.108

der Handlungen von Politikern und Politikerinnen keine andere Funktion hat, als den Apparat zu reproduzieren und sich selbst zu reproduzieren, der ihre Reproduktion garantiert.¹¹

Unter „Sozialer Raum und politisches Feld“ ist letztendlich ein auch für diese Diplomarbeit enorm wichtiger Punkt festgehalten, der an dieser Stelle hervorgehoben werden muss. Bourdieu schreibt von dem symbolischen Kampf¹², den sich die Gruppen sozialer Akteure ständig liefern und der immer markierter über ein Korps von Repräsentationsfachleuten vermittelt, über Kultur- und Ideologieproduzenten, Politiker, Gewerkschaftsvertreter, die als Wortführer der Gruppen innerhalb des Felds der symbolischen Produktion miteinander konfrontiert sind.

¹¹ Vgl. Bourdieu, Pierre, Politik, Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Konstanz, 2010, S.109

¹² Vgl. Bourdieu, Pierre, Politik, Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Konstanz, 2010, S.116

1.3 Demokratie und das Gesetz der Oligarchie

Robert Michels hat laut Pierre Bourdieu einen pessimistischen Zugang zum politischen Feld¹³. Nichtsdestotrotz sind die Ausführungen von Michels essentiell für diese Diplomarbeit, insbesondere um sich der dritten Fragestellung annähern zu können. Die dritte Fragestellung bezieht sich darauf, ob die Partei intern eher nach demokratischen oder nach oligarchischen Handlungsmustern gelenkt wird. Michels behandelt dieses Thema unter der Überschrift „Demokratie und das Gesetz der Oligarchie“. Michels determiniert, dass die Partei keine soziale und keine ökonomische Einheit ist¹⁴. Die Grundlage der Partei ist das Programm. Dieses kann zwar theoretisch die Interessen einer bestimmten Klasse zum Ausdruck bringen. Aber praktisch wird der Beitritt zur Partei niemanden verwehrt, mögen seine Privatinteressen mit denen im Programm enthaltenen Sätzen übereinstimmen oder nicht. Alle Sozialisten geben theoretisch ohne Rücksicht auf ihre ökonomische Stellung im Privatleben, die absolute Vormachtstellung einer bestimmten großen Klasse zu¹⁵. Der letzte Satz auf die gegenwärtige, sozialdemokratische Partei Österreichs herunter gebrochen impliziert, dass alle Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen die absolute Vorrangigkeit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen-Interessen, sowie der generell materiell schwach ausgestatteten Personen gegenüber den Wohlhabenden theoretisch zugeben. Michels erklärt weiter, dass wenige Mitglieder der oberen Gesellschaftsschichten ihre eigenen, widerstreitenden Interessen zu Opfer bringen und sich deklassieren werden, während die Mehrzahl von ihnen wirtschaftlich in den entgegengesetzten Interessen verwurzelt bleibt¹⁶. Die Autonomie des politischen Feldes von Bourdieu wird gewissermaßen ausgeweitet durch die Darstellung der Autonomie der Partei von Michels. Als Gesamtkonzept und Kombination der Theorie des politischen Feldes

¹³ Vgl. Bourdieu, Pierre, Politik, Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Konstanz, 2010, S.98

¹⁴ Vgl. Michels, Robert, Soziologie des Parteiwesens, Demokratie und das Gesetz der Oligarchie, Stuttgart, 1989, Alfred Kröner Verlag, S.363ff.

¹⁵ Vgl. Michels, Robert, Soziologie des Parteiwesens, Demokratie und das Gesetz der Oligarchie, Stuttgart, 1989, Alfred Kröner Verlag, S.364

¹⁶ Vgl. Michels, Robert, Soziologie des Parteiwesens, Demokratie und das Gesetz der Oligarchie, Stuttgart, 1989, Alfred Kröner Verlag, S.364

von Bourdieu sowie der Partei als Selbstzweck von Michels ergibt sich ein intensiv fragmentiertes Bild. Michels stellt klar, dass insofern die Partei nicht mehr als Mittel zum Zweck, sondern als Selbstzweck mit eigenen Zielen und Interessen im Mittelpunkt angesehen wird, es zu einer teleologischen Abtrennung von der Klasse kommt, die sie vertritt¹⁷. Im gleichen Kapitel determiniert Michels, dass aus seiner aufgestellten Formel von der Notwendigkeit der Ablösung einer herrschenden Schicht durch eine andere das Gesetz der Oligarchie abgeleitet wird. Die Bildung von Oligarchien im Schoße der mannigfaltigen Formen der Demokratien ist eine organische, also eine Tendenz der jede Organisation, auch die sozialistische, selbst die libertäre, notwendigerweise unterliegt. Somit stellt jede Parteiorganisation eine mächtige, auf demokratischen Füßen ruhende Oligarchie dar¹⁸. Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden¹⁹.

Einerseits kommt es durch Bourdieu zu einer Darstellung des politischen Feldes als Zusammenkunft von Experten und Expertinnen gegenüber den Laien im Umfeld und einem Korps von Repräsentationsfachleuten, die über die symbolische Produktion²⁰ miteinander konfrontiert sind, und andererseits Michels Annäherung an die Thematik durch die angedeutete Darstellung der Partei als Selbstzweck, sowie der Determinierung des Gesetzes der Oligarchie, wobei an diesem Punkt die Partei als Teil bzw. Protagonistin des politischen Feldes zu identifizieren ist.

¹⁷ Vgl. Michels, Robert, Soziologie des Parteiwesens, Demokratie und das Gesetz der Oligarchie, Stuttgart, 1989, Alfred Kröner Verlag, S.366

¹⁸ Vgl. Michels, Robert, Soziologie des Parteiwesens, Demokratie und das Gesetz der Oligarchie, Stuttgart, 1989, Alfred Kröner Verlag, S.371

¹⁹ Vgl. Michels, Robert, Soziologie des Parteiwesens, Demokratie und das Gesetz der Oligarchie, Stuttgart, 1989, Alfred Kröner Verlag, S.370ff.

²⁰ Vgl. Bourdieu, Pierre, Politik, Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Konstanz, 2010, S.116

2.0 Zentrale Begriffe und Arbeitsdefinitionen

Um die Werte und Inhalte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs aufzählen zu können, war eine intensive Beschäftigung mit verschiedensten Theorien von Nöten. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs hat zudem den einzigartigen, theoretischen Zugang des so genannten Austromarxismus innewohnend gehabt. In der zweiten Republik gab es zudem die Deklaration des „Austrokeynesianismus“, der ebenfalls ein individuelles, charakteristisches Spezifikum für die österreichische Sozialdemokratie darstellt. Nachdem die Partei in der zweiten Republik neu aufgebaut wurde, kam es zu einer intensiven Abgrenzung zum Kommunismus. Spätestens nachdem die SPÖ unter Pittermann aufgrund einer kommunistischen Wahlempfehlung die Wahlen verlor, distanzierte sich die SPÖ von kommunistischen Gedanken. Trotzdem besteht Ideologie der SPÖ aus sozialistischen, sozialdemokratischen und marxistischen Wertevorstellungen. Da sich in dieser Diplomarbeit die ersten beiden Fragestellungen mit den Werten, Kampfbegriffen und nach Operationalisierung analytischen Begriffen beschäftigen, ist eine fragmentierte Darstellung der Begriffe Sozialismus, Sozialdemokratie und Austromarxismus essentiell für eine effiziente Bearbeitung.

Dabei werden Parteitagereden, Grundsatzprogramm- und Regierungsprogramm-Analysen in den theoretischen Zugang einfließen. Bei Regierungsprogrammen muss die Beteiligung der ÖVP in Analysen berücksichtigt werden.

Die Darstellung der Inhalte von Begriffen wie Sozialismus, Marxismus und Sozialdemokratie ist inhaltlich fragmentierter zu betrachten, als kurze Begriffsdefinitionen, da mit diesen Überschriften eine Vielzahl an sozialen, politischen und praktischen Werthaltungen, Definitionen und Politik-Strategien impliziert ist. In den Annäherungen inhärent ist zusätzlich eine Sozialismus-Differenzierung zur Sozialdemokratie.

Im Anschluss wird sich den Begriffen Sozialismus, Austromarxismus und Sozialdemokratie angenähert.

2.1 Sozialismus

Im Nachhinein lassen sich in den Anfängen zwei sozialistische Grundströmungen differenzieren.²¹ Die eine Strömung hatte als Zentrum die Gleichheit im Sinne der materiellen Gleichheit der Menschen. Hintergrund war die agrargesellschaftliche Annahme, dass die Güter der Welt letztlich von der Natur gegeben sind und folglich in der Gesellschaft nur abgeschöpft und verteilt werden kann.

Philosophen und Theoretiker wie Aristoteles waren der Meinung, dass soziale Ungleichheit gewissermaßen der Preis der Zivilisation sei. Ganz nach dem, meiner Meinung nach inhaltlich falschem Gedanken: Entweder oder- Entweder Zivilisation, oder Gleichheit. Statt Aristoteles zu kritisieren, wurden aus seinen Gedanken heraus ein Rückschluss gezogen: Wer die Zivilisation wollte, musste auch die Ungleichheit wollen; wer aber die Gleichheit wollte, musste auf die Zivilisation verzichten.²² Diese Position zeichnet einen elementaren Strang der ersten sozialistischen Grundströmung aus. Die zweite sozialistische Grundströmung hatte unterscheidende Eckpunkte in Ansicht, Ziel und Wertigkeit. Eine vernünftige Gestaltung der Wirklichkeit, einer Steigerung von Rationalität und Fortschritt und einer Herrschaft der Vernunft.²³ Die vernünftige Gestaltung der Wirklichkeit war notwendig, um als Ziel der leistungslosen Aneignung von Gütern ein Ende zu setzen. Ziel war jedoch nicht materielle Gleichheit sondern vielmehr ein Staat der von kompetenten Planern beherrscht wird. Die zweite sozialistische Strömung hatte Nichts gegen ein Leistungsprinzip. Sie kritisierte vielmehr die leistungslose Aneignung von Gütern und die fehlenden Instanzen in der Gewährleistung eines funktionierenden Leistungsprinzips. Zusammenfassend kann gesagt werden: Während es der ersten sozialistischen Strömung um jeden Preis um materielle Gleichheit ging, womöglich sogar auf Kosten zivilisatorischer Errungenschaften, waren Fairness und Gerechtigkeit im Sinne der gerechten Startchancen im Zentrum der anderen SozialistInnen.

²¹ Heimlich, Willibald, Die theoretische Basis der österreichischen Sozialdemokratie, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.41 ff.

²² Siefert, Rolf Peter, Karl Marx zur Einführung, Junius Verlag, Dresden, 2007, S.27

²³ Heimlich, Willibald, Die theoretische Basis der österreichischen Sozialdemokratie, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.42 ff.

Der Begriff „Sozialismus“ ist laut etwaigen Philosophen wie Marx durchflutet mit Kritik an Kapitalismus, den ökonomischen Verhältnissen und der Verelendung des Proletariats, sowie einem zukunftsorientierten Menschenbild.²⁴ Das zukunftsorientierte Menschenbild lässt sich in etwa so determinieren: „Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, dass ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, dass ihr Bewusstsein bestimmt.“²⁵(...) Die Tendenz zum Sozialismus musste vielmehr in der materiellen Welt selbst zu finden sein, wenn es sich nicht um ein bloßes Phantasma handeln sollte.“ In weiterer Folge liegt die wahre Freiheit des Sozialismus jenseits der Ökonomie, im Selbstzweck der menschlichen Kraftentfaltung, also auch jenseits der Arbeit. Die Befreiung von der Arbeit ist daher das letzte Ziel der Geschichte „(...) dass der Kapitalismus die letzte Klassengesellschaft ist und im Sozialismus Harmonie und Freiheit herrschen.“²⁶ In sozialistischen Ideologien gibt es ein „höheres“ Ziel, dass nach der Beseitigung aller Klassenunterschiede den „neuen Menschen“ hervorbringen soll. Der „neue Mensch“ als ein aufgeklärtes, solidarisches, von allen Klassenzwängen befreites Wesen.

Der „neue Mensch“ ist zwar einerseits ein weit in der Zukunft liegendes sozialistisches Ziel. Die Klasse, also die Menschengruppe die diesen „neuen Menschen“ hervorbringen soll war jedoch bereits niedergeschrieben. So heißt es: „Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüber stehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenes Produkt.“²⁷

²⁴ Vgl. Heimlich,Willibald, Neoliberalismus und Sozialdemokratie, Eine gemäß der sozialdemokratischen Eigendefinition unvereinbare Koppelung, S.7 ff.

²⁵ Siefertle,Rolf Peter, Karl Marx zur Einführung,Junius Verlag,Dresden, 2007,S.175 ff.

²⁶ Siefertle,Rolf Peter, Karl Marx zur Einführung,Junius Verlag,Dresden, 2007,S.175 ff.

²⁷ Marx,Karl,Engels,Friedrich,Das kommunistische Manifest, Anaconda,2009,S.28

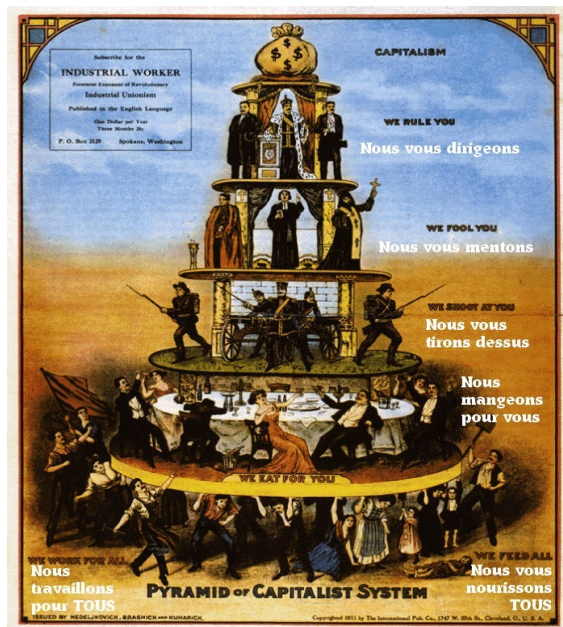


Abbildung des kapitalistischen Systems als Pyramide ²⁸

Die so genannte „Pyramide a renverser“ verbildlicht das ursprüngliche Weltverständnis der Sozialdemokratie und SozialistInnen. Am unteren Bildrand ist das Volk, dass die größte Last trägt und sagt: „Wir arbeiten für euch!“. Über ihnen sitzen die Kapitalisten, die sagen: „Ich esse für euch“. Darüber ist das Heer zu erkennen, dass die Botschaft verkündet: „Ich schieße auf euch“. Eine Klasse darüber ist der Klerus, der „für uns (Anm.: die ArbeiterInnen) betet“.²⁹

Weiter oben ist der Monarch, der „über uns (Anm.: über Alle)“ steht und an der Spitze der Pyramide steht das Kapital, das Geld. Sozialistische Ideologie ist eine dem Kapitalismus entgegengesetzte Theorie. Die Sozialdemokratie ist wie Soziale Demokratie eine den Kapitalismus akzeptierende und im kapitalistischen System operierende Werthaltung. Während die Sozialdemokratie hauptsächlich Chancengleichheit, Start- und Lebenschancengleichheit im Sinne einer positiven und negativen Freiheit anstrebt, möchte Sozialismus diese abgebildete Pyramide stürzen. Die revolutionäre Klasse, das Proletariat sollte diese Pyramide in mehreren Schritten stürzen und hervorgehen sollte der bereits erwähnte „neue Mensch“.

Dieser „neue Mensch“ sollte auch in einer anderen Welt leben, die historisch logische, rationale Schlussfolgerung der geschichtlichen Entwicklung sei. Hiermit

²⁸ http://fonzibrain.files.wordpress.com/2010/01/la_pyramide_du_capitalisme11.jpg

²⁹ Vgl. Heimlich, Willibald, Die theoretische Basis der österreichischen Sozialdemokratie, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.45 ff.

gemeint ist in der materialistischen Geschichtsauffassung: Die Geschichte lässt sich in verschiedene Stufen einteilen und auf der letzten Stufe wird Sozialismus erreicht.

Stufe 1: **Urgesellschaft**³⁰

- primitive Produktionsverhältnisse
- Kollektive Entscheidungen
- Kein Besitz

Stufe 2: **Sklavenhalterordnung**

- Einteilung der Gesellschaft in SklavInnen und SklavenhalterInnen
- Besitz und Abhängigkeit bestehen zwischen SklavenhalterInnen und SklavInnen

Stufe 3: **Feudalismus**

- Feudalherren stehen dem Bauern- und Bürgertum gegenüber
- Handel und das Gewerbe gewinnen an Bedeutung
- Bauern haben Bodenanteile usw. zur Verfügung
- Abhängigkeit der Bauern gegenüber den Feudalherren
- Manufakturen entstehen (ArbeiterInnen verfügen nur über Arbeitskraft- haben kein Eigentum)

Stufe 4: **Kapitalismus**

- KapitalistInnen stehen den ArbeiterInnen gegenüber
- Besitz und Macht stehen den Menschen gegenüber, die lediglich ihre Arbeitskraft besitzen
- Negative Freiheit (siehe Soziale Demokratie) entsteht
- Die ArbeiterInnen sind durch die Manufakturen und die Firmen von ihrer Arbeit entfremdet; sie produzieren ein Produkt, das sie weder geteilt noch als

³⁰ Vgl. Heimlich, Willibald, Die theoretische Basis der österreichischen Sozialdemokratie, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.45 ff.

Ganzes besitzen und erleben in den meisten Fällen das Produkt auch nie in der Endfertigung

Stufe 5: **Sozialismus**

- Abschaffung des Privateigentums
- Kein Konflikt mehr zwischen Besitzenden und Nicht-Besitzenden
- Güter werden gemeinsam (gleich) produziert und gemeinsam (gleich) konsumiert
- Die Entfremdung der Menschen vom Produkt fällt weg
- Aufhebung der Klassengesellschaft
- am Ende des Sozialismus steht die komplette Abschaffung der Klassengesellschaft, die klassenlose Gesellschaft: der Kommunismus

Die ideale künftige Vollendung der historischen Entwicklung von Kapitalismus zu Sozialismus wird durch Marx näher erläutert: „Der Kapitalismus produziert den materiellen Reichtum (richtiger: er zwingt die Menschen, diesen Reichtum an Produktionsmitteln und Produkten zu produzieren) und er produziert das Proletariat, das durch seine Klassenlage gezwungen ist, die entfremdeten Beschränkungen des Privateigentums positiv aufzuheben.“³¹

In Sozialismus-Definitionen würde ein entscheidender Punkt fehlen, wenn nicht dabei **Marxismus** beigelegt würde. Mit Marxismus einher geht eine inhärente Kapitalismuskritik.

Von den zwei geschilderten Sozialismus-Strömungen wäre hauptsächlich die zuerst genannte mit Marxismus vereinbar. Marx kritisiert Kapitalismus nicht nur in seiner Substanz. Die Kapitalismus-Auswirkungen werden ebenfalls aufgezählt. Zu den Auswirkungen zählt unter Anderem die **Entfremdung**. Diese schildert er in vier unterschiedlichen Aspekten.³² Dabei ist zu erwähnen: „Für Marx ist die Arbeit zwar

³¹ Vgl. Fetscher, Iring, Marx, Verlag Herder, Freiburg, S.57

³² Vgl. Heimlich, Willibald, Die theoretische Basis der österreichischen Sozialdemokratie, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.50 ff.

auch die vermenschlichende Kultur schaffende Tätigkeit, jedoch unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft wird sie vom Menschen entfremdet.“³³

1. Doppelte Entfremdung der ArbeiterInnen einerseits gegenüber dem produzierendem Produkt und andererseits gegenüber dem Subsistenzmittel (zum Beispiel der Maschine)- Als Eigentumsloser sind die ArbeiterInnen doppelt abhängig, einmal davon, dass sie Arbeit erhalten und andererseits davon, dass sie die nötigen Mittel dazu erhalten. Dabei ist vor Allem zu beobachten: „Je mehr der Arbeiter produziert (...) umso weniger hat er zu konsumieren (...) je mehr Wert der Arbeiter schafft umso wertloser wird das Produkt.“³⁴
2. Wenn der Gegenstand (das Produkt) seiner Arbeit dem Arbeiter fremd ist, dann wird ihm schließlich auch die produzierende Tätigkeit selbst fremd. „Die Folge davon ist, dass der Arbeiter sich erst außer der Arbeit bei sich fühlt. (...) Er bejaht sich nicht in seiner Arbeit, sondern verneint sich. Er „fühlt sich unglücklich“ und „entwickelt keine freie physische und geistige Energie...sondern kasteit seine Physis ab und ruiniert seinen Geist.“
3. Entfremdung von seinem Gattungswesen- die Arbeit wird nur noch als Mittel gesehen. Damit ist das Verhältnis auf den Kopf gestellt. „Das praktische Erzeugen einer gegenständlichen Welt, die Bearbeitung der unorganischen Natur ist die Bewährung des Menschen als eines bewussten Gattungswesens; d.h eines Wesens, das sich zu der Gattung als seinem Wesen oder zu sich als Gattungswesen verhält.“³⁵
4. Mit der Entfremdung von seinem Gattungswesen (seiner Menschheit) ist auch die Entfremdung von seinen Mitmenschen verbunden. „So erzeugt er die Herrschaft dessen, der nicht produziert, auf die Produktion und das Produkt. Wie er seiner eigenen Tätigkeit sich entfremdet, so eignet er dem Fremden die ihm nicht eigne Tätigkeit an.“

³³ Vgl. Fetscher,Iring,Marx,Verlag Herder,Freiburg,S.50

³⁴ Vgl. Fetscher,Iring,Marx,Verlag Herder,Freiburg,S.51 ff.

³⁵ Vgl. Fetscher,Iring,Marx,Verlag Herder,Freiburg,S.52 ff.

Der nicht entfremdete Mensch dieser zukünftigen Gesellschaft ist imstande, sich den ganzen Reichtum der menschlichen Kultur allseitig „an zu eignen“. Diese Aneignung darf nicht mit einer Inbesitznahme verwechselt werden, denn: „Das Privateigentum hat uns so dumm und einseitig gemacht, das ein Gegenstand erst der unsrige ist, wenn wir ihn haben, (er) also als Kapital für uns existiert, oder von uns unmittelbar besessen, gegessen, getrunken, an unserem Leib getragen, von uns bewohnt etc. kurz gebraucht wird. Das gebildete menschliche Auge und das gebildete menschliche Ohr „eignen“ sich die Schönheit der Natur und der Kunst, der Malerei und der Musik auf menschliche Weise an.“

Wie lange kann der Übergang Kapitalismus zu Sozialismus dauern? Mit dieser Frage beschäftigten sich Austromarxisten, unter ihnen Otto Bauer:

„Wie die Menschheit auf dem Wege von Feudalismus zum Kapitalismus durch eine lange Reihe einander folgender revolutionärer Prozesse hindurchgehen musste, von denen jeder Übergangsformen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens geschaffen hat, die erst durch den folgenden revolutionären Prozess wieder überwunden, in höhere Übergangsformen überführt wurden, bis schließlich auf diese Weise durch mannigfaltige Übergangsformen hindurch der Weg von seinem Feudalstaat des 13. Jahrhunderts bis zu seinem Bourgeoisstaat des 19. Jahrhunderts zurückgelegt war, wird die Menschheit auch auf dem Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus eine lange Reihe revolutionärer Prozesse durchmachen, durch eine ganze Kette staatlicher und gesellschaftlicher Übergangsformen hindurchgehen müssen.“³⁶

In einer ideellen Auseinandersetzung mit „Sozialismus“ kommt es bei Marx und Engels zu einer zusätzlichen Differenzierung. In „Das kommunistische Manifest“ werden die Begriffe reaktionärer Sozialismus, feudaler Sozialismus, kleinbürgerlicher Sozialismus, der deutsche, oder der wahre Sozialismus, der Bourgeoissozialismus und der kritisch-utopische Sozialismus genannt. Der reaktionäre Sozialismus, gewissermaßen identifiziert als rückwärts-gewandter Sozialismus, wird wie folgt kritisiert: „Wenn die Feudalen beweisen, dass ihre Weise der Ausbeutung anders

³⁶ Vgl. Bauer, Otto, Österreichische Revolution, Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1923, S.290

gestaltet war als die bürgerliche Ausbeutung, so vergessen sie nur, dass sie unter gänzlich verschiedenen und jetzt überlebten Umständen und Bedingungen ausbeuteten.³⁷ Wenn sie nachweisen, dass unter ihrer Herrschaft nicht das moderne Proletariat existiert hat, so vergessen sie nur, dass eben die moderne Bourgeoisie ein notwendiger Sprössling ihrer Gesellschaftsordnung war. In der politischen Praxis nehmen sie daher an allen Gewaltmaßregeln gegen die Arbeiterklasse teil, und im gewöhnlichen Leben bequemen sie sich, allen ihren aufgeblähten Redensarten zum Trotz die goldenen Äpfel aufzulesen und Treue, Liebe, Ehre mit dem Schacher in Schafswolle, Runkelrüben und Schnaps zu vertauschen. Nichts leichter, als dem christlichen Asketismus einen sozialistischen Anstrich zu geben. Der christliche Sozialismus ist nur das Weihwasser, womit der Pfaffe den Ärger des Aristokraten einsegnet.“

Der kleinbürgerliche Sozialismus wird differenziert behandelt: „In den Ländern, wo sich die moderne Zivilisation entwickelt hat, hat sich eine neue Kleinbürgerschaft gebildet, die zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie schwebt und als ergänzender Teil der bürgerlichen Gesellschaft stets von neuem sich bildet, deren Mitglieder aber beständig durch die Konkurrenz ins Proletariat hinab geschleudert werden³⁸ In Ländern wie in Frankreich, wo die Bauernklasse weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, war es natürlich, dass Schriftsteller, die für das Proletariat und gegen die Bourgeoisie auftraten, an ihrer Kritik des Bourgeois-Regimes den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Maßstab anlegten und die Partei der Arbeiter vom Standpunkt des Kleinbürgertums ergriffen. Es bildete sich so der kleinbürgerliche Sozialismus.

„Seinem positiven Gehalte nach will jedoch dieser Sozialismus entweder die alten Produktions- und Verkehrsmittel wieder herstellen und mit ihnen die alten Eigentumsverhältnisse und die alte Gesellschaft, oder er will die modernen Produktions- und Verkehrsmittel in den Rahmen der alten Eigentumsverhältnisse. In beiden Fällen ist er reaktionär und utopisch zugleich.“

Laut Marx und Engels ist der wahre Sozialismus der deutsche Sozialismus und wie folgt ist zu lesen: „So war der Deutsche sich bewusst, die „französische“ Einseitigkeit

³⁷ Vgl. Marx, Karl, Das kommunistische Manifest, Anaconda Verlag, Köln, 2009, S. 53 ff.

³⁸ Vgl. Marx, Karl, Das kommunistische Manifest, Anaconda Verlag, Köln, 2009, S. 55 ff.

überwunden, statt wahre Bedürfnisse das Bedürfnis der Wahrheit und statt der Interessen des Proletariats die Interessen des menschlichen Wesens, des Menschen überhaupt vertreten zu haben. Dem „wahren“ Sozialismus war so erwünschte Gelegenheit geboten, der politischen Bewegung die sozialistischen Forderungen gegenüberzustellen, die überlieferten Anatheme gegen den Liberalismus, gegen den Repräsentativstaat, gegen die bürgerliche Konkurrenz, bürgerliche Pressefreiheit, bürgerliches Recht, bürgerliche Freiheit und Gleichheit zu schleudern und der Volksmasse vorzupredigen, wie sie bei dieser bürgerlichen Bewegung nichts zu gewinnen, vielmehr alles zu verlieren habe.“³⁹

Der Bourgeoisozialismus kann durchaus mit aktueller, gegenwärtiger Sozialdemokratie verglichen werden, die einerseits die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertritt, aber andererseits Kapitalismus akzeptiert.⁴⁰ Im Kommunistischen Manifest ist unter Bourgeoisozialismus zu lesen: „Freier Handel! im Interesse der arbeitenden Klasse“⁴¹; Schutzzölle! im Interesse der arbeitenden Klasse; Zellengefängnisse! im Interesse der arbeitenden Klasse: das ist das letzte, das einzig ernst gemeinte Wort des Bourgeoisozialismus. Der Sozialismus der Bourgeoisie besteht eben in der Behauptung, dass die Bourgeois Bourgeois sind- im Interesse der arbeitenden Klasse.“

Der kritisch-utopische Sozialismus wird wie folgt kritisiert: „Die Bedeutung des kritisch-utopischen Sozialismus steht in umgekehrtem Verhältnis zur geschichtlichen Entwicklung. In demselben Maße, worin der Klassenkampf sich entwickelt und gestaltet, verliert diese fantastische Erhebung über denselben, diese fantastische Bekämpfung desselben allen praktischen Wert, alle theoretische Berechtigung.“⁴² Waren daher die Urheber dieser Systeme auch in vieler Beziehung revolutionär, so bilden ihre Schüler jedes Mal reaktionäre Sekten.“

³⁹ Vgl. Marx, Karl, Das kommunistische Manifest, Anaconda Verlag, Köln, 2009, S.60/61

⁴⁰ Heimlich, Willibald, Die theoretische Basis der österreichischen Sozialdemokratie, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.56

⁴¹ Vgl. Marx, Karl, Das kommunistische Manifest, Anaconda Verlag, Köln, 2009, S.65

⁴² Vgl. Marx, Karl, Das kommunistische Manifest, Anaconda Verlag, Köln, 2009, S.68/69

2.2 Austromarxismus⁴³

Austromarxismus erfreute sich wie Sozialismus großer Interdisziplinarität. Im Gegensatz zu aktuellen Diskussionen, bei denen auf der einen Seite Theoretiker wie zum Beispiel Thomas Meyer agieren und auf der anderen Seite Personen aus der Realpolitik handeln, gab es im Austromarxismus oftmals keine Trennung zwischen Theorie und Praxis. Ein gutes Beispiel für Theorie und Praxis ist Otto Bauer.

Die austromarxistische Interdisziplinarität bewies sich in der Philosophie, in den Rechts- und Staatswissenschaften, der Nationalökonomie bis zu den GeschichtswissenschaftlerInnen.

Im Gegensatz zum deutschen Idealismus waren es im Austromarxismus philosophische Entwicklungen in Richtung Kantianismus, Fragen der Erkenntnistheorie und der Stellenwert der Ethik in der materialistischen Geschichtsauffassung. Es gab auch inhaltliche Diskussionen zwischen verschiedenen Vertretern des Austromarxismus. Demzufolge kann gesagt werden: Es existiert keine einheitliche sondern eine überwiegende austromarxistische Auseinandersetzung. Kant stand zum Beispiel Mach gegenüber. Mach spielte nicht wirklich eine Rolle in der austromarxistischen Philosophie, da sie mit Kant nicht vereinbar war. Da es aber auch austromarxistische Mach-Anhänger gab, wie Friedrich Adler, spitzte sich eine philosophische Auseinandersetzung zwischen austromarxistischen Kantianern und Mach-Anhängern in der Zwischenkriegszeit zu. Wirtschaftspolitisch gab es ebenfalls differenzierte Ansichten, intern (im Austromarxismus) genauso wie extern. Oftmals lagen interne Differenzen auch in einem gewissen Fehlen intellektueller Kräfte. Otto Bauer zerpfückte zum Beispiel in den Anfängen der österreichischen Schule der Nationalökonomie diese auf wissenschaftlicher Basis. „Ludwig von Mises, der aufgrund seiner strikt antimarxistischen Einstellung jedenfalls nicht im Verdacht steht, die Austromarxisten in ein schön färberisches Licht rücken zu wollen, berichtet über ein Seminar der Universität Wien, an dem Joseph Schumpeter, Ludwig von Mises, Otto Neurath, Emil Lederer, Rudolf Hilferding und Otto Bauer 1904 teilnahmen: Otto Bauer suchte den werttheoretischen Subjektivismus vom marxistischen Standpunkt zu zerpfücken. Die Diskussion zwischen Bauer und Böhm von Bawerk - die übrigen Teilnehmer standen

⁴³ Vgl. Heimlich, Willibald, Die theoretische Basis der österreichischen Sozialdemokratie, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.58 ff.

im Hintergrunde-füllte das ganze Wintersemester. Bauers glänzende Begabung zeigte sich im schönsten Lichte; er erwies sich als würdiger Gegenspieler des großen Meisters (gemeint: Böhm von Bawerk).“⁴⁴

„ Die unterschiedlichen Intensitäten in der Berücksichtigung der ökonomischen Theorie weisen auch darauf hin, wie heterogen die Interessenlagen und Standpunkte der Austromarxisten schon in deren jungen Jahren waren. Auf die theoretische Auseinandersetzung mit der Österreichischen Schule ließen sich direkt und exponiert nur Hilferding und Bauer (und Eckstein) ein.“⁴⁵

Historisch dürfte der Universitätsprofessor Grünberg maßgeblicher Wegbegleiter des Austromarxismus gewesen sein. „Ob man ihn daher zu Recht den Vater des Austromarxismus nennen kann, mag dahingestellt bleiben; die wichtige Rolle die er für den Austromarxismus spielte, steht außer Zweifel.“

Hatte Grünberg in seinen Anfängen Vorbehalte gegenüber materialistischen Geschichtsauffassungen geltend machen wollen, gab er diese später explizit auf und bekannte sich zu Marxismus.⁴⁶

Inhaltlich ist Austromarxismus nicht lediglich eine intellektuelle, interdisziplinäre Auseinandersetzung mit Marxismus sondern zusätzlich eine kontinuierliche Fortsetzung der Lehre von Marx in Praxis und Theorie. Die Austromarxisten haben das Hauptwerk von Karl Marx „Das Kapital“ gründlich studiert. Aber sie sind bei den Erkenntnissen, die Marx im vorigen Jahrhundert formulierte, nicht stehen geblieben, sondern haben alle Veränderungen, die es in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gab, sorgfältig analysiert. Besonders wurde von ihnen das Werk Rudolf Hilferdings über Finanzkapital beachtet. Passagen hieraus können aktuell in Bezugnahme auf die gegenwärtige, wirtschaftspolitische Situation diskutiert werden, wie zum Beispiel: „Die Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise

⁴⁴ Vgl. Mozetic, Gerald, Die Gesellschaftstheorie des Austromarxismus, Geistesgeschichtliche Voraussetzungen, Methodologie und soziologisches Programm, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt, 1987, S.38ff.

⁴⁵ Mozetic, Gerald, Die Gesellschaftstheorie des Austromarxismus, Geistesgeschichtliche Voraussetzungen, Methodologie und soziologisches Programm, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt, 1987, S.38

⁴⁶ Vgl. Heimlich, Willibald, Die theoretische Basis der österreichischen Sozialdemokratie, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.60 ff.

führt bald Perioden der Teuerung und der Überarbeit, bald Perioden der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit herbei; gelingt es den Arbeitern und Angestellten zeitweilig, sich günstigere Arbeitsbedingungen zu erringen, so geht einmal durch die Teuerung, das andere Mal durch die Arbeitslosigkeit ein Teil ihrer Errungenschaften wieder verloren. So gerät die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten in immer schrofferen Gegensatz zu der Ergiebigkeit ihrer Arbeit, zum Anschwellen des von ihnen geschaffenen Reichtums.“⁴⁷

Austroxmarxistische Ökonomie-Ansätze⁴⁸ waren zwar eindeutig antikapitalistisch aufgestellt, auf der anderen Seite aber nicht für eine hundertprozentige Verstaatlichung aller Gemeingüter. Austromarxismus verstand sich vor Allem auch als antibürokratisch, in dem Sinne, dass statt selbstherrlicher Großkapitalisten weniger privilegierte Manager treten sollten. Das Ziel war nicht Verstaatlichung, sondern die Verwirklichung der Sozialisierung der Produktionsmittel. „Die enteigneten Betriebe sollten teils verstaatlicht, teils in das Eigentum von Gemeinden oder Genossenschaften überführt werden. Sie traten daher für demokratische Organe der Wirtschaftsunternehmungen, für echte Mitbestimmung der Produzenten und Konsumenten ein. Die politische Demokratie sollte durch die soziale ergänzt werden.“⁴⁹

Austromarxismus bildete insgesamt eine breite Geistesströmung, der zum Beispiel Otto Bauer und Karl Renner angehörten, die unterschiedlich politisiert waren. Auseinandersetzungen mit Demokratie und idealistischen Ansätzen der Demokratie brachte insbesondere Max Adler durch sein Werk „Politische oder Soziale Demokratie“ ein. Es bildet Brücken zu sozialdemokratischen Ansätzen, wenngleich hauptsächlich mit Kampfbegriffen und weniger mit analytischen Aufzählungen der Sozialen Demokratie gearbeitet wird.

⁴⁷ Hindels, Josef Das Linzer Programm, Ein Vermächtnis Otto Bauers, Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, Wien, S.14

⁴⁸ Vgl. Heimlich, Willibald, Die theoretische Basis der österreichischen Sozialdemokratie, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.62 ff.

⁴⁹ Vgl. Hindels, Josef Das Linzer Programm, Ein Vermächtnis Otto Bauers, Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, Wien, S.19

2.3 Theorien Sozialer Demokratie

Gleichheit und Gerechtigkeit stehen in sozialdemokratischen Diskursen im Mittelpunkt. Thomas Meyer verfasste Theorien der Sozialen Demokratie und befasste sich in diesem Zusammenhang intensiv mit Definitionen und Begrifflichkeiten. Intensive Beschäftigung mit Definitionen ist besonders sinnvoll bei unklaren Zugängen. Denn wenn „Gleiche Freiheit“ von Thomas Meyer als Kernpunkt Sozialer Demokratie eingefordert wird, so gibt es einen grundsätzlichen Unterschied zu konservativen Definitionen von gleicher Freiheit. Gleiche Freiheit im Sinne von Gerechtigkeit und gerechter Freiheit bedarf einer positiven und negativen Erfüllung etwaiger Freiheitsbegriffe. Negative Freiheitsbegriffe unterstreichen Bedingungen für gesetzliche Gleichheit. Positive Freiheitsbegriffe fügen gesellschaftliche, familiäre und strukturelle Hindernisse gleicher Freiheitszugänge hinzu.

Thomas Meyer hat klare Vorstellungen von Gerechtigkeit, die ich in einer Seminar-Arbeit zusammengefasst habe:⁵⁰

„Gerechtigkeit kann sich nicht auf Rechtsgleichheit beschränken.

Gerechtigkeit kann sich nicht auf die Gleichheit der Startchancen beschränken und dem Rest dem Spiel der Kräfte überlassen, sie bedarf der Gleichheit der Lebenschancen: Der Markt ist auf keinen Fall die Instanz zur gerechten Verteilung dieser Lebenschancen.

Gerechtigkeit ist der gleiche Zugang zu allen gesellschaftlichen Grundgütern, über die der einzelne verfügen muss, wenn er soziale Anerkennung und Selbstachtung unabhängig von Verdienst und Glück erfahren will.“

Weiteres hat Thomas Meyer Begriffe gerechter Gleichheit und gerechter Ungleichheit erläutert.⁵¹ Ungleiche materielle, soziale oder strukturelle Grundbedingungen müssen ungleich behandelt werden, um laut sozialdemokratischen Gerechtigkeitszugängen gerecht zu werden. Ein gutes

⁵⁰ Vgl. Heimlich, Willibald, Soziale Demokratie und Sozialdemokratie in Österreich, Schnittpunkte und Trennlinien, S.5

⁵¹ Heimlich, Willibald, Die theoretische Basis der österreichischen Sozialdemokratie, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.27 ff.

Beispiel für gerechte Ungleichheit in der politischen Praxis ist die Vermögenssteuer-Diskussion. Personen, die durch Besitz und/oder Verdienst gegenüber der Mehrheitsgesellschaft materiell bevorzugt sind, werden durch Vermögenssteuern gerecht ungleich behandelt.⁵² Die gerechte Ungleichheit nach Meyer⁵³:

1. Gerechte Ungleichheit ist die Ungleichheit im Gebrauch der Freiheit selbst- sie kann eine bloß horizontale Ungleichheit als Verschiedenheit auf gleichem Ausstattungsniveau sein, muss es aber nicht bleiben. Denn wenn der eine die Früchte seiner Erwerbsarbeit sofort genießt, der andere sie hingegen spart oder investiert, entsteht aus Freiheit immer auch ein bestimmtes Maß vertikaler Ungleichheit
2. Gleicher Lohn für gleiche Leistung impliziert den Umkehrschluss: Ungleicher Lohn für ungleiche Leistung- auch wenn der Maßstab für Leistungen immer sozial und kulturell umstritten und deutungsfähig bleibt- hierbei ist zentral dass Gerechtigkeit nie ein ökonomisches, sondern ein sozial-moralisches Konzept und politische Konkretisierung der Betroffenen in der gegebenen Situation bedarf
3. Alle Ungleichheiten die zur Verbesserung der materiellen und persönlichen Freiheitschancen aller Menschen beitragen, und die ohne begrenzter Ungleichheit wahrscheinlich nicht erreichbar wären, sind gerecht, wenn der Sockel der gesellschaftlichen Freiheitschancen für alle Menschen angehoben und ein Freiheitsgewinn bezüglich gleicher Freiheit für Alle erreicht wird

Wenn Meyer im Zusammenhang mit gerechter Gleichheit von gleichem Lohn für gleiche Leistung schreibt, so sind in seinen Überlegungen Leistungsbegriffe gemeint, die überwiegend Produktivität in den Mittelpunkt stellen.

⁵² Heimlich, Willibald, Die theoretische Basis der österreichischen Sozialdemokratie, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.28 ff.

⁵³ Meyer, Thomas, Soziale Demokratie und Globalisierung. Eine europäische Perspektive, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH, Bonn, 2002, S. 74/75

So ist bei der gerechten Gleichheit für Meyer implizit wichtig⁵⁴:

- Gleiche politische Teilhabechancen und gleiche Sicherung der zivilen und politischen Rechte
- Unbedingte Vermeidung von Armut zur Sicherung der gleichen Menschenwürde eines jeden
- Gleicher Zugang zu einer angemessenen medizinischen Vorsorge und Heilbehandlung
- Gleicher Zugang zu allen den eigenen Begabungen angemessenen Angeboten des Bildungs- und Weiterbildungssystems
- Gleiche Chancen zur Teilnahme am gesellschaftlichen System der Erwerbsarbeit
- Gleicher Anspruch auf soziale Grundsicherung
- Gleicher Lohn für gleiche Leistung
- Gleichheit der Rechte und Pflichten der Geschlechter
- Gleiches Recht für der Lebenschancen künftiger Generationen

Theorien der Sozialen Demokratie von Thomas Meyer hat ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zur sozialistischen Ideologie⁵⁵ in der Akzeptanz des Kapitalismus. Näher erklärt dies Thomas Meyer durch drei Gedankenbeispiele⁵⁶:

1. Die ursprüngliche Verwerfung des Marktsystems beruht auf der Annahme von Karl Marx, dass das kapitalistische System Monopole entstehen lässt, die dann in weiterer Fälle zu enteignen sind.⁵⁷ Dabei wurden Steuerungsmechanismen zu wenig eingebettet und Marx hatte nicht die Ausdifferenzierung des marktwirtschaftlichen Systems erahnt und berücksichtigt. Die geradlinig fortschreitende, ökonomische Konzentrierung

⁵⁴ Meyer, Thomas, Soziale Demokratie und Globalisierung. Eine europäische Perspektive, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH, Bonn, 2002, S. 74/75

⁵⁵ Vgl. Heimlich, Willibald, Die theoretische Basis der österreichischen Sozialdemokratie, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.31 ff.

⁵⁶ Vgl. Heimlich, Willibald, Soziale Demokratie und Sozialdemokratie in Österreich, Schnittpunkte und Trennlinien, S.7

⁵⁷ Meyer, Thomas, Theorie der Sozialen Demokratie, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S.218

gab es also demnach nicht.

2. Durch die These des Ökonomen Eduard Heimann in den 1920er Jahren, der meinte, dass monopolfreie Märkte am Besten zur Sozialisierung der Produktionsentscheidungen beitragen können, findet sich ein weiteres Argument für freie Märkte. Bei diesem Spiel wird erneut herangezogen, dass Menschen durch den Kauf bzw. Nicht-Kauf von Produkten die Produktionsentscheidungen steuern können- Nicht berücksichtigt wird dabei erneut, die Alternativlosigkeit armer Menschen.
3. Die Koordinierungsfunktion der Märkte lässt sich ohne eine in ihnen wirkende Kapitalfunktion auf Basis des privaten Produktionsmitteleigentums nicht wirksam machen. Zwar kann der Markt den Privaten nicht unbegrenzt zur Verfügung gestellt werden, aber sie muss eine wesentliche und unangefochtene Rolle spielen.

Da Sozialdemokratie Kapitalismus akzeptiert⁵⁸, gleichzeitig aber individuelle Gleichheit an Lebenschancen zum politischen Ziel hat ist es unumgänglich, dass Wirtschaft einerseits ein gesetzlicher Rahmen vom Staat vorgegeben wird und andererseits die aus Marktwirtschaft resultierenden materiellen Ungleichheiten, die zunehmend auch zu ungleichen individuellen Start- und Lebenschancen führen, durch gerechte Ungleichheit auszugleichen.

Österreichische Sozialdemokratie hat in der politischen Praxis die „Bemächtigung durch direktdemokratische Partizipation“ als Politik-Strategie ausformuliert.

Infolge dessen lässt sich „Demokratisierung“ im Konzept der Sozialen Demokratie nicht als eine Form der Voll-Demokratisierung, nämlich der Ersetzung der systemspezifischen Funktionslogiken durch die politische Entscheidungslogik, legitimieren. Normativ und funktional begründet ist hingegen eine von Fall zu Fall zu konkretisierende Form der funktionsgerechten Mitentscheidung aller in den jeweiligen Funktionssystemen Tätigen nach grundrechtlich und demokratiepolitisch zu legitimierenden Kriterien.

⁵⁸ Vgl. Heimlich, Willibald, Die theoretische Basis der österreichischen Sozialdemokratie, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.32 ff.

Die Kriterien zur Legitimierung der funktionsgerechten, gesellschaftlichen Mitentscheidung sind:⁵⁹

1. Gewährleistung des Maßes an Mitbestimmungsrechten über die durch Direktionsrecht entschiedenen Handlungsanforderungen der betreffenden Personen, das zur Sicherung ihrer sozialen Autonomie unabdingbar ist⁶⁰
2. Die jeweilige Form von Mitbestimmungsrechten, die das Einbringen der funktionsbezogenen Kompetenz und Erfahrung der jeweiligen Personen garantiert
3. Ein ausreichender Spielraum für das Wirksamwerden der spezifischen Funktionslogik der einzelnen gesellschaftlichen Teilbereiche nach dem Prinzip der Einzelverantwortung der dafür kompetenten, einsetzbaren und abrufbaren Experten
4. Institutionalisierungsformen für die Mitbestimmung, die die Entscheidungsökonomie in ein pragmatisch vertretbares Verhältnis zu den Bedingungen für die Erfüllung der Funktionszwecke des jeweiligen Teilsystems bringt

3.0 Begriffsgeschichte

Um einen Begriff konkreter umfassen zu können sind begriffsgeschichtliche Elemente eingefügt worden. Die Begriffe Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (Solidarität) werden bearbeitet.

Freiheit

Der Begriff „Freiheit“ ist von der großen Mehrzahl der Menschen unumstritten als Voraussetzung für menschliches Zusammenleben in einer Gemeinschaft und als Individuum anerkannt. Es gibt keine politische Partei in Österreich, die nicht die Freiheit im Zentrum ihrer Wertvorstellungen und Wertauslegungen manifestiert hätte. Tatsächlich gibt es sogar eine Partei, die den Begriff der Freiheit als Abwandlung in

⁵⁹ Vgl. Meyer, Thomas, Theorie der Sozialen Demokratie, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S.219

⁶⁰ Vgl. Heimlich, Willibald, Die theoretische Basis der österreichischen Sozialdemokratie, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.33 ff.

ihrem Namen trägt, nämlich die Freiheitliche Partei Österreichs. „Freiheit“ ist ein Kampfbegriff, der von jeder politischen Richtung instrumentalisiert und gemäß jeweiligen Wertvorstellungen transformiert und angepasst an die unterschiedlichen Parteien zu einem schwer differenzierbaren Wort wird.

Beschränkte Erbfähigkeit und eingeschränkte Heiratsmöglichkeiten drücken einen Mangel an Freiheit aus; üblicherweise nannte man das um 1500 Eigenschaft oder Leibeigenschaft⁶¹. Freiheit als personenrechtlichen Status verlangten die Ochsenhausener Bauern⁶². Um die Forderung in ihrer Bedeutung angemessen zu würdigen, muss man das eine Antizipation der Freiheit nennen, wie sie seit der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der französischen Revolution in Menschen- und Bürgerrechtserklärungen verankert und in den Verfassungen gesichert wurde. Bei dem Freiheitsbegriff im Jahre 1500 geht es in erster Linie um eine unmittelbare Anwendungsweise. Ein Mensch der unfrei ist, weil er seinen eigenen Körper und seine eigene Arbeitskraft nicht besitzt und für sich beanspruchen kann ist durch die Anwendung der gesetzlichen Freiheit (zum Beispiel in Verfassungen, Gesetzen, usw.) befreit. Im Neoliberalismus ist der Freiheitsbegriff zentral für die Eigendefinition. Wesentlich beim neoliberalen Freiheitsbegriff ist die Freiheit des Individuums gegenüber Kollektiven, zumeist als staatliche Reglementierungen und dem Staat per se identifiziert. Der politische Liberalismus betont die individuelle Freiheit durch Rechtsschutz gegen staatliche Willkür sowie die personale Selbstbestimmung⁶³. Im 18. Jahrhundert richtete sich die Forderung des Laissez-faire gegen obrigkeitliche Willkür und staatliche Bevormundung; das korrupte und fortschrittsfeindliche Feudalregime sollte einem neuen System der „natürlichen Freiheit“ platz machen. Diese Kernelemente finden sich im heutigen „neoliberalen Projekt“ wieder: Auch dabei geht es um den Abbau überzogener staatlicher Regulierungen und lähmender Belastungen des Wirtschaftslebens. Im Zuge einer schleichenden Hypertrophie des Sozialstaats hat sich ein unentwirrbares Netz von Regelungen, Auflagen und Abgaben wie Mehltau über die Wirtschaft

⁶¹ Blicke, Peter, *Gerechtigkeit und Freiheit als Schlüsselbegriffe des Reformationszeitalters in Deutschland*, aus: Dornheim, Andreas, Franzen, Winfried, Thumfart, Alexander, Waschkuhn, Arno, *Gerechtigkeit, Interdisziplinäre Grundlagen*, Westdeutscher Verlag, 1999, S.79

⁶² Blicke, Peter, *Gerechtigkeit und Freiheit als Schlüsselbegriffe des Reformationszeitalters in Deutschland*, aus: Dornheim, Andreas, Franzen, Winfried, Thumfart, Alexander, Waschkuhn, Arno, *Gerechtigkeit, Interdisziplinäre Grundlagen*, Westdeutscher Verlag, 1999, S.81

⁶³ Willke, Gerhard, *Neoliberalismus*, Campus, 2003, S.21ff.

gelegt. Die eingeeengten individuellen Handlungsspielräume müssten deswegen durch Reformen wieder ausgeweitet, die Blockierungen des Marktsystems wieder gelöst werden. Zusammengefasst geht es im neuen, „neoliberalen Projekt“ in erster Linie um die Ausdehnung der formellen, der gesetzlichen Freiheit. Ausgeklammert werden dabei die Voraussetzungen, die zur Ergreifung individueller Freiheit führen können. Theorien der Sozialen Demokratie befassen sich daher mit zwei Freiheitsbegriffen: der positiven und der negativen Freiheit.

Trotzdem Sozialdemokratie geschichtlich zunächst die formelle, die gesetzliche Freiheit angestrebt hat, ist der Begriff zunehmend ausgedehnt und in positive und negative Parameter differenziert worden. „Die Brücke von Gerechtigkeit zur Gleichheit ist sehr kurz, weil unter modernen Bedingungen in der heutigen Zeit, in der modernen Kultur- eigentlich ein sehr großes Einvernehmen darüber herrscht, dass Gerechtigkeit überzeugend nur so definiert werden kann, dass wir sagen: Gerechtigkeit ist gleiche Freiheit! Gerechtigkeit ist der Zustand, in dem alle Menschen in der Gesellschaft gleiche Freiheit genießen und zwar im doppelten Sinne: Gleiche Freiheit als formelle- frei von willkürlichen Beschränkungen und Behinderungen von Außen, aber auch Freiheit im materiellen Sinne: Die Handlungsvoraussetzungen zu haben: Bildung, Einkommen, Sicherheit und dergleichen, die ein Mensch braucht um sein Leben frei und selbst bestimmt entfalten zu können. Und wenn man das zusammen nimmt und sagt: In diesem Sinne, einer formellen und materiellen Freiheit ist Gerechtigkeit gleiche Freiheit. Dann ist das eine gute Definition!“⁶⁴so Thomas Meyer.

John Rawls wiederum definierte Freiheit anhand dreier Begriffe: die Handelnden, die frei sein sollen, die Beschränkungen, von denen sie frei sein sollen und dessen, was ihnen freigestellt sein soll⁶⁵. Rawls beschäftigte sich mit den Begriffen der Gewissens- und Gedankenfreiheit⁶⁶. Die Frage der gleichen Gewissensfreiheit für alle ist laut Rawls entschieden und einer der Fixpunkte wohlüberlegter Gerechtigkeitsurteile. Die Vertragsparteien wählen Grundsätze, die ihre religiösen

⁶⁴ http://www.oe2020.at/home/diskursgruppen/demokratie_partizipation_medien/84/Demokratie-ist-kein-Zuschauersport - Impulsreferat Thomas Meyer

⁶⁵ Rawls, John, Gleiche Freiheit für alle, aus: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Suhrkamp Taschenbuch, 1979, S. 230

⁶⁶ John, Gleiche Freiheit für alle, aus: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Suhrkamp Taschenbuch, 1979, S. 235

und moralischen Freiheiten sichern⁶⁷. Rawls hat im 20./21. Jahrhundert gelebt, definiert einen Freiheitsbegriff, den Thomas Meyer in seinen Ausführungen nicht eingefügt hat und ist begriffsgeschichtlich eine weitere Ausdehnung der Bedeutung des Wortes „Freiheit“. Rawls Auseinandersetzung mit dem Freiheitsbegriff ist zwar zeitlich näher an Thomas Meyer's positiver und negativer Freiheit angesiedelt, ist allerdings wohl eher mit Johann Gottlieb Fichtes „Denkfreiheit“ aus dem 18. Jahrhundert angesiedelt. Fichtes Ausgangspunkt in seiner Philosophie, also auch in seinen Revolutionsschriften, ist die Freiheit des menschlichen Individuums⁶⁸. Dem Menschen allein gehören sein Wollen, sein Denken, seine physische Verfasstheit. Eines Anderen Eigentum darf er nie werden. Ausgezeichnetes Merkmal dafür, dass der Mensch sein Eigenes ist, ist die Denkfreiheit und insbesondere sein Sich-selbst-Denken⁶⁹. Das Sokratische „Erkenne dich selbst!“ ist auch ihm der Ausgangspunkt seiner Seelenkunde. Wisse dich vor allem als moralisches Wesen, dem Würde und Menschenrechte zukommen.

Gleichheit

Der Begriff Gleichheit kann geschichtlich nicht losgelöst vom Begriff der Freiheit aufbereitet werden. Grundsätzlich gibt es zwei weit auseinandergehende Gleichheits-Ansätze bzw. Gleichheitsvorstellungen, die entweder zu Freiheitsvorstellungen oder zu deren Gegenteil führen können. Zu Beginn der Gleichheits-Debatten ging es in erster Linie um gesetzliche, formelle Gleichheit vor dem Recht. Wie bei der Freiheit, so waren auch die Gleichheit und der Gleichheits-Begriff zunächst rechtlich, also formell anzustreben. In der gerechtigkeits-theoretischen Tradition des Aristotelismus unterscheidet man zwei Arten der Gerechtigkeit, die *iustitia directiva* und die *iustitia distributiva*⁷⁰. Die Gerechtigkeitsform der *iustitia directiva* stützt sich auf einen arithmetischen Gleichheitsbegriff. Das meint zum einen, dass sich die Menschen im Horizont der *iustitia directiva* nur als Rechtspersonen und somit unter der Perspektive völliger Gleichheit begegnen; das meint zum anderen, dass allein Delikt- und Vertragsinhalt für die Bemessung der Entschädigungs- und Ausgleichshöhe von

⁶⁷ John, Gleiche Freiheit für alle, aus: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Suhrkamp Taschenbuch, 1979, S.235

⁶⁸ Seidel, Helmut, Johann Gottlieb Fichte zur Einführung, Junius, 1997, S.23

⁶⁹ Seidel, Helmut, Johann Gottlieb Fichte zur Einführung, Junius, 1997, S.25ff.

⁷⁰ Vgl. Kersting, Wolfgang, Gleiche gleich und Ungleiche ungleich, Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, aus: Dornheim, Andreas, Franzen, Winfried, Thumfart, Alexander, Waschkuhn, Arno, Gerechtigkeit, Interdisziplinäre Grundlagen, Westdeutscher Verlag, 1999, S.46ff.

Bedeutung sind, und es keinerlei Rolle spielen kann, welcher Art der Schädiger, welcher Art der Geschädigte ist. Von der Gerechtigkeitsform der arithmetischen Gleichheit hat Aristoteles die Gerechtigkeitsform der proportionalen Gleichheit unterschieden. Während die arithmetische Gleichheit eine Gleichheit des Wegsehens, der Entdifferenzierung ist, ist die proportionale Gleichheit der iustitia distributiva eine Gleichheit des Hinsehens, der Differenzierung. Es gibt gerechte Verteilungen und es gibt ungerechte Verteilungen. Gleichverteilungen sind als solche ebenso wenig gerecht wie Ungleichverteilungen bereits als solche schon ungerecht sind. Es ist denkbar, dass Gleichverteilungen ungerecht sind und Ungleichverteilungen gerecht; daher benötigt die gerechte Verteilung einen Maßstab, der die gerechtigkeitsrelevante Gleichheitshinsicht definiert.

Rawls beschäftigte sich ebenfalls mit dem Gleichheitsbegriff. Er stellt zunächst fest, dass das Unterschiedsprinzip den Gesichtspunkten des Ausgleichsprinzips einiges Gewicht gibt, des Prinzips nämlich, dass unverdiente Ungleichheiten ausgeglichen werden sollten. Da nun Ungleichheiten der Geburt und der natürlichen Gaben unverdient sind, müssen sie irgendwie ausgeglichen werden⁷¹. Das Prinzip besagt also, wenn alle Menschen gleich behandelt werden sollen, wenn wirkliche Chancengleichheit herrschen soll, dann müsse die Gesellschaft sich mehr um diejenigen kümmern, die mit weniger natürlichen Gaben oder in weniger günstige gesellschaftliche Positionen geboren werden. Der Gedanke ist der, die zufälligen Unterschiede möglichst auszugleichen. Niemand hat seine besseren natürlichen Fähigkeiten oder einen besseren Startplatz in der Gesellschaft verdient. Doch das ist natürlich laut Rawls kein Grund, die Unterschiede zu übersehen oder gar zu beseitigen. Vielmehr lässt sich die Grundstruktur so gestalten, dass diese Unterschiede auch den am wenigsten Begünstigten zu Gute kommen.

Thomas Meyer hat in seinem Buch „Die Theorie der Sozialen Demokratie“ ebenfalls den Gleichheitsbegriff geteilt, in etwa vergleichbar mit Aristotelismus, in gerechte Gleichheit und gerechte Ungleichheit⁷². Gerechte Ungleichheit ist die Ungleichheit im Gebrauch der Freiheit selbst- sie kann eine bloß horizontale Ungleichheit als

⁷¹ Rawls, John, Die Tendenz zur Gleichheit, aus: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Suhrkamp Taschenbuch, 1979, S. 121ff.

⁷² Meyer, Thomas, Soziale Demokratie und Globalisierung. Eine europäische Perspektive, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH, Bonn, 2002, S. 74/75

Verschiedenheit auf gleichem Ausstattungsniveau sein, muss es aber nicht bleiben. Gleicher Lohn für gleiche Leistung impliziert den Umkehrschluss: Ungleicher Lohn für ungleiche Leistung⁷³. An dieser Stelle geht Thomas Meyer weiter als Rawls, und umschreibt Ungleichheit, die im Endergebnis (beispielsweise der Lohn) Ungleichheit ergibt und dennoch gerecht ist. Auch die Ungleichheit im Freiheits-Gebrauch bezieht eine ungleiche Gebrauchsnutzung als gerecht ein. Aristoteles, Rawls und Thomas Meyer haben gemeinsam, dass sie Gleichheitsbegriffe nicht ohne Definition der Ungleichheit vollziehen.

Solidarität

Solidarität im Sinne Hans Saners als die Bereitschaft zur Einschränkung von Souveränität und Autonomie ist das Gegenstück zum paradoxerweise ebenfalls zumeist positiv besetzten Begriff der Selbstbestimmung⁷⁴. Wenn wir solidarisch handeln, agieren wir in gegenseitig rücksichtsvoller Abstimmung, im Versuch, die konfligierenden oder zumindest divergierenden Interessen der anderen wenn nicht zu unserem eigenen, so doch unser Handeln mitsteuernden Parametern zu machen. Die Gegenüberstellung von Solidarität und Selbstbestimmung scheint ergiebiger zu sein als diejenige von Solidarität und Egoismus. Der Egoismus ist für Popper Gegensatz des Altruismus, während der Individualismus dem Kollektivismus gegenübergestellt ist, letzterer mit kritischerem Blick zu Platon in die Nähe des Totalitarismus geschrieben. Durkheim hat die klassische Auslegung des Wortes Solidarität vorgenommen und in zwei Arten differenziert. Laut Durkheim sind die mechanische und die organische Solidarität voneinander zu unterscheiden. Erstere soll vor Allem in feudalen, aristokratischen Gesellschaften vorgekommen sein und meint Gruppenkohäsionen, die auf gemeinsamen Werten und Lebensstilen der Gruppenmitglieder beruhen⁷⁵. Die organische Solidarität hingegen habe sich aus komplementären und interdependenten Rollen der Mitglieder ergeben. Durkheim

⁷³ Meyer, Thomas, Soziale Demokratie und Globalisierung. Eine europäische Perspektive, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH, Bonn, 2002, S. 74/75

⁷⁴ Vgl. Godenzi, Alberto, Die Unberechenbarkeit solidarischen Handelns, aus: Godenzi, Alberto, Solidarität, Auflösung partikularer Identitäten und Interessen, Universitätsverlag Freiburg Schweiz, Freiburg Schweiz, 1999, S.13 ff.

⁷⁵ Vgl. Godenzi, Alberto, Die Unberechenbarkeit solidarischen Handelns, aus: Godenzi, Alberto, Solidarität, Auflösung partikularer Identitäten und Interessen, Universitätsverlag Freiburg Schweiz, Freiburg Schweiz, 1999, S.13 ff.

siedelte diese Art der Solidarität in sozialen Gruppen nach der industriellen Revolution ein. Gemeinschaftsideen waren zumeist politische Er widerungen auf soziale oder ökonomische Krisensymptome. Auch Solidarität setzt ein „Bewusstsein der Krise“ voraus und erscheint als „ein aus der Krise geborenes Wort für das Verlangen nach Konsensus“⁷⁶. Sie ist jene „Tugend, die gefordert wird, wenn man die Knappheit natürlicher Ressourcen fühlt.“ Inhaltlich lässt sich dies gut unterstreichen wenn ArbeiterInnenlieder beispielsweise von der „Solidarität beim Hungern und beim Essen“ handeln und diese einfordern.

Solidarität und Nächstenliebe kontrastieren scharf. Während Solidarität- trotz ihres gefühlsmäßigen Hintersinnes immer noch- über den Kopf, also intellektuell hergestellt, auf Vernunft beruhend scheint (Arendt,1974,112;1989,32), ereignet sich ihr intimes Gegenstück, die Liebe zu den „Nächsten“, das „Mitleid“ mit Schwachen, quasi natürlich, weil es sich alleine aus Gefühlen und Emotionen zu speisen scheint (Arendt,1974,112;Rommelspacher,1992;Rauschenbach,1998,147ff). Auch der spätere Präsident der bayrischen Räterepublik, Kurt Eisner meinte: „Die Solidarität hat ihre Wiege im Kopf der Menschheit, nicht im Gefühl“⁷⁷. Im Unterschied zu Freiheit und Gleichheit hat der Begriff „Solidarität“ keine definitiv determinierte, gesetzliche Bedeutung bzw. formelle Definition erhalten. Brüderlichkeit und Solidarität begegnen uns nicht nur als politische Ideen oder Metaphern. Als spezielle Organisationsweisen in allen möglichen Sphären und Nischen des Politischen stellen sie soziale und kulturelle Formen wie Praxen dar, die auf hegemoniale Männlichkeit zurückgreifen und ihren Sinn aus maskulinen Wertsetzungen beziehen (Clawson,1989,4f.). Trotz ihrer historischen Auseinanderentwicklung müssen Brüderlichkeit und Solidarität als im Grunde hybride Wendungen gelten⁷⁸.

⁷⁶ ⁷⁶ Vgl. Kreisky,Eva, Brüderlichkeit und Solidarität, aus: Godenzi,Alberto, Solidarität, Auflösung partikularer Identitäten und Interessen, Universitätsverlag Freiburg Schweiz, Freiburg Schweiz, 1999,S. 32ff.

⁷⁷ Vgl. Kreisky,Eva, Brüderlichkeit und Solidarität, aus: Godenzi,Alberto, Solidarität, Auflösung partikularer Identitäten und Interessen, Universitätsverlag Freiburg Schweiz, Freiburg Schweiz, 1999,S. 35

⁷⁸ Vgl. Kreisky,Eva, Brüderlichkeit und Solidarität, aus: Godenzi,Alberto, Solidarität, Auflösung partikularer Identitäten und Interessen, Universitätsverlag Freiburg Schweiz, Freiburg Schweiz, 1999,S. 34.

4.0 Grundsatzprogramm-Analyse

Die Betrachtung des Grundsatzprogrammes der SPÖ, beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag in Wien am 30. und 31. Oktober 1998 wird anhand zweier Kriterien zusammengefasst. Erstens werden die Begriffe Freiheit, Gleichheit und Solidarität aus der Programmatik in dieses Kapitel eingefügt, um in darauffolgenden Kapiteln aufschlussreiche Vergleiche erzielen zu können.

Der Freiheitsbegriff im Grundsatzprogramm der SPÖ 1998

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für die Freiheit jedes und jeden Einzelnen im Sinne sozial verantworteter Selbstbestimmung ein. Die Freiheit des bzw. der Einzelnen ist für uns die Voraussetzung für die Freiheit aller in der Gesellschaft⁷⁹. Freiheit bedeutet nicht nur die Absage an jegliche Form der Diktatur und autoritärer Systeme, sondern hat auch materielle und soziale Voraussetzungen: Erst durch Bildung, Information und entsprechende materielle Absicherung können Abhängigkeiten überwunden, Wahlmöglichkeiten geschaffen und damit Freiheit lebbar gemacht werden. Nur unter solchen Voraussetzungen ist ein Leben in Freiheit und Sicherheit möglich, und damit die Grundlage für Selbstbestimmung geschaffen.

Der Gleichheitsbegriff im Grundsatzprogramm der SPÖ 1998

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind davon überzeugt, dass jeder Mensch in seiner Einmaligkeit und Individualität gegenüber allen anderen Menschen gleichberechtigt und gleichwertig ist⁸⁰. Daher sind alle Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit gleich an Rechten und Würde; deshalb wollen wir für alle Menschen Chancengleichheit durchsetzen- unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft und ihrem Einkommen, ihrer körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Weltanschauung, ihrem religiösen Bekenntnis oder ihrem individuellen Lebensentwurf. Zur Chancengleichheit gehören für uns das Recht auf Arbeit und Bildung sowie gleiche politische und soziale Menschenrechte. Menschen, die schwächer und benachteiligt sind, haben ein Recht auf besondere Unterstützung und Förderung.

⁷⁹ SPÖ Grundsatzprogramm, Donau Forum Druck, Wien, 1998, S.6

⁸⁰ SPÖ Grundsatzprogramm, Donau Forum Druck, Wien, 1998, S.6

Der Solidaritätsbegriff im Grundsatzprogramm der SPÖ 1998

Solidarität im Sinne von Rücksichtnahme auf den Nächsten und Bereitschaft zu gemeinsamen Handeln ist die Basis für die politische Verwirklichung der Ziele der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten⁸¹. Solidarität bedeutet Verantwortung für die Gemeinschaft und damit die Verpflichtung, sich für andere einzusetzen und gesellschaftliche Aufgaben im Interesse unserer Grundwerte zu erfüllen. Sie ist letztlich die Grundlage des sozialen Zusammenhalts und das wirksamste Instrument zur Durchsetzung gerechter Lebensbedingungen. Internationale Solidarität umfasst alle Völker.

Das Grundsatzprogramm oder Parteiprogramm der SPÖ wurde am außerordentlichen Bundesparteitag am 30. und 31. Oktober in Wien beschlossen.

Unter dem Punkt „Neue Herausforderungen- Neue Lösungen“ ist einerseits das Unterstreichen der Werte, bereits erreichte Ziele und andererseits der Wunsch nach kontinuierlicher Neuausrichtung der Ziele gemäß der gesellschaftlichen Veränderungen identifizierbar.

So kann nachgelesen werden: „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind dem Ideal einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft verpflichtet. Wir streben eine Gesellschaft an, in der Klassengegensätze überwunden sind, in der Probleme friedlich gelöst werden und in der sich die menschliche Persönlichkeit frei von Angst und Not entfalten und ihre Fähigkeiten entwickeln kann.“⁸²

Im Gegensatz zur SPD oder der Labour Party war die SPÖ gegenüber neoliberaler Theorien kritisch eingestellt. So heißt es: „Wir glauben nicht, dass der Rückzug des Staates ein Wert an sich ist.“⁸³ Wir sind überzeugt, dass Deregulierung als Selbstzweck zu einer Spaltung der Gesellschaft führen kann. Wir sehen aber ebenso klar die Gefahr eines Übermaßes an Regulierung und Bürokratie, das die Menschen in ihrer Freiheit einengt statt ihnen zu helfen. Wir glauben, dass der Weg zu einem

⁸¹ SPÖ Grundsatzprogramm, Donau Forum Druck, Wien, 1998, S.6 und S.7

⁸² SPÖ Grundsatzprogramm, Donau Forum Druck, Wien, 1998, S.3

⁸³ SPÖ Grundsatzprogramm, Donau Forum Druck, Wien, 1998, S.20

zukunftsorientierten Staatswesen nicht von mehr oder weniger Regeln, sondern von besseren und sinnvolleren Regeln bestimmt wird.“

Zusätzlich wird auch gezielte Wachstumspolitik und staatliche Intervention für gut geheißen. Im Wortlaut: „Wir befürworten eine gezielte Wachstumspolitik, staatliche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, steuerliche und geldpolitische Maßnahmen, die Investitionen in den produktiven Sektor begünstigen und spekulativen Kapitaleinsatz auf nationalen und internationalen Finanzmärkten belasten.“⁸⁴

Das Anstreben Sozialer Demokratie wird im Grundsatzprogramm ebenfalls determiniert: „Nur die Weiterentwicklung der politischen zur wirtschaftlichen, und damit zur sozialen Demokratie schafft die Voraussetzung zur Verwirklichung unserer Grundwerte. In der sozialen Demokratie durchdringen demokratische Prinzipien alle Bereiche der Gesellschaft. Insofern ist der Prozess der Demokratisierung eine permanente Aufgabe, die niemals an einem Endpunkt angelangt sein wird.“⁸⁵

In Fragen der ArbeitnehmerInnen-Mitbestimmung geht die SPÖ weit über die gewerkschaftliche Vertretung hinaus, wenn es heißt: „Demokratische Prinzipien haben auch für die Berufswelt zu gelten, wo Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen über ihre Interessensvertretung mitbestimmen, aber auch darüber hinaus bei Entscheidungen einbezogen werden müssen.“⁸⁶

Direkte Demokratie, bzw. die Erweiterung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten werden ebenfalls im Grundsatzprogramm von 1998 erwähnt: „Wir setzen uns für eine Erweiterung demokratischer Rechte ein, durch die mehr Bürger und Bürgerinnen bei sie unmittelbar betreffenden Fragen kontrollieren, mitwirken bzw. mitentscheiden können. Uns geht es bei diesen neuen Modellen der Bürgerentscheidung um eine Ergänzung der Elemente der repräsentativen Parteiendemokratie im Sinne des stärkeren Engagements für die Angelegenheiten der Gemeinschaft.“

Zusätzlich ist nach zu lesen, dass Sozialdemokratie in Österreich klar der Meinung

⁸⁴ SPÖ Grundsatzprogramm, Donau Forum Druck, Wien, 1998, S.10

⁸⁵ SPÖ Grundsatzprogramm, Donau Forum Druck, Wien, 1998, S.19

⁸⁶ SPÖ Grundsatzprogramm, Donau Forum Druck, Wien, 1998, S.20

ist, dass Demokratie keine Diktatur der Mehrheit ist. „Der in jeder Demokratie herrschende Grundsatz der Mehrheitsentscheidung hat seine Grenze dort, wo es um unveräußerliche Rechte von Minderheiten oder Einzelpersonen geht. Die Rechte von Minderheiten auf ihre Identität stehen als solche nicht zur Disposition einer Mehrheit. Aber auch Minderheiten dürfen nicht grundlegende Menschenrechte des Individuums verletzen.“⁸⁷

Das Grundsatzprogramm der SPÖ beinhaltet theoretisch ausformulierte Ansprüche an die politische Praxis und Erwartungen an gesellschaftliche Entwicklungen, die auch in den Privatbereich gehen. So ist nach zu lesen: „Die strukturell bedingte Benachteiligung von Frauen muss durch aktive Gleichstellungspolitik konsequent abgebaut und schließlich beseitigt werden. Aktive Gleichstellungspolitik bedeutet gerechte Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Macht zwischen Männern und Frauen.

- Umverteilung von Arbeit heißt, die vorhandene bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen solidarisch zu teilen,
- Umverteilung von Einkommen heißt, eine gerechte Lohn-, Steuer-, Finanz-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu verwirklichen,
- Umverteilung von Macht schließlich meint die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an allen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen“⁸⁸

Im Verhältnis zwischen Individuum und Staat wird im Grundsatzprogramm von 1998 ein liberaler Zugang deutlich. „Wir treten daher für eine Umgestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Bürgerinnen bzw. Bürgern ein. Ihnen muss dabei mehr Freiraum und Eigenständigkeit eingeräumt werden. In diesem Zusammenhang treten wir für eine Erweiterung des Prinzips ein, dass dem Schwächeren stärkere Rechte gegeben werden. Das gilt nicht nur für die Geschäfte des täglichen Lebens und die Gewährleistung fairer Austauschverhältnisse, das gilt auch für all die Fragen des Schutzes der Umwelt, der Gesundheit usw., in denen Beweisschwierigkeiten den

⁸⁷ SPÖ Grundsatzprogramm, Donau Forum Druck, Wien, 1998, S.20

⁸⁸ SPÖ Grundsatzprogramm, Donau Forum Druck, Wien, 1998, S.16

Schwächeren sehr leicht um sein Recht bringen.“⁸⁹

Dem SPÖ-Zugang zum europäischen Einigungsprozess und zur Europäischen Union im Gesamten wird ein eigenes Kapitel mit dem Titel „Politik jenseits enger Grenzen- das Projekt Europa“ gewidmet.

„Nur durch den schrittweisen Aufbau eines gemeinsamen Europa können die Voraussetzungen geschaffen werden, Konflikte zwischen Staaten, aber auch zwischen ethnischen Gruppen, friedlich zu regeln.“⁹⁰

„Wir werden nur dann breite Zustimmung in der Bevölkerung für das neue Europa finden, wenn es nicht nur um die Herstellung eines gemeinsamen Marktes geht, sondern in Ergänzung zum Projekt der Friedenssicherung um ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, um ein Europa der Arbeit und der sozialen Sicherheit.“ „Eine besondere Herausforderung und Chance sehen wir darin, die soziale Dimension Europas zu stärken. Arbeitslosigkeit wird von uns niemals akzeptiert werden. Sie muss auf nationaler Ebene, aber auch durch verstärkte Anstrengungen auf europäischer Ebene bekämpft werden.“⁹¹

⁸⁹ SPÖ Grundsatzprogramm, Donau Forum Druck, Wien, 1998, S.21

⁹⁰ SPÖ Grundsatzprogramm, Donau Forum Druck, Wien, 1998, S.27

⁹¹ SPÖ Grundsatzprogramm, Donau Forum Druck, Wien, 1998, S.27 ff.

5.0 Begriffs- und Wertezugänge von Politikern und Politikerinnen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs

Bezugnehmend auf die erste Fragestellung dieser Diplomarbeit, die sich inhaltlich der Frage nach der Deckungsgleichheit der Begriffs- und Wertezugänge von Politiker und Politikerinnen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs mit im vorigen Kapitel aufgezeigten Werte- und Begriffsdefinitionen befasst, wird an dieser Stelle inhaltlich eine Aufzählung der durch persönliche Interviews festgehaltenen Aussagen der Befragten festgehalten. Um ein möglichst breites Spektrum an ehemaligen und aktiven Entscheidungsträgern und Entscheidungsträgerinnen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs abdecken zu können, wurden Gespräche nicht lediglich mit ehemaligen Parteiobmännern, sondern mit Politikern und Politikerinnen mit unterschiedlichsten Aufgaben, Mandaten und Zugängen zur politischen Praxis ausgewählt und befragt. Zusätzlich wurden Kommentare aus Sekundärliteratur von verschiedensten Personen der politischen Praxis in die Aufzählung der aus persönlichen Interviews resultierenden Ergebnisse implementiert, um das Gesamtbild möglichst vielfältig darstellen zu können.

Der niederösterreichische SPÖ-Gemeinderat **Michael Rosecker** wurde aufgrund seiner Tätigkeit in der Partei- und Wahlforschung des Renner-Institutes befragt. Michael Rosecker beschäftigt sich mit aktueller und historischer Parteilorschung, dem Österreich 2020-Diskussionsprozess, hat beispielsweise Thomas Meyer zu Theorien der Sozialen Demokratie interviewt und zu den Begriffen Freiheit, Gleichheit und Solidarität wissenschaftliche Arbeiten und Artikel in „Die Zukunft“ und anderen Medien veröffentlicht.

Das Interview mit dem Wiener SPÖ-Gemeinderatsabgeordneten **Peko Baxant** wurde zum Thema „Neoliberalismus“ im Zuge einer Seminar-Arbeit durchgeführt. Peko Baxant ist SPÖ-Politiker der politischen Praxis und der Theorie. Einerseits arbeitet Baxant im Gemeinderat, andererseits verfasst er Artikel auf seiner Homepage zu theoretischen Politik-Zugängen. Baxant bringt Begriffe wie „dreifstufige Volksgesetzgebung“ und Alternativen zu Kapitalismus und Sozialismus in sozialdemokratische Diskurse ein. Baxant fordert einen neuen Sozialismus und neue Begriffsbestimmungen.

Petra Bayr wurde aufgrund ihrer internationalen und umweltpolitischen Funktion als SPÖ-Nationalratsabgeordnete interviewt. Sie sollte einerseits umweltpolitische, internationale und andererseits frauenpolitische Aspekte in den Wertevergleich einbringen.

Barbara Blaha setzte sich als ÖH-Vorsitzende intensiv für die Abschaffung der Studiengebühren ein und trat aufgrund ihrer Enttäuschung aus der SPÖ aus. Sie bringt einerseits Studiengebühren-Diskussionen ein und andererseits wurde sie befragt, um frauenpolitische Themen anzusprechen.

Hannes Androsch wurde interviewt um negative Kritik an Vranitzky und subjektive Meinungen des ökonomischen, rechten SPÖ-Flügels in die Diplomarbeit einfließen zu lassen.

Erwin Buchinger wurde in seiner ehemaligen Funktion als Sozialminister und als enger Freund von Gusenbauer für Interviews ausgewählt. Das Gespräch mit Buchinger ist einerseits Experteninterview über die „Regierung Gusenbauer“ und andererseits wurde nach Stärken, Schwächen und Charaktereigenschaften des ehemaligen Bundeskanzlers Gusenbauer gefragt.

Adi Hirschal ist als Künstler und SPÖ-Sympathisant in die Diplomarbeit einbezogen worden. Der Künstler wurde hauptsächlich zum Verhältnis „Kunst-SPÖ“ befragt.

Die Interviews haben drei sozialdemokratische Wertevorstellungen, jeweils subjektiv interpretiert, hervorgebracht. Freiheit, Gleichheit und Solidarität werden nun fragmentiert durch eine Tabelle dargestellt.

Freiheit	Befragte Person	Zitat
im Denken und Geistesleben	Peko Baxant, seit 2005 Wiener Gemeinderatsabgeordneter	
mit Ordnung	Hannes Androsch, Stellv. Parteivorsitzender (1974 bis 1981), Finanzminister (1970 bis 1981), Vizekanzler (1976 bis 1981)	<i>„Die absolute Freiheit des Einen ist die absolute Unfreiheit des Anderen.“⁹²</i>
mit Rücksicht	Petra Bayr, Wiener Gemeinderatsabgeordnete (1996 bis 2002) NR-Abgeordnete seit 2002	<i>„Rücksicht der Wirtschaft auf Ressourcen, Rücksicht auf die Gesundheit von Menschen, Rücksicht bezüglich Ausbeutung und Unterdrückung.“⁹³</i>
vor Not und Armut	Erwin Buchinger, Sozialminister (2007 bis 2008)	<i>„Freiheit von Gängelung und Unterdrückung. Freiheit von unmenschlichen Zuständen. Freiheit nicht nur in einem politischen Sinne wie der Wahlfreiheit sondern auch Freiheit in einem sozial umfassenden Sinne.“⁹⁴</i>

⁹² Vgl. Transkript des Interviews mit Hannes Androsch, 2011 in Wien, gegenüber der Oper

⁹³ Vgl. Transkript des Interviews mit Petra Bayr, vom 03.02.2011 in der SPÖ Bundesgeschäftsstelle

⁹⁴ Vgl. Transkript vom Interview mit Erwin Buchinger vom 12. Jänner 2011 in Wien

mit Recht auf Privatsphäre	Alfred Gusenbauer SPÖ-Parteivorsitzender (2000 bis 2008) Bundeskanzler (2007 bis 2008)	<i>„Das öffentliche Interesse, dass aus kollektiven Sicherheitsbedürfnissen wachsen kann und auf der anderen Seite das Recht der oder des Einzelnen auf Privatsphäre und auf Freiheit.“⁹⁵</i>
Gleichheit	Befragte Person	Zitat
vor dem Recht	Alfred Gusenbauer SPÖ-Parteivorsitzender (2000 bis 2008) Bundeskanzler (2007 bis 2008)	<i>„Der Gleichheitsbegriff beginnt im rechtlichen Bereich mit der rechtlichen Gleichstellung unterschiedlicher Personengruppen.“⁹⁶</i>
Reale Gleichheit	Barbara Blaha ÖH-Vorsitzende (2006 bis 2007)	<i>„Nicht von der Chancengleichheit, sondern von einer Gleichheit, die einer realen Gleichheit entspricht.“⁹⁷</i>
Chancengleichheit	Erwin Buchinger, Sozialminister (2007 bis 2008)	<i>„Gerechtigkeit ist in der Sozialdemokratie immer verstanden worden als Chancengleichheit.“⁹⁸</i>

⁹⁵ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Alfred Gusenbauer vom 21. Februar 2011, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.170 ff.

⁹⁶ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Alfred Gusenbauer vom 21. Februar 2011, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.170 ff.

⁹⁷ Vgl. Transkript mit Barbara Blaha im Cafe Hummel

⁹⁸ Vgl. Transkript vom Interview mit Erwin Buchinger vom 12. Jänner 2011 in Wien

Gleichheit in der Chancenerreichung	Petra Bayr, Wiener Gemeinderatsabgeordnete (1996 bis 2002) NR-Abgeordnete seit 2002	<i>„Es ist nicht nur wichtig Menschen Chancen auf etwas zu geben, sondern ihnen auch zu ermöglichen, diese Chancen wirklich ergreifen zu können. Ich halte das für ein gerechtes Mittel um Gleichheit in der Chancenerreichung wirklich herzustellen.“⁹⁹</i>
Chancengleichheit mit sozialer Gerechtigkeit	Alfred Gusenbauer SPÖ-Parteivorsitzender (2000 bis 2008) Bundeskanzler (2007 bis 2008)	<i>„Chancengleichheit immer wieder ergänzt worden mit dem Element der sozialen Gerechtigkeit, weil auch Chancengleichheit nicht a priori zu gerechteren Verhältnissen führt.“¹⁰⁰</i>
Gleichheit ist Illusion	Hannes Androsch, Stellv. Parteivorsitzender (1974 bis 1981), Finanzminister (1970 bis 1981), Vizekanzler (1976 bis 1981)	<i>„Es kann kein Schlaraffenland geben und wenn es eines geben könnte, weiß ich nicht, ob die Menschen glücklich wären.“¹⁰¹</i>

⁹⁹ Vgl. Transkript des Interviews mit Petra Bayr, vom 03.02.2011 in der SPÖ Bundesgeschäftsstelle

¹⁰⁰ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Alfred Gusenbauer vom 21. Februar 2011, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.170 ff.

¹⁰¹ Vgl. Transkript des Interviews mit Hannes Androsch, 2011 in Wien, gegenüber der Oper

Solidarität	Befragte Person	Zitat
Das Eintreten für Andere	Barbara Blaha ÖH-Vorsitzende (2006 bis 2007)	<i>„Da wo der persönliche Einsatz nicht zum eigenen Vorteil wird, wohl auch, aber es geht nicht darum.“¹⁰²</i>
als sozialer Zusammenhalt	Franz Vranitzky Bundeskanzler (1986 bis 1997) SPÖ-Parteiboss (1988 bis 1997)	<i>„Sozialer Zusammenhalt bedeutet immer wieder dafür zu sorgen, dass keine der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gegen die andere ausgespielt wird und das keine auf der Strecke bleibt.“¹⁰³</i>
als faire Verteilung	Petra Bayr, Wiener Gemeinderatsabgeordnete (1996 bis 2002) NR-Abgeordnete seit 2002	<i>„Faire Verteilung von Ressourcen und Bürden wie Klimawandel.“¹⁰⁴</i>
Selbstverwirklichung	Michael Rosecker, Renner-Institut, Seit 2006 Gemeinderatspolitiker NÖ	<i>„Ermöglichung von Lebensstilen über das Materielle hinaus.“¹⁰⁵</i>

¹⁰² Vgl. Transkript mit Barbara Blaha im Cafe Hummel

¹⁰³ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

¹⁰⁴ Vgl. Transkript des Interviews mit Petra Bayr, vom 03.02.2011 in der SPÖ Bundesgeschäftsstelle

¹⁰⁵ Vgl. Transkript des Interviews mit Michael Rosecker im Renner-Institut, Wien 23

Humanität	Franz Vranitzky Bundeskanzler (1986 bis 1997) SPÖ-Parteiboss (1988 bis 1997)	<i>„Politik über nationale Grenzen hinaus, wie die Asylthematik und Aidsbekämpfung in der dritten Welt.“¹⁰⁶</i>

5.1 Sozialdemokratische Politik-Strategien

Bei der Aufzählung subjektiver Wertevorstellungen sind zwei differenzierende Politik-Parameter feststellbar. Einerseits subjektive Wertevorstellungen, andererseits sozialdemokratische Politik-Strategien, die eine theoretisch ausformulierte Anleitung zur politischen Praxis beinhalten. Politikstrategien werden durch die folgende Tabelle komprimiert dargestellt.

Antifaschismus	Franz Vranitzky Bundeskanzler (1986 bis 1997) SPÖ-Parteiboss (1988 bis 1997)	<i>„Faschismus bekämpft man, in dem man die Nährböden des Faschismus wie z.B. Massenarbeitslosigkeit, vermeidet. Politische Führungen dürfen Rassistische Verwerfungen und Entwicklungen weg von der Egalität nicht zulassen.“¹⁰⁷</i>

¹⁰⁶ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

¹⁰⁷ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

Demokratisierung	Alfred Gusenbauer SPÖ-Parteivorsitzender (2000 bis 2008) Bundeskanzler (2007 bis 2008)	<i>„Die Soziale Demokratie geht weit über die politische Demokratie hinaus. Wirtschaftspolitische Mitbestimmung ist Teil des sozialdemokratischen Demokratieprogrammes.“¹⁰⁸</i>
Regulierung der Finanzwirtschaft	Michael Häupl Wiener Gemeinderatsabgeordneter (1983 bis 1988) Stadtrat für Umwelt und Sport (1988 bis 1994) Seit 1994 Bürgermeister von Wien	„Nun ist wieder vermehrt von notwendiger Regulierung der Finanzwirtschaft die Rede, von einem starken Staat (...)“¹⁰⁹
Bildungspolitik als Gesellschaftspolitik	Claudia Schmied Seit 2007 Ministerin für Unterricht, Kunst und Kultur	„ Bildung ist ein tragendes Element für eine demokratische Gesellschaft (...)“¹¹⁰

¹⁰⁸ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Alfred Gusenbauer vom 21. Februar 2011, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.170 ff.

¹⁰⁹ Vgl. Häupl, Michael (HG.), Politik für die Menschen, Perspektiven für Sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert, aus: Häupl, Michael, Die Aufgaben der Sozialdemokratie, echomedia, Wien, 2009, S.11

¹¹⁰ Vgl. Schmied, Claudia, Bildung im 21. Jahrhundert, aus: Häupl, Michael (HG.), Politik für die Menschen, Perspektiven für Sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert, aus: echomedia, Wien, 2009, S.83

5.2 Resume des Werte- und Begriffsvergleiches politischer Praxis und Theorie

In den persönlichen Interviews mit Politikern und Politikerinnen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs sind am häufigsten die Kampfbegriffe Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (Solidarität) gefallen. Der Begriff Freiheit gilt zum Beispiel nicht nur als Kampfbegriff für Personen, die dem linken, politischen Spektrum zuzuordnen sind, sondern ebenfalls für Personen, die neoliberal argumentieren. In dieser Diplomarbeit wurde im Kapitel „Begriffsgeschichte“ bereits näher auf diese Aspekte eingegangen.

Beim Werte-Vergleich Freiheit, Gleichheit und Solidarität mit begriffsgeschichtlichen Entwicklungen, sowie sozialdemokratischen Theorien und Politik-Strategien ist ein hoher Grad an Deckungsgleichheit identifizierbar. Der Begriff der Freiheit kann geschichtlich in drei Bereiche gegliedert werden: nämlich der Denkfreiheit sowie positiver und negativer Freiheit. Denkfreiheit wird in Theorien der Sozialen Demokratie, wie auch in sozialistischen Politik-Strategien sowie in der Parteiprogrammatik der SPÖ aus dem Jahre 1998 kaum erwähnt. Es kann vermutet werden, dass Denkfreiheit in etwaigen Theorien, Politik-Strategien und der Parteiprogrammatik nicht näher ausgeführt wird, weil ohnehin vorausgesetzt. Peko Baxant erwähnt als einziger SPÖ-Politiker Denkfreiheit und unterstreicht seine Wertevorstellung mit der Definition „Freiheit im Geistesleben“. In sozialistischen Politik-Strategien spielt die individuelle Freiheit eine untergeordnete Rolle, da der Fokus überwiegend auf gesetzlicher und materieller Freiheit gelegt ist. Die Parteiprogrammatik differenziert Freiheit ebenfalls in positive und negative Parameter, wenngleich nicht wörtlich, so in jedem Fall inhaltlich. Individuelle Freiheit wird in der Parteiprogrammatik eingefügt und als Grundvoraussetzung für kollektive Freiheit identifiziert. Der niederösterreichische SPÖ-Politiker Michael Rosecker fügt den Begriff „Selbstverwirklichung“ in die Wertevorstellungen und in die Freiheitsdebatte ein, wobei interessant ist, dass Solidarität begriffsgeschichtlich laut Godenzi als Gegensatz zu Selbstverwirklichung interpretiert wird¹¹¹.

¹¹¹ Vgl. Godenzi, Alberto, Die Unberechenbarkeit solidarischen Handelns, aus: Godenzi, Alberto, Solidarität, Auflösung partikularer Identitäten und Interessen, Universitätsverlag Freiburg Schweiz, Freiburg Schweiz, 1999, S.13 ff.

Der Begriff „Gleichheit“ ist geschichtlich zunächst an rechtlichen Fragen orientiert. Nachdem die Menschen sich vor dem Recht mehrheitlich als „Gleiche“ begegnen konnten, wurde der Begriff in Richtung individuelle Lebensentwürfe und Selbstverwirklichung auf Chancengleichheit unter Berücksichtigung struktureller Benachteiligungen von Schwächeren ausgedehnt. In Theorien der Sozialen Demokratie werden die Begriffe gerechte Gleichheit und gerechte Ungleichheit determiniert, die Zustände implementieren, die gleiche wie ungleiche Zugänge in sozialdemokratischen Wertevorstellungen rechtfertigen. Bei sozialistischen Werten steht nach der rechtlichen Gleichheit mehrheitlich die materielle Gleichheit im Vordergrund. Unter den Menschen der österreichischen, sozialdemokratischen Praxis besteht die größte Uneinigkeit in der Auslegung und der Wertevorstellung des Begriffes „Gleichheit“. Mehrheitlich werden Chancengleichheit unter besonderer Berücksichtigung von Schwächeren genannt, Erwin Buchinger identifiziert nur die Chancengleichheit und Hannes Androsch bezeichnet Diskussionen über den Gleichheitsbegriff gar als Schlaraffenland.

Der Begriff „Solidarität“ ist von den Interviewpartnern und Interviewpartnerinnen am differenziertesten ausgefallen, obgleich der Kern überwiegend ähnlich ist. Im Gegensatz zu den Begriffen Freiheit und Gleichheit gibt es keine gesetzliche Ausführung des Begriffes Solidarität. Die mit Solidarität transportierten Wertevorstellungen finden überwiegend im Sozialstaat, bzw. in der sozialen Marktwirtschaft Ausdruck. Während die Rechtsgleichheit und die Freiheit universale Werte sind, die sich mit Ausnahme Rechtsextremer, alle auf unterschiedliche Art an ihre „Fahnen“ heften, gilt Solidarität und damit auch der Sozialstaat als umstritten und formell nicht in der Verfassung eingebettet. Die Grenzziehung zwischen Solidarität und Nächstenliebe ist unter den sozialdemokratischen Interviewpartnern und Interviewpartnerinnen teilweise schwer zu ziehen. Wenn Barbara Blaha beispielsweise das Eintreten für Andere auch ohne eigenen Vorteil in den Solidaritätsbegriff einbezieht, schwingt bereits partiell der Begriff der Nächstenliebe mit. Franz Vranitzky beschreibt solidarisches, politisches Handeln aus der Vogelperspektive mit dem Ziel, das möglichst keine gesellschaftliche Gruppe gegeneinander ausgespielt wird. Bei dieser Definition kann Vranitzky gesellschaftlicher Frieden als übergeordnetes Ziel der Solidarität ausgelegt werden. Die Nationalratsabgeordnete Petra Bayr bezieht beim Solidaritätsbegriff zur

Umweltpolitik Stellung und implementiert eine „solidarische“ Verteilung der weltweiten Vor- und Nachteile der Industrialisierung und Globalisierung. Wenn Vranitzky die Politik-Strategie Antifaschismus erläutert, wird deutlich, dass der ehemalige Bundeskanzler die Gefahrenherde des Faschismus durch Instrumente solidarischer Politik bekämpft sehen möchte. Erwin Buchinger wiederum identifiziert den Solidaritätsbegriff als Instrument zur Chancengleichheit der Schwächeren. Dadurch verbindet der ehemalige Sozialminister indirekt die Begriffe „Gleichheit“ und „Solidarität“. Die komprimierten Beantwortungen aller Fragestellungen sind im Fazit, die genauen Wortlaute in den Interviews nachlesbar.

6.0 SPÖ und Parteiobmänner zwischen 1989 bis 2010

Bei der zweiten Fragestellung ist vor deren Bearbeitung festzuhalten, dass sozialistische und marxistische Theorien antikapitalistisches Verhalten einfordern. Unter dieser Berücksichtigung wäre im Vorhinein klar, dass die SPÖ, die sich in einem kapitalistischen System befindet, nicht gemäß sozialistischer und marxistischer Wertauffassungen agiert. Da bei dieser Fragestellung gegenüber jedem Parteiobmann der SPÖ kein definitives, dogmatisches Ja oder Nein als Antwort gegeben werden kann, wird es sich bei der Beantwortung und Interpretation der politischen Praxis um ein mehrheitliches Ja, bzw. ein mehrheitliches Nein handeln. Ein mehrheitliches Ja wird eine überwiegende Zustimmung, ein mehrheitliches Nein eine überwiegende Verneinung beinhalten.

6.1 Historischer Kontext 1989 bis 1996

Ende der 80er Jahre und Anfang der 90er Jahre ist die SPÖ durch mehrere parteiinterne Skandale aufgefallen. Verschiedene Funktionäre haben ihre finanziellen Entschädigungen nicht versteuert. Albrecht Konecny schreibt in einem „Die Zukunft“-Leitartikel im Jahr 1989: „Die Taschen der Partei „gläsern“ machen!“¹¹² Und Schlag auf Schlag wird offenbar, dass manche Funktionäre dieser Partei für ihre Tätigkeit Entschädigungen bezogen, die – im guten Glauben oder auch nicht- nicht versteuerten. Und dass ihre Angestellten Gehaltsbestandteile ohne Steuerabzug erhielten.“ In der Neujahresansprache thematisiert Bundeskanzler Vranitzky die SPÖ-Krise und meint: „Ich will das Vertrauen der Bevölkerung in die Politiker wieder stärken.“¹¹³ Die so genannte „Lucona-Affäre“, bei der Udo Proksch Versicherungsbetrug und Mord vorgeworfen werden, wirkt sich auf die SPÖ aus. Der damalige SPÖ-Innenminister Blecha macht Vranitzky ein Rücktrittsangebot, dass dieser annimmt, weil „ sich herausstellte, dass der „aktive“ Innenminister mit seinen Argumenten in der Lucona-Affäre nicht ausreichend Akzeptanz erhält.“¹¹⁴ Die SPÖ ist

¹¹² Konecny, Albrecht, Die Taschen der Partei „gläsern“ machen!, aus: Die Zukunft, Nr.1, 1989, S.1

¹¹³ Arbeiterzeitung, Ausgabe 2. Jänner 1989, S.3

¹¹⁴ Arbeiterzeitung, Ausgabe 20. Jänner 1989,

nach der politisch offensiven Kreisky-Ära in Defensive verfallen. Ein „Die Zukunft“-Artikel aus dem Jahr 1989 ruft das „Ende der Absoluten Mehrheiten“¹¹⁵ aus und thematisiert die Landtagswahlen in Kärnten, Salzburg und Tirol. Die SPÖ verliert an Zustimmung, trotzdem erhält die SPÖ-Kärnten beispielsweise 47,7 Prozent, die SPÖ Bund hält nach den Nationalratswahlen 1986 bei 43,1 Prozent. In Kärnten fehlen der SPÖ knapp 2 Prozent, auf Bundesebene 7 Prozent auf die Absolute Mehrheit. Trotzdem wird bereits 1989 vom „Ende der Absoluten Mehrheiten“ geschrieben. Die SPÖ gerät einerseits in eine Zustimmungskrise und andererseits aufgrund des Zerfalles der Sowjet-Union in eine ideologische Krise. 1990 diskutiert Vranitzky mit Ralf Dahrendorf über die Zukunft der Sozialdemokratie und meint: „Die Sozialdemokratie hat daher, aus meinem Verständnis und aus meiner Überzeugung, diese von ihr selbst geschaffenen Entwicklungen aufzunehmen und schreibt daher das Alte in diesem Sinn gar nicht mehr fort, sondern ist überall dort präsent, wo im Staat gemeinschaftliche Lösungen gesucht werden müssen (...) Also meine Antwort ist es gar nicht, das Konventionelle fortzuschreiben, sondern wir sind schon um einen Schritt weiter (...)“¹¹⁶ Die ideologische Krise lässt sich anhand zweier Fragestellungen skizzieren: Erstens: Ist die SPÖ eine sozialistische oder eine sozialdemokratische Partei? Zweitens: Sind die SPÖ-PolitikerInnen noch Sozialisten?¹¹⁷ Heinz Fischer erkennt vereinfacht drei verschiedene Grundpositionen: „Die einen meinen, dass die kapitalistische Gesellschaft eigentlich schon so im Sinne sozialdemokratischer Zielsetzungen verändert wurde, dass man längst nicht mehr von Kapitalismus sprechen kann, (...) dass wir uns in Wirklichkeit schon in einer postkapitalistischen Gesellschaft befinden.“¹¹⁸ Die zweite Position lautet, dass eigentlich der Kapitalismus nach wie vor Kapitalismus ist, bei allen Adaptionen, bei aller Kosmetik. Die dritte Position schließlich meint, dass wir in den fortgeschrittenen Industrieländern heute natürlich unter grundlegend veränderten gesellschaftlichen Bedingungen leben, so dass von der unter anderen Voraussetzungen vor einem vollen Jahrhundert entwickelten sozialistischen Ideologie zwar einige zentrale politische oder ethische Grundwerte dauerhaft und weiterhin Gültigkeit haben, die

¹¹⁵ Gehmacher, Ernst, Birk, Franz, Ogris, Günther, Das Ende der Absoluten Mehrheiten, aus: Die Zukunft, Nr.4, 1989, S.23ff.

¹¹⁶ Die Zukunft der Sozialdemokratie, aus: Die Zukunft, Nr.8, 1990, S.8ff.

¹¹⁷ Hainz, Leopoldine, Sozialismus oder Sozialdemokratie, aus: Die Zukunft Nr.9, 1990, S.28ff.

¹¹⁸ Vgl. Fischer, Heinz, Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, aus: Die Zukunft, Nr.4, 1989, S.34ff.

aber unter so stark veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu veränderten und neu zu erarbeitenden Lösungsansätzen und Konzepten führen müssen.“

6.2 Franz Vranitzky – Sozialisation und Charakterisierungen

Zweifelsohne ist Franz Vranitzky eine charismatische Person. Seine unverwechselbare Ausdrucksweise schlägt sich auch in seinen Artikeln nieder. Die SPÖ positioniert Vranitzky als wirtschaftspolitisch kompetenten, intellektuellen und modernen Parteiobmann. Im Archiv des Vereines der Geschichte der Arbeiterbewegung sind mehrere SPÖ-Plakat-Sujets zu Vranitzky aufbewahrt, die Nachdenklichkeit, Weitsicht und Intellektualität vermitteln. Ein Vranitzky-Plakat-Sujet trägt den Werbespruch: „Qualität im Denken“. Vranitzky prägte den Typus des so genannten „Nadelstreifsozialisten“. Paul Lendvai schreibt sehr treffend in einem seiner Bücher davon, dass Vranitzky, der (mit Ausnahme von Sinowatz wohl der einzige) SPÖ-Parteivorsitzende mit lupenreiner, proletarischer Abstammung war, sich so erfolgreich sozialisiert hatte, dass er jeglichen „sozialistischen“ „Stallgeruch“ verloren habe.¹¹⁹ Genau wie Bruno Kreisky einst sagte: „Die Rache der Geschichte an jungen Revolutionären besteht darin, dass sie in späteren Jahren mit Frack und Orden zum Opernball gehen müssen“¹²⁰ könnte in eine ähnliche Richtung bei Vranitzky gedacht werden, nämlich: Der Preis des sozialen Aufstieges ist die zwischenmenschliche Entfremdung zu den ArbeiterInnen.

Bei dieser Betrachtung müssen zwei Punkte in die Vranitzky-Charakterisierung einfließen: Erstens arbeitete Vranitzky 9 Jahre mit SozialdemokratInnen und Konservativen in der österreichischen Nationalbank, ehe er ins Finanzministerium wechselte. Seine Arbeitswelt war bis dahin von sozialdemokratischen und

¹¹⁹ Vgl. Lendvai, Paul, Mein Österreich, ecowin, 2007, Salzburg, S. 225

¹²⁰ http://www.websozis.de/index.php?mod=ws_zitate&op=show&menu=2104

konservativen Kompromissen geprägt. Zweitens ist Vranitzky seit seinem 25. Lebensjahr mit einer bürgerlich-konservativen Frau verheiratet. So erklärte Christine Vranitzky in einem News-Interview aus dem Jahr 1995: „Sobald ich mich entschieße, Kinder zu kriegen, kann es eine Familie nur mit Vater-Mutter-Kind geben(...) Und ich bin ja nicht dagegen, dass eine Frau berufstätig ist. Nur nicht auf Kosten der Kinder.“ Warum Männer sich immer öfter scheiden lassen, beantwortet Christine Vranitzky so: „Weil wir Frauen nicht daran arbeiten. Glauben Sie denn, ich bin mit meinem Mann immer einer Meinung? Ich muss sagen, dass die Männer nicht davon gehen, wenn die Frauen nur richtig mitmachen. Glauben Sie, für mich ist das lustig? Ich musste mich jeden Abend herrichten- auch wenn die Kinder noch so lästig waren. Die wenigsten Frauen gehen mit ihrem Mann mit.“¹²¹

Viele Kritiker meinten auch in Vranitzky mehr einen Banker denn einem sozialdemokratischen Parteiobmann zu sehen.

Bei meiner ersten persönlichen Begegnung mit Franz Vranitzky war höfliche Distanz auffällig. Kommunikationstechnisch berühmt ist Vranitzky für seine langen Schachtelsätze.¹²² In einer berühmten TV-Diskussion 1994 mit Jörg Haider wird der an sich talentierte Redner Vranitzky dennoch überrascht.¹²³ Kommunikations-Experte Thomas Hofer meint zu diesem Interview im Gespräch: *„Ich erinnere nur daran, dass Jörg Haider 1994 Vranitzky und dann auch Busek, teilweise dramatisch vor sich her getrieben hat.“*¹²⁴

Außerdem erklärt Thomas Hofer in dem Buch „Die Tricks der Politiker“: „Nur wenn es einem Kandidaten gelingt, einen bestehenden emotionalen Rahmen aufzubrechen, ist auch die Chance da, Zugang zu den Wählern seines Gegenübers zu finden. Jörg Haider etwa schaffte eine solche Intervention in der schon diskutierten TV-Auseinandersetzung mit Kanzler Franz Vranitzky im Wahlkampf 1994. Haider appellierte wie der Sozialdemokrat an die Solidarität und das Eintreten für den viel vereinnahmten kleinen Mann. Er ging sogar so weit, dies auch Vranitzky zuzugestehen. Mit dem Gehaltsbeispiel des sozialdemokratischen Arbeiterkammer-

¹²¹ Vgl. News, Nummer 37, 14.09.1995, S.245ff.

¹²² Vgl.<http://www.youtube.com/watch?v=YgOI7l-2KIM>

¹²³ Vgl.<http://www.youtube.com/watch?v=lu10DAL9eTY>

¹²⁴ Vgl. Interview mit Thomas Hofer, erstellt am 28. Februar 2011 in Wien

Bonzen ließ er Vranitzky in den Augen der Wähler dann aber wie den Verräter des gemeinsamen Anliegens dastehen.“¹²⁵

In einem Artikel der Wiener Zeitung wird eine gewisse Rationalität seitens Vranitzky entdeckt und differenziert bewertet: „Hinter Vranitzkys Rationalität verbirgt sich offenbar eine leicht verletzbare Sensibilität und Seelentiefe, in die der Ex-Kanzler die Öffentlichkeit nie blicken ließ. Der ehemalige Basketball- Leistungssportler schätzt Würde. Schulter- und Sprüche klopfende Stammtisch- Allüren sind mit seinem Wesen unvereinbar. Er ist ein Mann der gepflegten Sprache, wenn auch seine Worthülsen ("Da besteht Handlungsbedarf" etc.) und seine langen Schachtelsätze nicht immer zu klaren Aussagen geführt haben. Er kann aber auch trockene Pointen setzen, witzig und (selbst) ironisch formulieren.“¹²⁶

Ein großer Vranitzky-Kritiker ist der Autor Norbert Leser. Obgleich sich Leser in seiner persönlichen Entwicklung von Sozialdemokratie entfernt und dem konservativen CV zugewendet hat, gilt er als anerkannter Autor. Leser einen Sozialdemokraten zu nennen wäre nicht nur übertrieben, es wäre inhaltlich falsch. Dennoch sind seine Analysen über die österreichische Sozialdemokratie sehr interessant und treffen überwiegend SPÖ-Kritikpunkte. Norbert Leser ist auf jeden Fall ein lang jähriger Vranitzky-Kritiker. So meint Leser: „Ein Voest-Arbeiter hat es in einem Radio-Interview an einem Beispiel illustriert und angesprochen: er sagte, dass, als Vranitzky mit dem Generaldirektor an der Seite durch das Gelände schritt, man es ihm direkt ansah, welche Überwindung es ihn kostete, mit den einfachen Arbeitern ins Gespräch zu kommen und ihnen die Hand zu schütteln. Dabei stammt Vranitzky selbst aus kleinen Verhältnissen, aber er war nicht der Erste und wird nicht der Letzte sein, der sich nicht in seinem familiären Herkunftsmilieu wohl fühlt, sondern in den höheren und höchsten Etagen von Banken(...) Die Kälte, die von Vranitzky ausstrahlte, kontrastierte jedenfalls mit der künstlichen oder natürlichen menschlichen Wärme und Zuwendung, die Jörg Haider verströmte.“¹²⁷

Im persönlichen Gespräch mit Franz Vranitzky wird der Eindruck verstärkt, dass nicht nur Norbert Leser, sondern viele andere Kritiker von Franz Vranitzky, seine zurückhaltende Höflichkeit als Kälte identifizieren. Franz Vranitzky badet nicht in

¹²⁵ Hofer, Thomas, Die Tricks der Politiker, Ueberreuter, 2010, Wien, S.76

¹²⁶ <http://www.wienerzeitung.at/linkmap/personen/vranitzky2.htm>

¹²⁷ Leser, Norbert, Spezialdemokratie Österreich, Analysen und Perspektiven, Amalthea, 2002, München, S.152

Menschenmengen und sagt keine Stammtisch-Sprüche auf. Vermutlich war Vranitzky weder ein kalter noch ein Kuschel-Kanzler.

Im mehr als einstündigen Gespräch mit dem ehemaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky entsteht der Eindruck, dass Franz Vranitzky niemanden auf die Zehen steigen möchte. Vranitzky ist kein Polterer, sondern versucht durch Rationalität und Auftreten zu punkten.

Aufgrund Vranitzkys Parteiunganges, der überwiegend von Arbeitsverhältnissen und sorgsam abgewogenen Entscheidungen geprägt war, gab es Vorurteile gegenüber ihm, die im Laufe der Jahre durch emotionale Überzeugungsarbeit überwiegend ausgeräumt wurden : *„Ich habe nie wirklich Probleme gehabt mit der Partei und sie im Großen und Ganzen auch nicht. Aber trotzdem musste ich sie erst, alles technokratische usw. weglassend, erst gewinnen. Sie mussten mich kennen lernen. Das dauert natürlich seine Zeit. Dazu hat gehört, dass sie am Anfang gesagt haben: „Jetzt kommt der Banker! Wieso haben wir einen Banker als Bundeskanzler?“ Hier ist auch so zu sagen, der Nadelstreif eingeflossen. Das hat zwei Jahre gedauert, bis diese, nicht artikulierten, aber doch bei manchen Leuten im Denken vorhandenen Vorbehalte, ausgeräumt wurden. Das war jetzt ein bisschen die nicht technische, die nicht organisatorische, sondern eher eine personelle, eine emotionale Arbeit die ich einbringen musste. Am Schluss, wo ich dann 1997 zurückgetreten bin haben sie gesagt: „Nein, mach das nicht. Bleib, bleib, bleib!“ Das war dann so zu sagen, das Überschäumen der Emotionen in die andere Richtung.“¹²⁸*

Vranitzky ist ein Musterbeispiel für den Aufstieg aus dem Proletariat hinein in den Wohlstand und das Bildungsbürgertum.

Franz Vranitzkys Vater war die meiste Zeit seines Lebens Sozialist, kurzzeitig Kommunist. Die Wurzeln der väterlichen Familie liegen im Industrieproletariat der Gründerzeit der Monarchie. Die Familie Vranitzky war eine zutiefst ärmliche Familie. Sie lebten in einer Kellerwohnung, in der Dornbacher Braungasse im 17. Wiener Gemeindebezirk. Die Mutter erhielt mit Heimarbeiten die Familie, den jungen Franz

¹²⁸ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

und seine kleine Schwester, während der Vater im Krieg eingezogen war. Franz Vranitzkys folgender Wortlaut bringt seine antifaschistische Grundhaltung auf persönlicher Ebene verständlich zur Geltung: „Der Eigentümer des Hauses, in dem wir wohnten, war ein ziemlicher Nazi. Meine Mutter hat eines gespürt- vielleicht mehr instinktiv: dass die Nazis was Schlechtes sind. Sie hat das sicher nicht intellektuell rationalisiert, sie war einfach stark anti-NS. Wir haben auch ein paar Mal ein jüdisches Ehepaar im Keller versteckt. Ich habe das Alles ziemlich hautnah miterlebt, und da habe ich eine Haltung entwickelt, die mir geblieben ist und die ich sicher nicht ablegen werde.“¹²⁹

Hubertus Czernin, ebenfalls Vranitzky-Kritiker, beschreibt ihn so: „Der ehemalige Basketball-Nationalteam-Spieler vertrat die Wiederaufbaugeneration, die sich ab Mitte der 50er Jahre zäh hinaufarbeitete und sich dabei, wie selbstverständlich, jenen Mechanismen des Nachkriegs-Proporz bediente, ohne die die Karriere damals nicht möglich war.“¹³⁰ Franz Vranitzky verfügte über das richtige Parteibuch, und dieses ebnete ihm den Weg nach oben. Seine Karriere war stet, sie birgt keine Überraschungen und basiert auf der alten Parteimacht. Nach einem kurzen Berufseinstieg in den Siemens-Schuckert-Werken beginnt seine wahre Karriere nicht zufällig in der damals am besten geschützten Werkstätte des rot-schwarzen Proporz, in der österreichischen Nationalbank. Von der Nationalbank wechselte er 1970 ins Büro des Finanzministers Androsch“

Es ist der eine oder andere Kontakt, die eine oder andere sozialdemokratische Nähe zu vermuten, bei dem Karriereeinstieg von Franz Vranitzky in die Nationalbank. Auf der anderen Seite ist es korrekt, Franz Vranitzky einen politischen Quereinsteiger zu nennen. Er war nicht jahrzehntelang in einer Bezirksorganisation der SPÖ tätig und arbeitete sich in keiner Sektion vom Kassier zum stellvertretenden Sektionsleiter vor. Kurz gesagt: Franz Vranitzky machte nicht die so genannte „Ochsentour“ unter der das lange „Aussitzen“ verschiedener Funktionen in der Partei bis zum politischen Aufstieg gemeint ist, durch.

„Ich habe jahrelang in der Nationalbank gearbeitet, davon wieder etliche Jahre im Ausland, in Amerika und in England und bin 1970 gerufen worden ins

¹²⁹ Rauscher, Hans, Vranitzky, Eine Chance, Ueberreuter, 1987, Wien, S.25

¹³⁰ Czernin, Hubertus, „Der Haider-Macher, Franz Vranitzky und das Ende der alten Republik, Ibra und Molden, 1997, Wien, S.52

Finanzministerium als wirtschafts- und finanzpolitischer Mitarbeiter des Ministers. Da bin ich mit der institutionalisierten Politik und dem Parlament in enge Berührung gekommen. Ich habe unzählige Vorträge gehalten über Steuerpolitik, Geldpolitik, Finanzpolitik usw. Da bin ich immer näher in die Nähe der Politik und der Politiker gerückt. 1983 hat Sinowatz die Bundesregierung übernommen nach Bruno Kreisky und Sinowatz hat mich gefragt, ob ich als Finanzminister in die Regierung eintreten möchte. Ich habe gesagt: Ich möchte mir das ein bisschen überlegen. So schnell macht man so einen Sprung nicht. Sinowatz hat mich dann am nächsten Tag angerufen und hat gesagt: „Vergiss es. Es kommt eh nicht in Frage.“ Wie ich später erfahren habe war der Grund, dass Kreisky große Vorbehalte hatte, den damaligen Finanzminister Salcher auszuwechseln. Sinowatz hat gesagt, dass er es sich mit Kreisky nicht verderben will und so wird Salcher Finanzminister bleiben. 1984 hat dann Salcher die berühmte Sachverhaltsdarstellung gegenüber dem Androsch an die Staatsanwaltschaft weitergegeben. Das war natürlich ein riesiger, innenpolitischer Wirbel und Sinowatz haben die Unannehmlichkeiten, die Scherereien so verärgert, dass er Salcher entlassen und nicht weiter auf Kreisky gehört hat. So bin ich in die Politik gekommen. Ich musste als Finanzminister einige Dinge machen, die nicht in Übereinstimmung mit dem, was meine Vorgänger gemacht haben, waren. Ich nenne zum Beispiel die Zinsertragssteuer, die Finanzierung des Konferenzzentrums in Wien usw. Mehr oder weniger über Nacht trat dann Sinowatz zurück. Warum trat Sinowatz zurück? Er trat zurück, weil Waldheim Bundespräsident wurde. Sinowatz hat sich ja im Wahlkampf sehr stark gegen Waldheim engagiert. Sinowatz hat dann eigentlich gesagt: „Eigentlich kann ich nicht wirklich Bundeskanzler sein mit einem Bundespräsidenten, den ich aus großer Überzeugung bekämpft habe.“ So ist der Finanzminister Vranitzky in sehr kurzer Zeit Bundeskanzler geworden. Das ging alles sehr schnell und in sehr kurzer Zeit und war für sozialdemokratische Abläufe total ungewöhnlich“.¹³¹

Sogar Vranitzky selbst schreibt in seiner politischen Autobiographie „Politische Erinnerungen“ in einem Satz von sich in dritter Person: „Die Zeiten des formellen,

¹³¹ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

trockenen Vranitzky seien vorbei, hörte ich.“¹³² Das bedeutet Vranitzky war sich seiner von seinen Mitmenschen erlebte Ausstrahlung durchaus bewusst.

Paul Lendvai wiederum schreibt in seinem Buch „Mein Österreich“ über seine Erinnerungen bezüglich Vranitzky: „Ich habe ihn zwar regelmäßig getroffen(...) aber es gab keine engen persönlichen Kontakte. Doch es war keinesfalls eine Ausnahme, sondern eher die Regel im persönlichen Verkehr mit Bundeskanzler Vranitzky. Aus welchem Grund auch immer benahm sich Vranitzky, der lupenreiner, proletarischer Abstammung ist, stets freundlich, aber immer auf Distanz bedacht, nicht nur gegenüber politischen Gegner oder Medienvertretern, sondern auch, mit sehr wenigen Ausnahmen, im Kontakt mit Parteifreunden.“¹³³ Außerdem kritisiert ein ehemaliger Minister, den Lendvai in diesem Teil seiner Analyse nicht namentlich nennt Vranitzkys „zu Null tendierende Loyalität hinter der Biedermannsmaske gegenüber in Schwierigkeiten geratenen oder angegriffenen Mitarbeitern und parteiinterne Abneigung. Dabei ging es nicht nur um Androsch, Blecha oder Gratz, die in diverse Skandale verwickelt waren (Consultatio, Noricum, Lucona). Es ging vor Allem auch um den Stil, wie Vranitzky angegriffene Mitarbeiter scheinbar sang und klanglos fallen ließ. Personen wie die ehemaligen Zentralsekretäre Heinrich Keller und Günter Sallaberger, obwohl die Vorwürfe „finanzieller Ungereimtheiten“ völlig haltlos waren.“¹³⁴

Hans Rauscher deutete in manchen Punkten einen anderen Franz Vranitzky an, wenn es da heißt: „Der Mann, der oft Zuflucht zu Sarkasmus nimmt, manchmal arrogant wirken kann, hat einen starken Zug ins Warmherzige, Weiche. Kenner Vranitzkys berichten übereinstimmend von seiner Sensibilität, dem Mangel an Brutalität auch Widersachern gegenüber. Der Killer-Instinkt, ohne den ein Politiker nicht auskommt oder nicht aus zu kommen glaubt, fehlt ihm weitgehend. Das ist ein Problem, und zwar eines der Durchsetzungsfähigkeit. Der Neo-Politiker (Anm.: Das Zitat ist aus einem Buch von 1987) Vranitzky hat zwar einen gesunden Willen zur Macht, aber die Freude am taktischen Schachspiel, am Hantieren mit den Hebeln der Beeinflussungsmaschinerie, die geht ihm ab.“¹³⁵

¹³² Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen, Zsolnay, 2004, Wien, S. 386

¹³³ Vgl. Lendvai, Paul, Mein Österreich, ecowin, 2007, Salzburg, S. 225

¹³⁴ Vgl. Lendvai, Paul, Mein Österreich, ecowin, 2007, Salzburg, S. 232

¹³⁵ Rauscher, Hans, Vranitzky, Eine Chance, Ueberreuter, 1987, Wien, S. 15

Sein ehemaliger Kabinettschef Max Kothbauer, später stellvertretender CA-Generaldirektor über Franz Vranitzky: „ Er behandelt Leute überhaupt nie schlecht. Ihm fehlt jedes erotische Verhältnis zur Macht.“¹³⁶

Und auch Vranitzkys Ehefrau Christine meint: „ Denn er ist ja in Wirklichkeit nicht der total Harte, sondern er ist ein ganz weicher Mensch.“¹³⁷

Vranitzky selbst meinte im Interview zu dieser Diplomarbeit, dass eine Schwäche von ihm wohl war, dass er gelegentlich auf individuelle Wünsche zu sehr eingegangen ist.

Überwiegend werden zwei differenzierende Vranitzky-Charaktäre geschildert: Auf der einen Seite der kühle und distanzierte, andererseits der warmherzige, sensible Vranitzky. Sein Sozialdemokratie-Zugang beruht überwiegend auf seinen persönlichen Erfahrungen und Wertvorstellungen, weniger auf Marx-Lesekreisen oder kritischer Theorie. Der Banker aus armen Elternverhältnissen hat die sozialdemokratische Partei überwiegend als Arbeitsplatz interpretiert und weniger emotional umworben. Während der Langzeit-SPÖ-Bundeskanzler Kreisky persönlich überwiegend von Austrofaschismus geprägt war und in den Konservativen die größte Demokratie-Gefahr sah, ist Vranitzky durch Faschismus und rot-schwarzem Proporz politisiert.

Zum Thema der Europäischen Union schreibt der ehemalige Bundeskanzler: „Das Spannungsfeld zwischen dem prinzipiellen und vorbehaltlosen Bekenntnis zum europäischen Einigungswerk und der Erkenntnis, dass es nicht schon von sich aus, gleichsam per System, allen Menschen Vorteile bringt, stärkt meine Grundeinstellung zum Vorrang der Politik.“¹³⁸

Vranitzky hat eine Vorliebe zur repräsentativen Demokratie: „ Man kann politische Aussagen und politische Handlungen nicht ausschließlich daran messen, ob sie als Massenprogramm geeignet sind oder nicht. Ob eine betont antifaschistische Haltung

¹³⁶ Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien, S. 182

¹³⁷ Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien, S. 182

¹³⁸ Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen, Zsolnay, 2004, Wien, S. 333

in der konkreten politischen Situation ein Vorteil oder ein Nachteil ist, darf nicht gefragt werden.“¹³⁹

„Ein Bekenntnis zur Demokratie müsse das Bekenntnis zu den politischen Parteien einschließen. Direktdemokratische Elemente mögen in unserem System einen Stellenwert haben, doch mit direkter Demokratie allein oder auch nur überwiegend können komplexe Entscheidungen nicht getroffen werden. Politik als bloße Summe von Bürgerinitiativen halte ich für denkunmöglich.“¹⁴⁰

Trotzdem Vranitzky gelegentlich durchaus neoliberale Keywords wie Deregulierung in den Mund nahm- ihn als neoliberalen Sozialdemokraten zu bezeichnen wäre schlichtweg falsch. So meint Rauscher: „Für einen echten Wirtschaftsliberalen ist er doch zu sehr von der Rolle des Staates überzeugt. Aber kulturell ist er unzweifelhaft ein Liberaler im besten Sinn.“¹⁴¹

Vranitzky selbst meinte ebenfalls, dass die Kräfte des freien Marktes immer wieder die errichteten Strukturen bedrohen und als Folge dessen die in diesen Strukturen lebenden und von ihnen abhängigen Menschen in existenzielle Gefahren bringen können.¹⁴² „Eine solche Ideologie des reinen „Laissez-Faire“, wo jeder Staatseingriff ein Übel ist, wo die gerechte Verteilung von Einkommen und Wohlstand verweigert wird, bekämpfen wir.“¹⁴³

Gleichzeitig neigt er dazu, wirtschaftspolitische Liberalisierung mit gesellschaftlicher Liberalisierung recht zu fertigen. „Es sollte aber auch nicht verborgen bleiben, dass die Arbeit einer ständigen und immer rascheren Veränderung hinsichtlich Art, Umfang und Ort unterworfen ist. Und dass es uns Sozialdemokraten keineswegs um die Befreiung von der Arbeit, sondern um die endgültige Befreiung der Arbeit gehen sollte.“¹⁴⁴

¹³⁹ Thurnher, Armin, Franz Vranitzky im Gespräch mit Armin Thurnher, Eichborn Verlag, 1992, Frankfurt, S. 31

¹⁴⁰ Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen, Zsolnay, 2004, Wien, S. 233

¹⁴¹ Rauscher, Hans, Vranitzky, Eine Chance, Ueberreuter, 1987, Wien, S. 17

¹⁴² Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen, Zsolnay, 2004, Wien, S. 235

¹⁴³ Vgl. Vranitzky, Franz, Alles Gute- Glück auf Freundschaft, Rede vom SPÖ Parteitag am 9. April 1997

¹⁴⁴ Vgl. Vranitzky, Franz, Über den notwendigen Wandel der Sozialdemokratie, aus: Die Zukunft, Leitartikel aus Nummer 5, 1991

6.3 Politische Entscheidungen unter Vranitzky

Anfang der 80er Jahre werden Teilbereiche der Verstaatlichten überwiegend defizitär und Vranitzky muss die damit aufkommenden, budgetären Probleme bearbeiten. *„Wir hatten ins Besondere im Gewerkschaftsbereich doch zahlreiche Multifunktionäre und Ämterkomulierer. Das wäre an sich noch nicht so gravierend gewesen, wenn sie nicht auch noch in den verschiedenen Funktionen, in denen sie tätig waren, bezahlt worden wären. Das war ein großer Kritikpunkt, dass die so zu sagen Mehrfachverdiener waren und beachtliche Einkommen erzielten. Das war auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Ich habe dann den Bundesgeschäftsführer Peter Vanity beauftragt, dass er sich da etwas überlegen soll. Das war dann das 4-Punkte-Programm. Nämlich pro Person nur eine bezahlte, politische Funktion. Also Funktionen konnten sie mehrere haben, aber nur eine bezahlte“.*¹⁴⁵

Die Ära Vranitzky wird einerseits von seiner konsequent antifaschistischen Haltung, andererseits von Skandalen wie der Lucona-Affäre, dem Konsum-Intermezzo, dem Ende der Arbeiterzeitung, die Privatisierung der Voest und durch den EU-Beitritt geprägt.

Auch beim Thema „Waldheim-Affäre“ erklärt der ehemalige Bundeskanzler, dass er seine Rolle nicht aktiv herbeigeführt, sondern sich passiv ergeben hat. *„Natürlich: Ich habe nicht bewusst gesagt: Das ist für mich eine Profilierungsmöglichkeit, sondern das hat sich zwangsweise ergeben.“*¹⁴⁶

Auch heute noch ist Vranitzky davon überzeugt, im Umgang mit der Waldheimaffäre und Jörg Haider richtig gehandelt zu haben.

„Waldheim hat sein Problem in Wirklichkeit nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. Waldheim hat immer wieder zu mir gesagt: „Ich habe doch 1942, 1943 kein

¹⁴⁵ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

¹⁴⁶ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

Problem gehabt und ich habe doch nichts angestellt.“ Da hat er einmal einen fürchterlichen Satz gesagt: „Ich habe doch nur meine Pflicht getan!“¹⁴⁷

Und Franz Vranitzky wird noch deutlicher, wenn er erläutert: *„Ich habe immer gesagt: „Herr Bundespräsident: Ihr Problem und unser Problem als Republik Österreich ist nicht das Jahr 1942, sondern das Jahr 1987.“ Waldheim: „Ja was soll ich machen...?“¹⁴⁸*

„ Ein Regierungsbündnis mit einer von Haider geführten FPÖ kam für mich grundsätzlich nicht in Frage.“ und außerdem erklärt Vranitzky: „ Ein anderes politisches Hindernis in einer Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Bundesregierung war (und wäre es bis heute) die politisch-weltanschauliche Positionierung Haiders. Ich habe es stets als müßig empfunden, mich damit auseinander zu setzen, ob er ein Nazi ist oder nicht.“¹⁴⁹

Viele Politikwissenschaftler, Menschen der Öffentlichkeit und Politiker meinen in Bezugnahme zu Franz Vranitzky, dass dieser lediglich einen wirklichen Kampf aufgenommen hatte, eine einzige Auseinandersetzung nicht verwaltete, sondern mit all seinen Möglichkeiten ausgefochten hat: Das Erstarken von Jörg Haider, das auch im Zusammenhang mit der Waldheimaffäre zu sehen ist. „Es gab wahrscheinlich nie einen Bundeskanzler, der Österreich im Ausland so gut repräsentiert hat wie Franz Vranitzky.“¹⁵⁰ Diese Bewertung wird von vielen Menschen geteilt, doch Franz Vranitzky hält fest: *„Ich habe nicht bewusst gesagt: Das ist für mich eine Profilierungsmöglichkeit, sondern das hat sich zwangsweise ergeben. Denn die Westeuropäer und die Amerikaner haben immer gesagt, dass sie nichts gegen die österreichische Regierung und nichts gegen das österreichische Volk haben, sondern sie haben nur etwas gegen Waldheim. Ich habe immer gesagt: Das können sie aber niemanden erklären. Wenn sie zum Beispiel sagen: „Waldheim kann bei uns*

¹⁴⁷ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

¹⁴⁸ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

¹⁴⁹ Vgl. Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen, Zsolnay, 2004, Wien, S.174

¹⁵⁰ Czernin, Hubertus, Der Haider-Macher, Franz Vranitzky und das Ende der alten Republik, Ibra und Molden, 1997, Wien, S.61 ff.

nicht einreisen.“ dann werden viele Österreicher sagen: „Es geht nicht um den Waldheim. Es geht um Österreich.“ Das ist ungefähr die Lage gewesen.“¹⁵¹

Und es gab keinen anderen, der es sich so sehr zur Aufgabe gemacht hat, einen bestimmten Oppositionspolitiker (Anm.: Jörg Haider) als Kanzler zu verhindern. Genau darin lag die eigentliche Tragik des Sozialdemokraten: Jörg Haiders Aufstieg erfolgte in seiner Ära. Als Vranitzky Kanzler wurde, lagen die Freiheitlichen in den Meinungsumfragen gerade noch bei 3 Prozent. Nachdem Vranitzky die kleine Koalition gesprengt hatte (Anm.: rot-blau, 1986) wuchsen sie auf knapp 10 Prozent. 1990 stimmten fast 17 Prozent für die FPÖ, 1994 waren es 22,5 Prozent...

Die Affäre Waldheim, bei der es darum ging, dass der unabhängige Präsidentschaftskandidat der ÖVP offensichtlich 2 Jahre seiner Zeit im zweiten Weltkrieg (bewusst) verschwieg, daraufhin angesprochen wurde und meinte, dass er nur seine Pflicht getan habe wurde international beobachtet. Der Wahlsieg von Waldheim wurde somit eine Frage der Auseinandersetzung mit der österreichischen Verantwortlichkeit im Nationalsozialismus. Es kam eine Art „Jetzt erst recht“-Stimmung auf, Waldheim wurde gewählt und Vranitzky hielt fünf Jahre darauf, im Jahre 1991 eine Rede, die inhaltlich den Staat Österreich für die guten und bösen Taten seiner Geschichte verantwortlich machte. Vranitzky meint zur Waldheimaffäre: „So manche Landsleute fanden keinen Gefallen an den Anschuldigungen gegen den ÖVP-Kandidaten, er habe ein wenig herzeigbares Kapitel seiner Lebensgeschichte in der NS-Zeit in seinen Erinnerungen „vergessen“. Die Kriegsgeneration, sofern sie nicht gegenüber dem Hitler-Regime politisch sehr gefestigt war, sah derartige Vorwürfe nie gern, weil sie dahinter eine pauschale Verurteilung vermutete.“¹⁵²

¹⁵¹ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

¹⁵² Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen, Zsolnay, 2004, Wien, S.144

Vranitzky war als Bundeskanzler angetreten um¹⁵³

- den parteipolitischen Einfluss im Staat zurück zu drängen (Entfilzung)
- daraus folgend: neue Rekrutierungsmechanismen bei der Auswahl der Manager der verstaatlichten Institutionen
- mehr private Eigeninitiative von UnternehmerInnen und privaten Menschen wird nötig sein, da auf Dauer dermaßen hohe staatliche Verantwortung und Ausgleichspolitik nicht finanzierbar sei („(...) Das kann solange gut gehen, so lange man ein reales Wirtschaftswachstum von 5 Prozent hat, aber selbst dann ist das auf die Dauer fraglich(...)“¹⁵⁴
- Staatlich subventionierte Offensive für Wissenschaft und Forschung, um die Konkurrenzfähigkeit Österreichs zu stärken

Bei den Herausforderungen der Ära Vranitzky ist interessant, dass die Mehrzahl der Themen nicht von Vranitzky herbeigeführt, sondern gewissermaßen, um in den Worten von Vranitzky zu bleiben (trotzdem er mit diesen Worten andere Inhalte gemeint hat) im „Zeichen der Zeit“ eingeleitet wurden. Im Nachhinein ankreiden kann man, dass Vranitzky die Herausforderungen nicht aktiv und progressiv lösen wollte. Mangelnde aktive Impulse und ein Regierungsstil, der mehr einer Moderation gleicht, wurde ihm von verschiedenster Seite immer wieder vorgeworfen.

Affäre Waldheim, Rechtsruck in Österreich	ab 1986
Medienimperium Arbeiterzeitung	Ende 1991, letzte Auflage
Versorgungsaufgabe durch KONSUM	1995 Konkurs
Volksabstimmung EU-Beitritt	1994
EU-Beitritt	1995
Sparpakete	Hauptsächlich Berücksichtigung von 1996

¹⁵³ Czernin, Hubertus, „Der Haider-Macher, Franz Vranitzky und das Ende der alten Republik“, Ibra und Molden, 1997, Wien, S. 63-65

¹⁵⁴ Czernin, Hubertus, „Der Haider-Macher, Franz Vranitzky und das Ende der alten Republik“, Ibra und Molden, 1997, Wien, S. 64

Die Affäre Waldheim

Schon wesentlich früher als Mitte der 80er Jahre kam das Gerücht auf, Kurt Waldheim (ÖVP) wäre Mitglied einer SS-Reiterstandarte gewesen. Trotz dieser Umstände wurde Waldheim zum bereits zweiten Mal nach 1971 Präsidentschaftskandidat. Am 8. Mai 1986 veröffentlichte Hubertus Czernin im Profil die Wehrstammkarte Waldheims. Der Skandal war geboren und international. Besonderer Skandal dabei war der Umstand, dass Waldheim diese Zeit bewusst verschwiegen hatte und bereits ertappt immer noch leugnete. Der Wahlkampf bekam eine eigene, antisemitische und ausländerfeindliche Dynamik und inmitten dieses Skandals entschied Waldheim den Präsidentschaftswahlkampf im zweiten Wahlgang mit 53,9 Prozent für sich. Bundeskanzler Sinowatz trat zurück und Franz Vranitzky trat seine Nachfolge an.

Am 11. März 1988 sprach Vranitzky in seiner Erklärung in der Hofburg von der Tatsache einer historischen Schuld. Der Bundeskanzler meinte, sich damals noch nicht so intensiv zu äußern um seine gute Absicht nicht in das Gegenteil zu verkehren. Am 8. Juli 1991 sprach Vranitzky im Parlament wörtlich davon, dass man sich bekennen müsse zur Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben.¹⁵⁵ Noch deutlicher war seine Rede an der Hebrew University in Jerusalem (9.6.1993): „Wir bekennen uns zu allen Daten unserer Geschichte und zu den Taten aller Teile unseres Volkes, zu den guten wie zu den bösen, und so wie wir die guten für uns in Anspruch nehmen, haben wir uns für die bösen zu entschuldigen.“¹⁵⁶

Auffällig bei beiden Reden ist die viele Zeit, die zwischen Waldheim, aber auch nach dem Erstarken der Freiheitlichen, verging, ehe der antifaschistische Bundeskanzler Vranitzky sich äußerte.

¹⁵⁵ Vgl. Lendvai, Paul, Mein Österreich, ecowin, 2007, Salzburg, S. 226

¹⁵⁶ Lendvai, Paul, Mein Österreich, ecowin, 2007, Salzburg, S. 226

Was Vranitzky für vernünftig und womöglich für deeskalierend empfand, sah Hubertus Czernin als Feigheit. Czernin schreibt dies nicht in diesem Wortlaut, dieser lautet: „Was Vranitzky für politische Vernunft hielt, war in Wahrheit übergroße Vorsicht und Ängstlichkeit. Nur ja keinen Schritt zu viel gehen, nur ja sich nicht zu weit herauswagen; Kompromisse schließen; Rücksicht nehmen; Probleme so lange abwägen, bis sie möglichst keine Gefahr mehr darstellen; Konflikte vermeiden; den Schein bewahren, anstatt dem Sein auf den Grund zu gehen; Form über Inhalt stellen; Dekor für Dignität halten.“¹⁵⁷

Das Ende der Arbeiterzeitung

Die Arbeiterzeitung war das Nachfolgemedium der „Gleichheit“. 1889 wurde sie von Victor Adler gegründet. Erschien sie zunächst vierzehntägig, so wurde kontinuierlich der Aufwand erhöht und letztendlich wurde sie eine Tageszeitung. 1909 erfolgte erfolgte die Übersiedlung in ein Jugendstilgebäude an der Rechten Wienzeile. 1934 vom Ständestaat verboten, wurde sie bis 1938 in Brünn weiterhin gedruckt und nach Österreich ein geschmuggelt. Nach dem zweiten Weltkrieg hatte die Arbeiterzeitung mit knapp unter 250.000 Stück die größte Auflage und war die größte Zeitung Österreichs. Ein Grund dafür: Oscar Pollack als Chefredakteur deckte gewaltsame Übergriffe sowjetischer Soldaten in Österreich auf. Nach 1955 wurde die Arbeiterzeitung zum Parteiorgan degradiert. So war die Parteilinie fast immer Blattlinie. 1989 wurde die AZ an den Werbeunternehmer Hans Schmid und seine Birko Holding verkauft. Ein erfolgreicher Neustart blieb aus und die letzte Ausgabe der AZ wurde am 31. Oktober 1991 gedruckt.¹⁵⁸

¹⁵⁷ Vgl. Czernin, Hubertus, „Der Haider-Macher, Franz Vranitzky und das Ende der alten Republik“, Ibra und Molden, 1997, Wien, S. 74

¹⁵⁸ Cap, Christian, „How to lose an Empire aus: Broukal, Josef, Nachrichten vom Ableben der SPÖ sind stark übertrieben, Schafft die Sozialdemokratie den Turnaround?“, Goldegg Verlag, 2010, Wien, S. 146 ff.

Vom Flaggschiff zum Ballast der SPÖ- der Konsum und sein Ende¹⁵⁹

Der Konsum wurde im Oktober 1964 von Wollwebergesellen gegründet. Die erste Einkaufsgenossenschaft in Wien war gegründet. Im Frühjahr 1865 hatte der Konsumverein bereits mehr als 100 Mitglieder. Dieser Konsumverein, als Genossenschaft organisiert, sah vor, dass jedes Mitglied in einen gemeinsamen Fond fünf Gulden in Wochenraten von zehn Kreuzern einzuzahlen hatte. Im Bedarfsfall waren Nachzahlungen vorgesehen, die allerdings 10 Gulden pro Mitglied nicht übersteigen durften. Ziel dieser Maßnahme war, zu verhindern, dass ein einzelnes Mitglied ein wirtschaftliches Übergewicht erhielt und die Genossenschaft wirtschaftlich dominieren konnte. Mit dem 1873 beschlossenen, neuen Genossenschaftsgesetz erhielten die Genossenschaften selbstständige Rechtspersönlichkeit, mit der Folge, dass sie der staatlichen Aufsicht entzogen wurden. Aufgrund der mehrheitlich sozialdemokratisch orientierten Mitglieder wurden mit der Zeit immer mehr Sozialdemokraten mit der Leitung dieser Körperschaften betraut. Was zunächst nicht ohne Vorbehalte seitens der Sozialdemokratischen Partei ablief, hatte längst Bewegungscharakter.

Der Konsum gewann kontinuierlich an Bedeutung, bis 1909 in ihm sogar ein Pfeil des „Drei Pfeile Symbols“ gesehen werden konnte, gemäß damaliger, sozialdemokratischer Meinungen. Das bekannte „3-Pfeile-Symbol“ wurde damals teilweise auch so interpretiert: - ein Pfeil steht für die Partei, ein Pfeil steht für die Gewerkschaft und der dritte steht für den Konsum.

Der Konsum hatte auf jeden Fall mit der Arbeiterzeitung gemeinsam, ein Ausdruck für das politische Lebensgefühl der Sozialdemokratie zu sein. Im Laufe der Geschichte in jedem Fall entwickelte sich die Konsumgenossenschaft mehr zu einem Altenheim denn einer innovativen Organisation. In seiner größten Expansionsphase hatte der Konsum 17000 Mitarbeiter an 1055 Standorten mit fast 700000 Quadratmeter Verkaufsfläche und einem Jahresumsatz von rund 32 Milliarden

¹⁵⁹Vgl. Cap, Christian, How to lose an Empire aus: Broukal, Josef, Nachrichten vom Ableben der SPÖ sind stark übertrieben, Schafft die Sozialdemokratie den Turnaround?, Goldegg Verlag, 2010, Wien, S.141-146

Schilling(ungefähr 2,3 Milliarden Euro) bei mehr als 700.000

GenossenschafterInnen. Unter den Mitgliedern waren fast doppelt so viele Menschen über 70 als unter 30 Jahre alt. 1996 endete das Konsum Intermezzo. Vranitzky äußert sich zum Thema Konsum besonders auffällig, wenn er meint: „Im Jänner 1996 war es damit zu Ende. Wieder einmal hatte ich als Parteivorsitzender Rede und Antwort zu stehen, obwohl ich keinerlei Kontrollfunktion besaß und für die Partei dem Gesetz entsprechend keinerlei Einfluss, nicht einmal Einschaumöglichkeiten vorgesehen waren. Dass die Insolvenz unumgänglich war, erscheint mir nicht hundertprozentig gesichert. Möglicherweise hätte die Auswechslung des Generaldirektors den Weg in eine bessere Zukunft geebnet. Aber so war es eben nicht, weil die Entscheidungsstrukturen für den Koloss unzureichend waren.“¹⁶⁰

Franz Vranitzky geht im Interview vom Jänner 2011 auf den Konsum intensiver ein: *„An einer gewissen Stelle, wo mir klar wurde, dass der Konsum wirklich Verluste schreibt, habe ich das den Gewerkschaftern mitgeteilt und die haben gesagt: „Das ist ÖVP-Propaganda. Die glauben wir nicht.“ Bis zum bitteren Ende. Dann hat die damalige Unternehmensleitung des Konsums den Konkurs angemeldet. Ich behaupte bis heute: Das wäre nicht notwendig gewesen. Man hat dann im Konkursverfahren erstaunlich hohe Quoten erzielt. Die Gläubiger haben erstaunlich hohe Rückzahlungen der Schulden bekommen und der Konsum war weg geblasen. Richtiger wäre es gewesen: Erstens: Was war eigentlich das Problem des Konsums? Das hauptsächliche Problem des Konsums war, dass er nicht auf seine Konkurrenz eingegangen ist. Es ist damals zum Beispiel Billa gewachsen. Billa: Billigangebot, aggressives Marketing, aggressive Filial- Politik und Modernität. Der Konsum ist verharret in seiner altmodischen Produktauswahl usw. Hätte man- aber da hätte man andere Leute dort gebraucht, mit Leuten die dort gesessen sind wäre das wahrscheinlich nicht gegangen- man hätte zum Beispiel machen können, was jeder Andere macht, unproduktive Zweige abstoßen. Der Konsum hat eine Fleisch- und Wurstfabrik gehabt. Wozu? Der Billa hat auch keine Fleisch- und Wurstfabrik besessen. Die kaufen Fleisch und Wurst auf den Märkten. Der Konsum hätte eine Strukturbereinigung machen können und der Konsum hätte überlebt. Natürlich mit*

¹⁶⁰ Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen, Zsolnay, 2004, Wien, S. 266

einem Konzept wo er gegen Billa und Merkur usw. bestanden hätte. Das haben sie aber nicht gemacht. Der Konkurs war also nicht notwendig.“¹⁶¹

6.4 Der EU-Beitritt

Das Thema EU-Beitritt ist neben der antifaschistischen Grundhaltung gegenüber Waldheim und Haider das prägendste Element der Ära Vranitzky.

Der Beitrittszeitplan¹⁶² lief wie folgt ab:

4.Mai 1994: Das Europäische Parlament stimmt mit 378 von 517 Mitgliedern für den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union.

5.Mai 1994: Der österreichische Nationalrat beschließt mit 140 gegen 35 Stimmen ein Bundesverfassungsgesetz, durch das mit „Zustimmung des Bundesvolkes“ die bundesverfassungsgesetzlich zuständigen Organe ermächtigt werden, „den Staatsvertrag über den Beitritt Österreichs zur europäischen Union entsprechend dem am 12.April 1994 von der Beitrittskonferenz festgelegten Verhandlungsergebnis abzuschließen.“

7.Mai 1994: Der österreichische Bundesrat stimmt diesem Verfassungsgesetz mit 51 gegen 11 Stimmen zu.

12.Juni 1994: Bei der Volksabstimmung stimmt eine Mehrheit von 66,58 Prozent dem Bundesverfassungsgesetz über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union zu.

24.Juni 1994: Unterzeichnung des Beitrittsvertrages durch Österreich, Finnland und Schweden in Korfu.

11.November 1994: Der österreichische Nationalrat genehmigt den Beitrittsvertrag.

¹⁶¹ Vgl. Heimlich,Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

¹⁶² Neisser,Heinrich,Loibelsberger,Gerhard,Strobl,Helmut,Unsere Republik auf einen Blick,Das Nachschlagewerk über Österreich,Ueberreuter,2005,S.36/37

24.November 1994: Die österreichische Ratifikationsurkunde wird vom Bundespräsidenten bei der italienischen Regierung hinterlegt.

1.Jänner 1995: Der Beitrittsvertrag tritt in Kraft, Österreich ist Mitglied der Europäischen Union.

Als am 1.Jänner 1995 die Republik Österreich Teil der Europäischen Union wurde, entsprach dies dem Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung. Österreichs Gewerkschaften¹⁶³ hatten bereits seit den 50er Jahren einen klaren Pro-Europäischen Kurs eingeschlagen. So war ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch schon vor dem Beitritt Österreichs zur EU, auch gleichzeitig Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes (seit 1993).(…) Es war nicht einfach, positive und negative Aspekte einer EU-Mitgliedschaft abzuwägen. Letztlich entschied aber der ÖGB-Bundesvorstand dennoch den Beitritt zu unterstützen.

Vranitzky schrieb von der europäischen Integration, von der wirtschaftspolitischen Aufwertung im Zusammenhang mit einem EU-Beitritt und weniger von seiner selbst erkannten Skepsis aufgrund etwaiger Demokratiedefizite und sozialer Risiken. So schreibt Vranitzky 2004: „Ich verkenne nicht die Rückschläge, die das europäische Integrationsmodell im Lauf der Jahre und Jahrzehnte erlitten hat. Ich verkenne auch nicht die verschiedenen Unzulänglichkeiten, die bei vielen Bürgern- auch wohlmeinenden- Unmut bis hin zur Ablehnung auslösen. Und ich bin mir dessen sehr bewusst, dass der offen gewordene Wirtschaftsraum in so manchen Fällen durch Wettbewerbsverschärfung und gestiegene Qualitätsansprüche manche Menschen an den gesellschaftlichen und Betriebe an den ökonomischen Rand gedrängt hat.“¹⁶⁴

Beim EU-Thema muss zunächst die Frage gestellt werden: Ist die EU, wie sie damals einzuschätzen war, überhaupt eine politische, supranationale Institution, die mit den Werten der Sozialdemokratie vereinbar ist?

Diese Frage hat sich die Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter Ende der 1980er Jahre gestellt und überwiegend mit Nein beantwortet. In einem Artikel der

¹⁶³ Strohmeier, Marcus, Aufbruch in die Zukunft, 1945-2010, Aus der Geschichte des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Reihe Zeitgeschichte und Politik, S.15

¹⁶⁴ Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen, Zsolnay, 2004, Wien, S.333

Zukunft aus dem Jahr 1989 ist nach zu lesen: „ Die EG-Kommission hat eine empirische Studie zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durchgeführt. Das Ergebnis, dass eine „richtige Form“ der Flexibilisierung einen erheblichen Beitrag zur Beschäftigungssteigerung leisten kann, muss von Arbeitnehmerseite hinsichtlich der Gesamtdimension vom Abbau von Arbeitslosigkeit bis hin zu Humanisierung und Mitbestimmung der Arbeit betrachtet und hinterfragt werden¹⁶⁵ (...) Ein EG-Beitritt Österreichs würde zweifelsohne zu einem Ansteigen der Arbeitslosenrate führen.“ Bezüglich der EU-Wirtschaftspolitik gibt es deutlich ausformulierte Gewerkschafts-Zweifel: „Der Abbau der Handelshemmnisse soll in erster Linie den Konzernen Vorteile bringen (...) Arbeitslosigkeit, schlechte Arbeitsbedingungen, Verteilungspolitik werden sicherlich nicht durch einen EG-Anschluss gelöst.“

Außerdem ist die Frage des EU-Beitritts auch eine Frage der Priorität und Abwägung der zukünftigen Entwicklung, einerseits wirtschaftspolitisch aber andererseits auch der EU-Entwicklung, nämlich die Frage: Kann Österreich ohne Beitritt kontinuierlichen Wirtschaftswachstum garantieren, der die sozialen Standards nachhaltig gewährleistet oder benötigt es einen größer werdenden, dynamischen Markt, der mehr Wachstum möglich macht?

Allein diese Fragen sind sehr wichtig, noch ganz abgesehen von der daraus resultierenden Problemstellung: Wird die EU den Wirtschaftswachstum durch sozialpolitische und wirtschaftspolitische Regelungen nutzen, um soziale Stabilität und Wohlstand nachhaltig zu gewährleisten, oder wird es Aufgabe der Nationalstaaten bleiben, dafür zu sorgen?

Das der Staat Österreich mit dem EU-Beitritt Handlungsfähigkeit und Handlungsspielraum der politischen Praxis abgibt war Konsens.

„Es besteht kein Zweifel, dass eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union die Autonomie ihrer Mitgliedsstaaten beschränkt (...) Die Gestaltung der Lebensverhältnisse der EG-Bürger soll nicht mehr länger eine Exklusivkompetenz der Mitgliedsstaaten sein.“¹⁶⁶

¹⁶⁵ Vgl. Bernthaler, Franz, Gerstbauer, Gerald, Wonka, Richard, EG: Abbau sozialpolitischer Errungenschaften?, aus: Die Zukunft, Nummer 4, 1989, S.30ff.

¹⁶⁶ Rotter, Manfred, Identität in Europa aus: Vranitzky, Franz (Hg.), Themen der Zeit, Passagen Verlag, 1994, Wien, S.383

Was waren Vranitzkys Überlegungen bezüglich eines EU-Beitrittes?

„Trotz solcher Erfahrungen haben sich meine Bejahung der Europäischen Union und mein ungebrochenes Bekenntnis zur Grundidee der europäischen Integration nicht abgeschwächt.¹⁶⁷ Je länger ich das politische Amt bekleidete, desto mehr wurde mir die Notwendigkeit bewusst, für das Integrationswerk einzustehen, zu werben, zu überzeugen und dabei immer wieder den Primat der Politik hervorzuheben. Die Gründerväter der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts gingen eindeutig von der Schaffung einer politischen Union aus. Sicherlich war ihr Grundgedanke der, einen dritten Weltkrieg zu verhindern, vor Allem durch die Zusammenführung Deutschlands und Frankreichs durch die gemeinsame Regulierung der Kohle- und Stahl, also der Rüstungsindustrie. Aus der Sicht des beginnenden 21. Jahrhunderts, im Rückblick auf mehr als 50 Jahre Frieden unter den 15, ist die Utopie der Gründer für diesen Teil Europas Wirklichkeit geworden. Allerdings schwindet dort das Bewusstsein, wo man keine Gefahr mehr verspürt. Der politische Sinn der Union muss also stets neu belebt werden, um dieses großartige Werk europäischer Geschichte und europäischer Kultur nicht in eine bloße Wirtschaftsgemeinschaft absinken und im Bewusstsein der Bürger in Verdrossenheit über die Brüsseler Bürokratie verkommen zu lassen. Wie bei jedem gesellschaftlich wichtigem Projekt, bei jeder politischen Idee, bei jedem Unternehmensziel ist Weiterentwicklung unerlässlich, um Errungenes abzusichern und die Wege für Zukünftiges zu ebnen.“

Vranitzky erwähnt einerseits die gesellschaftspolitische und andererseits die ökonomische Komponente der Europäischen Union. Er berücksichtigt nicht, dass die „Europäische Union“ als Friedensprojekt nur so lange erfolgreich bleibt, so lange entweder sozial- und wirtschaftspolitische Eingriffe in der Verantwortung der Nationalstaaten bleiben oder hohe sozial- und wirtschaftspolitische Standards europaweit vereinheitlicht werden. Beim EU-Thema erklärt Vranitzky wirtschaftspolitische Unsicherheit und Liberalisierung mit gesellschaftlichem Frieden und Liberalismus.

Dabei besonders schwierig zu beurteilen ist der Umstand, dass Vranitzky gewissermaßen symbolträchtige, sozialdemokratische Punkte, wie die Vermögenssteuer, abschaffen musste um das ihm wichtigere, europäische

¹⁶⁷ Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen, Zsolnay, 2004, Wien, S. 331

Integrationsmodell vorziehen zu können. „Also die Vermögenssteuer und die Gewerbesteuerbeseitigung, damals- das ist ja viele Jahre zurück, ist ja aus einer ganz anderen Absicht geboren worden, als sie heute diskutiert wird. Nämlich aus der Absicht heraus, dass die österreichische Wirtschaft., die sich gerade Anstieg zum internationalen Hochgebiet zu machen und zwar Westeuropa, sonst war man ja immer mit Schwerpunkt Osteuropa, auf den Märkten Westeuropas Fuß zu fassen, war für dieses Vorhaben nicht kapitalstark genug. Und die Kapitalmärkte sind auch nicht mit den heutigen zu vergleichen. Das heißt also für Aktienemissionen usw. war viel weniger vergleichbar, viel weniger Substanz da. Das heißt also wir mussten diese Substanz aufbauen und aus dem öffentlichen Aufkommen alimentieren. Das war die Hauptüberlegung.“¹⁶⁸

Vranitzky beantwortet sich die Frage danach, in wie weit die EU mit den Grundwerten der Sozialdemokratie vereinbar ist ein wenig selbst: „Und außerdem: so leicht werden sie (Anm.: Vranitzky meint die aktuelle Bundesregierung) es nicht haben, eine Steuerreform zu machen, weil, und das ist auch ein ganz wesentlicher Aspekt, weil wir nicht nur mit dem innerwirtschaftlichen Komplex konfrontiert sind, sondern mit sehr vielen ernsten Überlegungen, steuerpolitischen auf der europäischen Ebene. Also man muss da sehr aufpassen. Was haben wir auf der europäischen Ebene? Gelegentlich einen Steuersenkungswettlauf, flat tax 19 Prozent in einem Nachbarland und so manches mehr und auf der anderen Seite die politische Problematik, dass so mancher derer, die jetzt ihre Steuern nach unten drängen, aber Nettoempfänger sind, gleichzeitig aber mit den niedrigeren Steuern Investitionen aus den Ländern der Nettozahler holen. Ja, da kann ich mir schon vorstellen, dass sich da die Österreicher aufregen...“¹⁶⁹

Die ÖsterreicherInnen beschwerten sich zwar, dennoch ist es laut Franz Vranitzky unerlässlich, den Weg der europäischen Integration weiter zu gehen. Trotzdem die EU aktuell als supranationales Gebilde mit fehlender, gemeinsamer Steuer- und Fiskalpolitik auf hohem Niveau, mit fehlender vereinheitlichter Sozialpolitik und oftmals mit einem Steuerwettbewerb nach unten auffällt, bleibt Franz Vranitzky weiter

¹⁶⁸ Vgl. Rede von Franz Vranitzky, vom 25.11.2010 in der Österreichischen Nationalbank, Transkript der Diskussion: „Die Ära Vranitzky: Ihre Wirtschafts- und Europapolitik im Vergleich zu heute“, im Anhang

¹⁶⁹ Vgl. Rede von Franz Vranitzky, vom 25.11.2010 in der Österreichischen Nationalbank, Transkript der Diskussion: „Die Ära Vranitzky: Ihre Wirtschafts- und Europapolitik im Vergleich zu heute“, im Anhang

bei einem klaren Ja zur EU. Im Interview zu dieser Diplomarbeit geht der ehemalige Bundeskanzler näher darauf ein: *„Bedenkenlos nicht. Bedenkenlos darf man nie sein. Aber ich bin nach wie vor Befürworter. Die Anmerkung dass man keine keynesianische Wirtschaftspolitik nicht mehr machen kann, wird durch die letzten zweieinhalb Jahre widerlegt. Gerade die Bekämpfung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist auf erster Linie auf einem keynesianischen Weg erfolgt, indem man öffentliche Ausgaben verstärkt eingesetzt hat, nicht nur zur Rettung der Banken sondern auch als konjunkturelles Gegensteuern.“*¹⁷⁰ Vranitzky lässt die aufgrund der EU weggefallenen wirtschaftspolitischen Instrumente in seinen Analysen aus. Das Auf- und Abwerten der Währung ist nicht mehr möglich. Dadurch ist ein wesentliches Instrument zur flexiblen Rücksichtnahme auf wirtschaftspolitische Entwicklungen ersatzlos weggefallen. Protektionistische Maßnahmen sind nicht mehr möglich. Fördermöglichkeiten zur Arbeitsplatzbeschaffung sind eingeschränkt, da nicht mehr garantiert werden kann, ob die jeweiligen Unternehmen die Förderungen in österreichische Arbeitsplätze investieren oder ins Ausland transferieren würden. Aufgrund der EU sind ökonomische Ausland-Transfers wesentlich attraktiver geworden, da ein Standort beispielsweise in Rumänien wesentlich weniger kostet und eine höhere Gewinnspanne bei geringerem Unternehmens-Risiko bedeutet. Franz Vranitzky weiß das und nimmt dazu Stellung: *„Diese Frage geht ja absolut ins grundsätzliche des europäischen Integrationswerkes. Nämlich: Wir haben in Wirklichkeit in der EU schon sehr viele Gemeinsamkeiten erreicht. Eines ist noch nicht erreicht: Nämlich eine einigermaßen koordinierte und übereinstimmende Wirtschafts- und Strukturpolitik. Wenn die regierenden Häupter sich letztendlich und schrittweise doch zu so etwas verstehen könnten, dann wäre auch eine Wirtschafts- und Konjunkturpolitik möglich, die durchaus keynesianischen Werten entspräche. Ende vorigen Jahres und jetzt, in den ersten Wochen dieses Jahres ist ja Vieles aufgekeimt. Sarkozy hat das Wort „Wirtschaftsregierung“ erwähnt. Angela Merkel hat das auch gesagt. Das dauert halt Alles, bis die sich auf gemeinsame Vorgangsweisen einigen, aber: beispielsweise die gesamte Steuer- und Finanzpolitik- das ruft ja nach einer Harmonisierung.“*¹⁷¹

¹⁷⁰ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

¹⁷¹ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

6.5 Reformen und Budget unter Vranitzky¹⁷²

1986- Ausbau der Mitbestimmung

1988- Regelung der Arbeitskräfteüberlassung

1990- Verlängerung des Karenzgeldanspruchs

1992- Einführung des Betriebspensionsgesetzes

1992- Erweiterung des Gleichbehandlungsangebotes

1994- Ausgliederung der Arbeitsmarktverwaltung aus dem Sozialministerium (AMS)

Kürzungen im Rahmen der Sparpakete in den 1990er Jahren:¹⁷³

- Abschaffung der Geburtenbeihilfe- stattdessen ein Härtefond für Einzelfälle
- Abschaffung der Fahrtbeihilfe für Studierende
- Kürzung der Sondernotstandshilfe
- Einführung von Selbstbehalte für Schulbücher
- Verzicht auf Lohnerhöhungen im Öffentlichen Dienst im Jahr 1996 und 1997, statt dessen eine 500 Schilling Einmalzahlung
- Reduktion der Mehrdienstleistungen, Belohnungen und Jubiläumszuwendungen im Öffentlichen Dienst
- Reduktionen der Stundentafeln an den Pflichtschulen und in der Unterstufe AHS
- geänderter Stundenschlüssel für Abendschulen, Einschränkungen bei den Wahlpflichtfächern
- Einführung einer Lehrverpflichtung für AssistentInnen an den Schulen
- Einsparung von 6000 Dienstposten im Öffentlichen Dienst durch einen befristeten Aufnahmestopp
- Anhebung der erforderlichen Beitragsmonate und Versicherungsmonate bei

¹⁷² Talos,Emmerich,Sozialpolitik seit 1918 aus: Österreich,90 Jahre Republik,Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Karner,Stefan,Mikoletzky,Lorenz(Hg.),Studienverlag,Innsbruck,2008,S.284

¹⁷³ Kohl,Ofner,Stirnemann,Österreichisches Jahrbuch für Politik 1996, Oldenbourg Verlag für Geschichte und Politik,Wolkersdorf,1997,S.295ff.

allen Kategorien vorzeitiger Alterspension

- Abschaffung der Anrechnung von Schul,- und Studienzeiten ausgenommen bei Nachkauf als Ersatzzeiten
- Strengere Definition des Berufsschutzes und der Berufsunfähigkeit bei allen Pensionssystemen
- Stärkere Anreize zum späteren Pensionsantritt bzw. Abschläge bei vorzeitigem Pensionsantritt
- Begrenzung der Familienbeihilfe für StudentInnen mit der Mindeststudiendauer zuzüglich 2 Semester
- Entfall für die Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder nicht österreichischer Staatsbürgerschaft
- Erhöhung der Kapitalertragssteuer von 22 auf 25 Prozent
- Erhöhung der Tabaksteuer um 10 Prozent
- Einführung einer Energieabgabe für Strom und Erdgas

Der besondere Fokus auf Erschwerung des Pensionantrittes bzw. Reduktion von Pensionen, Schaffung von Anreizen um nicht frühzeitig in Pension zu gehen usw. ist keine Schwerpunktsetzung nach sozialdemokratischen Grundwerten sondern eine budgetäre Entscheidung.

Mit 28 Prozent der Personalkosten des Bundes sind die Pensionen 1996 der kostenintensivste Punkt, vor Bildung mit 23 Prozent.

Ende der 90er Jahre meinte Vranitzky in seiner Regierungserklärung: „Angesichts der Situation des Staatshaushaltes ist es notwendig, den Zufluss von Steuermitteln an die Pensionsversicherung zu stabilisieren. Um die Sicherung des Pensionssystems im Rahmen der Sozialversicherung auch für die 90er Jahre zu gewährleisten, strebt die Bundesregierung Veränderungen im Finanzierungssystem an, die weder die Gesamtbeitragslast erhöhen noch andere Zweige der Sozialversicherung in ihrer Leistungsfähigkeit mindern.“¹⁷⁴

¹⁷⁴ Vgl. Vranitzky, Franz, Erklärung der Bundesregierung vor dem Nationalrat von Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky 28. Jänner 1987, Bundespressedienst, Wien, 1987, S.26

Sozialkürzungen hat Vranitzky ebenfalls am 28. Jänner 1987 angekündigt. So sagte er: „Österreich hat ein beispielhaftes System der sozialen Sicherheit. Es ist die erklärte Absicht der Bundesregierung, dieses bewährte System dauerhaft abzusichern. Die Absicherung bedeutet aber keinen sozialpolitischen Stillstand. Die Perspektive ist nicht der Abbau, sondern die gezielte Verbesserung des sozialen Netzes. Der hohe Standard der sozialen Sicherheit und die geänderten Rahmenbedingungen rücken dabei den qualitativen Aspekt gegenüber den quantitativen in den Vordergrund.“¹⁷⁵ Vranitzkys Sozialabbau-Erklärung beinhaltet neoliberale Worthülsen. Dauerhafte Sozialsystem-Absicherung kann nur durch Treffsicherheit erfolgen, wenn der „Sozialtopf“ nach Reformen gleich groß bleibt. Sozialkürzungen, die das sozialpolitische Budget nachhaltig kürzen führen zu keiner dauerhaften Konsolidierung.

Sparpaket 1996 und 1997

Das **ausgabenseitige** Sparpaket auf einem Blick in Millionen Schilling¹⁷⁶

Personalaufwand im öffentlichen Dienst	16.000
Familienpolitische Leistungen	6.000
Pflegegeld	1.500
Arbeitslosenversicherung	4.600
Pensionsversicherung	12.500
Förderung	2.800
Allgemeine Verwaltung, Bundesbetriebe	15.700
Zweckbindungen	4.500

¹⁷⁵ Vgl. Vranitzky, Franz, Erklärung der Bundesregierung vor dem Nationalrat von Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky 28. Jänner 1987, Bundespressedienst, Wien, 1987, S.25 ff.

¹⁷⁶ Vgl. Roßmann, Bruno, Hart, notwendig, ausgewogen, Sparpaket 2, aus: Arbeit/Wirtschaft, Nr. 4, 1996, S.11ff.

Summe der Ausgaben	63.600

Das **einnahmenseitige** Sparpaket auf einem Blick in Millionen Schilling

Lohn- und Einkommenssteuer	18.300
Unternehmensbesteuerung	12.100
Kapitalertragssteuer	3.000
Energiesteuer auf Gas- und Strom	7.000
Tabaksteuer	1.200
Erbschafts- und Schenkungssteuer	800
Umsatzsteuer	2.000
Sonstige Abgaben	1,88

Gesamtersparnis für den Bund	99.100

Wie wurde beim Arbeitslosengeld gespart? „Das Arbeitslosengeld wird ab der Jahresmitte nicht mehr auf der Basis des Einkommens der letzten 6 Monate, sondern am Einkommen eines ganzen Jahres berechnet.“¹⁷⁷ **Wie sind die**

Pensionsversicherungs-Einsparungen durchgeführt worden? „Im Jahr 1997 erhalten Pensionisten statt einer Pensionserhöhung einen Fixbetrag, der in zwei Etappen ausgezahlt wird und von der Pensionshöhe abhängig ist (...) Die Versicherungszeiten werden etappenweise angehoben und erst ab 2001 voll wirksam (...) Die Anrechnung von Schul- und Studienzeiten wird nur noch dann erfolgen, wenn diese Zeiten nachgekauft werden.“

Wie kommen die zusätzlichen Steuergelder bei der Unternehmensbesteuerung zustande? „Die Reform umfasst die Anhebung der Mindestkörperschaftssteuer und umfangreiche Einschränkungen von Steuerschlupflöchern.“

¹⁷⁷ Vgl. Roßmann, Bruno, Hart, notwendig, ausgewogen, Sparpaket 2, aus: Arbeit/Wirtschaft, Nr. 4, 1996, S.11ff.

7.0 Historischer Kontext 1996 bis 1998

Aus sozialdemokratischer Sicht ist 1996 bis 1998 von zwei Themen dominiert. Einerseits distanziert sich die SPÖ überwiegend von Neoliberalismus und andererseits wird in dem neuen Parteiobmann Klima das Gegenstück zu Jörg Haider gesehen. „Wir stellen mit unserem Programm den neoliberalen Modell eines hemmungslosen Individualismus und dem konservativen Modell einer karitativen Bürgergesellschaft das verantwortungsbewusste Modell einer Solidargemeinschaft gegenüber: Menschen, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind und deshalb solidarisch handeln.“¹⁷⁸ Klimas Einstellung zu Neoliberalismus ist differenziert zu betrachten. Einerseits gibt es klare Distanzierungen, andererseits kommt es beim Parteitag 1998 auch zu dieser Aussage: „Und es gibt jede Menge Arbeit, die ungerecht verteilt ist und es gibt Barrieren, die diese neue Arbeit verhindern. Wir müssen diesen Wandel, der notwendig ist, gemeinsam aktiv gestalten(...)“¹⁷⁹ Das Ende der großen Koalition (rot-schwarz) ist in den Medien „fühlbar“. „Wiederholt sich nun die jüngste SPÖ-Geschichte? Fred Sinowatz übergab an Franz Vranitzky, weil er die Auseinandersetzung mit Kurt Waldheim falsch angelegt hatte- was für die SPÖ einen fatalen Bumerangeffekt auslöste. Franz Vranitzky drohte allmählich an Haider zu scheitern: Dessen Aufstieg und sein Niedergang liefen zunehmend synchron. Gleichzeitig neigt sich die Ära der großen Koalition unweigerlich ihrem Ende zu.“¹⁸⁰ Der neue Parteiobmann Klima wird als große „Haider-Abwehrmauer“ inszeniert, trotzdem Klimas politische Präferenzen überwiegend im Dunkeln bleiben. „So mancher erinnert sich jetzt auch mit Schauern an private Diskussionen mit Viktor Klima über Jörg Haider, bei denen man das Gefühl nicht los wurde, Klima wolle Haider bloß populistisch übertrumpfen und sei gar nicht an einer grundsätzlichen Debatte über Haiders Bedeutung für das politische System interessiert.“¹⁸¹ Im Vergleich zu Vranitzkys Intellekt, der das eine oder andere Mal auch bei SPÖ-Wahlkämpfen betont wurde, zweifelten viele SPÖ-Mitglieder an der intellektuellen Partizipationsfähigkeit Klimas. „Klima sei intellektuell nicht in der Lage,

¹⁷⁸ Vgl. SPÖ, Das Protokoll des außerordentlichen Bundesparteitages vom 30. Bis 31. Oktober 1998, S.6 ff.

¹⁷⁹ Vgl. SPÖ, Das Protokoll des außerordentlichen Bundesparteitages vom 30. Bis 31. Oktober 1998, S.11

¹⁸⁰ Votzi, Josef, Ein Abgang zur rechten Zeit, aus: Profil, Nr.4, vom 20. Jänner 1997, S.21

¹⁸¹ Vgl. Huber, M., Lackner, H., Weber, A., Zöchling, C., Sein letzter Coup, aus: Profil, Nr.4, vom 20. Jänner 1997, S.21

die SPÖ mit einer modernen sozialdemokratischen Theorie auszurüsten.“¹⁸² wird in einem Profil-Artikel kritisiert. Klima wird Haider-Ähnlichkeit nachgesagt. Klimas Wille zu Populismus und aktiver, gesteuerter Medien-Kommunikation wird als starke Positionierung gegen Haider interpretiert. „Der neue starke Mann der SPÖ, so ein gern weitgereicher Bonmot eines langjährigen politischen Weggefährten, sei eine Mischung aus Jörg Haider und Heinrich Übleis(...) Vom Vorgänger (Vranitzky) stammt das auf den neuen Kanzler gemünzte Diktum „Jörg Klima“- eine intern ab und an gebrauchte ironische Anmerkung Franz Vranitzkys über Klimas Hang zum schulterklopfenden Populismus.¹⁸³ Während anfänglich Optimismus dominiert, fällt im Laufe der Klima-Zeit als Bundeskanzler zunehmend dessen bereits zu Beginn kritisierte Inhaltslosigkeit und mangelnde Intellektualität auf.

¹⁸² Vgl. Huber, M., Lackner, H., Weber, A., Zöchling, C., Sein letzter Coup, aus: Profil, Nr. 4, vom 20. Jänner 1997, S. 21

¹⁸³ Votzi, Josef, Die zwei Gesichter des Viktor K., aus: Profil, Nr. 5, vom 27. Jänner 1997, S. 15

7.1 Viktor Klima

Viktor Klima in Gummistiefeln. Klima hilft beim Hochwasser. Die Punkte, die mit Viktor Klima verbunden werden, werden dem Kurzzeit-Bundeskanzler wohl nicht gerecht, dennoch steht die Zeit der Politik Klima für eine neue Wertigkeit: Mehr Schein als Sein. Wo die Inszenierung wichtiger wird als die politische Tat. Wohl kein sozialdemokratischer Bundeskanzler Österreichs wirkte in der Öffentlichkeit dermaßen wenig authentisch wie Viktor Klima.

Der Kommunikations-Experte Thomas Hofer meint zu Viktor Klima: *„Das Problem von Klima, das ich damals als Profil-Journalist hautnah miterlebt habe, war das es egal war was von wem gefragt worden ist, er hat immer nur mit den selben Steh-Sätzen geantwortet. Ich glaube, dass das schon auch sein persönliches Unvermögen war, sich da entweder in irgendeiner Form zur Wehr zu setzen und klar zu machen, dass er eine eigene politische Persönlichkeit ist, auf der anderen Seite wollte er diese genauen Briefings auch immer haben. Die Kommunikatoren haben ihn keinen Pressetermin, kein Interview wahrnehmen lassen, ohne wirklich detailliert formuliertem Briefing. Das ist dann schon sehr gefährlich, wenn man sich so sklavisch und detailliert an Briefings hält und dabei sozusagen authentische Antworten gar nicht mehr zulässt.“*¹⁸⁴

„Viktor Klima hat sich unter den Gutmenschen eingereiht. Als im Juli Ostösterreich mancherorts überschwemmt wurde, fuhr der Sozialdemokrat vor Ort, um in Jeans und Gummistiefeln aus vollgelaufenen Kellern eimerweise Wasser zu schöpfen. Jetzt sucht der Staatsmann persönlich für jeden arbeitslosen Jugendlichen eine Lehrstelle. „Jeder Jugendliche, der keinen Lehrplatz bekommt“, hatte der Politiker im Fernsehen verkündet „kann sich an mich wenden.“ Und der Sozialdemokrat hat Erfolg, in kleinen Portionen zwar, „aber wir schaffen das“, so Klima.“¹⁸⁵

¹⁸⁴ Vgl. Interview mit Thomas Hofer, erstellt am 28. Februar 2011 in Wien, Profil, Nr.4, vom 20. Jänner 1997, S.18 ff.

¹⁸⁵ Vgl. Der Spiegel, Nummer 38, 1997, Artikelüberschrift: Personalien

Kommunikationsexperte Thomas Hofer spricht einerseits davon, dass Klima überinszeniert und auf der anderen Seite falsch dargestellt wurde. So meint Hofer: *„Bei Klima war es so, dass es gewissermaßen gekippt ist. Man hat ihn überinszeniert. Das war sein großes Problem. Das bedeutet: Man hat versucht den Eindruck des Machers zu erwecken, der ideal funktioniert und der idealer Kanzler ist. Man hat dann gewisse Überinszenierungen zugelassen wie zum Beispiel die Szene mit den Gummistiefeln.(...)Ich würde nicht sagen, dass Kommunikation überbewertet wird, aber das man glaubt aus jemanden etwas machen zu müssen, oder ein Produkt machen zu können, ist falsch. Aus Klima wurde schon etwas gemacht, das er nie war.“*¹⁸⁶

Paul Lendvai schreibt in seinem Buch „Mein Österreich“ in mehreren Kapiteln, aus verschiedensten Perspektiven über Bruno Kreisky. Die Ära Vranitzky wird in über 20 Seiten geschildert. Viktor Klima erhält im Gegensatz zum Kurzzeit-Kanzler Sinowatz nicht einmal ein Kapitel, lediglich eine kurze Erwähnung in einem Absatz.

„Dass Vranitzky mit der Wahl Viktor Klimas als seinen Nachfolger an der Spitze von Regierung und SPÖ einen vielleicht schicksalhaften Fehlgriff getan hat, verleugnet er selber unter vier Augen nicht mehr. Klima wird in der Geschichte der 2. Republik nicht einmal eine Fußnote sein.“ meint Anneliese Rohrer.¹⁸⁷

Verstärkt wurde der Eindruck von Viktor Klima als der „Macher“, die Wahl als guter Nachfolger von Franz Vranitzky durch eine TV-Konfrontation 1995 mit Jörg Haider. Vranitzky hatte damals, nach seinem kleinen Taferl-Intermezzo mit Jörg Haider (Anm: Jörg Haider hielt auf Tafeln den Verdienst von SPÖ-nahen „Multifunktionären“ fest) Viktor Klima geschickt. Der Kommunikations-Experte Thomas Hofer meint dazu: *„Klimas Sternstunde war 1995, als er statt Vranitzky die Fernseh-Diskussion gegen Haider führte. In der Diskussion damals gegen Haider war er ja nicht so gut, wie es Alle dargestellt haben. Er hat auch einen Konterpunkt gegen Haider gesetzt, aber erst nachdem das Schüssel gemacht hat. Schüssel hat damals in der Zweier-*

¹⁸⁶ Vgl. Interview mit Thomas Hofer, erstellt am 28. Februar 2011 in Wien

¹⁸⁷ Lendvai, Paul, Mein Österreich, ecowin, 2007, Salzburg, S. 239

Diskussion Haider relativ klar entzaubert und Klima hat dann nachgedoppelt. Schüssel hat damals gesagt: „Jetzt ist ihnen das Taferl umgefallen. Das ist aber tragisch.“ Klima hat dann noch einen Schmäh drauf gesetzt und hat gesagt: „Mach ma wieder einen Ausflug nach Maria-Taferl?“. Klima wurde damals gehypt.

Was ich sage ist, dass Dinge in ihn hinein interpretiert wurden, spätestens ab 1995, die schwer zu halten waren. Da darf man ihm auch nicht allein die Schuld geben.“¹⁸⁸

Bundesgeschäftsführer Andreas Rudas und Klimas Pressesprecher Josef Kalina (der später selbst unglücklicher Bundesgeschäftsführer sein sollte) gaben den Ton an, was das Erscheinungsbild ihres Chefs betraf und prägten bald auch seine Ausdrucksweise in der Öffentlichkeit. Eine nach Vranitzkys Geschmack zu merkbar mechanisierte, stereotype Wortwahl, die dem offenen und durchaus dem Humor zugeneigten Naturell Klimas nicht gerecht wurde und im Lauf der Zeit seiner Politik und seinem Wirken in der Öffentlichkeit nicht gerade half. Klima hätte die Regie-Zurufe seiner engsten Mitarbeiter- der amerikanischen Ausdruck Spin-Doktoren wurden ihnen zunächst nicht respektlos, später eher spöttisch umgehängt- selbst beurteilen, abschätzen und filtern sollen und damit seine Wirkung in der Öffentlichkeit anders gestalten können. „Ein seltsamer Versuch im Sommer 1999, also vor dem Wahltag am 3. Oktober, mit Zuwendungen an die Familien und einer Steuersenkung vom Koalitions-Stillstand abzulenken, misslang. Die treibende Kraft hinter dieser fiskalpolitisch törichten Maßnahme- 32 Milliarden Schilling wurden geopfert- war die ÖVP. Klima stimmte zu. Finanzminister Rudolf Edlinger wehrte sich gegen den Unfug, tat aber aus Regierungs- und Parteidisziplin mit. Edlingers Warnung war natürlich nur zu berechtigt, nicht nur wegen der Konzeptlosigkeit der Maßnahmen, sondern auch wegen ihrer politischen Sinnlosigkeit.“¹⁸⁹

Viktor Klima- mehr Schein als Sein: Das „So tun als ob“ als neues politisches Parameter mehr als unglücklich gewählt. Der ehemalige Bundesgeschäftsführer

¹⁸⁸ Vgl. Interview mit Thomas Hofer, erstellt am 28. Februar 2011 in Wien

¹⁸⁹ Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen, Zsolnay, 2004, Wien, S. 389

unter Viktor Klima, Andreas Rudas wird in einem Standard Artikel zitiert: „ Ich musste für Ex-Kanzler Klima „Geschichten erfinden“¹⁹⁰

Nicht erfunden werden musste die Herkunft von Viktor Klima. Klima wurde als Sohn eines Berufsschuldirektors und einer Hausfrau im niederösterreichischen Schwechat geboren. Sein Großvater hatte die Kartei der lokalen SPÖ-Sektion geführt, der Vater war Vorsitzender.

Viktor Klima meint dazu: „ Von diesem Lehrerhaushalt habe ich eine meiner zentralen Eigenschaften mitgenommen: Pflichtbewusstsein.“¹⁹¹

Klima wächst in einem Haushalt auf, der weder arm noch reich ist. Zunächst maturiert er im nahen Simmering, dann benötigt er 12 Jahre um sein Studium der Betriebs- und Wirtschaftsinformatik beenden zu können. Während seines Studiums arbeitet er über Umwege ab 1969 bei der ÖMV. 1980, noch ehe er das Studium abgeschlossen hatte, wurde er Leiter der Konzernorganisation.

Die Karriere geht steil bergauf, noch ehe das Studium beendet ist bekommt seine erste Frau einen Buben- Jan. Ein Weiteres Kind folgt bald. Ende der 80er Jahre landet Klima in einem einschlägigen Arbeitskreis der Zukunftswerkstätte, wo die damalige Leiterin Brigitte Ederer auf ihn aufmerksam wird und Franz Vranitzky berichtete. 1992 kommt es zur ersten Begegnung zwischen Vranitzky und Klima- und Klima wird sofort gefragt, ob er sich vorstellen könne, das Ministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr zu übernehmen. Klima dazu: „ Ich habe Vranitzky quasi als Personalchef versucht klar zu machen, dass das Anforderungsprofil für den Job mit meinem Persönlichkeitsprofil nicht übereinstimmt. Er ist aber bei seinem Plan geblieben.“¹⁹²

Der Job als Minister bedeutet real viel weniger Gehalt als als ÖMV-Vorstand (Klima war mittlerweile im ÖMV-Vorstand) und seine Frau hatte Bedenken. Klima nahm den Job als Minister an und verlor im Gegenzug relativ bald seine Frau. Auch der

¹⁹⁰<http://derstandard.at/suche?query=Viktor+Klima&ressortId=0&status=AktivArchiv&startDate=01.01.2002&endDate=30.11.2010&period=FromTo&sortOrder=Relevance>

¹⁹¹ Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien, S. 202

¹⁹² Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien, S. 203

Kommunikations-Experte Thomas Hofer bezeichnet Viktor Klima aus der Erinnerung, als einen eher chauvinalen Typ.¹⁹³

In der Politik in jedem Fall hatte Klima bald das Image eines „Machers“. Nahe liegend ist dabei auch ihm das Attribut „ehrgeizig“ geben zu können: „Wenn ich etwas übernehme, dann ganz.“¹⁹⁴

Im Wahlkampf 1995 überzeugte Viktor Klima in einer TV-Konfrontation mit Jörg Haider und konnte sich so als so genannte „Nummer 2“ der SPÖ festsetzen. Nach dem überraschenden Wahlerfolg 1995 wechselte Klima ins Finanzministerium. Er hatte einen guten Draht zum Gewerkschaftsbund und zum ÖVP-Wirtschaftsminister Johannes Ditz. Mit Ditz gemeinsam wurde dann letztendlich auch das großkoalitionäre Sparpaket geschnürt, das unter dem Kapitel der Erfolge und Misserfolge von Franz Vranitzky intensiv aufbereitet wurde. Mit Ditz, der oftmals auch als „Koalitionswilling“ von Klima genannt wurde, ging es in der politischen Karriere bald zu Ende. Wolfgang Schüssel im Gegenzug war erbost und schäumte, weil er einen politischen Schachzug der SPÖ vermutete bei der Übernahme der SPÖ-nahen Bank Austria von der ÖVP-nahen CA. Vranitzky in der Erinnerung: „*Jetzt habt ihr die Bank Austria, die Länderbank, die Zentralsparkasse ein Stückerl der Girozentrale und was bleibt für uns? Da hab ich gesagt: Machts Vorschläge. Weil ich kenn eh aus der so genannten roten Reichshälfte, gibt's kaum Interessenten dass jemand die CA kaufen kann oder auch will oder auch kann. Bravo, gut- In Ordnung. Dann haben sie drei oder vier Jahre gebraucht, um einen nicht-sozialdemokratischen Investor zu finden, der die Mehrheit der CA übernimmt. Das ist in Wirklichkeit das historische, das zeitgeschichtliche Faktum. Und dann kamen Unterangebote. Also ich will jetzt nicht alle Namen nennen. Ich kann mich erinnern, der Bundeskammerpräsident Salina ist bei mir aufgetaucht und hat gesagt: Er möchte dass ihre Bank, also die Bank der Bundeskammer, für die Kunden der Bundeskammer reserviert bleibt: Wie geht das bei einer Aktiengesellschaft, börsen dotiert- wie gibt es das? Ja- das müsst ihr schon irgendwie machen. Das muss man politisch lösen. So- das haben wir so lange politisch zu lösen versucht, bis im Wallstreet Journal gestanden ist: How many notes to privatize your bank? Und dann kam, das Alles ist schon länger her, deshalb kann ich da aus der Schule plaudern, kam der Herr Randa (gemeint ist Gerhard*

¹⁹³ Vgl. Interview mit Thomas Hofer, erstellt am 28. Februar 2011 in Wien

¹⁹⁴ Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien, S. 204

*Randa) zu mir und hat gesagt: Wenn ihr keinen Käufer für die CA findet: Ich kann sie kaufen. Ich hab gesagt: Du, das ist jetzt ein innerpolitisches Gewitter erster Ordnung: Das geht nicht. Aber nach einem Jahr, das war aber schon das nächste Jahr, hab ich ihn her zitiert, hab ich gesagt: Kannst du noch, willst du noch? So ist das entstanden.*¹⁹⁵ Trotzdem sich kein der ÖVP passender Käufer gefunden hatte und Klima meinte: „Selbst wenn ich um des Koalitionsfriedens willen anders gewollt hätte, hätte ich gar nicht anders entscheiden können.“¹⁹⁶ wütete ein gewisser Wolfgang Schüssel und meinte zu der damaligen Vorgehensweise: „Damals bin ich gelegt worden“¹⁹⁷ Der selbe Wolfgang Schüssel, der nach den darauf folgenden Nationalratswahlen offensichtlich nichts anderes zu tun hatte, als parallel zu Verhandlungen von unmöglichen Koalitionsbedingungen mit Klima, sich bereits mit der FPÖ zu arrangieren und hinter dem Rücken eine neue Bundesregierung ausgemacht hatte.

Am 15. Jänner 1997, ein Jahr und eine Woche nach der Bestellung Klimas zum Finanzminister wurde Vranitzky bei einem Mittagessen im Lokal „La Ninfea“ deutlich und forderte Viktor Klima auf, noch in diesem Winter zu übernehmen. „Ich verließ nach dem Essen das Lokal in der Überzeugung, ihm diesen Plan ausgedrückt zu haben.“ meint Klima dazu. Einen Tag später hörte Klima im Rundfunk die Meldung, Vranitzky wolle womöglich bald zurücktreten. Wenige Tage später trafen sich Vranitzky und Klima erneut: Die Rücktrittsbriefe wären schon abgeschickt, Klima könne gar nicht anders, als anzunehmen. „Im Lehrersohn hat wieder die Disziplin gesiegt, nach einigen Stunden Bedenkzeit habe ich zugesagt.“

Und Klima begann gleich zu arbeiten- Da der Sohn eines Berufsschuldirektors enorm kurz Bundeskanzler sein sollte, kann seine Regierungsumbildung als Maßstab genommen werden, inwiefern sozialdemokratische Grundwerte bei den Überlegungen von Klima eine Rolle gespielt haben. Der linksliberale Caspar Einem, der von Teilen seines Innenministeriums-Ressorts und von der Kronen-Zeitung angefeindet wurde, wechselte 1996 in das Verkehrsministerium, Karl Schlögl-der keine Berührungsängste mit der FPÖ hatte, durch Aussagen oftmals verdächtigt, den

¹⁹⁵ Vgl. Rede von Franz Vranitzky, vom 25.11.2010 in der Österreichischen Nationalbank, Transkript der Diskussion: „Die Ära Vranitzky: Ihre Wirtschafts- und Europapolitik im Vergleich zu heute“, im Anhang

¹⁹⁶ Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien, S. 207

¹⁹⁷ Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien, S. 207

Freiheitlichen näher als den SozialdemokratInnen zu stehen, wurde Innenminister. „Caspar Einem, profilierter Vertreter der Linken, ist populärer geworden, unpopulärer geworden ist der ehemalige Innenminister Karl Schlögl, der mit der Verschleierung des Mordes an dem junge Nigerianer Marcus Omofuma während seiner Abschiebung in Verbindung steht und der Koalitionen mit der FPÖ nicht ausschließt.“¹⁹⁸

Im Magazin „News“ hieß es dazu: „Während bulgarische Gutachter von Haus aus den Beamten eine ursächliche Rolle beim Tod Omofumas zusprachen, stellte sich der damalige SPÖ-Innenminister Karl Schlögl weitgehend vorbehaltlos hinter die drei Beamten. Ein Umstand, den der Rechtsvertreter der Verwandten Omofumas, Georg Zanger, heute noch nicht versteht: "Das war ein Verhalten, wie man es vielleicht von einem FPÖ-Innenminister erwartet hätte", sagte der Advokat.“¹⁹⁹

Fakt ist in jedem Fall, dass am 1. Mai 1999 der 25-jährige Nigerianer Marcus Omofuma bei seiner Abschiebung im Flugzeug nach Sofia gestorben ist. Die drei begleitenden Fremdenpolizisten hatten ihn laut Zeugen in der Maschine gefesselt und geknebelt. Das Gericht in Korneuburg stellte in seinem Urteil knapp drei Jahre nach dem Tod Omofumas fest, dass er erstickt sei, und verurteilte die Beamten wegen fahrlässiger Tötung unter besonders gefährlichen Umständen zu je acht Monaten bedingter Haft.²⁰⁰

Viel schlimmer wiegt Schlögls Verhalten in der Öffentlichkeit. (...) Innenminister Schlögl übernahm zwar dafür die politische Verantwortung, beschuldigte später aber Grüne und Liberale, die Affäre unnötig hochgespielt zu haben.²⁰¹

Rudolf Edlinger als Finanzminister, ebenso Barbara Prammer als Frauenministerin gelten als gelungene Wahl.

¹⁹⁸ <http://sozialismus-von-unten.de/archiv/svu4/kkvoben.html>

¹⁹⁹ <http://www.news.at/articles/0917/10/240291/zehnter-todestag-marcus-omofuma-schubhaeftling-abschiebung>

²⁰⁰ <http://www.news.at/articles/0917/10/240291/zehnter-todestag-marcus-omofuma-schubhaeftling-abschiebung>

²⁰¹ Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien, S. 224

Nach gewerkschaftlichen Protesten über dubiose Aussagen Klimas betreffend der „Solidarität“ der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern, präzisierte er in einer Diskussion : Künftige Produktionszuwächse würden zunehmend nicht mehr in Geld, sondern in Freizeit abgegolten werden müssen, mehr Zeit für Bildung, Familie, Pflege.²⁰²

Der Kommunikations-Experte Thomas Hofer, der Klima damals auch in seiner journalistischen Tätigkeit als Bundeskanzler kennenlernte, meint zu dessen Stärken und Schwächen: *„Viktor Klima war sicherlich eher der chauvinale Typ. Zusätzlich war sicher sein Problem dieses sklavisches Vertrauen auf Briefings, bzw. die Vorsicht, ja nichts Falsches zu sagen. Um jetzt nur ein Beispiel zu nennen, das Rudas auch erwähnt. Schon damals wurde eigentlich die Abschaffung der Wehrpflicht geplant. Klima hat sich dann in letzter Konsequenz doch nicht getraut. Er hat das dann wieder zurückgenommen. Er war nie der Typ Schröder oder der Typ Blair. Er war der chauvinale Typ, den man auch so hätte inszenieren können und weniger als den Überdrüber-Staatsmann. In dieser Rolle hat sich Klima nie wohl gefühlt. Da wurde dann in eine Richtung kommuniziert, die ihm nicht gut getan hat (...). Schwächen hatte er aus seiner Sicht und der SPÖ sicher einige und da sind leider auch welche dabei, die sie nicht mal mit einem Training weg bekommen. Ich nenne zum Beispiel seine Verhandlungstaktik. Schüssel kannte ihn damals noch von den EU-Verhandlungen als Verkehrsminister. Aufbauend auf diesen Erfahrungen mit dem Verhandler Viktor Klima hat Schüssel einiges Kapital geschlagen.“*²⁰³

Im zweiten Halbjahr 1998 hatte Österreich die EU-Präsidentschaft inne, was sowohl Klima als auch Schüssel gute Chancen zur Profilierung und Präsentation bot. Klima machte in jedem Fall deutlich, dass diese internationale Aufgabe ihn nicht an nationalen Verpflichtungen hinderte.

²⁰² Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien, S. 213

²⁰³ Vgl. Interview mit Thomas Hofer, erstellt am 28. Februar 2011 in Wien

Klima in den Schlagzeilen: Das erste Titelblatt des neuen Magazins „Format“ im Oktober 1998 hatte ein Konterfei der „drei neuen Roten“ gezeigt: Schröder, Blair und Klima.²⁰⁴

Eifersüchteleien von Schüssel gegenüber Klima, sicherheitspolitische Auseinandersetzungen zwischen der ÖVP, die den Nato-Beitritt befürwortete und der SPÖ, die dies nicht wollte, verdunkelte die Atmosphäre in der großen Koalition kontinuierlich.

Trotzdem Klima anfänglich in der Öffentlichkeit durchaus punkten konnte- ironischer Weise kann hier angefügt werden: wohl eher trotz Andreas Rudas und Josef Kalina- und die SPÖ zeitweise sehr stabil bei zumindest 35 Prozent + an Zustimmung bei Umfragen lag wurde die Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 ein Debakel. Mit 33 Prozent hatte die SPÖ um 6 Prozent mehr als die Kopf an Kopf liegenden Parteien ÖVP und FPÖ. Aber noch schlimmer war das Debakel bezüglich des Wahlverhaltens der ehemaligen StammwählerInnen der SPÖ: Die führende Arbeiterpartei, mit 47 Prozent Zustimmung war erstmals die FPÖ unter Jörg Haider.²⁰⁵

In der Öffentlichkeit wird oftmals über Parteientscheidungen diskutiert, die letztendlich das Scheitern der Koalitionsverhandlungen der SPÖ mit der ÖVP verursacht hätten. Symbolisch gesehen griff die ÖVP erstmals nach dem Finanzministerium. Dazu meinte der damalige Finanzminister Edlinger: „Lieber vertraue ich meinem Hund eine Knackwurst an, als der ÖVP das Budget.“²⁰⁶

Franz Vranitzky meint dazu: „Viktor Klima war in den Verhandlungen mit Schüssel bis zum Äußersten dessen gegangen, was ein Sozialdemokrat seiner Partei an Kompromissen und Zugeständnissen zumuten konnte, nur um den alles in allem genommenen erfolgreichen Weg mit der Volkspartei fortzusetzen und die Haider-FP von der Bundesregierung fernzuhalten. Es war letztlich Schüssel, der Klima keinen anderen Weg ließ, als dem Präsidium der SPÖ Mitte Jänner 2000 den Zusammenbruch der Verhandlungen zu verkünden und der Mehrheitspartei den Weg in die Opposition nahe zu legen. Die inhaltlichen Vorstellungen der Volkspartei, die Klima um der Regierungsbildung willen mitgetragen hätte, wären für die SPÖ

²⁰⁴ Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien, S. 221

²⁰⁵ Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien, S. 227

²⁰⁶ Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien, S. 229

außerordentlich schwierig zu vertreten gewesen.(...) Schüssel verlangte für das neue Kabinett die Nominierung eines parteiungebundenen Finanzexperten für das Amt des Finanzministers. Klima lehnte das Ansinnen ab. Zu Recht. Sollte man das Schlüsselressort schlechthin mit einem partei- und politikfernen Menschen besetzen?“²⁰⁷

Vranitzky billigt auch Schüssel seine Rolle zu, in dem er meint: „ÖVP-Obmann Schüssel, ein mittlerweile ausgewiesener Widersacher Klestils, saß derweil im sicheren Hort seiner Taktikküche und konnte nach Belieben seine Fäden spinnen.“²⁰⁸

Mehrere Indizien gibt es ebenfalls dazu, dass in der Ära Klima gewissermaßen eine Art „intellektuelle Ausdünnung“ der Partei vollzogen wurde. So meint Vranitzky: „Zahlreiche Künstler und Intellektuelle, die ich während meiner Amtszeit für die Sache der Sozialdemokratie gewinnen konnte, standen 1999 nicht zur Verfügung. Das Modell Klimas „Kunst ist Chefsache“, hatte in dieser Beziehung außerdem nicht positiv zu Buch geschlagen.“²⁰⁹

Auch einer der berühmtesten, sozialdemokratischen Künstler, der überraschend verstorbene Fritz Muliart meinte: „Kreisky hat ab und zu meine persönliche Meinung eingeholt: „Was hältst du davon?“ Auch Vranitzky war- mit Ausnahme der Frage des damaligen Burgtheater-Chefs- ein höflicher Gesprächspartner. Viktor Klima hat mich (bisher) noch nicht gefragt. Er wird wissen, warum. Ich ahne es.“²¹⁰ Und direkt darauf spricht Muliart bereits den Umstand an, der charakteristisch ist für die Zeit des nicht authentischen Bundeskanzler Klima: „Ich mag in der Politik die Aufrechten...“

So meint Muliart: „Unnatürlich sein macht lächerlich. Und das soll und darf ein Politiker nicht werden. Er darf unendlich viel sein, nur eines nicht: lächerlich.“²¹¹

Im Jahr 2000 kam es zu keiner neuen Auflage von der großen Koalition. Viktor Klima muss man zu Gute halten, dass er nach der Wahlniederlage diese Zeichen der Zeit relativ rasch erkannt hat. Einige Tage nur blieb er nach der Angelobung der neuen Regierung unschlüssig, ob er auch in Oppositionszeiten den Parteivorsitz behalten

²⁰⁷ Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen, Zsolnay, 2004, Wien, S. 398-399

²⁰⁸ Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen, Zsolnay, 2004, Wien, S. 397

²⁰⁹ Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen, Zsolnay, 2004, Wien, S. 392

²¹⁰ Muliart, Fritz, Das muss noch gesagt werden, Kremayr und Scheriau, 1999, Wien, S. 143

²¹¹ Muliart, Fritz, Das muss noch gesagt werden, Kremayr und Scheriau, 1999, Wien, S. 67

sollte. Am 18. Februar stellte er der Öffentlichkeit seinen vom Parteipräsidium designierten Nachfolger vor: Alfred Gusenbauer, eben 40 Jahre geworden, einst Obmann der Sozialistischen Jugend.²¹²

8.0 Historischer Kontext 1999 bis 2006

Nachdem Viktor Klima keine Koalitionsregierung mit der ÖVP schließen konnte und sich die erste schwarz-blaue Bundesregierung in der österreichischen Geschichte herausbildete, kam es zu großen sozialdemokratischen Brüchen. Nach 30 Jahren ununterbrochener Regierungsverantwortung fand sich die SPÖ in der Oppositionsrolle wieder. „Der Verlust der politischen Gestaltungsmacht resultierte aus dem schlechtesten Nationalratswahlergebnis der SPÖ seit 1945 und den eingeschränkten Koalitionsoptionen, die sich nicht nur aus dem Wahlergebnis, sondern auch aus der Fortsetzung des selbst auferlegten SP-Kurses, keine Koalition mit der FPÖ einzugehen, ergaben. Die SPÖ verlor über Nacht ihre Rolle und ihr Image als Staatspartei und war plötzlich von Mechanismen der Machtverteilung und –erhaltung, die sie jahrzehntelang (mit)bestimmt hatte, abgeschnitten.“²¹³

Unvermittelt kam es bereits 2002 erneut zu Nationalratswahlen. „Die SPÖ setzte zu Beginn des Wahlkampfes auf eine bereits gestartete Kampagne gegen den von der Regierung beschlossenen Ankauf von Abfangjägern.“²¹⁴ Gusenbauer schloss am 37. Bundesparteitag eine Koalition mit der FPÖ aus und stellte die Bedingung, nur dann gemeinsam mit der ÖVP regieren zu wollen, wenn diese „ein glaubhaft soziales Gewissen“ entwickeln würde. In Folge lehnte er daher eine Koalition mit der ÖVP unter einem Finanzminister Karl-Heinz Grasser ab. Es kam zu einer Neuauflage von Schwarz-Blau. Das Verhältnis der SPÖ zur Regierungskoalition war von Beginn an auf Konfrontation ausgerichtet und wurde teilweise auch vom Profilierungskampf der FPÖ geprägt. Auf legislativer Ebene hat sich die Konfrontation etwas entschärft: Wurden zwischen 1999 und 2002 44% der Gesetze einstimmig und 9% mit Unterstützung der SPÖ beschlossen, so waren es in der zweiten VP-FP-

²¹² Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien, S. 231

²¹³ Liegl, Barbara, Die SPÖ, aus: Talos, Emmerich, Schwarz-Blau, Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, LIT Verlag, 2006, S. 38

²¹⁴ Vgl. Liegl, Barbara, Die SPÖ, aus: Talos, Emmerich, Schwarz-Blau, Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, LIT Verlag, 2006, S. 41

Legislaturperiode 49 bzw. 12%.²¹⁵ Im Laufe des Jahres 2005 stimmte die SPÖ bei Materien wie dem Fremdenrechtspaket und Sicherheitspolizeigesetz, im Gegensatz zu den Grünen, mit der Regierung. Ein Verhalten, das durchaus als Signal in Richtung ÖVP interpretiert werden kann, um Politikfelder zu markieren, in denen eine Einigung nach den Nationalratswahlen 2006 einfach sein könnte.²¹⁶ Ideologisch und programmatisch gilt weiterhin das Parteiprogramm von 1998. „Dieses Grundsatzprogramm macht die schleichende Entideologisierung sichtbar, es beinhaltet auch Ansätze neoliberal orientierter Wirtschaftspolitik. Es ist vielmehr am Status quo als an der Überwindung staatlicher, wirtschaftlicher und sozialer Strukturen orientiert.“²¹⁷ Im Vergleich zu den 1990er Jahren ist ein Zurückdrängen neo-liberal orientierter wirtschaftspolitischer Vorstellungen beobachtbar. „Nach dem Ende der schwarz-blau (orangen) Koalition gibt es „Hinterlassenschaften“, die nachhaltig sind und diese Regierungsperioden überdauern werden. Dies gilt nicht nur für die nicht mehr revidierbaren Privatisierungen öffentlichen Eigentums, sondern auch für die Harmonisierung des Pensionssystems. Der organisatorisch-strukturelle Umbau der Hochschulen und Universitäten wäre bei einer anderen Regierungskonstellation grundsätzlich revidierbar, ist aber aus pragmatischen Gründen nicht wahrscheinlich.“²¹⁸

²¹⁵ Liegl, Barbara, Die SPÖ, aus: Talos, Emmerich, Schwarz-Blau, Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, LIT Verlag, 2006, S.44

²¹⁶ Liegl, Barbara, Die SPÖ, aus: Talos, Emmerich, Schwarz-Blau, Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, LIT Verlag, 2006, S.38

²¹⁷ Liegl, Barbara, Die SPÖ, aus: Talos, Emmerich, Schwarz-Blau, Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, LIT Verlag, 2006, S.48

²¹⁸ Vgl. Talos, Emmerich, Politik in Schwarz-Blau/Orange. Eine Bilanz, aus: Talos, Emmerich, Schwarz-Blau, Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, LIT Verlag, 2006, S.341

8.1 Alfred Gusenbauer- Sozialisation und Charakterisierungen

„Das heißt: Da habe ich Gusenbauer als eher wortbrüchig erlebt.“²¹⁹

Josef Broukal, NR-Abgeordneter a.D
(SPÖ)

Noch nie wurden wohl dermaßen große Hoffnungen in einen Mann der SPÖ gesetzt, die dann dermaßen intensiv enttäuscht wurden. Alfred Gusenbauer hatte den Sozialismus versprochen und ist die Koalition eingegangen, die Anfang 2000 mit der ÖVP nicht zustande kam.²²⁰

Der österreichische Kabarettist Alfred Dorfer meinte vor dem Wahlsieg von Gusenbauer am 19. Februar 2005 noch: „(...)Alfred Gusenbauer ist im privaten Gespräch ein intelligenter und gebildeter Mensch. Sobald aber die Kameras eingeschaltet werden, verfällt er in eine Apparatschik-Sprache und vermittelt nicht unbedingt Lösungskompetenz. Politikprognosen sind jedoch heikel: Zum jetzigen Zeitpunkt kann ich mir einen Kanzler Gusenbauer nicht vorstellen, denn die Umfragewerte der SPÖ sind besser als diejenigen ihres Vorsitzenden.“²²¹

Und entgegen der Erwartungen, entgegen der Prognosen, die vor Allem wegen des BAWAG-Skandals nicht rosig aussahen, wurde Alfred Gusenbauer Bundeskanzler. „Geträumt hat Alfred Gusenbauer lange von jenem Wahlsieg, den er am 1. Oktober 2006 tatsächlich einfahren sollte. Geglaubt daran hat kaum jemand, nicht in der SPÖ und schon gar nicht in der schließlich unterlegenen ÖVP. Hauptgrund für den überraschenden Wahlsieg Gusenbauers war sicherlich das Unvermögen der ÖVP, ihr Potential auszuschöpfen. Doch das allein ist als Erklärung zu billig. Im Gegensatz zum Nationalratswahlkampf 2002, den die ÖVP strategisch und inhaltlich dominierte, gelang es diesmal den Sozialdemokraten, den professionellsten Wahlkampf aller Parteien hinzulegen.“²²²

²¹⁹ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Josef Broukal, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.126 ff.

²²⁰ Vgl. Transkript vom Interview mit Dr. Karl Ucakar vom 03.02.2011 in Wien

²²¹ <http://www.trend.at/articles/0507/580/105643/grasser-amt>

²²² Hofer, Thomas, Toth, Barbara, Wahl 2006, Kanzler, Kampagnen, Kapriolen, LIT Verlag, 2007, S.6

Dabei hatte ihm schon der Zufall, oder in seinem Falle das Glück sehr dabei geholfen, überhaupt Parteiobmann der SPÖ zu werden.

Erwin Buchinger meint dazu: *„Beim Alfred haben einige Zufälligkeiten eine Rolle gespielt. Er ist in einer Situation Parteiobmann geworden, wo er zuvor relativ kurzfristig Bundesgeschäftsführer war, weil sich zwei Andere, Caspar Einem und Karl Schlögl, blockiert haben. Bei Beiden hat es damals starke Befürworter gegeben und es gab die Gefahr von aufkommenden Zerzeiss-Prozessen. Im Kreis hat damals eigentlich Michael Häupl erstmals Alfred Gusenbauer als Kompromisskandidaten vorgeschlagen. Mit Alfred Gusenbauer haben Alle gut leben können. Alfred Gusenbauer war immer ein Zentrist in seiner politischen Ausrichtung. Er hat immer versucht in seiner politischen Positionierung so zu stehen, dass er für möglichst viele Gruppen akzeptabel ist und damit auch Mehrheitspositionen einnehmen kann. Das ist Ausdruck seines Machtbewusstseins und Machtdranges. Das ist sicherlich ein bestimmender Zug von Alfred Gusenbauer gewesen, neben dieser Grundsatztreue und dem Drang danach, politisch agieren zu können und Macht zu bekommen. Die Frage nach der Demokratie in der Partei und nach der Entscheidungsfindung in der Partei hat Alfred Gusenbauer wahrscheinlich nie sonderlich kritisch gesehen. Das hat er auch in seinem Aufstieg im Parteiapparat immer so kennen gelernt und er hat das selber auch so reproduziert. Er war als Parteivorsitzender auch nicht anders, demokratisch oder hätte mehr einbezogen in Entscheidungen als vorher oder nachher.“*²²³

Alfred Gusenbauer selbst bestätigt und ergänzt zusätzlich im Buch „Die Wege entstehen im Gehen“ über die Zeit, in der entschieden wurde, dass er Parteiobmann werden würde. „Und dann stellte sich die Frage des Parteivorsitzenden. Schlögl wollte es werden, Caspar Einem wollte es auch werden. Ich war als Niederösterreicher klarerweise auf der Seite Schlögls und meinte, wenn die Dinge so sind, dann mache ich den Bundesgeschäftsführer und er macht den Parteivorsitzenden, und irgendwie werde ich es schon halbwegs hinbekommen.“²²⁴

Gusenbauer geht auch auf die Bedenken vieler Parteimitglieder gegenüber der harten Ausländerpolitik von Karl Schlögl ein: „Das hätte ich mir zugetraut zu

²²³ Vgl. Transkript vom Interview mit Erwin Buchinger vom 12. Jänner 2011 in Wien

²²⁴ Die Wege entstehen im Gehen, Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, Czernin Verlag, 2008, Wien, S.151

korrigieren. Jedenfalls sind fast alle davon ausgegangen, dass er es werden wird.(...)Im Rathauskeller bei der Besprechung (...)traf ein Bericht von Heinz Fischer aus dem 2. Bezirk von einer Versammlung ein, dass die Meldung, Schlögl werde Parteivorsitzender, gereizte Stimmung ausgelöst habe. Michael Häupl sagte klar, er rechne damit, dass 10 Prozent der Mitglieder austreten würden, aber er glaube, die Lage lasse sich politisch halten (...) Wenn kritisch über ihn (Anm.: Schlögl) geredet wurde, ist er im Sessel immer kleiner geworden. Sodass um drei in der Früh unser Gespräch relativ ergebnislos endete. Daraufhin sagte der Michl Häupl zu mir, er müsse noch mit mir reden. Wir zwei gingen zu ihm ins Büro. Er sagte, das wird nichts mit dem Schlögl, mit dem Einem auch nicht, es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder macht er es selber, oder ich mache es. Er ist der Meinung, ich bin um elf Jahre jünger als er, es ist gescheit, wenn eine neue Generation antritt. Er wird schauen, dass es in Wien passt, und ich soll den Parteivorsitzenden machen.“²²⁵

Gusenbauer wird mit dem oft geäußerten Beratungsresistenz-Vorwurf konfrontiert, der dem Niederösterreich nachgesagt wird. Gusenbauer dazu: „Absolut nicht. Aber das ist nicht der einzige Blödsinn, der über mich geschrieben wird.“

Karl Ucakar, bei dem Alfred Gusenbauer seine Dissertation geschrieben hat und die seit den damaligen Zeiten ein freundschaftlicher Kontakt verbindet, meint zu Alfred Gusenbauer:

„Er ist sicher jemand, der seine eigene Meinung für die richtige hält, aber er ist auch nicht wirklich beratungsresistent.“²²⁶

Diese „Nüchternheit“ gegenüber real-politischer Macht, die Franz Vranitzky nachgesagt wurde steht diametral zu Alfred Gusenbauer, ab dem Zeitpunkt seiner Angelobung zum Bundeskanzler.

Gusenbauer sucht die intellektuelle Reibung.

²²⁵ Die Wege entstehen im Gehen, Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, Czernin Verlag, 2008, Wien, S.152, 153ff.

²²⁶ Vgl. Transkript vom Interview mit Dr. Karl Ucakar vom 03.02.2011 in Wien

Erwin Buchinger, der in dem Interview für diese Arbeit nicht nur auf den „Machtdrang“ von Gusenbauer eingeht, sagt bei genauerem Hinhören noch etwas Zusätzliches, dass gut für eine Profilerstellung des Menschen Alfred Gusenbauer verwendet werden kann: *„Da (Anm.: bei Alfred Gusenbauer) gibt es auch keine Unterschiede zu Faymann: Diese Selbstbezogenheit und diese Zentralisierung.“*²²⁷

Selbstbezogenheit wäre zusätzlich eine gute Erklärung für die teilweise sehr unglücklichen, öffentlichen Äußerungen. Denn selbst wenn die Beleidigungen gegenüber FunktionärInnen (Anm.: „Das übliche Gesudere?“²²⁸ und z.B. „Gewalttätige, junge Kommunisten“) ausgeklammert werden, bleiben zusätzlich ausgesprochen unglückliche, mediale Auftritte. Zu einem Zeitpunkt, an dem Alfred Gusenbauer bereits mehr als umstritten war, nach dem so genannten „Osterfrieden“ erzählt er in einem Interview für die Tageszeitung Österreich: „Früher habe ich mir überlegt, im internationalen Maßstab tätig zu sein - ich hätte fast einen Job bei der OSZE in Paris angenommen. Aber jetzt will ich bis zur Pension Bundeskanzler bleiben. Ich denke nicht über eine andere Beschäftigung nach. Es muss sich keiner falsche Hoffnungen machen.“²²⁹

Und er arbeitete nach dem Prinzip: Nichts zählt etwas. So meinte Barbara Blaha: *„Und ich erinnere mich noch daran, dass ich am Tag des Wahlabends, der erste Oktober, gedacht habe: Wahnsinn: Er ist jetzt echt Erster. Wir haben es jetzt echt geschafft: Wir kriegen einen sozialdemokratischen Bundeskanzler und die Studiengebühren werden abgeschafft. Wir waren wirklich euphorisch. Und es war innerhalb von wenigen Wochen verloren weil klar war: Am Altar der Macht wird Alles geopfert: Es spielt Nichts eine Rolle- Wirklich Nichts.“*²³⁰

Doch wer ist Alfred Gusenbauer? Wer ist dieser Mensch, der die Personen, die im Wahlkampf für ihn, für die SPÖ gearbeitet haben, medial beschimpft?

„Wenn sich dann Gusenbauer in die Zeit im Bild setzt und erzählt, dass die tausenden Studierenden und AktivistInnen die da jetzt gegen ihn demonstrieren,

²²⁷ Vgl. Transkript vom Interview mit Erwin Buchinger vom 12. Jänner 2011 in Wien

²²⁸ http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/367982/-Gesudere_GenossenAerger-ueber-Gusenbauer

²²⁹ http://oesterreich.gv.at/site/cob_29379/currentpage_5/6327/default.aspx

²³⁰ Vgl. Transkript vom Interview mit Barbara Blaha, vom 15. November 2010, im Anhang

*gewaltbereite Anarchisten und Kommunisten sind, dann ist das ein Bruch über den man schwer noch drüber kann. Beide Seiten glaube ich.*²³¹ erzählt Barbara Blaha.

In Wirklichkeit waren unter den DemonstrantInnen Partei-AktivistInnen, ja sogar ParteipolitikerInnen, die Söhne und Töchter von KollegInnen und UnterstützerInnen.

Ein langer Wegbegleiter von Alfred Gusenbauer, der ehemalige Sozialminister Erwin Buchinger erzählt in einem Interview über seinen Parteifreund: *„Das war auch so eine Aussage, die ich nicht verstanden habe. Ich habe glaube ich damals auch in seinem Auftrag versucht ein bisschen Verbindungsmann zu sein. Diese Aussage hat das auch erschwert. Es gibt Situationen, da sagt man etwas wo man danach drauf kommt, was man gesagt hat war, wenn es schon kein Blödsinn war so war es zumindest nicht gut.*“²³²

So hieß es im deutschen Wochenmagazin „Der Spiegel“: „Sie hatten es fest versprochen: Bei einem Wahlsieg wollten Österreichs Sozialdemokraten die Studiengebühren abschaffen. Jetzt kümmert sie ihr Geschwätz von gestern nicht mehr. Die Studenten sollen Sozialarbeit für Hungerlöhne leisten - und fühlen sich verhöhnt.“²³³

Dabei werden Alfred Gusenbauer viele Eigenschaften zugeschrieben- Dummheit ist keine davon. Es ist eher ein Quentchen mangelnde soziale Intelligenz, die auch sein Parteifreund Buchinger näher erklärt, in dem er auf die persönlichen Schwächen des ehemaligen Bundeskanzlers eingeht: *„Alfred Gusenbauer neigt zu intellektueller Überheblichkeit und lässt das auch die Anderen spüren. Dadurch hat er Probleme im Zusammenhalt von Gruppen und konkret der Partei. Er ist kein guter Networker. Er kann soziale Beziehungen nicht in dem Ausmaß herstellen und pflegen wie es notwendig ist, in so einer Funktion. Er hat sich isoliert und alleine wohl gefühlt und das als Stärke gesehen. Eine Form von intellektueller Überheblichkeit gepaart mit Schwächen im Bereich Empathie, soziale Kontakte zu halten und zu schließen auch mit Menschen, die er vielleicht weniger schätzt, die aber notwendig sind. Ich glaube, das ist die Hauptschwäche.*“²³⁴

²³¹ Vgl. Transkript vom Interview mit Barbara Blaha, vom 15. November 2010, im Anhang

²³² Vgl. Transkript vom Interview mit Erwin Buchinger vom 12. Jänner 2011 in Wien

²³³ Vgl. <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,460484,00.html>

²³⁴ Vgl. Transkript vom Interview mit Erwin Buchinger vom 12. Jänner 2011 in Wien

Erwin Buchinger unterstreicht mit seinen Aussagen viele andere Beschreibungen von Alfred Gusenbauer. In einem Punkt ist er allerdings etwas unklar, wenn es da heißt „*Er ist kein guter Networker.*“²³⁵ Insofern das Buch „Die Wege entstehen im Gehen“ herangezogen wird ist eindeutig erkennbar, dass Alfred Gusenbauer gut Beziehungen aufbauen kann. Schon in der Schulzeit arbeitet der junge Alfred Gusenbauer mit seinem Mathematikprofessor Wolfgang Kirschenhofer, genannt „Kirschy“, den Nachlass eines bedeutenden Mathematikers namens Wirtinger durch.²³⁶ Doch nicht erst der Kontakt zu Wolfgang Kirschenhofer im Gymnasium ist auffallend, sogar in der Volksschule erzählt Alfred Gusenbauer von einem Kontakt zu einer Lehrerin. „Die strengste Lehrerin der ganzen Volksschule (...) Frau Oberstudienrätin Louise Hartl hat mir total getaucht (...) Einmal hat sie sich den Fuß gebrochen, was dazu geführt hat, dass wir braven Jungs sie in der Früh von zu Hause abgeholt haben. Wir haben ihr die Taschen mit den korrigierten Heften drin getragen. Nach Schulschluss haben wir sie wieder nach Hause begleitet mit all unseren Heften zur Kontrolle.“²³⁷ Es gibt noch weitere Beispiele für Fähigkeiten von Alfred Gusenbauer im Zusammenhang mit dem Aufbauen von Netzwerken. „Da war unser Englischlehrer Alfred Brandhofer- ein fortschrittlicher Sozialdemokrat- der hat mir den verantwortlichen Redakteur der Schülerzeitung (Anm.: Gusenbauer brachte im Gymnasium eine Schülerzeitung heraus) gemacht.“²³⁸ Diese Tendenz sich mit Menschen zu befreunden, die Autorität im Leben von Gusenbauer sind zieht sich wie ein roter Faden durch seine Biographie durch. Schon erwähnt werden kann, dass bereits der 8jährige Alfred Gusenbauer als Ministrant verschiedene alte Frauen, Kirchengänger und Kirchengängerinnen betreut hat²³⁹. Der Student Alfred Gusenbauer setzt dieses Verhalten gegenüber Autoritäten immer noch fort, so erzählt der Universitäts-Professor Karl Ucakar: „*Ich habe ihn früher schon, allerdings nicht genau, gekannt. Dann hat er die Dissertation, die Diplomarbeit bei mir geschrieben.*

²³⁵ Vgl. Transkript vom Interview mit Erwin Buchinger vom 12. Jänner 2011 in Wien

²³⁶ Die Wege entstehen im Gehen, Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, Czernin Verlag, 2008, Wien, S.121

²³⁷ Die Wege entstehen im Gehen, Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, Czernin Verlag, 2008, Wien, S.117/ 118

²³⁸ Die Wege entstehen im Gehen, Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, Czernin Verlag, 2008, Wien, S.122

²³⁹ Die Wege entstehen im Gehen, Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, Czernin Verlag, 2008, Wien, S.114

*Danach waren wir befreundet und das ist auch so geblieben.*²⁴⁰

All die Menschen, mit denen sich Alfred Gusenbauer angefreundet hat, hatten, unabhängig davon ob die alten Menschen, die LehrerInnen oder während des Studiums Karl Ucakar, eines gemeinsam: Es waren aus Gusenbauer - Sicht Menschen, die in einer der jeweiligen institutionellen Hierarchie (Kirche, Schule und Universität) über ihm standen. Alfred Gusenbauer kann ausgezeichnet Kontakte mit Menschen schließen, die in verschiedenen Hierarchien über ihm stehen. Es kann vermutet werden, dass er Probleme damit hat, Kontakte zu halten mit jenen Menschen, die in der jeweiligen Hierarchie unter ihm stehen. Unabhängig ob es die StudentInnen („Junge, gewaltbereite Kommunisten“²⁴¹), die eigenen ParteifunktionärInnen und Mitglieder (Der Sager vom ewigen Gesudere der FunktionärInnen), ParlamentarerInnen usw. waren. Regelmäßige Beleidigungen bzw. Untergriffe lassen sich in den Medien dokumentieren.

Dabei ist sich Gusenbauer offenbar bewusst, dass der Kontakt und die Nähe zu unter Anführungszeichen „einfachen“ Menschen sehr wichtig ist, so meint er in einem Interview zum Buch „Die Wege entstehen im Gehen“: „Manchmal gehe ich in ein Wirtshaus, an die Bar, trinke ein Seidel oder ein Achtel und rede mit den Leuten dort. Bisweilen kommt ein Gespräch zustande, oder jemand hat ein Anliegen, aber all das dient im Wesentlichen dazu, ein besseres Gespür zu bekommen.(...) Der persönliche Eindruck ist eine wichtige Ergänzung zu den Grundlagen. Mir geht es nicht darum, irgendetwas zu verordnen, sondern um die permanente Kommunikation mit den Betroffenen. Ich will, soweit es möglich ist, einen unmittelbaren Bezug zu den Problemlagen der Leute haben, das Gefühl dafür nicht verlieren, wie sie leben, was sie bewegt, was ihre Ängste und was ihre Befürchtungen sind.(...) Zu hören was sie sagen, zu spüren was sie empfinden, welche Gefühle sie ausstrahlen. Dann durchaus auch, mit ihnen zu reden- was kann man machen, wie kann man darauf reagieren...“²⁴²

Wie Alfred Gusenbauer auf ehemalige Nationalratsabgeordnete wirkt kann verstärkt gedeutet werden durch die Einbeziehungen des Interviews mit Josef Broukal. Josef

²⁴⁰ Vgl. Transkript vom Interview mit Dr. Karl Ucakar vom 03.02.2011 in Wien

²⁴¹ Vgl. Transkript vom Interview mit Barbara Blaha, vom 15. November 2010, im Anhang

²⁴² Die Wege entstehen im Gehen, Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, Czernin Verlag, 2008, Wien, S.156

Broukal, ehemaliger ZIB1-Moderator und ehemaliger SPÖ-Nationalratsabgeordneter erzählt über die Zeit, als Alfred Gusenbauer Bundeskanzler wurde: *„Auf der Einladung zur Sitzung des SPÖ Klubs war : Referat HBK Dr. Alfred Gusenbauer. Da habe ich gefragt: Wer ist das? Was ist da los? Da hat man mir gesagt: Das heißt Herr Bundeskanzler. Ich habe mir gedacht: Na und? Wo sind wir? Im 19. Jahrhundert?! Also auf einmal diese Popatze. Zu Sitzungen des Ministerrats kommen auf einmal Minister mit Kabinett. Und du merkst da eigentlich auch, dass man sich zwar dem Abgeordneten Höflichkeit erweist, aber dass die Abgeordneten da überhaupt keine Bedeutung in diesem Bezugssystem haben. Die Regierung sitzt da oben, das Landesparteipräsidium macht diese Sachen, und das hat gefälligst unten nach vollzogen zu werden.“*²⁴³

Isolation, Abkapselung und wenig Kontakt zur Mehrheit der SPÖ-PolitikerInnen inklusive keinerlei Annäherung über MitarbeiterInnen des Vertrauens scheint ebenfalls Ausdruck der Vorgehensweisen unter dem Vorsitzenden Alfred Gusenbauer zu sein.

So erzählt Josef Broukal: *„Ja und ich habe mit dem Gusenbauer eigentlich auch überhaupt nichts gesprochen (...)Gusenbauer hat gesagt(Anm.: auf einer Pressekonferenz): Ja gedulden sie sich noch, sie werden noch sehr viel Freude mit ihm (Anm.: Josef Broukal wurde eine höhere Funktion in der SPÖ versprochen) haben! Und es kam nie zu Stande. Von November bis Ostern nicht. Und das war mir schon etwas sehr merkwürdiges. Ich habe mir gedacht: Das ist auch etwas dass ich in meinem Leben noch nie erlebt habe. Es ist aber auch nie gesagt worden: Du, das geht nicht. Überlegen wir uns was Neues. Oder: Es gibt folgende Fragen. Oder: Wir sind uns nicht sicher ob du geeignet bist, was sagst du dazu? Sondern, da ist nicht kommuniziert worden. Da hat niemand mit mir geredet. Es hat mir niemand erklärt warum, es hat mir niemand erklärt woran es liegt- Ich bin da einfach gegen eine Mauer gelaufen.“*²⁴⁴

„ Ich habe allseits das Gefühl gehabt, dass die SPÖ nicht bereit ist, dass was sie in Oppositionszeiten den Studierenden und den Universitätsangehörigen versprochen

²⁴³ Vgl. Heimlich,Willibald, Interview mit Josef Broukal, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.126 ff.

²⁴⁴ Vgl. Heimlich,Willibald, Interview mit Josef Broukal, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.126 ff.

*hat auch dann tatsächlich als Regierungspartei durch zu setzen. Oder auch nur darum zu kämpfen.*²⁴⁵

Und der Verdacht, das Gefühl und die Aussage von Josef Broukal gewinnt an Intensität, wenn sie mit den Aussagen von Karl Ucakar verglichen werden, der da meint: *„Das mit den Studiengebühren ist ja sowieso bei ihm eine sehr heikle Angelegenheit, weil er ist ja immer sehr für Studiengebühren gewesen. Er hat gewusst, er muss so zu sagen die Studierenden befriedigen und muss sagen, dass es mit ihm als Bundeskanzler keine Studiengebühren gibt und das hätte er nicht sagen sollen.*“²⁴⁶

Im Wahlkampf 2006 dominierten neben dem Slogan „Neue Fairness braucht das Land“²⁴⁷ vor Allem drei Forderungen: „Sozialfighter statt Eurofighter“- dabei ging es auch um die Abbestellung bzw. der Versuch der Abbestellung der so genannten „Eurofighter“, Einführung der Mindestsicherung und Abschaffung der Studiengebühren. Erwin Buchinger seinerseits meint trotz dieser Aussagen im persönlichen Interview: *„Was ich damit sagen will ist das man manchmal etwas sagt, was man gar nicht so meint und dann bereut und ich hoffe, dass das auch ein Sager vom Alfred war, den er im Nachhinein oft bereut hat, weil er gewusst hat dass es inhaltlich nicht stimmt und man bedient damit auch ein Klischee von gewalttätigen Linken, dass auch objektiv nie in seinem Interesse hat sein können. Das war auch einer dieser Sager, die nicht gut waren.*“²⁴⁸

Erwin Buchinger seinerseits hofft, dass dies ein Sager war, den er im Nachhinein bereut hat. Ob das tatsächlich so ist, kann bezweifelt werden. So meint Alfred Gusenbauer auf die Frage, ob es noch irgendwelche Aussagen gäbe, wo er glaubt, dass es besser gewesen wäre sie nicht zu sagen: *„Da kann man über jedes einzelne Detail streiten. Das ist es mir eigentlich gar nicht wert.*“²⁴⁹

²⁴⁵ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Josef Broukal, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.126 ff.

²⁴⁶ Vgl. Transkript vom Interview mit Dr. Karl Ucakar vom 03.02.2011 in Wien

²⁴⁷ http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20060808_OT50109/neue-fairness-braucht-das-land-spo-e-stellt-wahlkampagne-vor

²⁴⁸ Vgl. Transkript vom Interview mit Erwin Buchinger vom 12. Jänner 2011 in Wien

²⁴⁹ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Alfred Gusenbauer vom 21. Februar 2011, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.170 ff.

Im Zusammenhang mit der Nicht-Abschaffung der Studiengebühren ist auffällig, dass Alfred Gusenbauer und Erwin Buchinger Verbesserungen im Stipendiensystem erwähnen. Erwin Buchinger, der auch im Interview klar sagt, dass er für diesen Bereich nicht zuständig war, meint: *„Nach meiner Erinnerung war Teil des Gesamtpaketes damals im Kompromiss mit der ÖVP Einführungen von Verbesserungen im Stipendiensystem- entweder 10 Millionen oder 10 Prozent Erhöhung und die Idee durch gemeinnützige Arbeit einen Wegfall der Studiengebühren zu erreichen. Diese Idee ist ja dann nicht wirklich zustande gekommen. Jedenfalls: Verschlechterungen hat es nicht gegeben: Auch bei den Studiengebühren nicht.“*²⁵⁰

Josef Broukal, der sich mit der Thematik „Universitäten und Studiengebühren“ intensiv auseinandergesetzt hat, meint in diesem Zusammenhang entgegen den Äußerungen von Gusenbauer : *„Ich habe irrsinnig für die Erhöhung der Studienbeihilfen gekämpft.. Die sind 8 Jahre nicht valorisiert worden. Das sind in etwa 15 Prozent Geldentwertung. Und noch im letzten Entwurf der Regierungserklärung des Gusenbauer steht dort: Valorisierung der Studienbeihilfen. In dem Papier, dass dann ganz am Schluss zwischen Schüssel und Gusenbauers Büros – als die Enderklärung geführt wird, wird aus dem Wort Valorisierung das Wort Evaluierung. So geht das dann dahin, oder?“*²⁵¹ Zum besseren Verständnis: Während das Wort Valorisierung eine Aufwertung mit einbezieht, bedeutet das Wort Evaluierung lediglich eine gewisse Überprüfung.

Darauf angesprochen meint der ehemalige Bundeskanzler Alfred Gusenbauer: *„An das könnte ich mich nicht erinnern, denn es sind ja erstens die Stipendien in ihrer Höhe angehoben worden und zum zweiten ist auch der Bezieherkreis ausgeweitet worden. Das heißt es ist die Schwelle nach unten gesetzt worden, die Qualifikation für Studienbeihilfe ist erweitert worden, das heißt eine größere Anzahl an StudentInnen haben Studienbeihilfe bekommen und die, die Studienbeihilfe bekommen haben, haben höhere Beihilfen bekommen.“*²⁵²

Bereits in jungen Jahren eignet sich Gusenbauer ein breites, internationales

²⁵⁰ Vgl. Transkript vom Interview mit Erwin Buchinger vom 12. Jänner 2011 in Wien

²⁵¹ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Josef Broukal, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.126 ff.

²⁵² Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Alfred Gusenbauer vom 21. Februar 2011, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.170 ff.

Netzwerk an. „ Das nationale und internationale Netzwerk, über das Alfred heute verfügt, entsteht nicht im Vorbeigehen und durch oberflächliche Kontakte, sondern es entsteht dann, wenn es gemeinsame Aktivität von unterschiedlichen Partnern und Akteuren gibt. Beginnend mit dem Bundesjugendring, über die IUSY und die SI und dann durch das Ost-West Jugenddialogforum „Framework“ ist es ihm gelungen schon frühzeitig vertrauensvolle Kontakte national und weltweit aufzubauen, die heute bis in die Spitzen unzähliger Staaten, internationaler Institutionen und Konzerne weltweit reichen.(...) Das politische Spektrum erstreckte sich von Konservativen bis zu Kommunisten, die gemeinsam in Workshops arbeiteten.“²⁵³

Doch er benutzt sein politisches Wissen, sein Wissen über Austromarxismus oder Sozialismus weder als Politik- Strategie, noch als Fundament. Es ist Wissen um Diskutieren zu können. „Ich bin nicht theoriebehindert.“²⁵⁴ meint Gusenbauer und sinngemäß zitiert: „Ich brauche mich nicht um die Erwartungshaltung zu kümmern!“

Weiter führt Alfred Gusenbauer in einem Teil eines Interviews: „Ich war eben nie ein puristischer Linker. (...) Ich mag keinen Dogmatismus. Ich habe was übrig für klare Analysen, aber Dogmatismus ist mir zuwider, das hat mich an allen linken Theorien immer gestört. (...) Es ging immer nur um die Theorie an sich, die eine Welt für sich darstellte, ganz unabhängig von der realen Welt. Das war mir fremd. Daher habe ich einen undogmatischen Zugang, nicht immer theoretisch fundiert, sondern dem Bedürfnis entsprechend, dass es mir darum geht zu verstehen, was passiert. Wie? Warum? Was ist für eine positive Veränderung zu tun? Diese Fragen haben mich mehr interessiert als die innere Konsistenz einer Theorie.“²⁵⁵

Karl Ucakar beschreibt in einem Essay über seinen Freund Alfred Gusenbauer: „*In Diskussionen schon im Studium, oder später mit kritischen Jugendlichen argumentierte er gerne mit Otto Bauer und anderen austromarxistischen Theoretikern.*“²⁵⁶

Dennoch widerspricht Ucakar Gusenbauer, der ja indirekt sich selbst in die Nähe von sehr linkslastiger Politik bringt, wenn er meint: „Ich war eben nie ein puristischer

²⁵³ Vgl. Gusil, Scherz-Magazin, Ausgabe erstellt zum 50. Geburtstag von Alfred Gusenbauer, S.12

²⁵⁴ Die Wege entstehen im Gehen, Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, Czernin Verlag, 2008, Wien, S.15

²⁵⁵ Die Wege entstehen im Gehen, Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, Czernin Verlag, 2008, Wien, S.20

²⁵⁶ Vgl. Essay von Dr. Karl Ucakar, zum Einbau in die Diplomarbeit als Literaturergänzung der Diplomarbeit

Linker.“ So meint Ucakar: *„Ein Linker war er nicht. Er ist ein Zentrist. Er hat versucht alle Strömungen irgendwie zu berücksichtigen. Ein anderer kann auch nicht Parteivorsitzender werden, wenn es irgendwelche inhaltlichen Kriterien gibt.“*²⁵⁷

Auch Gusenbauers Freund Reinhold Eckhardt erklärt, dass der ehemalige Bundeskanzler einen Charakterzug angenommen habe, der ihm persönlich nicht besonders liege. Damit meint er die Fähigkeit Gusenbauers auf Basis seines großen politologischen Wissens über die verschiedenen Ideologien große politische Kompromissfähigkeit walten zu lassen.²⁵⁸

Erwin Buchinger bestätigt ebenfalls Gusenbauers Geschichts-Affinität: *„Alfred hat bereits zu Beginn seiner politischen Karriere als SJ-Bezirksobmann in Ybbs und später als Landessekretär, Landesobmann der SJ-Niederösterreich und dann im Verband sehr viel Wert gelegt auf geschichtliches Wissen.“*²⁵⁹

Es ist aber nicht nur geschichtliches Wissen sondern auch ständig am neuesten Stand der Nachrichten zu sein, die Eckpunkte der persönlichen Wertigkeiten von Alfred Gusenbauer sind. Gusenbauer liest während seiner Zeit in der Politik und bis zum heutigen Tag täglich stundenlang Zeitungen und Nachrichten. So meint er: *„Außerdem empfinde ich es als geistige Erfrischung, den ganzen Tag relativ viele Dinge zu lesen, auch immer wieder in ein anderes Genre hineinzugehen, das putzt durch.“*²⁶⁰

Auf Gusenbauers Schreibtisch türmen sich die Magazine und Tageszeitungen. Fachbücher und literarische Bücher finden sich immer in seiner unmittelbaren Nähe. Seine Interessen und Stärken, auch das Interesse für Literatur und dass sich Gusenbauer von Schauspielern (Harald Krassnitzer als Beispiel), KünstlerInnen usw. sogar bis zu einem gewissen Grad beratschlagen lässt kann ihm so ausgelegt werden, dass er intellektuell veranlagt ist.

Wie der Umgang von Alfred Gusenbauer mit den Menschen ist, bei denen dies nicht zutrifft, umschreibt Andre Heller: *„Wer seine Verachtung gegenüber den Halbseidenen, Denkschwachen, Primitiven, Gschafthuberischen, intellektuell nicht*

²⁵⁷ Vgl. Transkript vom Interview mit Dr. Karl Ucakar vom 03.02.2011 in Wien

²⁵⁸ Vgl. Gusil, Scherz-Magazin, Ausgabe erstellt zum 50. Geburtstag von Alfred Gusenbauer, S.15

²⁵⁹ Vgl. Transkript vom Interview mit Erwin Buchinger vom 12. Jänner 2011 in Wien

²⁶⁰ Die Wege entstehen im Gehen, Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, Czernin Verlag, 2008, Wien, S.142

Satisfaktionsfähigen, so oft und unverhohlen nicht zu tarnen weiß, wie Alfred Gusenbauer, darf sich nicht wundern, dass er als Partei- und Massenliebling nicht taugt.²⁶¹

Gusenbauer selbst gibt das sogar im persönlichen Interview zu, wenn er sagt: *„Wenn jemand etwas Anderes vorschlägt, dann ist das legitim. Dann muss das aber eine dementsprechende Qualität in der inhaltlichen Argumentation aufweisen um die Chance zu haben, mich von etwas Anderem zu überzeugen. Wenn das nicht der Fall ist, dann bleibe ich bei meiner Auffassung. Jetzt kann man natürlich sagen, dass das intellektuelle Überheblichkeit ist. Ich habe halt einen sehr meritokratischen Zugang und sage: Jedes Argument muss sich im Spiegel des besseren oder des schlechteren Argumentes messen lassen. Das ist natürlich ein Maßstab, der für viele Beteiligte manchmal nicht sehr angenehm ist. Es mag auch sein, dass es als intellektuelle Überheblichkeit gedeutet wird, dass ich mich halt mit anderem Niveau mit Dingen auseinandersetze und dann nicht immer unbedingt die Geduld habe, mir irgendwelche Banalitäten an zu hören.“*²⁶²

Da Alfred Gusenbauer im Parteiapparat einen kontinuierlichen Aufstieg erlebt hat kann vermutet werden, dass er sich nicht immer weniger „intellektuellen“ Menschen verschlossen hat, da keine Partei nur aus Intellektuellen besteht. Ab dem Punkt wo er selbst die Partei übernimmt, beziehungsweise spätestens im Laufe seiner Bundeskanzlerschaft verschließt er sich jedoch immer mehr seiner Meinung nach „intellektuell nicht standhaften“ Argumenten und verschafft sich so eine immer größer werdende Liste an Menschen, die sich übergangen bzw. emotional nicht stark genug umworben fühlen. Gusenbauer im Wortlaut: *„Es gibt einfach unterschiedliche Interessen und unterschiedliche Ansprüche und wenn man so will- der Grundcharakter der Entscheidung heißt dann, dass man sich für einen oder eine entscheidet, was dann im Umkehrschluss bedeutet, dass man sich nicht für die Anderen entschieden hat. Nachdem es meistens nur eine Position gibt, die zur Verfügung steht zum jeweiligen Zeitpunkt und das führt natürlich dazu, wenn man so will: Man sammelt im Laufe der Zeit auch innerparteiliche Gegner, die halt nicht zum Zug gekommen sind und deren Vorstellungen sich nicht durchgesetzt haben.(...) Das*

²⁶¹ Vgl. Gusil, Scherz-Magazin, Ausgabe erstellt zum 50. Geburtstag von Alfred Gusenbauer, S.70

²⁶² Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Alfred Gusenbauer vom 21. Februar 2011, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.170 ff.

*hat mir natürlich keine Freunde eingetragen und die haben sich bei Gelegenheit revanchiert.*²⁶³

Andre Heller führt zu Alfred Gusenbauer weiter aus: „Gusenbauer dachte, er sei der geborene österreichische Bundeskanzler und hat immerhin die ungewöhnliche Chance erobert, sich zu beweisen, dass dies ein Irrtum war. (...) es wird wohl kaum einen anderen Regierungschef geben oder gegeben haben, der mitunter Minister oder wichtige Auslandsdelegationen halbstundenlang im Vorzimmer warten ließ, weil er für seine Psychohygiene und zur Befriedigung seiner Tagesration an Mindestqualität noch ein Kapitel eines hochkarätigen Romans auf Spanisch, Französisch, Englisch, Italienisch oder Deutsch in Ruhe zu Ende las.“²⁶⁴

Die innerparteilichen Konflikte können Ausdruck seiner Kompromiss-Auffassung gewesen sein. So erklärt Gusenbauer: *„Es handelt sich nicht um einen simplen Übergang von einem Zustand X in einen Zustand Y, sondern meistens geht es um eine Veränderung des Zustand X in einen Zustand X- Strich. Das heißt in der Realität ist der neue Zustand nicht mehr der alte, aber nicht zu hundert Prozent der neu angestrebte.“*²⁶⁵

8.2 Politische Reformen und Budget unter Gusenbauer

Nach dem Versuch einer Gusenbauer-Charakterisierung wird nun Sozialpolitik während seiner Bundeskanzler- Amtszeit näher untersucht.

Erwin Buchinger erklärt zum Thema Sozialpolitik: *„Ich spalte die Sozialpolitik auf in mehrere Felder. Ich nenne die Arbeitsmarktpolitik, Sozialversicherung, Arbeitslosen,- Pensions- und Krankenversicherung, den Bereich Pflege und Armutsbekämpfung. Ich fange mit der Bekämpfung von Armut an. Mein Auftrag war es die bedarfsorientierte Mindestsicherung als ein Eckpfeil der Armutsbekämpfung durchzusetzen. Armutsbekämpfung ist ja auch völlig richtig auf drei Eckpfeilern*

²⁶³ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Alfred Gusenbauer vom 21. Februar 2011, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.170 ff.

²⁶⁴ Vgl. Gusil, Scherz-Magazin, Ausgabe erstellt zum 50. Geburtstag von Alfred Gusenbauer, S.70

²⁶⁵ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Alfred Gusenbauer vom 21. Februar 2011, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.170 ff.

gebaut worden. Armutsbekämpfung am Besten durch Vollbeschäftigung, die nicht nur zahlenmäßig weniger Beschäftigungslose einschließt sondern auch gute, voll versicherte Arbeit mit guter Entlohnung. Der zweite Eckpfeiler der Armutsbekämpfung ist im Bereich der Sozialversicherungssysteme zu finden. Entwicklungen im Pensionsrecht, die Armutsentwicklung begünstigt haben, haben wir zurück genommen. Der dritte Eckpfeiler ist die bereits erwähnte, bedarfsorientierte Mindestsicherung.

Was ist passiert im Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik? Es wurde die Ausbildungsgarantie für Jugendliche eingeführt. Diese Politik, die sich immer noch Faymann und Hundstorfer auf ihre Fahnen heften ist unter Alfred Gusenbauer im Sommer 2007 beschlossen und durchgesetzt worden. Das hat für die Jugendlichen bedeutet, dass die ganzen Kurzurse, die es vorher in der Ära Schwarz-Blau gegeben hat und die Nichts gebracht haben, abgeschafft wurden und Kurse bis zum Lehrabschluss eingeführt worden sind. Es ist der Rechtsanspruch eingeführt worden, dass Jugendliche ein Recht auf eine Lehrausbildung in überbetrieblichen Lehrwerkstätten haben und so zum Lehrabschluss kommen. Begünstigt durch die Konjunktur ist in den zwei Jahren Alfred Gusenbauer die Beschäftigungspolitik, die Wolfgang Schüssel noch als Micky-Maus-Thema bezeichnet hat, budgetmäßig auf Höchststände ausgeweitet worden. 2007 und 2008 gab es das höchste Budget für aktive Arbeitsmarktpolitik trotz Hochkonjunktur. Jetzt, wo aktive Arbeitsmarktpolitik dringender benötigt werden würde sind die Budgets im Bereich Arbeitsmarktpolitik gekürzt worden. Im Bereich Arbeitsmarkt sind prekäre Arbeitsverhältnisse verringert worden. Freie Dienstnehmer sind sozialversicherungsmäßig und in der Arbeitslosenversicherung gleich gestellt worden. Viele wissen das gar nicht mehr und es ist bereits vergessen worden. Im Bereich Krankenversicherung ist die Rezeptgebühr- Obergrenze eingeführt worden, die sicher stellt, dass Menschen mit niedrigem Einkommen nicht mehr als zwei Prozent ihres Netto-Einkommens an Selbstbehalten zahlen müssen. Das hat damals für über 200 000 Menschen finanzielle Erleichterung bedeutet. Es ist erstmals in der Geschichte ein Mindestlohn eingeführt worden mit der Zustimmung der Wirtschaftskammer und des ÖGB.²⁶⁶

Erwin Buchinger erklärt: „ Im Bereich der Abschläge bei den Pensionen sind die Abschläge bei der Korridor – Pension halbiert worden von 4,2 Prozent auf 2,1

²⁶⁶ Vgl. Transkript vom Interview mit Erwin Buchinger vom 12. Jänner 2011 in Wien

Prozent. Die Zuschläge für Kinder vier Jahre nach der Geburt sind nach oben angepasst worden. Die Hacklerregelung ist zweimal verlängert worden. Im Bereich Schwerarbeits-Pension, Invaliditätspension sind Reformprojekte weitergeführt worden, die jetzt wirksam werden. Zum Beispiel die so genannte Gesundheitsstraße. Es ist die bedarfsorientierte Mindestsicherung konzipiert worden. Es sind die Nachverhandlungen mit Kärnten als Ausnahme abgeschlossen worden. Alle anderen Länder haben schon unter der Regierung Gusenbauer unterschrieben. Mit Verzögerung kam dann die Durchsetzung erst in der Regierung Faymann. Wir hatten das erste Regierungsprogramm wo Armutsbekämpfung formuliert worden ist. Im Bereich Pflege und Betreuung ist eine völlig neue Sozialleistung eingeführt worden- die Förderung der 24h Pflege mit einem Volumen von über 30 Millionen Euro. Ein Problem, dass die Regierungen vorher jahrelang verdrängt und weg geschoben haben, haben wir in 2 Jahren erledigt. In den Jahren der Regierung Gusenbauer ist das Pflegegeld am Stärksten erhöht worden- durchschnittlich um 5 Prozent. In der jetzigen Regierung ist das Pflegegeld gekürzt worden ab 1.1. 2011. Es sind neue, verbesserte Regeln für Demenzkranke eingeführt worden. Es ist die Gratis-Selbstversicherung für pflegende Angehörige auch bei Pflegestufe 3 und 4 eingeführt worden. Ich kann jetzt lange noch Sozialleistungen aufzählen: Das bedauerliche ist, dass das Niemand mehr weiß.“

Die AK-Analyse zum Doppelbudget 2007/2008 mit besonderem Fokus auf Sozialleistungen wie Pflegegeld fällt differenzierter aus. Laut der Analyse ist enttäuschend, dass es zu keiner Wertanpassung des Pflegegeldes kommt, trotzdem seit 1993 durch fehlende Anpassung 18% an realer Kaufkraft verloren gegangen ist.²⁶⁷ Sehr positiv bewertet wird die Budget-Aufstockung für Menschen mit Behinderung. Es wird von einer erheblich höheren Dotierung geschrieben und von einer positiven Trendwende in der Arbeitsmarktpolitik für Behinderte.

²⁶⁷ Vgl. Bundesvoranschlag 2007/2008, Analyse der Bundesarbeiterkammer Österreichs, S.33 ff.

Budgetentwicklung auf administrativer Basis 2006 bis 2008²⁶⁸ in Mio. Euro

	2006	2007	2008
Ausgaben des allg. Haushaltes	70.519	69.574	69.869
Einnahmen des allg. Haushaltes	66.103	65.712	66.909

Zur besseren Veranschaulichung wurden die Budget-Ausgaben 2006 und 2008 rot hervorgehoben. Erkennbar ist unter Berücksichtigung des Jahres 2007 ein leichtes Ansteigen der Ausgaben, bei gleichzeitig leichten Einnahme-Erhöhungen.

Auszüge der Einnahmen in ökonomischer Gliederung werden zusammenfassend in der unteren Tabelle in Millionen Euro dargestellt.

	2006	2007	2008
Lohnsteuer	18.092	19.000	20.000
Veranlagte Einkommenssteuer	2.525	2.700	2.850
Körperschaftssteuer	4.833	5.500	5.900
Umsatzsteuer	20.171	20.900	21.700

²⁶⁸ Vgl. Bundesvoranschlag 2007/2008, Analyse der Bundesarbeiterkammer Österreichs, S.9 ff.

9.0 Historischer Kontext 2008 bis 2010

Nachdem der innerparteiliche Druck aufgrund fehlender Kommunikation und schlechten Umfragewerten auf Gusenbauer immer stärker wurde, wurde Werner Faymann neuer Bundesparteiobmann und nach den Nationalratswahlen 2008 Bundeskanzler. Werner Faymann wird innerparteilich gewissermaßen als der „Anti-Gusenbauer“ positioniert. So meint der Kommunikations-Experte Thomas Hofer: *„Gleichzeitig gab es die Schiene nach Innen in Richtung SPÖ-Kernwählerschaft, wie sie es richtig formuliert haben: „Liebe Leute, Ich bin nicht Alfred Gusenbauer. Ich bin der Neue. Ich weiß, ihr seid alle wütend, weil der hat euch Suderanten, die nichts hakeln genannt und was weiß ich Alles, aber bitte schön: Gusenbauer gibt es nicht mehr. Ich bin der Neue. Ich mach das neu und außerdem revidiere ich ein paar seiner gebrochenen Wahlversprechen, wie zum Beispiel die Abschaffung der Studiengebühren.“*²⁶⁹ Obwohl Werner Faymann und Alfred Gusenbauer in Zukunft vermutlich nicht mehr die besten Freunde²⁷⁰ sein werden, ist eines klar: Es gilt zu vermuten, dass es ohne dem zwischenmenschlichen Versagen bzw. der Verweigerung seitens Gusenbauer keinen Werner Faymann als Spitzenkandidaten und in weiterer Folge als Bundeskanzler gegeben hätte.

9.1 Werner Faymann- Sozialisierung und Charakterisierung

Die Nationalratsabgeordnete Petra Bayr arbeitete unter Alfred Gusenbauer und aktuell unter Werner Faymann. Sie vergleicht die Beiden wie folgt: *„Der Werner ist wahrscheinlich wesentlich geschliffener, den Konsens suchend und auch weniger angreifbar. Ich glaube zum Beispiel dass der Alfred zum Teil die Auseinandersetzung wirklich gesucht hat, mit Oppositionsparteien zum Beispiel. Ich glaube, dass das der Werner nicht tut. Es passiert ihm unter Führungszeichen manchmal, ich glaube aber nicht, dass er das bewusst provoziert. Ich glaube, dass das der Alfred durchaus schon provoziert hat. Sie haben Beide ein unterschiedliches Profil im Sinne von: Was*

²⁶⁹ Vgl. Interview mit Thomas Hofer, erstellt am 28. Februar 2011 in Wien

²⁷⁰ Vgl. Transkript vom Interview mit Dr. Karl Ucakar vom 03.02.2011 in Wien

sind für sie wichtige, politische Themen? (...)Für Alfred war im Vergleich zum Werner sicherlich die internationale und die europäische Vision wichtiger und das hatte auch für meine Themen zur Konsequenz, dass ich es bei ihm leichter hatte einen Dialog über internationale Themen zu finden. Ich betreibe halt viele internationale Themen in meiner Arbeit. Ich glaube dass der Werner einen stärker auf Österreich fokussierten Politikzugang hat. Ich glaube, da ist es auch sehr gut gelungen, diese Frage von Verteilungsgerechtigkeit und wie verteilt man den sozialen und wirtschaftlichen Kuchen- Das ist beim Werner eher im Mittelpunkt.“²⁷¹

Auch US-Diplomaten geben laut Wikileaks, dem Nachfolger von Alfred Gusenbauer ein Zeugnis, dass Bayrs Aussagen bekräftigt. So kann man im Standard nachlesen: „US-Diplomaten zeichnen in Geheimberichten ein wenig schmeichelhaftes Bild von Österreich und seiner Regierungspolitik. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) attestieren sie mangelndes Interesse an Außenpolitik(...)“²⁷²

Kommunikationsexperte Thomas Hofer: *„Faymann hat sich definitiv verbessert, was die Kommunikation mit der eigenen Parteiposition betrifft, und der Anlass war für mich der Parteitag 2010 im Juni und diese Gerechtigkeits-Kampagne, die in jedem Fall die ÖVP beschädigt hat. Auch die Rede in der Hofburg im Jänner (Anm.: 2011) war wesentlich besser als die Rede Ende 2009.“*²⁷³ Sogar der kritische Universitätsprofessor Karl Ucakar meint: *„In gewisser Weise hat Faymann auch Profil gewonnen, da kann man sagen was man will.“*²⁷⁴

Doch wer ist eigentlich Werner Faymann? Die GemeindebaubewohnerInnen in Wien sahen über 13 Jahre lang das Bild von Faymann im Erdgeschoss ihrer Wohnhäuser hängen. Faymann war in Wien ein sehr bekannter, ehemaliger Stadtpolitiker. Dieser Umstand galt nach dem Aufkündigen der Koalition seitens der ÖVP und dem darauffolgenden Wahlkampf als sehr nützlich. Die Bekanntheit von Werner Faymann in Wien verhielt sich diametral zu seinem Stand in allen anderen Bundesländern. Die gesamt-österreichische, politische Bühne betrat Faymann erst

²⁷¹Vgl. Transkript des Interviews mit Petra Bayr, vom 03.02.2011 in der SPÖ Bundesgeschäftsstelle

²⁷² Vgl. <http://derstandard.at/1291454132782/WikiLeaks-Faymann-kein-Interesse-an-Aussenpolitik-Bundesregierung-weist-US-Kritik-scharf-zurueck>

²⁷³ Vgl. Interview mit Thomas Hofer, erstellt am 28. Februar 2011 in Wien

²⁷⁴ Vgl. Transkript vom Interview mit Dr. Karl Ucakar vom 03.02.2011 in Wien

im Kabinett Gusenbauer als Verkehrsminister und Regierungskoordinator.

Wie kam es dazu, dass Werner Faymann binnen kürzester Zeit vom Wohnbaustadtrat zum Hoffnungsträger und Spitzenkandidaten der SPÖ wurde?

Das liegt in hohem Ausmaß an der schlechten Performance der Bundesregierung Gusenbauer. Gusenbauer hatte mit seinen Beleidigungen gegenüber der Basis großen Unmut seitens der Partei erzeugt und in den Umfragewerten purzelte die SPÖ kontinuierlich bergab, bis sie einen Wert von ungefähr 20 Prozent erreicht hatte. Dennoch wollte Gusenbauer nicht zurück treten. Also machte man die parteiinterne Abmontierung des damals amtierenden Bundeskanzlers Gusenbauer in zwei Schritten. Zunächst wurde Werner Faymann als SPÖ-Chef installiert.

Der Spiegel schreibt über diese Zeit: „Kanzler Alfred Gusenbauer stand mit dem Rücken zur Wand.“²⁷⁵ Schon seit der Regierungsbildung haftete ihm das Image des Umfallers an, wichtige rote Positionen wie die Abschaffung der Studiengebühren wollten ihm nicht gelingen. Dazu verlorene Wahlen in den Bundesländern und verheerende Umfragewerte – die SPÖ musste einsehen, dass es mit Gusenbauer, dem abgehobenen Intellektuellen, nicht weitergeht.

Seit Wochen wollten die Genossen ihren eigenen Kanzler daher loswerden, am besten so schnell wie möglich. Eine prekäre, eine heikle Situation. Nur mittels eines Tricks hatte der Vielgescholtene sich kürzlich der vorzeitigen Entmachtung im Parteipräsidium entzogen: Er stellte den Posten als SPÖ-Chef zur Verfügung, statt seiner installierte man den aalglatten Faymann, den amtierenden Verkehrsminister – Gusenbauer selbst klammerte sich weiter ans Kanzleramt.“

Dann kam es zu einer Neupositionierung der SPÖ bezüglich einer etwaigen Volksabstimmung zur Ratifizierung des Lissabon-Vertrages der EU. Die Meinungsänderung der SPÖ, ebenso wie die Art und Weise, wie sie in die Öffentlichkeit getragen wurde, zeigt eindeutig die Handschrift von Werner Faymann. Die Kronen Zeitung durfte die neue Positionierung der SPÖ als erstes Medium, in Form eines Leserbriefes, der von Gusenbauer und Faymann unterzeichnet war, veröffentlichen. Der Spiegel schrieb wie folgt über diese Zeit: „Die neue SPÖ-

²⁷⁵ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,564336,00.html>

Doppelspitze sorgte sofort für Aufregung, indem sie sich in Populismus flüchtete.²⁷⁶ In einem Brief an den EU-phoben Herausgeber der einflussreichen "Kronen-Zeitung", Hans Dichand, verkündeten Gusenbauer und Faymann den außenpolitischen Schwenk in der Europapolitik. Dichand (Anm.: Herausgeber der Kronen Zeitung zum damaligen Zeitpunkt) selbst hatte in den vergangenen Wochen eine hysterische Anti-EU-Kampagne gefahren und dazu maßgeblich beigetragen, dass die Stimmung im Alpenstaat gegenüber Brüssel so schlecht ist wie in keinem anderen Mitgliedsland der Gemeinschaft. Nur 28 Prozent der Österreicher können dem europäischen Projekt noch etwas Positives abgewinnen – und das, obwohl das Land Österreich als einer der Hauptprofiteure der Osterweiterung gilt.

Es ist der große Rest, diese EU-kritische Masse, auf die Gusenbauer schielte, mit ihrer Unterstützung erhoffte er sich bessere Umfrageergebnisse - und damit den drohenden Machtverlust in letzter Minute abzuwenden. Doch der "Kniefall vor dem Boulevard", kommentierte der Wiener "Standard", wurde augenscheinlich nicht goutiert: Aktuelle Umfrageergebnisse belegen, dass die SPÖ trotz des populistischen Manövers weiter an Zustimmung verlor, Gusenbauers Popularitätswerte waren im freien Fall. Sein Image war nach dem anbiedernden Akt gegenüber der mächtigen "Krone" noch ramponierter als zuvor.“

Das lag allerdings nicht an der kritisierten und als Anbiederung bezeichneten Veröffentlichung des Leserbriefes. Alfred Gusenbauer hielt sich selbst in der Phase seines politischen Endes vehement an seiner Verweigerung der positiven, emotionalen Kommunikation und provozierte noch den Unmut der Partei.

Der in den Medien als „Kniefall vor der Kronen Zeitung“ bezeichnete Leserbrief dürfte bereits ein Indiz gewesen sein, für das veränderte Machtverhältnis. Es ist naheliegend, dass Gusenbauer sich entweder sein politisches Überleben erhofft hatte, oder seitens der Partei zur Unterzeichnung dieses Leserbriefes gedrängt wurde. So meint Karl Ucakar, ein Freund Alfred Gusenbauers, dazu: *„Dann war da noch die ganze Geschichte mit der Kronen Zeitung. Ich habe ja nicht verstanden, dass Alfred Gusenbauer diesen Brief auch unterschrieben hat. Ich nehme an, dass er da irgendwie gezwungen worden ist. Der Deal war ja dann, dass Faymann die Partei übernimmt und Gusenbauer Bundeskanzler. Das war meines Erachtens im Vorhinein*

²⁷⁶ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,564336,00.html>

*ein Rohrkrepiere, weil das nur ein weiterer Schritt war, um ihn ab zu montieren.*²⁷⁷

Nachdem die ÖVP, offiziell aufgrund der Änderung der EU-Positionierung, vermutlich in Wirklichkeit aufgrund der schlechten Umfragewerte von Gusenbauer und der SPÖ, Neuwahlen ausgerufen hatte, war der unbeliebt gewordene Bundeskanzler nicht mehr tragbar.

Werner Faymann wurde bei den Nationalratswahlen Spitzenkandidat der SPÖ. Alfred Gusenbauer wurde nicht nur abmontiert, sondern sollte auch während des Wahlkampfes und bis zum heutigen Tage von der Partei versteckt, nicht erwähnt, bzw. von Veranstaltungen ausgelassen werden. Das war kommunikationstechnisch notwendig. Wie hätte man sonst Werner Faymann in weiterer Folge als „Neuen“ in Szene setzen können, wenn im Hintergrund der unbeliebte Gusenbauer gestanden hätte?

In jedem Fall wird Werner Faymann als der „Neue“ inszeniert. Dabei gibt es im Wahlkampf 2008 vor Allem zwei Kommunikations-Strategien. So erklärt der Kommunikationsexperte Thomas Hofer: *„Aus meiner Sicht gab es im Wahlkampf 2008 zwei Hauptkommunikations-Stränge. Eine war das „Genug gestritten“²⁷⁸. Das war die Message nach außen. Was meine ich jetzt mit nach außen? Alle Wähler, die nicht zur Kernschicht der SPÖ zählen. Das war eine klare Abgrenzung, logischerweise nicht gegen Josef Pröll, der ja damals nicht kandidiert hat, sondern gegen Willi Molterer, der geschickt von der SPÖ als Teil der Streithansl-Partie dargestellt wurde. Wer war die Streithansl-Partie? Das war Alfred Gusenbauer und Willi Molterer. Das war nach außen die Abgrenzung: „Ihr habt zur Auswahl einen der streitet oder mich. Ich streite nicht. Ich mach das harmonisch.“ Und gleichzeitig- das war aus meiner Sicht nichts, das abgelöst wurde. Das wurde parallel kommuniziert. Gleichzeitig gab es die Schiene nach Innen in Richtung SPÖ-Kernwählerschaft, wie sie es richtig formuliert haben: „Liebe Leute, Ich bin nicht Alfred Gusenbauer. Ich bin der Neue. Ich weiß, ihr seid alle wütend, weil der hat euch Suderanten, die nichts hakeln genannt und was weiß ich Alles, aber bitte schön: Gusenbauer gibt es nicht mehr. Ich bin der Neue. Ich mach das neu und außerdem revidiere ich ein paar*

²⁷⁷ Vgl. Transkript vom Interview mit Dr. Karl Ucakar vom 03.02.2011 in Wien

²⁷⁸ Vgl. Interview mit Thomas Hofer, erstellt am 28. Februar 2011 in Wien

seiner gebrochenen Wahlversprechen, wie zum Beispiel die Abschaffung der Studiengebühren. Ich setze das noch am 24. September 2008 um und ich versuche dieses Glaubwürdigkeitsproblem, dass die SPÖ damals dramatisch hatte, noch im Wahlkampf zu lösen. Ich sage so zu sagen: Jetzt mache ich das mit der 13. Familienbeihilfe, jetzt mache ich das mit der Mehrwertsteuer, jetzt mache ich das mit der Abschaffung der Studiengebühren. Das Alles, um die Glaubwürdigkeit wieder her zu stellen. Das waren die zwei Kommunikations - Stränge. Das war natürlich konfrontativ mit der ÖVP angelegt, aber in erster Linie mit Willi Molterer angelegt, weil der ja die Wahl vor den Zaun gebrochen hat. Dann wurde aber auch noch gesagt: Genug gestritten. Wir müssen wieder auf mehr Konsens achten.“

In dem Buch „Die Tricks der Politiker“ geht Thomas Hofer noch näher auf den Wahlkampf 2008 und die Strategie der SPÖ ein. Er formuliert diese Strategie und stellt sie graphisch als Dreieck dar. An der Spitze des Dreiecks steht der Inhalt „Stilwende“. Die beiden Weiteren Botschaften bezeichnete Hofer als „Rasch in der Krise helfen“ und „Der Mensch zuerst“.

Hofer meint dazu: „Alle drei Punkte stellen Kontrapunkte zur ÖVP; aber auch eine Abkehr von der SPÖ-Regierungslinie unter Alfred Gusenbauer dar. Der Streit in der rot-schwarzen Regierung sollte unter Faymann der Vergangenheit angehören. Der neue Mann an der SPÖ-Spitze beschrieb die nur eineinhalb Jahre während der Koalition Gusenbauer-Molterer glaubhaft als Betriebsunfall und sich selbst als jenen, der die guten Seiten der rot-schwarzen Kooperation wieder zum Vorschein bringen konnte. (...) Außerdem wetzte Faymann die Scharte aus, die Gusenbauer mit der Missachtung seiner eigenen Wahlversprechen hinterlassen hatte. Faymanns Mission war, die Glaubwürdigkeit der SPÖ wieder her zu stellen, in dem er einige Sozialgesetze noch vor der Wahl durchs Parlament brachte. Der letzte Punkt schließlich deckte eine Kernpositionierung der SPÖ ab: den Fokus auf sozialen Ausgleich. Hatten einige rote Wähler unter Gusenbauer den Eindruck bekommen, dem Kanzler ginge es vor allem um sich und den eigenen Job, so wollte Faymann diesen Eindruck korrigieren.“²⁷⁹

Die Strategie der SPÖ ging auf. Sie verlor zwar einerseits 6 Prozentpunkte gegenüber der vorhergegangenen Wahl, aber andererseits konnte sie vom

²⁷⁹ Vgl. Hofer, Thomas, Die Tricks der Politiker, Ueberreuter, 2010, Wien, S.

Wahlkampfauftakt bis zum Ende ungefähr 10 Prozentpunkte zulegen.²⁸⁰ Der Abstand zwischen der siegreichen SPÖ und der ÖVP erhöhte sich auf 3,3 Prozentpunkte. Aufgrund des großen Wahlerfolges des BZÖ und Jörg Haiders (10,7 Prozentpunkte und Platz 4, vor den Grünen), gab es keine schwarz-blaue Mehrheit. Die SPÖ konnte andererseits auch nicht mit den Grünen in Verhandlungen treten, da sich eine Koalition klarer denn je, nicht ausging.

Trotz des erneuten Wahlsieges der SPÖ, blieb der Partei Nichts anderes übrig, als erneut mit der ÖVP in Verhandlungen zu treten und in die Koalition zu gehen. Wilhelm Molterer trat zurück und an seine Stelle kam Josef Pröll, mit dem Faymann bereits als Regierungskoordinator zusammengearbeitet hatte.

Erneut gelang es der konservativen Volkspartei, symbolträchtige und wichtige Ministerien für sich zu beanspruchen. Josef Pröll wurde Vizekanzler und Finanzminister. Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner kam ebenso wie Außenminister Michael Spindelegger von der ÖVP. Das Gesundheitsministerium wanderte von der ÖVP zur SPÖ. Gesundheitsminister wurde der relativ unbekannte Alois Stöger. Das Justizministerium wurde seitens der SPÖ an eine überparteiliche Kandidatin der ÖVP abgegeben. Claudia Bandion-Ortner wurde Justizministerin. Maria Fekter blieb Innenministerin.

Die Enttäuschung der SPÖ-Basis hielt sich dennoch in Grenzen. Vermutlich hängt das auch mit den im Wahlkampf durchgesetzten Punkten, wie zum Beispiel der Abschaffung der Studiengebühren (in der Mindestzeit, zwei Toleranzsemester sind eingefügt, gilt nur für EU-BürgerInnen) zusammen, oder der Einführung der 13. Familienbeihilfe. Diese prestigeträchtigen Punkte führten zu einer weniger harten Auseinandersetzung der Basis und WählerInnen mit der Zusammenstellung der Bundesregierung Faymann, die erneut die wichtigsten Posten an konservative PolitikerInnen vergab.

Bevor es zu den Budget-Verhandlungen kam wurde öffentlich seitens der ÖVP, zunehmend aber auch seitens der SPÖ versucht, die österreichische Bevölkerung mit Agenda-Setting auf ihre Seite zu ziehen. Die ÖVP versuchte dies mit dem Bestehen auf ein „Transparenzkonto“. Dahinter kann der Versuch erkannt werden,

²⁸⁰ <http://wahl08.bmi.gv.at/>

den Fokus von den reicheren und reichen Menschen auf die Ärmern zu legen und Druck bei der Vergabe von Sozialleistungen aus zu üben. Die SPÖ ihrerseits und Werner Faymann setzten auf die „Gerechtigkeit“.

9.2 Reformen und Budget unter Faymann

Das Spar-Budget der Bundesregierung Faymann wurde häufig kritisiert. Ein Grund dafür war zum Beispiel der Umstand, dass es verspätet verhandelt und verkündet worden war. KritikerInnen meinen darin eine strategische Handlung zu erkennen, damit WählerInnen vor den damaligen Landtagswahlen in der Steiermark und in Wien nicht desillusioniert werden.

Inhaltlich ist das Budget, sogar gemäß diplomierter Volkswirten der Arbeiterkammer, wie beispielsweise Markus Netter, mehrheitlich positiv zu bewerten. Die ausgearbeiteten Unterlagen zeigen eine klare Sprache. 82% der neuen Erträge kommen aus den Kassen der Unternehmen und Selbstständigen. Anbei wird die ausgearbeitete Statistik eingefügt.

Konsolidierung 2011 Einnahmenseite*

Werte in Mio Euro	2011	ArbeitnehmerInne	Unternehmen
		n/PensionistInnen	/Selbstständige
Bankenabgabe	340	0	340
Besteuerung spekulativer	160	0	160
Derivatgeschäfte			
Streichung Kreditvertragsgebühr	-150-75		-75
MöSt-Erhöhung (4 c; Diesel 5 c)	417	135	135
Umsatzsteuerplus durch MöSt-Erhöhung	66	21	0
Tabaksteuer	100	90	10
Flugticketabgabe (8-40 €/Flug)	60	40	20
Vermögenszuwachssteuer	306		24
Stiftungen-	50	0	50
Zwischensteuererhöhung+Liegens.			
NoVA-Erhöhung (CO2-Zuschlag)	25	20	5
RCS für Reinigungsfirmen	17	0	17
kein Abzug FKapitalzinsen bei Bet. Im Konzern	0	0	0
keine Rückvergütung Energieabgabe	0	0	0

für DL-U.

Betrugsbekämpfungspaket	100	0	100
Ausgleich für Pendler	-30	-30	0
KFZ-Steuer auf LKW -30%	-20		-20
Mehreinnahmen gesamt	1165	207	766
in %	100	18	82

Konsolidierung 2014 Einnahmenseite

Werte in Mio Euro	2014	ArbeitnehmerInnen n/PensionistInnen	Unternehmen /Selbständige
Bankenabgabe	340	0	340
Besteuerung spekulativer Derivatgeschäfte	160	0	160
Streichung Kreditvertragsgebühr	-150-75		-75
MöSt-Erhöhung (4 c; Diesel 5 c)	470	157	157
Umsatzsteuerplus durch MöSt- Erhöhung	66	21	0
Tabaksteuer	150	135	15
Flugticketabgabe (8-40 €/Flug)	90	60	30
Vermögenszuwachssteuer	25013		238
Stiftungen- Zwischensteuererhöhung+Liegens.	100	0	100
NoVA-Erhöhung (CO2-Zuschlag)	55	44	11
RCS für Reinigungsfirmen	20	0	20
kein Abzug FKapitalzinsen bei Bet. Im Konzern	200	0	200
keine Rückvergütung Energieabgabe für DL-U.	100	0	100
Betrugsbekämpfungspaket	400	0	400
Ausgleich für Pendler	-30	-30	0
KFZ-Steuer auf LKW -30%	-20		-20
Mehreinnahmen gesamt	2201	324	1675
in %	100	15	85
Differenz 2011 zu 2014	1036	117	909

* Die Prozentzahlen ergeben nicht immer 100 Prozent. Das ist beabsichtigt und liegt daran, weil nicht alle budgetären Maßnahmen eindeutig den UnternehmerInnen bzw. den ArbeitnehmerInnen zuzuordnen sind.

Erklärung zur Statistik „Einnahmenseite“: Bei den Zahlen handelt es sich jeweils um Millionenbeiträge. Ein Plus der Einnahmenseite bedeutet eine Belastung der ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und Unternehmen. Ein Minus bedeutet eine Entlastung.

Gemäß der Schätzungen der Arbeiterkammer werden ab 2011 die ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen um 207 Millionen Euro mehr belastet. Die Unternehmen und Selbstständigen werden um 766 Millionen mehr belastet. Dabei berücksichtigt werden muss, dass diese Statistik unter der Annahme entworfen wurde, dass die umgesetzte Bankenabgabe nicht an die KundInnen weitergegeben wird. Markus Netter kommt demnach zu dem Schluss, dass 82% der zusätzlich geschaffenen Einnahmequellen des Staates Österreich, 2011 von den Unternehmen und Selbstständigen bezahlt werden.

Die finanziellen Belastungen der Unternehmen und Selbstständigen fällt 2014 noch intensiver zum Vorteil der ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen aus. 85% der Mehreinnahmen werden 2014 von Unternehmen und Selbstständigen getragen. Das bedeutet in Zahlen ausgedrückt: 2014 kommt es zu einer Belastung der ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen von 324 Millionen Euro, Unternehmen und Selbstständige werden 1675 Millionen Euro zahlen müssen. Hier muss erwähnt werden, dass manche Maßnahmen, da sie noch nicht eingeführt worden sind, bzw. noch nie eingeführt waren, und ihre budgetären Auswirkungen eingeschätzt werden müssen.

Ausgabenseitig wiederum kommt es überwiegend zu einer Belastung der ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen. Die folgende Statistik stellt die Kürzungen von Aufwänden in Tabellen dar, und ist ebenfalls von Markus Netter für die Arbeiterkammer erstellt worden.

Konsolidierung Ausgabenseite 2011*

Werte in Mio Euro	2011	ArbeitnehmerInnen/PensionistInnen
Pflege		
Minderbedarf Pflegegeld	-23	-20
Pflegepaket	3	3
Familienleistungen		
13. Familienbeihilfe Pauschalbetrag 100 €	-168	-143
Streichung Familienbeihilfe nach Berufsausbildung	-15	-13
Streichung Familienbeihilfe für arbeitssuchende Kinder	-12	-10
Familienbeihilfe nur bis zum 24. Lj.	-58	-49
Entfall einkommensabhängiger Mehrkindzuschlag in FB	-58	-49
Abschaffung Alleinverd.Absetzbetrag für Kinderlose	-67	-67
Abschaffung Selbstbehalt Schulbücher	10	7
Reduz. Kinderabsetzbetrag	-19	-14
Familien Gesamt	-387	-338
Pensionen		
Pensionserhöhung 2011	-62	-56
Aliquotierung der Sonderzahlungen	-64	-58
Invaliditätspensionspaket	-1	0
Gesamtpaket Pensionen (Schul/Studienzeiten)	-14	-12
Aussetzung der Pensionsanpassung	-19	-17
Ausgleichzulage, rechtmäßiger Aufenthalt	-6	-5
Stufenweise Absenkung der Hebesätze für die KV der Pensionisten	-50	0
Angleichung der Verzugszinsen an Privatwirtschaft	-24	0
Kostenbeitrag Rehab	-2	-2
Beitragssätze GSVG, BSVG	-75	0
Senkung FLAF-Anteil für Kindererziehungszeiten auf 72%	34	0
Konsolidierungsbeitrag Pensionen insgesamt	-283	-150
Arbeit	-120	-79

Bildung		
Offensivpaket Ganztagesesschule	80	80
Erwartete Minderausgaben beim Vorhaben "Lehre mit Matura"	-2	-2
Redimensionierung des Vorhabens "Nachholen von Bildungsabschlüssen"	-14	-14
Nichtinanspruchnahme beim Vorhaben "Tagesbetreuung neu"	-3	-3
Wissenschaft		
Keine Novelle zum StudienförderungsG	(-8)	(-8)
Offensivprogramm: Unis und Fachhochschulen	80	80
Kündigung SV für Studierende	-4	-4
Sonstiges		
Wirtschaftsförderung	-6	-6
Flughafensicherheit	15	15
Ausgabenseite Gesamt	-664	-585
in %	100	88

* Die Prozentzahlen ergeben nicht immer 100 Prozent. Das ist beabsichtigt und liegt daran, weil nicht alle budgetären Maßnahmen eindeutig den UnternehmerInnen bzw. den ArbeitnehmerInnen zuzuordnen sind.

Erklärung zur Statistik „Ausgabenseite“: Die ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen werden um 585 Millionen Euro weniger unterstützt. Auf der anderen Seite werden die Unternehmen und Selbstständigen um 212 Millionen weniger unterstützt. Das Offensivpaket Ganztagesesschule wurde in der Tabelle mit 80 Millionen Euro aus gesellschaftspolitischen Gründen den ArbeitnehmerInnen zugesprochen.

9.3 Resume über SPÖ-Parteiböcher-Entscheidungen von 1989 bis 2010

Dogmatik und Purismus sind in der politischen Praxis nicht umsetzbar. Selbst Bruno Kreisky hat mit absoluter Mehrheit sozialdemokratische Forderungen (Beispiel Gesamtschule) aufgrund fehlender 2/3 Mehrheit nicht umsetzen können. Analysen und Bewertungen gemäß sozialistischer, marxistischer und sozialdemokratischer Wertevorstellungen sind niemals in vollem Umfang als solche zu diagnostizieren, da die politische Praxis niemals hundertprozentig gemäß Wertevorstellungen ausbalanciert werden kann. Hinzu kommt das Sozialismus eine Alternative zu Kapitalismus ist, den die Sozialdemokratie ihrerseits wiederum mehrheitlich akzeptiert. Infolge dessen muss die Ablehnung des Kapitalismus seitens sozialistischer Wertevorstellungen bei der Analyse ausgeklammert werden.

Außerdem gibt es wirtschaftspolitische Parameter, die mit Fortdauer und Stärkung des europäischen Einigungsprozesses kontinuierlich aus nationalstaatlicher in die supranationale Hand der Europäischen Union gelegt werden. Dieser Umstand muss in Wirtschaftspolitik, bzw. Arbeitsmarktpolitik berücksichtigt werden und wird zu differenzierterer Beurteilung führen müssen. Bei Reform-Beurteilungen müssen die Auswirkungen in der politischen Praxis überwiegend berücksichtigt werden. Politische Überschriften wie Vermögenssteuer oder Erbschaftssteuer sind detailliert inhaltlich untersucht worden.

Die Bewertung der politischen Praxis von Klima ist schwierig zu bewerkstelligen. Wahrscheinlich wäre bei dem Kurzzeit-Kanzler und Kurzzeit- Parteiböcher ein „Nicht beurteilt“ die treffendste Beurteilung. Die Arbeit am Grundsatzprogramm von 1998 wurde unter Vranitzky begonnen und inhaltlich strukturiert. Klima hat sich bezüglich Wertevorstellungen und politischer Praxis selten geäußert. Die Bestellung von Schlögl zum Innenminister kann als schwerwiegender Fehler diagnostiziert werden, da der Politiker kaum Berührungängste zu FPÖ-Politik hatte. Alfred Gusenbauer hat viele Gedankenansätze bezüglich Wertevorstellungen und Politik-Strategien, diese aber hauptsächlich in elitären Kreisen und nicht auf breiter, interner, politischer Basis kommuniziert. Bei der Analyse wird ein dünner, roter Faden gemäß sozialdemokratischer Grundsätze in der politischen Praxis diagnostiziert werden.

Werner Faymann kann aufgrund seiner kurzen Kanzlerschaft hauptsächlich anhand des Budgets gemäß sozialistischer, marxistischer und sozialdemokratischer Wertevorstellungen beurteilt werden. Bei allen Bewertungen muss festgehalten und unterstrichen werden, dass positiv beurteilte Maßnahmen nie in vollem Ausmaß, sondern mehrheitlich zur Geltung kommen.

10.0 Entscheidet die SPÖ parteiintern gemäß der Parteistatuten demokratisch oder oligarchisch?

Die Frage nach SPÖ parteiinternen Entscheidungsmechanismen und inwiefern diese demokratisch oder oligarchisch sind, wird in dieser Diplomarbeit bestmöglich werteneutral beurteilt. Oligarchische und strukturell verengte Parteiorganisationen haben den Vorteil der Handlungsfähigkeit. Dem gegenüber stehen andererseits Vorteile der Demokratisierung und daraus resultierenden Entscheidungsfindung auf möglichst breiter Basis. Robert Michels hat in diesem Zusammenhang die Organisation der Arbeiter als Schöpferin neuer Kleinbürgerschichten²⁸¹ bezeichnet. „Die Arbeiterbewegung hat somit für die deutsche Arbeiterschaft eine ähnliche Bedeutung wie die katholische Kirche für gewisse Bestandteile des Kleinbürgertums und der Bauernschaft. Beide dienen den intelligentesten Schichten einzelner Klassen als Hebel zu sozialem Emporkommen. (...) Wie die Kirche dem Bauern und Kleinbürger, so bietet die Sozialdemokratie dem intelligenten Arbeiter eine verhältnismäßig leichte Bahn zum Aufstieg. (...) Der Klassenkampf hebt gewisse numerisch verschwindend kleine, aber qualitativ bedeutungsvolle Teile aus den Niederungen der proletarischen Klasse empor und vermittelt ihren Übergang zur Bourgeoisie.“²⁸² Die Interpretation lässt zwei differenzierte, soziologische Zugänge zu: 1. Qualitativer Aufstieg aus dem Proletariat in das Bürgertum wurde vom Klassenkampf ermöglicht und 2. Qualitativ bedeutungsvolle Teile des Proletariats erlangen oligarchischen Einfluss in der Partei und erleben individuell den Übergang zum Bürgertum. Insbesondere der zweite Zugang lässt sich in der politischen Praxis der SPÖ nicht verallgemeinern. Franz Vranitzky als Arbeiterkind mit dem Instrument der SPÖ zum wirtschaftlichen und Bildungsbürgertum aufgestiegen wäre einerseits ein Indiz für diesen Ansatz. Bruno Kreisky als bürgerlicher, wohlhabender Mensch an der Spitze der SPÖ könnte als Indiz dafür gesehen werden, dass oligarchische Partei-Entwicklungen anders verlaufen. Michels identifiziert die Zentralisierungstendenzen sozialdemokratischer Parteien als nachvollziehbare

²⁸¹ Vgl. Michels, Robert, Soziologie des Parteiwesens, Die Organisation der Arbeiter als Schöpferin neuer Kleinbürgerschichten, Stuttgart, 1989, Alfred Kröner Verlag, S.260 ff.

²⁸² Vgl. Michels, Robert, Soziologie des Parteiwesens, Die Organisation der Arbeiter als Schöpferin neuer Kleinbürgerschichten, Stuttgart, 1989, Alfred Kröner Verlag, S.260 ff.

Modifikation. So schreibt Michels: „Das Schlußglied der langen Kette von Erscheinungen, welche der politischen Partei, auch wenn sie sich mit dem Titel revolutionär schmückt, in ihrem inneren Wesen einen konservativen Grundzug verleihen, liegt in ihrem Verhältnis zum Staate begründet. Entstanden, um die zentralisierte Macht des Staates zu überwinden und von der Erwägung ausgehend, dass die Arbeiterklasse nur einer genügend großen und festen Organisation bedürfe, um über die Organisation des Staates Herr zu werden, hat die Partei der Arbeiter sich selber machtvoll zentralisiert und ihr stolzes Gebäude auf die gleichen staatlichen und stattlichen Grundpfähle aufgebaut: Autorität und Disziplin. So ward sie zu einer Regierungspartei, d.h. zu einer Partei, die, organisiert wie eine Regierung im Kleinen, der Hoffnung lebt, dereinst die Regierung im Großen zu übernehmen.“²⁸³ Michels deutet in seinen Schriften mehrere paradoxe Eigenschaften sozialdemokratischer Parteien an. Einerseits determiniert Michels die Entwicklung neuer, bürgerlicher Schichten durch sozialen Aufstieg von proletarischen Gruppen und andererseits die Tendenz zur Zentralisierung sozialdemokratischer Parteien zum Ziel der Ergreifung der Regierungs- und Handlungsmacht im Staate. Michels unterstreicht dabei aber: „Die Partei soll nur Mittel zum höheren Zweck sein. Wird die Selbstzweck mit eigenen, selbstständigen Zielen und Interessen, so trennt sie sich teleologisch von der Klasse, die sie vertritt, ab. Die Formel von der Notwendigkeit der Ablösung einer herrschenden Schicht durch eine andere und das von ihr abgeleitete Gesetz der Oligarchie als der vorbestimmten Form menschlichen Zusammenlebens in größeren Verbänden wirft die materialistische Geschichtsauffassung keineswegs über den Haufen, ersetzt sie nicht, sondern ergänzt sie nur.“²⁸⁴

An dieser Stelle wird das politische Feld laut Bourdieu als ein kleiner, relativ autonomer Mikrokosmos eingefügt. Bourdieu bezeichnet es als Universum mit eigenen Gesetzen, die sich von denen der gewöhnlichen, sozialen Welt unterscheiden²⁸⁵.

Wenn bei der Beantwortung der Fragestellung: „Entscheidet die SPÖ parteiintern

²⁸³ Vgl. Michels, Robert, Soziologie des Parteiwesens, Die konservative Basis der Organisation, Stuttgart, 1989, Alfred Kröner Verlag, S.345 ff.

²⁸⁴ Vgl. Michels, Robert, Soziologie des Parteiwesens, Demokratie und das Gesetz der Oligarchie, Stuttgart, 1989, Alfred Kröner Verlag, S.366 ff.

²⁸⁵ Vgl. Bourdieu, Pierre, Politik, Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Konstanz, 2010, S.97 ff.

gemäß den Parteistatuten demokratisch oder oligarchisch?“ im weiterer Folge ein Ausblick bezüglich der parteiinternen Handlungsmechanismen geboten werden soll, kann eine Thematik-Annäherung durch Bourdieus sozialen Raum implementiert werden. „Aber der symbolische Kampf, den sich die Gruppen sozialer Akteure ständig liefern, wird immer markierter über ein Korps von Repräsentationsfachleuten vermittelt über Kultur- und Ideologieproduzenten, Politiker, Gewerkschaftsvertreter, die als Wortführer der Gruppen, in deren Dienst sie ihre spezifische Kompetenz und ihre symbolische Macht stellen, innerhalb des Felds der symbolischen Produktion zusammenhängen.“²⁸⁶

Der ehemalige Sozialminister Erwin Buchinger bestätigte die Tendenz zur Oligarchie in der Partei, wenn er einerseits Aussagen von Josef Broukal abschwächt, andererseits aber selbst im Interview auf die Frage nach den SPÖ-EntscheidungsträgerInnen wie folgt beantwortet: *„Ich würde den Kreis der Personen (Anm.: gemeint sind EntscheidungsträgerInnen) etwas größer ziehen, aber es ist tatsächlich ein relativ kleiner Kreis der aus zwei, drei Landeshauptleuten, dem ÖGB und der AK-Spitze besteht.“*²⁸⁷

Der ehemalige NR-Abgeordnete Josef Broukal zieht in seinen Aussagen das Feld der EntscheidungsträgerInnen noch intensiver zusammen, wenn er im Interview einbringt: *„Ich war das nicht gewohnt, dass kleine Gruppen irgendwas entscheiden und der Rest hat das zu vollziehen. Und da gibt es aber auch keine Kontakte. Das wird höchstens mitgeteilt, aber es ist ja schon entschieden.“*²⁸⁸

Der ehemalige Bundeskanzler Alfred Gusenbauer zieht die Entscheidungsfindung letztendlich nur auf sich wenn er sagt: *„Posten? Posten muss man immer alleine entscheiden.“*²⁸⁹

Die Aussagen der ehemaligen SPÖ-Politiker unterstreichen eine etwaige, oligarchische Struktur in der Partei. Erwin Buchinger identifiziert im kleinen Kreis der

²⁸⁶ Vgl. Bourdieu, Pierre, Politik, Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Konstanz, 2010, S.116

²⁸⁷ Vgl. Transkript vom Interview mit Erwin Buchinger vom 12. Jänner 2011 in Wien

²⁸⁸ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Josef Broukal, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.126 ff.

²⁸⁹ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Alfred Gusenbauer vom 21. Februar 2011, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.170 ff.

EntscheidungsträgerInnen zwei, drei Landeshauptleute, sowie die ÖGB- und AK-Spitze.

11.0 Rückschlüsse auf die Fragestellungen

Im Anschluss werden die drei Fragestellungen analysiert und beantwortet. Da es unmöglich ist, Handlungsmechanismen und Wertevorstellungen aus Sekundärliteratur ohne etwaigen Informationsverlust hundertprozentig der politischen Praxis und Wertevorstellungen gegenüber zu stellen, können die Antworten nie auf ein einfaches Ja oder Nein reduziert werden. Damit die Ergebnisse möglichst komprimiert präsentiert werden können wird es zu einer Vereinfachung der Resultats-Darstellung kommen. Verschiedene Gebiete der politischen Praxis werden durch Ja und Nein Kategorien beurteilt. Dabei gilt es festzuhalten, dass die Kategorie Ja ein mehrheitliches Ja implementiert und kein ausschließliches Ja. Selbiges gilt auch für die Kategorie Nein. Warum kann es in der Bewertung der politischen Praxis nicht zu einer definitiven, hundertprozentigen Aussage kommen? Zum Einen kann eine politische Reform niemals ausschließlich und auf Dauer das gewünschte Ergebnis erzielen, da sich soziale, wirtschaftspolitische und rechtliche Umstände kontinuierlich im Wandel befinden. Zum Anderen befindet sich die SPÖ im Beobachtungs- und Beurteilungszeitraum von 1989 bis 2010 kontinuierlich in einer Koalition mit der konservativen ÖVP, muss Kompromisse schließen und kooperativ zusammenarbeiten.

11.1 Deckungsgleichheit subjektiver Politik-Zugänge mit Wertevorstellungen aus Sekundärliteratur

Jeder Politiker und jede Politikerin haben unterschiedliche Prioritäten in ihren subjektiven Wertevorstellungen. Die Überschriften „Freiheit, Gleichheit und Solidarität“ sind bei allen Wertevorstellungen der befragten SPÖ-PolitikerInnen genannt worden. Überwiegend gibt es in der Definition der Freiheit kaum unterschiedliche Wertevorstellungen. Denkfreiheit wird von den meisten Befragten vorausgesetzt und nicht explizit erwähnt. Einziger Gemeinderatsabgeordneter Peko Baxant hebt Denkfreiheit hervor. Große Unterschiede gibt es in der näheren Erklärung des Begriffes „Gleichheit“. Während Barbara Blaha oder auch die

Politikerin Petra Bayr eine Gleichheit in der Chancenergreifung fordern, begnügt sich der ehemalige Sozialminister Erwin Buchinger mit der Chancengleichheit und der Industrielle Hannes Androsch definiert „Ergebnisgleichheit“ als Schlaraffenland.

Franz Vranitzky betont, dass „Gleichmacherei“ auf Dauer nicht haltbar sei. Damit meint der ehemalige Bundeskanzler, dass dieser Punkt auf Dauer nicht finanzierbar und aufgrund wirtschaftlicher Dynamiken nicht haltbar ist. *„Da geht es mir nicht um die Gleichmacherei, die ja auf die Dauer nicht funktioniert, sondern darum, dass die staatlichen Vorkehrungen immer wieder diesen Ausgleich betonen und in der Steuerpolitik, in der Sozialpolitik und in der Bildungspolitik absichern müssen.“*

Vranitzky hält dauerhafte Gleichheit in der Chancenergreifung für nicht umsetzbar, strebt in seinen Wertevorstellungen aber den Ausgleich und soziale Absicherung, die bestmögliche Annäherung an Gleichheit an. Der Begriff „Gleichheit“ ist in der Sozialdemokratie intensiv umstritten und geht von idealistischen Ansätzen wie von Barbara Blaha, Petra Bayr, über eine sozialdemokratisch-pragmatische Wertevorstellung in politischer Praxis von Franz Vranitzky bis zu einer zynischen Ablehnung der „Gleichheit“ seitens Hannes Androsch, der mit seiner Aussage: *„Weil die Verteilung wo Alle Nichts haben, als logische Konsequenz die gerechteste, ist ja nicht unbedingt das, was man will. Logisch zu Ende gedacht kommt man dort hin und auf der anderen Seite kann es kein Schlaraffenland geben und wenn es es geben könnte, dann weiß ich nicht, ob die Menschen glücklich wären. In Wahrheit wollte man das Schlaraffenland nicht selber erleben“* indirekt behauptet, dass die Menschen beim Erreichen der Wertevorstellung „Gleichheit“ unglücklich wären.

Die Wertevorstellung unter dem Begriff „Solidarität“ ist überwiegend zwischen den Befragten deckungsgleich, wenngleich Barbara Blaha bereits Wertevorstellungen wie „Nächstenliebe“, ohne sie explizit auszusprechen, einfügt. Bei begriffsgeschichtlichen Vergleichen ist festzuhalten, dass mit Ausnahme von Hannes Androsch alle Befragten zumindest einzelne Punkte der Überbegriffe angesprochen haben. Die Meisten haben die Sprache der sozialdemokratischen Programmatik angenommen. Große Ausnahmen bilden dabei einerseits der Gemeinderatsabgeordnete Peko Baxant, der individuelle Punkte anspricht und Franz Vranitzky, der in langen Schachtelsätzen viel Philosophie und Literatur außerhalb politischer Programmatik in seinen persönlichen Wertevorstellungen impliziert.

Die Frage nach der Deckungsgleichheit der individuellen Wertevorstellungen mit sozialistischen, marxistischen und sozialdemokratischen Wertkonzepten auf der Grundlage von Sekundärliteratur ist mit Ja zu beantworten. In ökonomischen Aussagen sind mehrheitlich die Kapitalismus-Akzeptanz und damit verbundene, sozialdemokratische Wertevorstellungen identifizierbar.

11.2 Beurteilung der Entscheidungsfindungen der SPÖ-Parteiobermänner von 1989 bis 2010 nach sozialdemokratischen Wertevorstellungen

Da die Bundeskanzlerschaft von Franz Vranitzky beinahe ein Drittel des Beobachtungszeitraumes dieser Diplomarbeit ausmacht, wird die Beurteilung differenzierter und ausführlicher ausfallen.

11.2.1 Franz Vranitzky

Affäre Waldheim

Franz Vranitzky gab auf die Waldheimaffäre und auf den österreichischen Rechtsruck eine antifaschistische und sozialdemokratische Antwort. Einziger Kritikpunkt: Die Antwort kam womöglich zu spät. Im Kampf gegen Faschismus hat Vranitzky inhaltlich sozialdemokratische Antworten gegeben.

Arbeiterzeitung

Eine Zeitung zu besitzen ist kein sozialdemokratischer oder sozialistischer Wert. Insofern sich die Sozialdemokratie als Bildungsbewegung sieht, wie das Claudia Schmied bereits bekräftigt hat, hätte die AZ immer einen pluralistischen, differenzierten, sozialistischen und sozialdemokratischen Diskurs wählen müssen und keine Parteilinie als Blattlinie.

Eventuell könnte der Zeitungs-Besitz als sozialdemokratische Politik-Strategie verstanden werden, die mit dem AZ-Ende ersatzlos gestrichen wird.

Franz Vranitzky trifft am Ende der Arbeiterzeitung keine aktive Schuld. Die AZ hätte ökonomisch und redaktionell früher reagieren müssen.

Womöglich unterschätzt hat Vranitzky die Symbolik im AZ-Ende und des Bildungs- und Meinungsbildungsinstrumentes, obgleich es auch ein kaputtes war.

Umgekehrt kann auch argumentiert werden: Womöglich überschätzen viele PolitikwissenschaftlerInnen die Wirkung der Einstellung der Arbeiterzeitung.

Insofern sich Sozialdemokratie als Bildungsbewegung empfindet, wurde die AZ gut und gern mindestens 30 Jahre vor ihrer Einstellung den eigenen Kriterien in keiner Form explizit gerecht.

Die Menschen, die in der Arbeiterzeitung ein krankes Bollwerk gegen die Reaktion, gegen Massenmedien mit anti-sozialdemokratischem und rassistischem Inhalt gesehen haben- eine Art Machtinstrument der SPÖ- die hätten sich vermutlich mehr Widerstand gegen die Einstellung der AZ gewünscht.

Vranitzky handelte nicht sentimental sondern rational und passiv pragmatisch. Aus wirtschaftlicher und machtpolitischer Sicht, unabhängig ob die Reichweite Anfang der 90er Jahre beurteilt wird oder die finanzielle Lage, war die Einstellung der Arbeiterzeitung vernünftig. Deckungsgleichheit mit sozialistischen, marxistischen oder sozialdemokratischen Wertevorstellungen kann aufgrund fehlender, wertorientierter Inhalte der Arbeiterzeitung nicht evaluiert werden.

Konsum

Beim Konsum gilt Ähnliches wie bei der Arbeiterzeitung. Vranitzky, ebenso wie der Partei trifft keine Schuld. Einzelne Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen aus der Gewerkschaft, ebenso wie fehlende Innovationskraft dürften entscheidende Parameter für das Ende des Konsums gewesen sein.

Aus machtpolitischer Sicht, der Symbolik und auch als wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument (Beschäftigungspolitik) ist der Verlust des Konsums „gefühlte“ ein erheblich größerer Verlust als der im Insolvenzverfahren ablesbare. Wie für die

Arbeiterzeitung gilt auch für den Konsum: Der Besitz eines Supermarktes ist kein sozialistischer (Anm.: nur insofern er im Besitz des Staates ist) und kein sozialdemokratischer Wert. Hinzu kommt noch, dass der Konsum zwar offiziell der Partei SPÖ immer zugeschrieben wurde, aber in Wirklichkeit, realpolitisch niemandem gehörte.²⁹⁰ Mit dem Verlust des Supermarktes geht ein Kontrollinstrument, ein Eingriffsinstrument einzelner, österreichischer SozialdemokratInnen gegenüber der Privatwirtschaft ersatzlos verloren.

KritikerInnen werfen Vranitzky Passivität und fehlendes Konfrontationsvermögen vor. Vranitzky hatte in der politischen Praxis keinen gesetzlichen Einfluss. Andererseits hatte Vranitzky auch in der Waldheimaffäre und dem österreichischen Rechtsruck nicht „mehr“ Einfluss, als sein politisches Gewicht mit bestem Wissen und Gewissen einzusetzen. So gesehen ist die Kritik an der passiven Bearbeitung des Problems nachvollziehbar.

Bei der Frage nach sozialdemokratischen Eckpfeilern im politischen Handeln von Vranitzky bei der Konsum-Insolvenz ist es unmöglich zu antworten: Vranitzky hatte keine Eingriffsmöglichkeiten, keinen juristisch definierten Einfluss und war dementsprechend keine aktive, handelnde Person sondern Zuseher. Der Fall Konsum musste also in dieser Diplomarbeit aufgrund der Thematik erwähnt und analysiert werden, aus ideologischer Sicht, um Werte und politische Praxis zu überprüfen, ist es ungeeignet.

EU-Beitritt

Vranitzky stellt die europäische Integration, das europäische „Friedensprojekt“ und die Aussicht auf mehr Wirtschaftswachstum über die Beibehaltung des national-staatlichen Handlungsspielraums. Das bedeutet auf der einen Seite handelt er klar gegen sozialdemokratische Grundwerte, da er die Instrumente, die der Staat zur Schaffung und Beibehaltung eines nachhaltigen Wohlstandes der Allgemeinheit aus der eigenen in die Hand der Europäischen Union legt. Auf der anderen Seite handelt Vranitzky nach sozialdemokratischen Grundwerten, in dem er internationale

²⁹⁰ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

Integration, Frieden und nach „Möglichkeiten zur Wohlstands- Sicherung durch nachhaltigen Wirtschaftswachstum“ sucht.

Der Umstand, dass die Bevölkerung befragt wurde ist korrekt- nicht nur aus sozialdemokratischer Sicht. Der EU-Beitritt machte verfassungsrechtlich eine Volksabstimmung notwendig, weil Österreich durch den Beitritt zur EU in vielen Bereichen seine Entscheidungsbefugnisse auf die Organe der EU übertrug.²⁹¹ Das Anstreben des EU-Beitrittes aus gesellschaftspolitischer Sicht ist im Kern ein sozialdemokratischer Gedanke, fast könne man sogar sozialistisch meinen- im Sinne einer „internationalen Solidarität“. Das Anstreben des EU-Beitrittes aus wirtschaftspolitischer Sicht ist zum damaligen bis heutigen Zeitpunkt nur dann mit der Sozialdemokratie vereinbar, insofern der Wirtschaftswachstum und sozialpolitische Mindeststandards Wohlstand für die breite Mehrheit der Bevölkerung gewährleisten. Insofern dies nicht der Fall ist, kann sie als eine Selbstentmachtung der Sozialdemokratie angesehen werden. Auch Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger stellen im Buch „Österreichische Politik“ fest: „Der Austrokeynesianismus, ein Instrumentenmix der Wirtschafts- und Sozialpolitik, gehört seit den internationalen Wirtschaftskrisen und den Privatisierungen der Verstaatlichten Betriebe der Vergangenheit an. Seit dem EU-Beitritt (1.Jänner 1995) verzichtet die österreichische Politik weitgehend auf regulatorische, interventionistische Eingriffe.“²⁹²

Aus heutiger Sicht ist der EU-Beitritt nicht mit sozialistischen, marxistischen oder sozialdemokratischen Wertevorstellungen vereinbar. Sogar die Argumentation der EU als friedensstiftendes Projekt kann durch die Bildung von „Battle-groups“ und dem hauptsächlich ignorierten Zypern-Konflikt mit der Türkei angezweifelt werden. Aus damaliger Sicht waren viele Entwicklungen nicht verifizierbar. Trotzdem ist der Beitritt zu einer überwiegend nicht demokratisch legitimierten Union mehrheitlich nicht mit Wertevorstellungen der SPÖ vereinbar. Verschiedene Artikel haben diese EU-Kritikpunkte und die Unvereinbarkeit mit sozialdemokratischer Politik bereits Ende der 80er Jahre thematisiert. In „Die Zukunft“ wird 1989 ein interessanter EU-

²⁹¹ Neisser, Heinrich, Loibelsberger, Gerhard, Strobl, Helmut, Unsere Republik auf einen Blick, Das Nachschlagewerk über Österreich, Ueberreuter, 2005, S.37

²⁹² Pelinka, Anton, Rosenberger, Sieglinde, Österreichische Politik, Grundlagen, Strukturen, Trends, Facultas, Wien, 2007, S.50

Artikel veröffentlicht. Unter der Schlagzeile „EG: Abbau sozialpolitischer Errungenschaften?“ wird EU-Kritik komprimiert dargestellt. So ist zu lesen: „Die Chance über den Europäischen Gewerkschaftsbund EGB Sozialpolitik zu gestalten ist sehr gering, da die Einflussnahme des EGB auf die Politik der EG und ihren Organen beschränkt ist.²⁹³ Ein EG-Beitritt Österreichs würde zweifelsohne zu einem Ansteigen der Arbeitslosenrate führen.“ Zusätzlich wird die EG-Tendenz zur Privatisierung der Sozialversicherung erkannt. Bezüglich Wettbewerbsfähigkeit, Produkt- und Sicherheitsstandards wird erklärt: „Das heißt, der hohe österreichische Sicherheitsstandard kann- weil „wettbewerbshemmend“ weitgehend unterlaufen werden.“

Sparpaket 1996

„Politisch bewusst war ich mit 1996. Zeit des Sparpakets unter Vranitzky. Keine sozialdemokratische Politik wie ich sie mir vorstelle.“²⁹⁴ erklärte Barbara Blaha, die ehemalige ÖH-Vorsitzende.

Womit Barbara Blaha in jedem Fall recht hat: Die Kürzungen von Sozialleistungen sind keine sozialdemokratische Politik. Andererseits: Insofern die sozialen Kürzungen der Vranitzky-Ära mit denen der schwarz-blauen Bundesregierung unter Wolfgang Schüssel verglichen werden ist eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift fest zu stellen. In jedem Fall ist es ein sozial ertragbares Paket- doch erstmals ist es keine progressive Wirtschaftspolitik, keine fortschrittliche, kein Ausbau der Sozialleistungen- Vranitzky baut als Sozialdemokrat Sozialleistungen ab. Dabei berücksichtigt werden muss die Tatsache, dass die goldenen Jahre nach dem Wiederaufbau, spätestens Anfang der 80er Jahre bereits zu Ende gingen. Mehrmals hat Vranitzky gemeint, dass ein dermaßen aufwendiger Sozialsaat mit einem

²⁹³ Vgl. Bernthaler, Franz, Gerstbauer, Gerald, Wonka, Richard, EG: Abbau sozialpolitischer Errungenschaften, aus: Die Zukunft, Nr. 4, 1989, S. 30ff.

²⁹⁴ Vgl. Transkript vom Interview mit Barbara Blaha, vom 15. November 2010, im Anhang

Wirtschaftswachstum von unter 5 Prozent pro Jahr auf Dauer nicht haltbar ist, und er sogar bezweifelt, dass er es bei 5 Prozent wäre.

Vranitzkys Sozialpolitik, seine Kürzungen im Sozialsystem sind aus damaliger Sicht keine sozialdemokratische Politik. Aus aktueller Sicht ist jedoch die soziale Milde im Vergleich zu konservativ geführten Sparpaketen, die sozialdemokratische Handschrift erkennbar. Vranitzky kürzt überwiegend qualitativ.

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss die Beurteilung sozialdemokratischer Politik daran gemessen werden, wie hart bzw. wie intensiv Sozialkürzungen durchgeführt werden.

Das Sparpaket ist nicht sozialdemokratisch. Das Sparpaket ist allerdings nicht vollständig als konservativ zu verstehen. Das Sparpaket von Vranitzky kann als großkoalitionär bezeichnet werden.

Auch Treichl erinnert sich an einen Vranitzky, der sehr „vernünftig“ arbeitete. „Wenn ein intelligenter Mensch einen Kredit beurteilt, wird die Entscheidung eines Sozialisten kaum anders aussehen als die eines Bürgerlichen.“²⁹⁵

Die Arbeiterkammer beurteilt das Vranitzky-Sparpaket Mitte der 90er Jahre wie folgt: „AK und ÖGB sind immer dafür eingetreten, dass Sparmaßnahmen nicht nur bei den Arbeitnehmern und nicht bei den einkommensschwächsten Gruppen ansetzen dürfen. Sie forderten auch mehrmals eine gerechte Lastenverteilung. Das bedeutet, dass alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Budgetkonsolidierung beitragen müssen. Das vorliegende Konsolidierungsprogramm von SPÖ und ÖVP berücksichtigt diese Forderungen. Wer mehr verdient oder mehr besitzt, muss mehr zur Budgetkonsolidierung beitragen (...) Vorgesehen ist, dass das untere Einkommensdrittel weniger belastet wird und das mittlere bis obere Einkommensdrittel anwachsend stärker belastet werden. Die soziale Ausgewogenheit zieht sich nicht durch das gesamte Paket. Ausnahmen bestehen etwa bei der Energiesteuer, die zum überwiegenden Teil von den Haushalten getragen wird- und dort je nach Größe der Familie zu einer monatlichen Belastung von 45 bis 220 Schilling führt-, während stark belasteten Industrien Erleichterungen zugestanden werden. Soziale Ausgewogenheit fehlt auch zwischen den

²⁹⁵Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien, S.181

Geschlechtern. Frauen sind in einigen Bereichen (Karenzurlaub, Pensionen) vom Sparpaket stärker betroffen als Männer.“²⁹⁶

Das Sparpaket kann mehrheitlich mit sozialistischen, marxistischen und sozialdemokratischen Wertevorstellungen in Einklang gebracht werden, wenngleich dieser Punkt bei Vranitzky am differenziertesten zu beurteilen war.

SPÖ-Politik von Vranitzky		Vereinbar mit Wertevorstellungen?
Affäre Waldheim	Gesellschaftspolitik, Antifaschistische Politik	Ja
Ende von AZ und Konsum	Wirtschaftspolitik	Nicht beurteilbar*
EU-Beitritt	Gesellschaftspolitik, Wirtschaftspolitik	Nein
Sparpaket 1996	Gesellschaftspolitik, Wirtschaftspolitik	Ja**

*Vranitzky hatte in der politischen Praxis keinen Einfluss auf die Arbeiterzeitung und den Konsum. Er hat sich bei diesen Themen passiv und neutral verhalten.

**Der befristete Aufnahmestopp im Öffentlichen Dienst ist gegenüber Kündigungen die sozial verträglichere Einsparung. Die strengere Definition des Berufsschutzes ist die sozial verträglichere Einsparung gegenüber Pensionskürzungen.

Zwei Ja- und eine Nein-Beurteilung, sowie eine nicht verifizierbare Entscheidung führt zu einem überwiegenden Ja auf die Frage, inwieweit politische Praxis von Vranitzky mit ausgearbeiteten Wertevorstellungen vereinbar ist.

²⁹⁶ Vgl. Roßmann, Bruno, Hart, notwendig, ausgewogen, Sparpaket 2, aus: Arbeit/Wirtschaft, Nr. 4, 1996, S.14

11.2.2 Viktor Klima

Allein aufgrund dessen, dass Schlögl keine Koalition mit der FPÖ ausgeschlossen hat- vor Allem unter der Berücksichtigung, wie sich der Politiker beim Fall Omofuma verhielt, lässt eine Beurteilung zu: Karl Schlögl kann zumindest verdächtigt werden, kein Antifaschist zu sein.

Viktor Klima und seine Spin-Doktoren versuchten außerdem vom Wahlsieg des internationalen Polit-Stars Tony Blair zu profitieren. Ob Klima ähnlich neoliberal durchflutet wie Blair war kann bei diesem Zusammenhang nicht festgestellt werden- die Nähe zu dem Premierminister kann auch als oberflächlicher Versuch gesehen werden, sich an dem Ruhm laben zu können.

Thomas Hofer ist ebenfalls eher der zweiten Meinung, wenn er sagt: *„Ich erinnere mich da an ein Bild im EU-Wahlkampf 1999 mit Klima im Nadelstreif, Blair und Schröder- und das war er halt nicht. Da hat man kommunikative Impulse gesetzt, die in die falsche Richtung gegangen sind.“*²⁹⁷

Wohl ein Indiz für Klima und ein offensichtlich falsch verstandener Wert der Solidarität betrifft seine Aussage, dass „gelebte Solidarität“ eben auch bedeute, Arbeitszeitverkürzungen ohne vollen Lohnausgleich (genauer gesagt: mit zumindest relativen Lohnkürzungen) in Kauf zu nehmen.

Die Bestellung von Karl Schlögl zum Innenminister ist mehr als unglücklich zu bezeichnen. Die Wertigkeiten und Aussagen von Schlögl in der Öffentlichkeit deuten an, dass dieser sich maximal den Schablonen der Sozialdemokratie bedient, sie aber nie verstanden hat. Da Schlögl in vielen Punkten nicht mit den sozialdemokratischen Grundwerten vereinbar ist, ist auch seine Bestellung zum Innenminister nicht kompatibel.

Die Aussagen von Viktor Klima bezüglich Solidarität deutet an, dass in diesem Fall ein davor nicht da gewesener Perspektivenwechsel in diesen Begriff einbezogen wird: Nämlich die Perspektive der Reichen. Denn was beinhaltet die Erklärung von Klima bezüglich „gelebter Solidarität“? Es beinhaltet die Solidarität der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber. Zumindest diese Aussage beinhaltet keine sozialdemokratischen Grundwerte. Sozialdemokratie akzeptiert zwar Kapitalismus,

²⁹⁷ Vgl. Interview mit Thomas Hofer, erstellt am 28. Februar 2011 in Wien

jedoch beinhaltet diese „gelebte Solidarität“ eine vollkommen missverstandene Interpretation der „Gleichheit“. „Gleichheit“ im Sinne einer positiven und negativen Freiheit, bedeutet nicht „Gleichheit“ der Starken und Schwachen in der negativen Freiheit. Genau in diesem Punkt sollte die gerechte Ungleichheit gemäß Thomas Meyer Maßstab für sozialdemokratische Politik sein.

Politik Viktor Klima		Vereinbar mit Wertevorstellungen?
Bestellung Karl Schlögl zum Innenminister	Gesellschaftspolitik, Sicherheitspolitik	Nein
Solidaritäts-Definition	Gesellschaftspolitik, Wirtschaftspolitik	Nein
Neoliberalismus	Gesellschaftspolitik, Wirtschaftspolitik	Nicht beurteilbar*

*Klima hat keine wesentlichen, wirtschaftspolitischen Entscheidungen in die politische Praxis impliziert. Daher ist die Neoliberalismus-Frage nicht ausreichend beurteilbar.

Generell ist zu erwähnen, dass Viktor Klima sehr kurz die politische Verantwortung als Bundeskanzler getragen hat und dementsprechend schwer beurteilbar ist. Aufgrund der gewählten Themen zur Beurteilung gilt die Frage nach der Vereinbarkeit mit sozialistischen, marxistischen und sozialdemokratischen Wertevorstellungen zu verneinen. Vermutlich wäre ein „Nicht beurteilt“ der politischen Praxis von Viktor Klima passender.

11.2.3 Alfred Gusenbauer

Die politische Praxis unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer zeigt eine sozialdemokratische Handschrift und ist mehrheitlich mit den Werten der Sozialdemokratie vereinbar. Die Technik- und Kommunikationsinstrumente wurden bis zum Zeitpunkt der Wahl 2006 gut eingesetzt und haben zum Erfolg beigetragen. Nach der Einigung zu einer großen Koalition mit der ÖVP hat die SPÖ in diesem Zeitraum mehrheitlich nach sozialdemokratischen Werten gehandelt. Die Gründe des Scheiterns sind nicht im politischen Feld zu finden. Vielmehr liegt ein Grund kommunikationstechnisch sicherlich darin, dass Gusenbauer vor seiner überraschenden Wahl fleißig, entgegen seinen privaten Wertigkeiten, emotional wahlkämpfte, nach seiner Wahl verweigerte er diese Arbeit kontinuierlich intensiver bis es sogar so weit kam, dass er durch Beleidigungen, parteinahe Personengruppen gegen sich aufbrachte. Es gilt zu vermuten, dass Alfred Gusenbauer in einer Koalition mit den Grünen viele real-politische Punkte intensiver im Interesse der SPÖ hätte umsetzen können. Aus diesem Grund hat Gusenbauer vermutlich die Minderheitsregierung mit den Grünen gesucht, die seitens des Bundespräsidenten Heinz Fischer keinen Anklang fand und aktiv verhindert wurde.

An dieser Stelle bekräftigt der langjährige Freund von Alfred Gusenbauer, Karl Ucakar: *„Wer wirklich so zu sagen das Ganze vermurkst hat, war Heinz Fischer. Heinz Fischer hat eine Minderheitsregierung mit Unterstützung der Grünen nicht zugelassen. Das hat Alfred Gusenbauer unbedingt wollen. Innerhalb der Partei waren Viele der Meinung, dass man das nicht riskieren kann. Gusenbauer hat aber gesagt: „Selbst ein Mandat Mehrheit und wir machen sofort mit den Grünen die Koalition!“ Da hat es damals sogar einen Deal gegeben mit Van der Bellen und irgendwann einmal hat Van der Bellen dann gesagt bei Verhandlungen, dass er eine Minderheitsregierung der SPÖ sofort zu Fall bringen würde. Und da hat Gusenbauer zu mir damals gesagt: „Das schau ich mir an. Das macht er mit Sicherheit nicht. Wir machen trotzdem eine Minderheitsregierung.“ Da hat Heinz Fischer das damals verhindert.“*²⁹⁸

Die Verhinderung der Koalitions-Variante mit den Grünen seitens Heinz Fischer war

²⁹⁸ Vgl. Transkript vom Interview mit Dr. Karl Ucakar vom 03.02.2011 in Wien

gleichbedeutend mit einer real-politischen Auslieferung an die konservative ÖVP, da die FPÖ als Koalitionspartner seitens der SPÖ niemals in Frage gekommen wäre.

Außerdem muss gesagt werden, das zwischenmenschliche Schwächen Alfred Gusenbauers in einer Koalition mit den Grünen womöglich weniger intensiv zu tragen gekommen wären, da er mehr Handlungsspielraum im gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Bereich gehabt hätte. Es kann vermutet werden, dass die Auseinandersetzungen mit der ÖVP gleichzeitig mehr emotionale Überzeugungsarbeit seinerseits bedurft hätte, als er bereit war zu investieren, um Kompromisse parteiintern dauerhaft mehrheitsfähig absichern zu können.

Zusätzlich gilt es zu erwähnen, das Gusenbauers meritokratischer Ansatz und die Abneigung gegenüber Menschen, die weniger intellektuell partizipieren können, gegen den sozialdemokratischen Grundwert der Egalität verstößt. Die Sozialdemokratie als Ideologie fühlt sich in gleichem Ausmaß den materiell armen genauso wie den geistig ärmeren und armen Menschen verpflichtet.

Trotzdem die Studiengebühren nicht abgeschafft wurden und Gusenbauer diese Variante in Wahrheit nie bevorzugt hat, kam es zu Verbesserungen im Studienbereich. So erklärt Karl Ucakar: *„Das mit den Studiengebühren ist ja sowieso bei ihm eine sehr heikle Angelegenheit, weil er ist ja immer sehr für Studiengebühren gewesen. Er hat gewusst, er muss so zu sagen die Studierenden befriedigen und muss sagen, dass es mit ihm als Bundeskanzler keine Studiengebühren gibt und das hätte er nicht sagen sollen.“*²⁹⁹

Auf der anderen Seite können SozialdemokratInnen, die politisch dem linken Spektrum zuzuordnen sind, auf gewisse Art und Weise dem ehemaligen Bundeskanzler Gusenbauer auch dankbar sein. Warum? „2006 war das einzig heftige Streitthema zwischen Gusenbauers Team und Greenberg (ein berühmter Spin-Doktor, der hinter den Kampagnen von Gusenbauer stand) kulturell geprägt.“³⁰⁰ Greenberg hatte wie 2002 in seinen Strategie-Memos mehrmals auf eine Verschärfung des Ausländerkurses der SPÖ gedrängt. Die Partei hätte seiner Ansicht nach die in dieser Hinsicht „magere“ Bilanz (viele Einbürgerungen, steigende

²⁹⁹ Vgl. Transkript vom Interview mit Dr. Karl Ucakar vom 03.02.2011 in Wien

³⁰⁰ Hofer, Thomas, Toth, Barbara, Wahl 2006, Kanzler, Kampagnen, Kapriolen, LIT Verlag, 2007, S.9

importierte Kriminalität etc.) der konservativen Regierung thematisieren sollen. Der US-Strategie schielte auf jene Wähler, die die SPÖ in vorangegangenen Wahlgängen an die FPÖ und 2002 über diesen Umweg an die ÖVP verloren hatte. Gusenbauer war anderer Meinung. Mehrmals verweigerten er und seine Wahlkampfleitung eine Umsetzung der Empfehlung.“

Politik von Alfred Gusenbauer		Vereinbar mit Wertevorstellungen?
Kostenfreie Bundesmuseen 1Mal pro Monat	Gesellschaftspolitik	Ja
Versicherungsschutz für freie DienstnehmerInnen	Wirtschaftspolitik, Gesellschaftspolitik	Ja
Auslaufen der Erbschafts- und Schenkungssteuer	Wirtschaftspolitik	Nein
Erhöhung der Studienbeihilfen	Gesellschaftspolitik	Ja*
Einführung von Pflegestufen, finanzierbare Pflegeleistungen	Sozialpolitik	Ja
Einführung einer Kündigungsmöglichkeit für Lehrlinge	Wirtschaftspolitik	Nein
Ausbildungsgarantie	Sozialpolitik	Nicht beurteilbar**
Euro-Fighter	Wirtschaftspolitik	Nicht beurteilbar***
Ablehnung von mehr ausländerkritischen Tönen	Gesellschaftspolitik	Ja

*Die Erhöhung der Studienbeihilfen ist mit sozialistischen, marxistischen und sozialdemokratischen Wertevorstellungen vereinbar. Da ursprünglich die Abschaffung der Studiengebühren gefordert worden ist, ist das Ergebnis nicht zufriedenstellend gewesen. Das Gusenbauer privat Studiengebühren bevorzugt ist nicht mit den deklarierten Wertevorstellungen vereinbar. Es gilt die Vermutung, dass zu wenig Nachdruck bei diesem Thema durchgeführt worden ist.

** Die Ausbildungsgarantie impliziert staatlich aufgebaute Lehrwerkstätten und ist nicht unmittelbar im gewöhnlichen Arbeitsmarkt verankert. Daher ist die Ausbildungsgarantie sozialpolitisch sinnvoll, aber nicht für eine positive oder negative Beurteilung ausreichend.

*** Der Euro-Fighter-Kauf ist bereits vor der Bundesregierung Gusenbauer beschlossen worden. Alfred Gusenbauer konnte bei diesem Thema nicht mehr ausreichend eingreifen.

Die Frage nach der politischen Vereinbarkeit der Handlungen von Alfred Gusenbauer mit sozialistischen, marxistischen und sozialdemokratischen Wertevorstellungen ist mehrheitlich positiv mit Ja zu beantworten.

11.2.4 Werner Faymann

Die Politik von Werner Faymann muss unter der Berücksichtigung der Wirtschaftskrise nach der Deckungsfähigkeit mit sozialistischen, sozialdemokratischen und marxistischen Wertevorstellungen interpretiert werden. Während in wirtschaftlich guten Zeiten die SPÖ daran gemessen wird, wie der soziale und materielle Wohlstand der Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen und sozial schwachen Menschen quantitativ und qualitativ erhöht wird, muss in Krisenzeiten die Aufteilung der finanziellen Belastungen in der Gesellschaft berücksichtigt werden. Wichtig dabei zu erwähnen ist, dass Werner Faymann nicht lediglich soziale Belastungen aufgeteilt, sondern ebenfalls Zusatzleistungen wie die Mindestsicherung eingeführt hat. Entgegen der Meinung von Erwin Buchinger hat zwar Alfred Gusenbauer die Mindestsicherung angestrebt, die Kärnten-Zustimmung kam allerdings erst unter Werner Faymann zustande.

Politik von Werner Faymann		Vereinbar mit Wertevorstellungen
Bankenabgabe (340 Millionen)	Wirtschaftspolitik	Ja
Spekulations-Besteuerung (160 Millionen)	Wirtschaftspolitik	Ja
Zusätzliche Stiftungsbesteuerung (160 Millionen)	Wirtschaftspolitik	Ja
Betrugsbekämpfungspaket (400 Millionen)	Wirtschaftspolitik	Ja
Kürzung Familienbeihilfe (-264 Millionen)	Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik	Nein
Pensionserhöhung (-150 Millionen)	Sozialpolitik	Nein

Pflegegeld (-20 Millionen)	Sozialpolitik	Nein
Ganztageschule (80 Millionen)	Sozialpolitik	Ja
Kürzung Nachholen von Bildungsabschlüssen (-16 Millionen)	Sozialpolitik	Nein
Abschaffung Alleinverdiener-Absetzbetrag (-67 Millionen)	Sozialpolitik	Nein
Abschaffung Schulbuch-Selbstbehalt (7 Millionen)	Sozialpolitik, Bildungspolitik	Ja
Vermögenszuwachssteuer (306 Millionen)	Wirtschaftspolitik	Ja
Reduzierung Kinderabsetzbetrag (-14 Millionen)	Sozialpolitik	Nein
Kürzungen AMS	Sozialpolitik	Nein
Mindestsicherung	Sozialpolitik	Ja

Bei der Gegenüberstellung der Kategorien, die überwiegend mit Ja bzw. Nein beurteilt wurden, kommt es zu einem leichten Übergewicht an Zustimmung mit sozialdemokratischen, sozialistischen und marxistischen Werterahmen. Insofern die Wirtschaftszahlen berücksichtigt werden, wird ein intensiv sozialdemokratisch geprägtes Sparpaket identifiziert. Unternehmen und Selbstständige haben zu 85 Prozent die zusätzlichen Belastungen des Staates (die Einnahmen- Seite) aufgelastet bekommen. Ausgabenseitig gibt erstens mehr Sparpotential bei den sozial Schwachen und zweitens ist eine Belastung der Unternehmen schwierig

evaluierbar unter Ausklammerung der Auswirkungen auf Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen und sozial Schwachen. Ausgabenseitig bedeutete das Sparpaket 2011 eine Zusatzbelastung der Unternehmen und Selbstständigen von 585 Millionen Euro. Dem gegenüber steht eine Zusatzbelastung von 664 Millionen Euro der Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen und PensionistInnen. Das bedeutet, dass sozialdemokratische Wertevorstellungen in der Ära Faymann einnahmenseitig eindeutig zu erkennen sind. Einnahmenseitig hat sich die SPÖ unter Werner Faymann zu 85% gegen die ÖVP durchgesetzt. Ausgabenseitig setzt sich die ÖVP mit den Anliegen der Unternehmen und Selbstständigen durch 12 Prozent weniger Belastung verhältnismäßig knapp durch. Dabei nicht berücksichtigt wurden die Abmilderungen des Sparpaketes aufgrund etwaiger Proteste gegen Ende 2010 und Anfang 2011. Mittlerweile wurde die Familienbeihilfe für sozial schwache Studenten und Studentinnen bei Studienerfolg über die Studienbeihilfe weit über das 27. Lebensjahr integriert und der Alleinverdiener-Absetzbetrag für Renten bis 1700 Euro wieder eingeführt. Diese Reformen, die ebenfalls sozialdemokratische Färbung aufweisen, wurden bei der prozentualen Gegenüberstellung der ausgabenseitigen Konsolidierung nicht berücksichtigt.

Insgesamt bedeutet das, dass das Budget 2011 eine eindeutig sozialdemokratische Färbung aufweist und die Frage nach der politischen Vereinbarkeit der Handlungen von Werner Faymann mit sozialistischen, sozialdemokratischen und marxistischen Wertegerahmen ist mehrheitlich mit Ja zu kategorisieren. Einnahmenseitige Unternehmens-Belastungen in der Höhe von 1675 Millionen Euro gegenüber 324 Millionen auf der ArbeitnehmerInnenseite stellen zweifellos sozialdemokratische Politik dar.

12.0 Entscheidet die SPÖ parteiintern gemäß den Parteistatuten demokratisch oder oligarchisch?

Aussagen von Erwin Buchinger, Alfred Gusenbauer und Josef Broukal bekräftigen die Annahme, dass Parteientscheidungen oligarchisch getroffen werden. Josef Broukal erklärte : *„Morgen ist der Ausschuss und in zwei Tagen gibt es die Studiengebühren nicht mehr. Josef Cap hatte das schon unterschrieben und plötzlich, um halb Zwei ruft mich Cap an und sagt: Das Präsidium hat beschlossen: Wir überstimmen die ÖVP nicht mehr. Und ähnlich wie der Beginn der Sache ausgerichtet wird: Das Präsidium hat beschlossen, dass du einen Antrag einbringen sollst, wird dann auch gesagt: Das Präsidium hat jetzt beschlossen: Wir machen das nicht!“*³⁰¹

Die Broukal-Aussagen implizieren einerseits eine oligarchische Entscheidungsweise in der Partei, und andererseits völlige Intransparenz, wenn neue politische Ausrichtungen nur unter vier Augen per Telefon ausgerichtet werden.

So meint der ehemalige Nationalratsabgeordnete und Wissenschaftssprecher der SPÖ, Josef Broukal: *„Ich will einfach nur sagen: Für mich war das eine völlige Überraschung, denn ich war beim ORF 28 Jahre lang gewohnt, dass man in Redaktionskonferenzen sitzt und dass jeder das gleiche Recht hat zu sprechen und dass da nicht drei Leute am Rand sitzen und machen sich das aus, und die anderen haben es nach zu vollziehen- also ein intellektueller Diskurs.“*³⁰² *Ich war das nicht gewohnt, dass kleine Gruppen irgendwas entscheiden und der Rest hat das zu vollziehen. Und da gibt es aber auch keine Kontakte. Das wird höchstens mitgeteilt, aber es ist ja schon entschieden- es gibt Nichts mehr zu diskutieren. Ja? „Das machts!“ Und Widerstand dagegen wird als Unbotmäßig gesehen. Ich meine das gar nicht anklagend, ich will nur sagen: Das war der große Unterschied zu meinem Berufsleben vorher. In der Redaktionssitzung bei der ZIB2 war Unbotmäßigkeit eine Tugend und nicht etwas Lästiges, was nicht stattzufinden hat und bestraft wird, dass man das nächste Mal nicht mehr aufgestellt wird. Also ich habe hier eine völlige Transformation vollzogen und glaube nicht, dass ich hier einen Grund habe, mich*

³⁰¹ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Josef Broukal, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.126 ff.

³⁰² Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Josef Broukal, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.126 ff.

schlecht behandelt zu fühlen- sondern einfach dass ich diesen Unterschied- als ich ihn kannte war es schon zu spät. Da war ich schon drüben. Also mit dem Wissen von heute würde ich eine neuerliche Einladung in die Politik nicht mehr annehmen. Weil ich sage: Das ist für mich nicht mehr interessant. Diese Gehorsam nach oben.“

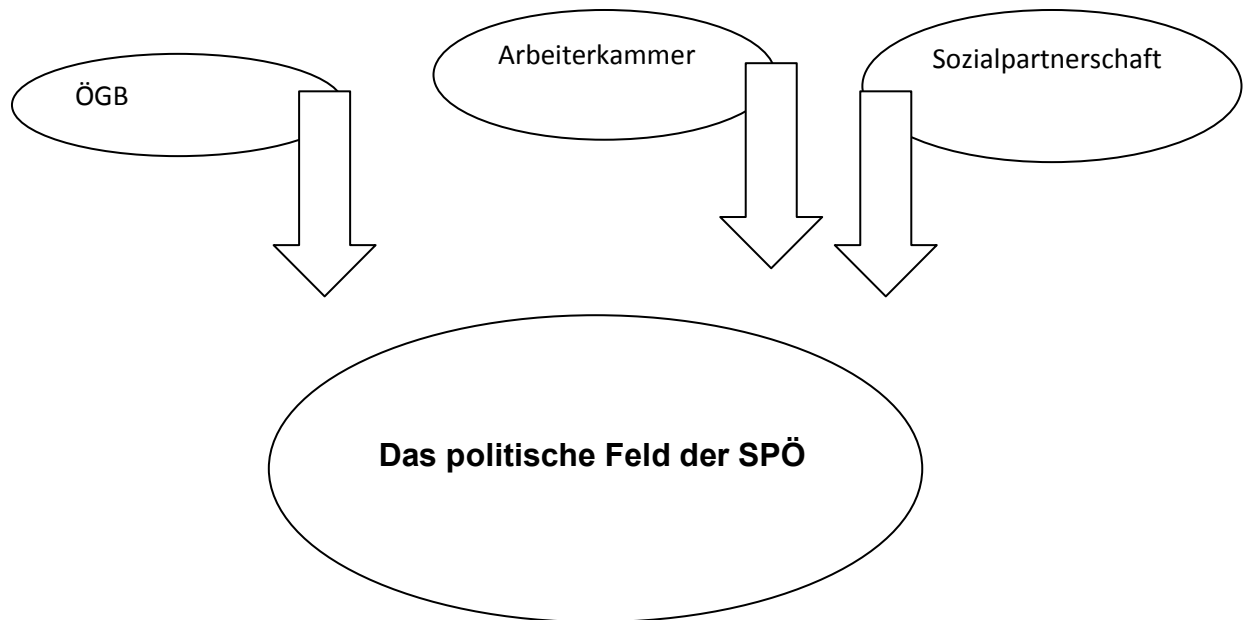
In diesen Aussagen macht Josef Broukal eines klar. Der oftmals vermutete „Klubzwang“, der absolute Gehorsam der Abgeordneten gegenüber der Partei verlangt, ist in der SPÖ kontinuierlich an der Tagesordnung. Hinzu kommt, dass es keine Besprechung bzw. demokratische Abstimmung der Entscheidungsträger gibt, sondern lediglich Gehorsam erwartet wird. Josef Broukal spricht davon, dass ungefähr drei Personen die Entscheidungen der SPÖ treffen. Der ehemalige Sozialminister Erwin Buchinger sieht das ein bisschen anders: *„Drei Personen, wie du sagst, ist wahrscheinlich übertrieben.“³⁰³ Ich würde den Kreis der Personen etwas größer ziehen, aber es ist tatsächlich ein relativ kleiner Kreis der aus zwei, drei Landeshauptleuten, dem ÖGB und der AK-Spitze besteht. Josef Cap hat im Kern und im innersten Zirkel nicht unbedingt dazu gehört. Ich weiß nicht ob er heute dazu gehört. Josef Cap ist eher der, der nachvollzieht und ausübt was andere als Linie beschließen und vorgeben.“*

Die Frage nach den Entscheidungsträgern wird differenziert beantwortet. Während Buchinger und Broukal zumindest von mehreren Personen berichten, meint der ehemalige Bundeskanzler Gusenbauer beispielsweise Posten allein zu entscheiden. Der Gusenbauer-Hinweis, dass man Posten immer allein entscheide, ist konträr zu beispielsweise großen Privatunternehmen, die über ein Assessment-Center und Human-Ressource-Management in Teams entscheiden. An dieser Stelle entscheidet der demokratisch gewählte Alfred Gusenbauer oligarchisch, während den monetär verpflichteten Privatunternehmen demokratischere Einstellungsverfahren zugerechnet werden können.

Die parteiinternen Entscheidungen können als oligarchisch bezeichnet werden. In weiterer Folge wird eine bildliche Darstellung oligarchischer Entscheidungen im politischen Feld laut Bourdieu eingefügt.

³⁰³ Vgl. Transkript vom Interview mit Erwin Buchinger vom 12. Jänner 2011 in Wien

12.1 Oligarchische Entscheidungen im politischen Feld am Beispiel des ÖGB



Die Frage nach der Rolle des ÖGB kann wie folgt skizziert werden:

Das Verhältnis des Österreichischen Gewerkschaftsbundes zur SPÖ ist besonders seit Ende der 1980er Jahre ständig in Wechselwirkung. Nach einer Annäherung, die zu realpolitischen Problemen im Machtverhältnis oder zu Skandalen (zum Beispiel BAWAG) führen, kommt es häufig als Reaktion darauf zu einer Distanzierung und Entfremdung seitens der SPÖ. Der ehemalige Bundeskanzler Franz Vranitzky schildert seinen Eindruck, den er vom Machtverhältnis der SPÖ zum ÖGB in den 80er Jahren gewonnen hatte: *„Auch wieder ein Beispiel dafür: Es gab eine ziemlich ernste Situation: Der Generaldirektor der Voest und der Zentralbetriebsratobmann der Voest waren in einer bestimmten Sache nicht einig und das ist bis zum Bundeskanzler, damals in diesem Fall Sinowatz, vorgedrungen. Da war dann eine*

*Ministerratssitzung, da kam dann Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen usw. und der Bundeskanzler Sinowatz hat sich vor laufender Kamera in dieser Auseinandersetzung auf die Seite des Betriebsrates gestellt und gegen den Generaldirektor der Voest gesprochen. Auch das war nicht wirklich ein haltbarer Zustand, weil der Generaldirektor das Unternehmen führen muss. Da habe ich gesagt: „Wir können mit der Politik nicht fortsetzen und haben dann zu dritt gesprochen, Sinowatz, Lacina und ich. Da haben wir dann beschlossen: So kann es nicht weitergehen. Wir verlieren Wählerstimmen, wir verlieren Teile der Arbeiterschaft.“*³⁰⁴ Was meinte Franz Vranitzky mit dem Verlust von Teilen der Arbeiterschaft? Vor Allem befürchtete Vranitzky eine Entsolidarisierung der ArbeitnehmerInnen aus privaten, mit denen aus staatsnahen oder staatlichen Unternehmen. Hinzu kommt noch, dass es seiner Meinung nach nicht dazu kommen konnte, dass die Gewerkschaft bzw. der FSG mehr realpolitische Macht im Unternehmen erhält, als der wirtschaftspolitisch verantwortliche, ebenfalls staatsnahe Generaldirektor. Vor Allem sollte damit auch die Tendenz der Versteinerung von Richtungsdiskussionen vermieden werden, die oftmals bei staatsnahen bzw. bei zu intensiv demokratisierten, unternehmensinternen Entscheidungsprozessen zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber der Privatwirtschaft geführt haben. Der Journalist Anton Pelinka stellt mehrere Tendenzen des ÖGB in der zweiten Republik fest.³⁰⁵

- eine völlig unübliche Monopolstellung des ÖGB (für westeuropäische Gewerkschaften)
- einerseits überparteilich und „generelle“ Gewerkschaft, andererseits besonders eng mit Richtungsgewerkschaften verflochten (innerer Widerspruch)
- extrem zentralistische Strukturierung (Übergewicht des Dachverbandes)
- Doppelgleisigkeit mit der Arbeiterkammer (Abstimmung mit halbstaatlichen Organisationen)-> Gefahr selbst quasi verstaatlicht zu werden
- ÖGB als einer der Hauptträger der Sozialpartnerschaft hat intensive Gestaltungsmacht, andererseits geht dadurch oftmals die Distanz zu den

³⁰⁴ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

³⁰⁵ Vgl. Konrad, Helmut, Lackinger, Franz Josef, „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, Pelinka Anton, Gewerkschaften im Parteien- und Kammerstaat, Löcker Verlag, 1995, S.69/70

gesellschaftlichen Verhältnissen verloren

- Enge Verflechtung mit der SPÖ- dadurch ist Lobbyismuserarbeit nicht notwendig, die Repräsentanten des ÖGB geraten dadurch allerdings oft in Widerspruch zwischen FSG und SPÖ-Argumentationslinie

Mit der Darstellung und Formulierung von Vranitzky, wollte der ehemalige Bundeskanzler definitiv auf diesen Widerspruch der Doppelgleisigkeit hinweisen. „Die FSG sorgt für die Feinabstimmung zwischen der SPÖ und dem ÖGB. Die Fraktion spielt innerhalb der Sozialdemokratie eine wichtige Rolle und sorgt dafür, dass gewerkschaftliche Interessen innerhalb der Partei zum Tragen kommen. Gleichzeitig fingiert die FSG auch als „Einfallstor“ sozialdemokratischer Inhalte und Interessen in den ÖGB. Die Fraktion stellt, weniger unmittelbar als früher, noch immer eine Verbindung zwischen den „siamesischen Zwillingen“ her. (...) Die Doppelfunktion der Fraktionen, die sie zu Instrumenten gewerkschaftlicher Interessen in den Parteien und zu Instrumenten der Interessen der Parteien im ÖGB machen, sind ein ganz wichtiger Faktor für die Stärke und gleichzeitige Einbindung des ÖGB. Der ÖGB kann überall dort Einfluss nehmen, wo es Parteien gibt: Gleichzeitig kann er sich nicht direkt gegen die Sozialdemokratie stellen.“³⁰⁶

Auch Alfred Gusenbauer hatte im Wahlkampf 2006 die wichtige Entscheidung zu treffen, Distanz vom ÖGB oder weiterhin intensive Nähe zu wahren. Vor Allem aufgrund des damals aufgekommenen BAWAG Skandals wäre vermutlich eine zu intensive Nähe eher repräsentativ schädlich gewesen. So meinte der ehemalige Bundeskanzler Alfred Gusenbauer: *„Man verbraucht letztendlich auch politisches Kapital durch Entscheidungen“³⁰⁷. Ich habe ja auch entschieden- das ist ja dann auch von den Betroffenen mit entschieden worden, wenn auch mit großen Magenschmerzen vor der Nationalratswahl 2006- das ich der Meinung war, im Zuge dieser gesamten Bawag Krise, dass Vorsitzende von Gewerkschaften nicht im Parlament sein sollten, weil sie sich erstens damals einmal darum kümmern sollten, die Gewerkschaften zu retten aufgrund dieses BAWAG Schlamassels, und weil ich der Meinung bin dass das eine ausreichende Tätigkeit ist, Gewerkschaftsvorsitzender*

³⁰⁶ Vgl. Konrad, Helmut, Lackinger, Franz Josef, „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, Pelinka, Anton: Gewerkschaften im Parteien- und Kammerstaat, Löcker Verlag, 1995, S.71

³⁰⁷ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Alfred Gusenbauer vom 21. Februar 2011, aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.170 ff.

zu sein, und zum Dritten bin ich auch der Meinung, dass der Freiraum für gewerkschaftliche Aktivität ein größerer ist, wenn man nicht im Parlament sitzt, weil man letztendlich als Abgeordneter einer Regierungspartei gezwungen ist, dem zu folgen was als Kompromisse in der Regierung ausgehandelt wurden, was nicht immer zu hundert Prozent wird sein können, was sich jetzt jeweils die einzelnen Gewerkschaften vorstellen. Das ist natürlich ein Widerspruch, wenn Gewerkschaftsvorsitzende im Parlament einen Kompromiss zustimmen, aber eigentlich als Gewerkschafter für bedeutend mehr oder etwas Anderes auftreten sollten. Daher war ich der Meinung: Das ist keine sinnvolle Konstruktion. Ich habe nichts dagegen wenn Betriebsräte und sonstige kleine Gewerkschaftsfunktionäre , wenn sie gewählt werden in ihren Wahlkreisen- aber die Vorsitzenden von Gewerkschaften sollen nicht drinnen sein. Das war meine Überzeugung, die ich auch durchgesetzt habe und die auch beschlossen wurde, sowohl von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfraktion, als auch von der SPÖ. Klar ist aber, das mir das natürlich keine Freunde eingetragen hat, sondern dass das eher dazu geführt hat, das Viele gemeint haben, sie werden an den Rand gedrückt und ich hätte jetzt etwas gegen die Gewerkschafter und die sind dann auch mit dementsprechender Skepsis gegenüber gestanden. Das hat mir natürlich keine Freunde eingetragen und die haben sich bei Gelegenheit revanchiert. Aber ohne dieser Maßnahme wäre vielleicht die Nationalratswahl 2006 nicht zu gewinnen gewesen. Das bedeutet: Es hat sich um eine bedeutende Maßnahme gehandelt zur Wiederherstellung von öffentlicher Reputation, die eine Grundlage war für den Wahlsieg 2006- also bezogen auf die Wahl richtig war aber natürlich hast du dir damit innerparteilich Feinde verschafft. Sobald einmal der Erfolg da ist, fragt dich niemand nach den Gründen des Erfolges.“

In den Worten von Alfred Gusenbauer schwingt bereits der Umkehrschluss mit: Es ist nicht nur ein Machtfaktor des ÖGB bzw. des FSG, tiefe Verflechtungen mit der SPÖ zuzulassen, umgekehrt ist es auch so: Die FSG bzw. den ÖGB aus Sicht der SPÖ auf ihrer Seite zu haben, ist vor Allem auch für die Individuen der Politik (für die PolitikerInnen) ein Machtfaktor geworden. Die Arbeiterkammer und der ÖGB haben eine intensive Rolle in der internen, politischen Entscheidungsfindung der SPÖ. Zusätzlich ist generell fest zu stellen, dass die SPÖ in ihrer Entscheidungsfindung intensiv verengte Strukturen aufweist.

Wenn es im Falle von Gewerkschaften und der FSG bei Diskursen mit der SPÖ mehrheitlich zu Diskussionen um Posten geht, als um die politische Praxis, ist das Fundament der Ideologie und Theorie seitens der ProtagonistInnen zumindest als dubios zu betrachten. Nicht nur aus diesem Grund machte hier Franz Vranitzky eine Kehrtwende, wenn er erzählt: *„Wir hatten insbesondere im Gewerkschaftsbereich zahlreiche Multifunktionäre und Ämterkomulierer“³⁰⁸. Das wäre an sich noch nicht so gravierend gewesen, wenn sie nicht auch noch in den verschiedenen Funktionen, in denen sie tätig waren, bezahlt worden wären. Das war ein großer Kritikpunkt, dass die so zu sagen Mehrfachverdiener waren und beachtliche Einkommen erzielten. Das war auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Ich habe dann den Bundesgeschäftsführer Peter Vanity beauftragt, dass er sich da etwas überlegen soll. Das war dann das 4-Punkte-Programm. Nämlich pro Person nur eine bezahlte, politische Funktion. Also Funktionen konnten sie mehrere haben, aber nur eine bezahlte.“*

Grundsätzlich muss die SPÖ zwei Faktoren in ihren Entscheidungen mit und gegenüber dem ÖGB einbeziehen. Intensive Nähe und Kooperation mit der FSG führt in den meisten Fällen zu einer höheren, parteiinternen Akzeptanz. Auf der anderen Seite führen gewerkschaftliche Skandale, wie sie seit Mitte der 80er Jahre aufgekommen sind, zu einem Glaubwürdigkeits-Verlust der SPÖ.

Die FSG und der ÖGB ihrerseits müssen abwägen zwischen real-politischer Mitbestimmung in der SPÖ und den Gewerkschafts-Forderungen. Allein aufgrund der Koalitionsbedingungen seitens der SPÖ (die ÖVP ist ihr Partner), können die Regierungsvereinbarungen nahezu nie hundertprozentig mit den gewerkschaftlichen Forderungen übereinstimmen.

In einem Punkt sind sich die „siamesischen Zwillinge“ bereits seit Jahrzehnten kontinuierlich ähnlich. Die SPÖ, ebenso wie der ÖGB und der FSG leiden unter einem dauerhaften Verlust an Organisationsdichte und an Mitgliederschwund. Zumeist wird der Mitgliederschwund mit dem „Zeitgeist“ begründet. Auch Anton Pelinka meint: „Der ÖGB und insbesondere seine sozialdemokratische Mehrheitsfraktion müssen sich nunmehr verstärkt mit einem gewerkschaftsfeindlichen Zeitgeist auseinandersetzen. Die Zeit arbeitet, so scheint

³⁰⁸ Vgl. Heimlich, Willibald, Interview mit Franz Vranitzky aus: Heimlich, Willibald, Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!, tredition Verlag, Hamburg, 2011, S.207 ff.

es zumindest, nicht für die Gewerkschaften.(...) Die gesellschaftliche Entwicklung macht die Berufsgruppen, die den Kern des ÖGB und der Gewerkschaften überhaupt ausgemacht haben, zu einer schrumpfenden Minderheit.“³⁰⁹

Die Begründung „Zeitgeist“ hat insbesondere für Parteien und Gewerkschaften einen erwünschten Nebeneffekt: Die Verantwortung wird vom ÖGB und der SPÖ auf die gesellschaftlichen Veränderungen übertragen, ohne dabei zu berücksichtigen, dass Gesellschaftsveränderungen immer ein Kernziel der Sozialdemokratie, der Sozialen Demokratie aber auch des Sozialismus waren. Dies bestätigt auch der Gemeinderatsabgeordnete, Historiker und Mitarbeiter im Karl Renner-Institut, Michael Rosecker: *„Die Gesellschaft und das Denken der Gesellschaft zu verändern sind ebenfalls zentrale Werte der Sozialdemokratie.“*³¹⁰

Frei nach dem Zitat von Thomas Morus: „Tradition ist nicht das Halten der Asche, sondern das Weitergeben der Flamme!“³¹¹ könnte es auch als Aufgabe gesehen werden, gesellschaftliche Veränderung so herbei zu führen, dass Anhäufungen von Kollektiven in Partei- und Gewerkschaftsstrukturen wieder realisierbar werden.

Zusätzlich behandeln weder die SPÖ noch der ÖGB bzw. die FSG die jeweilige Machtzentrierung und Ausdünnung bzw. sogar Verhinderung von kollektiven Entscheidungsprozessen. Bei der Frage der Entscheidungsfindung würde es wiederum darum gehen, zwischen Versteinerungstendenzen, langsamen bzw. nicht rentablen, und auf der anderen Seite aus dem tiefsten Sinne der Demokratie heraus, nicht demokratisch legitimierten Richtungsdefinitionen, abzuwägen.

Hierbei kann ebenfalls ideal passend der Historiker und Politiker Michael Rosecker zitiert werden, wenn er meint: *„Die Wahl des Weges ist bereits teilweise auch die Wahl des Zieles. Das hat auch in der Trennung mit dem Kommunismus in der Zwischenkriegszeit ihre Tradition, dass man die Wahl der Mittel ebenfalls betrachtet. Denn die Wahl der Mittel verändert oder beschädigt klarerweise auch das Ziel.“*³¹²

Im untersuchten Zeitraum zwischen 1989 und 2010 kam es immer wieder zu Annäherungs- und Distanzierungs- Tendenzen der siamesischen Zwillinge, der SPÖ und dem ÖGB (FSG). Die fanden einerseits in problematisch gewordenen

³⁰⁹ Konrad, Helmut, Lackinger, Franz Josef, „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, S. 75

³¹⁰ Vgl. Transkript des Interviews mit Michael Rosecker im Renner-Institut, Wien 23

³¹¹ <http://www.zitate-online.de/literaturzitate/allgemein/18639/tradition-ist-nicht-das-halten-der-asche.html>

³¹² Vgl. Transkript des Interviews mit Michael Rosecker im Renner-Institut, Wien 23

Machtverschiebungs-Tendenzen ihren Ausdruck (siehe die Ausführung von Franz Vranitzky) und andererseits in der potentiellen Verwicklung mit real-politischen Skandalen (siehe Alfred Gusenbauer). Das bedeutet auf die Graphik bezogen, dass das ÖGB-Feld sich regelmäßig an das politische Feld der SPÖ annähert, und wieder entfernt.

Die Sozialpartnerschaft ist ebenfalls ein Bereich, der auf das politische Feld der SPÖ einwirkt und über dieser Ebene zusätzlich sozialdemokratisch- konservative (rot-schwarze) Problemlösungsansätze integriert. Im Gegensatz zur Gewerkschaft ist ein Annäherungs- und Entfremdungsverhältnis zwischen dem politischen Feld der SPÖ und der Sozialpartnerschaft differenziert durch die jeweils aktuelle Bundesregierungskonstellation feststellbar.

12.2 Fazit

Alfred Gusenbauer meinte in einem Interview einst: „(...)Der Mensch prägt nicht nur sein Amt, das Amt prägt auch den Menschen.“³¹³

In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass es nicht ausschließlich die politische Praxis und die Auslegung der jeweiligen Politik, der Werte der Sozialdemokratie usw. sind, die bei Bewertungen zu berücksichtigen sind. Um sozialdemokratischer Politik gerecht zu werden ist auch der jeweilige Parteivorsitzende, nicht nur in seiner Funktion sondern auch als Person ein Kriterium, das berücksichtigt werden sollte.

In einem oligarchisch strukturierten, politischen Feld wird die Bedeutung der Parteiobermänner stärker ausgeprägt. Es können Vergleiche zwischen den persönlichen Stärken und Schwächen der jeweiligen Personen und den Regierungen aufgestellt und Parallelen bzw. Ähnlichkeiten festgestellt werden. Im einstündigen Gespräch mit dem ehemaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky wird der Eindruck verstärkt, den Max Kothbauer einst zum Ausdruck gebracht hat, wenn er sagte: „Ihm fehlt jedes erotische Verhältnis zur Macht.“³¹⁴ Vranitzky verhielt sich überwiegend wirtschaftspolitisch pragmatisch, war kein Stammtisch- Polterer sondern arbeitete gemäß volkswirtschaftlichen Zahlen. Was ihn meiner Meinung nach zu einem

³¹³ http://oesterreich.gv.at/site/cob__29379/currentpage__5/6327/default.aspx

³¹⁴ Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien, S. 182

Sozialdemokraten macht, ist seine gesellschaftspolitisch liberale Ausprägung und seine Faschismus-Abneigung. Vranitzky ist der einzige ehemalige SPÖ-Parteibmann, der sich nicht zunächst überwiegend bewusst an ideologische Fundamente und Schablonen inhaltlich angepasst hat, sondern aufgrund seiner Sozialisation fern von Marx, Bauer und Viktor Adler, als Privatperson gut mit der Sozialdemokratie vereinbar war. Vranitzkys Sprache ist zwar inhaltlich sozialdemokratisch geprägt, hat aber eher literarische und philosophische Vokabeln, denn materialistischen Ausdrücken innewohnend. Vranitzky hält überschäumende, aufgesetzte Vertrautheit gegenüber Menschen, die ihm persönlich fremd sind für verzichtbar und schätzt einen sachlichen, respektvollen Dialog. Vranitzkys Solidaritätsdefinition, ebenso wie viele andere Wertevorstellungen über Humanität und Antifaschismus gehen über Parteigrenzen hinaus. Der ehemalige Bundeskanzler schätzt fachliche Stärke und Fleiß und lehnte, wenn vermeidbar, das „Drehen an den Hebeln der Macht“ über seine rechtlichen Befugnisse hinaus, ab. Hans Rauscher deutete an: „Der Mann, der oft Zuflucht zu Sarkasmus nimmt, manchmal arrogant wirken kann, hat einen starken Zug ins Warmherzige, Weiche. Kenner Vranitzkys berichten übereinstimmend von seiner Sensibilität, dem Mangel an Brutalität auch Widersachern gegenüber. Der Killer-Instinkt, ohne den ein Politiker nicht auskommt oder nicht aus zu kommen glaubt, fehlt ihm weitgehend. Das ist ein Problem, und zwar eines der Durchsetzungsfähigkeit. Der Neo-Politiker (Anm.: Das Zitat ist aus einem Buch von 1987) Vranitzky hat zwar einen gesunden Willen zur Macht, aber die Freude am taktischen Schachspiel, am Hantieren mit den Hebeln der Beeinflussungsmaschinerie, die geht ihm ab.“³¹⁵

Die Person Franz Vranitzky schlug sich in seinem Regierungsstil und der Parteipolitik nieder. Der ehemalige Bundeskanzler behandelte nach Möglichkeit alle Partei- und Regierungsmitglieder gleich und unterstützte, bzw. übersah meistens kein Fehlverhalten aufgrund der Parteizugehörigkeit. Das steckt wohl auch hinter der Kritik eines nicht namentlich genannten Ministers, der von Vranitzkys „zu Null tendierende Loyalität hinter der Biedermannsmaske gegenüber in Schwierigkeiten geratenen oder angegriffenen Mitarbeitern und parteiinterne Abneigung spricht. Dabei ging es nicht nur um Androsch, Blecha oder Gratz, die in diverse Skandale verwickelt waren (Consultatio, Noricum, Lucona). Es ging vor Allem auch um den Stil,

³¹⁵ Rauscher, Hans, Vranitzky, Eine Chance, Ueberreuter, 1987, Wien, S. 15

wie Vranitzky angegriffene Mitarbeiter scheinbar sang und klanglos fallen ließ. Personen wie die ehemaligen Zentralsekretäre Heinrich Keller und Günter Sallaberger, obwohl die Vorwürfe „finanzieller Ungereimtheiten“ völlig haltlos waren.“³¹⁶

Um ein Fazit über Viktor Klima machen zu wollen, kann nicht weit ausgeholt werden. Aufgrund der Aussagen von Künstlern wie Fritz Muliar, oder Kommunikations-Experten wie Thomas Hofer, kann keine Intellektualität in Klima hineininterpretiert werden. Fritz Muliar meinte: „Kreisky hat ab und zu meine persönliche Meinung eingeholt: „Was hältst du davon?“ Auch Vranitzky war- mit Ausnahme der Frage des damaligen Burgtheater-Chefs- ein höflicher Gesprächspartner. Viktor Klima hat mich (bisher) noch nicht gefragt. Er wird wissen, warum. Ich ahne es.“³¹⁷ Und direkt darauf spricht Muliar bereits den Umstand an, der charakteristisch ist für die Zeit des nicht authentischen Bundeskanzler Klima: „Ich mag in der Politik die Aufrechten...Unnatürlich sein macht lächerlich. Und das soll und darf ein Politiker nicht werden. Er darf unendlich viel sein, nur eines nicht: lächerlich.“³¹⁸

Diese „Nüchternheit“ gegenüber politischer Macht, die Franz Vranitzky nachgesagt wurde, steht diametral zu Alfred Gusenbauer und seinem Verhalten ab seiner Zeit als Bundeskanzler.

Während Vranitzkys Politik von gegenseitiger Rücksichtnahme geprägt war (ein Wort, das er häufig zu verschiedensten Anlässen nutzte) sucht und provoziert Alfred Gusenbauer förmlich die intellektuelle Reibung. Er lehnt Menschen ab, die gemäß seinen persönlichen Maßstäben, nicht intellektuell partizipieren können. Wie der Umgang von Alfred Gusenbauer mit den Menschen ist, bei denen dies nicht zutrifft, umschreibt Andre Heller: „Wer seine Verachtung gegenüber den Halbseidenen, Denkschwachen, Primitiven, Gschafthuberischen, intellektuell nicht Satisfaktionsfähigen, so oft und unverhohlen nicht zu tarnen weiß, wie Alfred Gusenbauer, darf sich nicht wundern, dass er als Partei- und Massenliebling nicht

³¹⁶ Vgl. Lendvai,Paul,Mein Österreich,ecowin,2007,Salzburg,S.232

³¹⁷ Muliar,Fritz,Das muss noch gesagt werden,Kremayr und Scheriau,1999,Wien,S.143

³¹⁸ Muliar,Fritz,Das muss noch gesagt werden,Kremayr und Scheriau,1999,Wien,S.67

taugt.“³¹⁹ Dabei ist definitiv ein innerer Widerspruch der Person Alfred Gusenbauer feststellbar, denn auf der einen Seite sind Sozialdemokratie und er als ihr damaliger Vertreter, den Schwachen verpflichtet- und zwar nicht lediglich den materiell, sondern auch den geistig Schwachen - auf der anderen Seite „verachtet“ der ehemalige Bundeskanzler laut Heller sogar Menschen, die intellektuell nicht in der Lage sind zu partizipieren. Die Persönlichkeit von Alfred Gusenbauer schlug sich in seinem politischen Stil und einer zusätzlichen Verengung des politischen Feldes der SPÖ nieder. Durch zeitweise pausenlose Beleidigungen gegenüber Parteimitgliedern, StudentInnen und PolitikerInnen hat sich Alfred Gusenbauer für die SPÖ auf Dauer untragbar gemacht. Somit ist Gusenbauer hauptsächlich menschlich- und weniger aufgrund politischer Praxis gescheitert. Alfred Gusenbauer war in der Lage zu einem empathischen Wahlkampfstil, hielt es aber auf Dauer nicht für nötig, emotionale Überzeugungsarbeit zu leisten. Er schaffte es immer wieder, den Eindruck nicht arrogant zu sein, glaubhaft zu widerlegen. Trotzdem die Spin-Doktoren und anfänglich auch Gusenbauer sehr gute Arbeit leisteten, leistete er sich mehrere Patzer. Thomas Hofer geht näher darauf ein und schreibt: „Seine Berater hatten über Jahre die Herkunft des Sozialdemokraten betont: Gusenbauer stammt aus Ybbs an der Donau und dort aus recht bescheidenen Verhältnissen. Die Positionierung Gusenbauers als Arbeiterkind, das um die Sorgen und Nöte im Land Bescheid weiß, lag somit nahe. Es ist ja auch beileibe kein Nachteil, wenn der sozialdemokratische Parteiführer eine quasi angeborene Nähe zu wesentlichen Zielgruppen der Partei vorweisen kann (...) Während das Land über die Auswirkungen der Einschnitte für die Pensionistinnen und Pensionisten debattierte, gefiel sich der führende Sozialdemokrat in einer anderen Rolle. Unter dem Titel „Frisch wie der Frühling“ veröffentlichte der Pensionsreform-Kritiker im Nachrichtenmagazin „Profil“ in einer „Genuss“ Beilage eine mehrseitige Besprechung der besten und schönsten Weine des neuen Jahrgangs. (...) Und die Glaubwürdigkeit der Inszenierung als mitfühlendes Arbeiterkind war wie weggespült.“³²⁰

Werner Faymann als Parteiobmann und Bundeskanzler hat bis dato keine intellektuellen Prioritäten aufgezeigt. Seine große Stärke ist es, dass er sich inhaltlich neu positionieren kann, insofern das im oligarchischen Feld der SPÖ verlangt wird.

³¹⁹ Vgl. Gusil, Scherz-Magazin, Ausgabe erstellt zum 50. Geburtstag von Alfred Gusenbauer, S.70

³²⁰ Hofer, Thomas, Die Tricks der Politiker, Ueberreuter, 2010, Wien, S.42

Seine politische Ausrichtung ist veränderbar, der aktuelle Bundeskanzler ist lernfähig und gerät im Gegensatz zu Gusenbauer nicht in Verdacht, „beratungsresistent“ zu sein. Trotz der Wirtschaftskrise konnte er inhaltlich mehr Punkte durchsetzen als Gusenbauer in ökonomisch besseren Zeiten. Verhandlungstaktik und Strategie sind bisher seine Stärke, trotzdem er medial als Person dargestellt wird, die besonders gut mit Medien kommunizieren kann. Bereits der Umstand, dass Faymann oftmals mit Medien in Verbindung gebracht wird, kann als Indiz dafür angesehen werden, dass diese Verbindung keine persönliche Stärke darstellt. In Zeiten der Wirtschaftskrise wurde im Laufe des Jahres 2011 die Familienbeihilfe für StudentInnen in der Regelstudienzeit über die Studienbeihilfe beibehalten, der Alleinverdienerabsetzbetrag bis zu einem Einkommen von 1700 Euro wieder eingeführt. Eine volkswirtschaftliche Analyse der Arbeiterkammer würde vermutlich zum heutigen Zeitpunkt noch zu klareren Erfolgen der ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen gegenüber den Unternehmen und Selbstständigen führen, da sie damals noch nicht beschlossen und dementsprechend nicht berücksichtigt werden konnten.

12.3 Interviewleitfaden

Die Interviews mit Politikern und Politikerinnen, sowie mit FunktionärInnen der SPÖ wurden gemäß halbstandardisierter Leitfäden durchgeführt. Der Leitfaden hat ein breites Spektrum von flexiblen Vorgaben. Der Anfang der Interviews, sowie grundsätzliche Fragerichtungen sind standardisiert und halten ein konstantes Strukturierungsniveau.

Die ersten Fragestellungen waren:

- **Was sind die Werte der Sozialdemokratie?**
- **Was verstehen sie unter Wert A, Wert B, Wert C?**

Danach wurde der Leitfaden an die jeweiligen Personen angepasst und über ein breiteres, flexibleres Spektrum aufgebaut. In diesem Spektrum wurden Fragen der politischen Praxis gestellt. Da jeder Befragte andere Reformen und individuelle Zugänge zu den jeweiligen Reformen aufweist, mussten an diesem Punkt die Interviews ebenfalls individuell aufgebaut werden. Hier wurde gelegentlich von einem leitfadenorientierten zu einem episodischen Interview gewechselt und Erzählstrukturen der Befragten implementiert. Aufgrund individueller Erzählungen kommt es zu differenzierenden Fragestellungen bei den Befragten.

Gegen Ende der PolitikerInnen-Interviews werden allen Befragten folgende Fragen gestellt:

- **Was sind ihre persönlichen Stärken?**
- **Was sind ihre persönlichen Schwächen?**

Insofern die Befragten aufgrund ihrer Nähe zu ehemaligen Parteiobmännern interviewt wurden, gestalteten sich die Fragen wie folgt:

- **Was sind die Stärken von Politiker A?**
- **Was sind die Schwächen von Politiker A?**

Literaturverzeichnis

Adler, Max, Politische oder Soziale Demokratie, Czoklits + Wallner Druck u. Verlag, Wien, Original: 1926

Bauer, Otto, Österreichische Revolution, Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1923

Bourdieu, Pierre, Politik, Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Konstanz, 2010

Broukal, Josef, Nachrichten vom Ableben der SPÖ sind stark übertrieben, Schafft die Sozialdemokratie den Turnaround?, Goldegg Verlag, 2010, Wien

Czernin, Hubertus, Der Haider-Macher, Franz Vranitzky und das Ende der alten Republik, Ibra und Molden, 1997, Wien

Dimmel, Nikolaus, Schmees (Hg.), Josef, Politische Kultur in Österreich 2000-2005, Promedia, Wien, 2005

Dornheim, Andreas, Franzen, Winfried, Thumfart, Alexander, Waschkuhn, Arno, Gerechtigkeit, Interdisziplinäre Grundlagen, Westdeutscher Verlag, 1999, S.79

Ernst, Werner W., Sozialdemokratie, Versuch einer Rekonstruktion, Böhlau wissenschaftliche Bibliothek, Wien, 1979

Fetscher, Iring, Marx, Verlag Herder, Freiburg

Filzmaier, Peter, Politik und Politische Bildung, E. Dörner, 2007, Wien

Glaser, Barney G., Strauss, Anselm L., Grounded Theory. Strategien qualitative Forschung, Bern: Hans Huber 1998

Godenzi, Alberto, Solidarität, Auflösung partikularer Identitäten und Interessen, Universitätsverlag Freiburg Schweiz, Freiburg Schweiz, 1999

Gratz, Leopold, Fischer, Heinz, Bruno Pittermann - Ein Leben für die Sozialdemokratie, Europaverlag, Wien, 1985

Häupl, Michael (Hg.), Politik für die Menschen, Perspektiven für sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert, echomedia Verlag, 2009, Wien

Häupl, Michael, Nedwed, Ernst, Pelinka, Peter (Hsg.), Gegen den Strom, Fortschritt zum 70. Geburtstag von Josef Hindels, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien, 1986

Heimlich, Willibald, Soziale Demokratie und Sozialdemokratie in Österreich, Schnittpunkte und Trennlinien

Hindels, Josef, Das Linzer Programm, Ein Vermächtnis Otto Bauers, Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, Wien

Hofer, Thomas, Die Tricks der Politiker, Ueberreuter, 2010, Wien

Hofer, Thomas, Toth, Barbara, Wahl 2006, Kanzler, Kampagnen, Kapriolen, LIT Verlag, 2007

Jelinek, Gerhard, Reden, die die Welt veränderten, ecowin Verlag, Salzburg, 2009

Karner, Stefan, Mikoletzky, Lorenz (Hg.), Österreich, 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Studienverlag, Innsbruck, 2008

Klein-Löw, Bruno Kreisky, Ein Porträt in Worten, Verlag
Jungbrunnen, 1983, Wien, München

Kohl, Ofner, Stirnemann, Österreichisches Jahrbuch für Politik 1996,
Oldenbourg Verlag für Geschichte und Politik, Wolkersdorf, 1997

Konrad, Helmut, Lackinger, Franz Josef, „Alle Räder stehen still, wenn
dein starker Arm es will“, Pelinka, Anton: Gewerkschaften im Parteien- und
Kammerstaat, Löcker Verlag, 1995

Krawagna, Katharina, Thurnher, Armin, Die Wege entstehen im Gehen,
Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin
Thurnher, Czernin Verlag, 2008

Lendvai, Paul, Mein Österreich, ecowin, 2007, Salzburg

Leser, Norbert, Spezialdemokratie Österreich, Analysen und
Perspektiven, Amalthea, 2002, München

Marx, Karl, Das kommunistische Manifest, Anaconda Verlag, Köln, 2009

Meyer, Thomas, Soziale Demokratie und Globalisierung. Eine europäische
Perspektive, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH, Bonn, 2002

Meyer, Thomas, Theorie der Sozialen Demokratie, VS Verlag für
Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005

Michels, Robert, Soziologie des Parteiwesens, Demokratie und das Gesetz
der Oligarchie, Stuttgart, 1989, Alfred Kröner Verlag

Mozetic, Gerald, Die Gesellschaftstheorie des Austromarxismus,
Geistesgeschichtliche Voraussetzungen, Methodologie

und soziologisches Programm, Wissenschaftliche Buchgesellschaft
Darmstadt, 1987

Muliar, Fritz, Das muss noch gesagt werden, Kremayr und
Scheriau, 1999, Wien

Neisser, Heinrich, Loibelsberger, Gerhard, Strobl, Helmut, Unsere
Republik auf einen Blick, Das Nachschlagewerk über Österreich,
Ueberreuter, 2005

Nick, Rainer, Pelinka, Anton, Österreichs politische Landschaft, haymon
Verlag, Innsbruck, 1993

Österreichisches Regierungsprogramm 2007

Pelinka, Anton, Rosenberger, Sieglinde, Österreichische Politik,
Grundlagen, Strukturen, Trends, Facultas, Wien, 2007

Pelinka, Anton, Gewerkschaften im Parteien- und Kammerstaat, Löcker
Verlag, 1995,

Pelinka, Peter, Sozialdemokratie in Österreich ,Hundert Jahre seit Hainfeld:
Die Entwicklung einer Bewegung von Victor Adler bis Franz Vranitzky, hpt-
Verlagsgesellschaft, Wien, 1988

Pelinka, Peter, Österreichs Kanzler, Von Leopold Figl bis Wolfgang
Schüssel, Ueberreuter, 2000, Wien

Petritsch, Wolfgang, Bruno Kreisky, Die Biografie, Residenz Verlag, 2010

Rauscher, Hans, Vranitzky, Eine Chance, Ueberreuter, 1987, Wien

Rawls ,John, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Suhrkamp Taschenbuch, 1979

Schulz, Wolfgang, Haller, Max, Grausgruber, Alfred, Österreich zur Jahrhundertwende, Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986-2004, Parteipräferenz und politische Partizipation

Seidel, Helmut, Johann Gottlieb Fichte zur Einführung, Junius, 1997, S.23

Sieferle, Rolf Peter, Karl Marx zur Einführung, Junius Verlag, Dresden

SPÖ, Das Protokoll des außerordentlichen Bundesparteitages vom 30. Bis 31. Oktober 1998

SPÖ Grundsatzprogramm, Donau Forum Druck, Wien, 1998

Strohmeier, Marcus, Aufbruch in die Zukunft, 1945-2010, Aus der Geschichte des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Reihe Zeitgeschichte und Politik

Talos, Emmerich, Schwarz-Blau, Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, LIT Verlag, 2006

Thurnher, Armin, Franz Vranitzky im Gespräch mit Armin Thurnher, Eichborn Verlag, 1992, Frankfurt

Vranitzky, Franz, Erklärung der Bundesregierung vor dem Nationalrat von Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky 28. Jänner 1987, Bundespressedienst, Wien, 1987

Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen, Zsolnay Verlag, Wien, 2004

Vranitzky, Franz (Hg.), Themen der Zeit, Passagen Verlag, 1994, Wien

Willke, Gerhard, Neoliberalismus, Campus, 2003

Zeitschriften und Magazine

Arbeit / Wirtschaft, Nr. 4, 1996

Arbeiterzeitung, Ausgabe 2. Jänner 1989

Der Spiegel, Nummer 38, 1997, Artikelüberschrift: Personalien

Die Zukunft, Jahrgänge 1989 (Nummer 1,4), 1990 (Nummer 8, 9), 1991 (Nummer 5)

Gusil, Scherz-Magazin, Ausgabe erstellt zum 50. Geburtstag von Alfred Gusenbauer

News, Nummer 37, 14.09.1995

Profil, Nr.4, Nr.5 des Jahrganges 1997

Budget-Analysen

AK-Analyse von Mag. Markus Netter

Arbeit/Wirtschaft, Nr. 4, 1996

Bundesvoranschlag 2007/2008, Analyse der Bundesarbeiterkammer Österreichs, S.33

- **Internetquellen**

http://oesterreich.gv.at/site/cob_29379/currentpage_5/6327/default.aspx

<http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=1750>

http://www.oe2020.at/home/diskursgruppen/demokratie_partizipation_medien/84/Demokratie-ist-kein-Zuschauersport - Impulsreferat Thomas Meyer

<http://www.youtube.com/watch?v=0LXf8DakAf8> Kreisky, Bruno, Rede von 1979

<http://www.enzyklo.de/Begriff/Revisionismus>

http://fonzibrain.files.wordpress.com/2010/01/la_pyramide_du_capitalisme11.jpg

<http://www.spoe-linke.at>

<http://www.oe2020.at/home/2020>

<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/grw-wien10.html>

http://www.websozis.de/index.php?mod=ws_zitate&op=show&menu=2104

<http://www.youtube.com/watch?v=lu10DAL9eTY>

<http://www.youtube.com/watch?v=YgOI7I-2KIM>

<http://www.wienerzeitung.at/linkmap/personen/vranitzky2.htm>

http://www.krone.at/Oesterreich/Altkanzler_Vranitzky_spendet_seiner_Frau_Niere-Nieren-Spende-Story-31509/anmut_id_7/

<http://derstandard.at/suche?query=Viktor+Klima&ressortId=0&status=AktivArchiv&startDate=01.01.2002&endDate=30.11.2010&period=FromTo&sortOrder=Relevance>

<http://sozialismus-von-unten.de/archiv/svu4/kkvoben.html>

<http://www.news.at/articles/0917/10/240291/zehnter-todestag-marcus-omofuma-schubhaeftling-abschiebung>

<http://www.trend.at/articles/0507/580/105643/grasser-amt>

http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/367982/-Gesudere_GenossenAerger-ueber-Gusenbauer

http://oesterreich.gv.at/site/cob_29379/currentpage_5/6327/default.aspx

<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,460484,00.html>

<http://zitate.net/forrest%20gump.html>

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20060808_OTS0109/neue-fairness-braucht-das-land-spoee-stellt-wahlkampagne-vor

<http://derstandard.at/1291454132782/WikiLeaks-Faymann-kein-Interesse-an-Aussenpolitik-Bundesregierung-weist-US-Kritik-scharf-zurueck>

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,564336,00.html>

http://oesterreich.gv.at/site/cob_29379/currentpage_5/6327/default.aspx

<http://wahl08.bmi.gv.at/>

http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/469965/Vermögenssteuer_Faymann-versucht-zu-beschwichtigen-

<http://oe1.orf.at/artikel/257425>

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100707_OT50253/stoeger-einfuehrung-der-mindestsicherung-garantiert-krankenversicherung-fuer-alle-menschen-in-oesterreich

<http://www.bmsk.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH1018>

<http://derstandard.at/1287100028558/Harte-OECD-Kritik-an-Kuerzung-der-Entwicklungshilfe>

<http://news.orf.at/stories/2042866/>

<http://www.zitate-online.de/literaturzitate/allgemein/18639/tradition-ist-nicht-das-halten-der-asche.html>

Transkript des Interview mit Erwin Buchinger

I: Die erste Frage die ich habe ist: Was sind deiner Meinung nach die Grundwerte der Sozialdemokratie?

Erwin Buchinger: Da müsste man im Parteiprogramm nachsehen, denn da sind sie aufgelistet. Nach meinem Kenntnisstand sind sie die Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Das sind aus meiner Sicht die prägenden Grundwerte.

I: Und wenn du da jetzt näher eingehst. Freiheit von was?

Erwin Buchinger: Freiheit von Not und Armut. Freiheit von Gängelung und Unterdrückung. Freiheit von unmenschlichen Zuständen. Freiheit nicht nur in einem politischen Sinne wie der Wahlfreiheit sondern auch Freiheit in einem sozial umfassenden Sinne. Gerechtigkeit ist in der Sozialdemokratie immer verstanden worden als Chancengleichheit. Solidarität ist verstanden worden als wichtigstes Instrument um benachteiligte Personen stärker zu machen, sich gegenseitig zu unterstützen und behaupten zu können.

I: Kommen wir nun zur Ära Gusenbauer. Was würdest du sagen: Wie ist der Mensch Alfred Gusenbauer? Wie hast du ihn kennen gelernt?

Erwin Buchinger: Alfred hat bereits zu Beginn seiner politischen Karriere als SJ-Bezirksobmann in Ybbs und später als Landessekretär, Landesobmann der SJ-Niederösterreich und dann im Verband sehr viel Wert gelegt auf geschichtliches Wissen. Alfred hat die Partei immer verstanden als eine Bewegung mit einer langen Geschichte, die auch heute noch verpflichtend

und wirksam ist. Alfred hat sich intensiv mit den politischen Grundlagen auseinander gesetzt. Er hat Marx, Engels, Otto Bauer und Kautsky gelesen. Ihm war auch immer wichtig praktisch politisch tätig zu sein. Mir war von Anfang an klar, dass er eine längerfristige Position in der Berufspolitik anstrebt. Dass er dann Bundeskanzler wird von 2006 bis 2008 war vielleicht in dieser Form nicht vorhersehbar aber das es sein persönliches Ziel war ist glaubhaft. Alfred Gusenbauer hat stärker als jeder andere sozialdemokratische Parteivorsitzende seit Bruno Kreisky die gute Mischung aus Grundsatztreue, Kenntnisse von ideologischen Positionen und gleichzeitig die Notwendigkeit der Anpassung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Grundsätze und Strategien an die aktuellen Herausforderungen verkörpert. Beides in einer geschichtlichen Grundsatztreue entsprechend der aktuellen Anforderungen zu kombinieren hat meiner Meinung nach die Stärke des Alfred Gusenbauer ausgemacht. Viele andere sozialdemokratischen Spitzenpolitiker führen zwar Grundsätze und Werte an in ihren Reden an, die dann aber nur floskelhaft erwähnt werden und haben aber keine Vision und kein Bewusstsein für eine historische Mission. Das war bei Alfred Gusenbauer anders.

I: Was würdest du sagen: Welche Vision hatte Alfred Gusenbauer?

Erwin Buchinger: Die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts als Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen zu formulieren. Dies wollte er in Interesse der arbeitenden Menschen und der Menschen die ihre Bedürfnisse nicht selbst organisieren können. Unter der Bedingung von Globalisierung und Weltmarkt sollte man diesen Menschen auch gerecht werden. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der zur Kenntnis nimmt, dass die Globalisierung alle Lebensbereiche durchdringt mit Marktkonkurrenz und trotzdem der Versuch in Anlehnung an der sozialistischen Geschichte das Leben positiv, in eine gerechte und solidarische Richtung zu beeinflussen.

I: Jetzt sind wir schon auf die Stärken des Alfred Gusenbauer eingegangen. Was denkst du sind seine Schwächen?

Erwin Buchinger: Er hat entscheidende Schwächen, die mitverantwortlich waren dafür, dass er die Funktion des Bundeskanzlers nicht lange ausüben konnte: Alfred Gusenbauer neigt zu intellektueller Überheblichkeit und lässt das auch die Anderen spüren. Dadurch hat er Probleme im Zusammenhalt von Gruppen und konkret der Partei. Er ist kein guter Networker. Er kann soziale Beziehungen nicht in dem Ausmaß herstellen und pflegen wie es notwendig ist, in so einer Funktion. Er hat sich isoliert und alleine wohl gefühlt und das als Stärke gesehen. Eine Form von intellektueller Überheblichkeit gepaart mit Schwächen im Bereich Empathie, soziale Kontakte zu halten und zu schließen auch mit Menschen, die er vielleicht weniger schätzt, die aber notwendig sind. Ich glaube, das ist die Hauptschwäche. Die zweite Schwäche ist vielleicht dass er zu wenig die taktische Ebene, Intrigen verstanden oder beherrscht hat. Alfred Gusenbauer war eher der Auffassung die richtige Idee und Politik setzt sich schon irgendwie durch und die braucht man nicht mit vielleicht auch unerlaubten Mitteln absichern. Alfred Gusenbauer dachte dass eine gute Idee für sich selber steht.

I: Jetzt haben wir ja zum Beispiel schon erfahren dass Alfred Gusenbauer verschiedenste Theoretiker wie Marx gelesen hat. Er wird sich auch mit Theoretikern des Neoliberalismus auseinandergesetzt haben. Das setze ich jetzt mal voraus, vor Allem da er ja auch Politikwissenschaft abgeschlossen hat. Gerade wenn ich daran denke fällt mir eine Szene ein: Alfred Gusenbauer ist in Deutschland. Was war passiert? Kurz davor ist die Erbschaftssteuer ausgelaufen. Die ÖVP hat einem Korrekturgesetz nicht zugestimmt und Alfred Gusenbauer geht zu Angela Merkel und sagt in etwa: „Steuern runter macht Österreichs Märkte munter“. Gerade in Anbetracht dessen, wenn er weiß wofür

Neoliberalismus steht und insbesondere in diesem Zusammenhang: Was hat er sich dabei gedacht? Was ist ihm da passiert?

Erwin Buchinger: Ich habe mich selbst oft über Aussagen gewundert, die er getroffen hat. Über diesen Fall habe ich noch nicht konkret mit ihm gesprochen. Alfred hat auch eine spielerische und selbstironische Seite. Ich schließen nicht aus, dass er das flapsig und ironisch gegen Angela Merkel als Vertreterin einer konservativen und neoliberalen Partei gemeint hat. Es ist aber auch nicht auszuschließen dass er das aus einer Haltung heraus gesagt hat: Naja, jetzt ist es eh schon passiert und man darf auch nicht Repräsentant eines Staates im Ausland dagegen Position beziehen und ich versuche jetzt offensiv zu agieren. Beides halte ich für falsch. Das erste halte ich für naiv und das zweite für politisch nicht durchhaltbar. Es gab aber öfter Aussagen von ihm die ich schwer verstanden habe. Er war auch oft sehr unberechenbar.

I: Ich habe auch schon im Rahmen dieser Diplomarbeit mit Barbara Blaha geredet. Ich habe mit Barbara Blaha etwas gemeinsam: Wir waren an dem Abend damals mit vielen anderen StudentInnen gemeinsam bei der Demonstration als die Studiengebühren nicht abgeschafft wurden und Alfred Gusenbauer hat damals so viel ich weiß zu uns, wir waren zu einem überwiegenden Teil aus der Jugend der SPÖ in verschiedener Form beziehungsweise bereits aktive SPÖ-Mitglieder mit und ohne kleineren Funktionen, in der Art gesagt: Das sind Alles junge, gewaltbereite Kommunisten. Erstens schließe ich mal aus dass er nicht gewusst hat wer da unten steht, denn darunter waren auch teilweise Kinder von Menschen, mit denen er zusammen arbeitet. Was denkt er sich da dabei? Das ist im Grunde ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die ihn selbst unterstützt haben.

Erwin Buchinger: Das war auch so eine Aussage, die ich nicht verstanden habe. Ich habe glaube ich damals auch in seinem Auftrag versucht ein bisschen Verbindungsmann zu sein. Diese Aussage hat das auch erschwert. Es gibt Situationen, da sagt man etwas wo man danach drauf kommt, was man gesagt hat war, wenn es schon kein Blödsinn war so war es zumindest nicht gut. Ich habe eine ähnlich kritisierte Aussage gemacht bei einer Demonstration von Jusos am Linzer Hauptbahnhof, als die Regierungsklausur war. Ich habe dort mit den Jusos geredet und habe mich im Gespräch zu der sinngemäßen Aussage hinreissen lassen: Man könnte ja glauben dass ihr Vertreter der jungen ÖVP seit, weil ihr objektiv in dem ihr dort bei den Bahngleisen steht die SPÖ angreift weil sie einen Kompromiss mit der ÖVP schließt und nicht die ÖVP. Das ist damals auch von den Jusos so ausgelegt worden, dass ich sie da verachtet hätte und das obwohl ich gewusst habe, dass es keine Jungen von der ÖVP waren. Was ich damit sagen will ist das man manchmal etwas sagt, was man gar nicht so meint und dann bereut und ich hoffe dass das auch ein Sager vom Alfred war, den er im Nachhinein oft bereut hat, weil er gewusst hat dass es inhaltlich nicht stimmt und man bedient damit auch ein Klischee von gewalttätigen Linken, dass auch objektiv nie in seinem Interesse hat sein können. Das war auch einer dieser Sager, die nicht gut waren.

I: Wobei ich sagen muss: Dass was du jetzt erwähnt hast. Deine eigene Aussage würde ich eher als inhaltliche Kritik an linkspolitischen Menschen sehen. Trotzdem ich mich auch als sehr stark links sehe fällt es mir immer wieder auf, dass linke Splittergruppen und linkspolitisch sozialisierte Menschen statt die linken Kräfte und die Kräfte links der Mitte zu stärken und gegen die FPÖ und ÖVP vorzugehen sich eher noch gegen die SPÖ vorgehen. Aber das ist meine persönliche Meinung.

Jetzt kommen wir zu dem Thema, wie man zu so einem Amt wie das des Bundeskanzlers überhaupt kommt. Ich habe im Rahmen meines Gespräches mit Josef Broukal von ihm sinngemäß gehört dass die SPÖ aus drei Personen besteht die sich in irgendeiner Form absprechen und

setzen ihre Meinung durch. Josef Cap hat er als absolutistischen Monarchen bezeichnet, der bereits vor Abstimmungen seine Mehrheiten in Gesprächen absichert, dass andere Varianten nicht mehr möglich sind. Er hat dann in dem Punkt noch erwähnt, dass es für ihn sinngemäß ein „Kulturschock“ war dass er dazu gezwungen wurde, gegen seine eigenen Anträge zu stimmen und sein Gesicht damit zu verlieren. Wie kann man Alfred Gusenbauer da charakterisieren? Ich nehme an, da ihr euch schon lange kennt und immer im selben Umfeld gewesen seid: Wie ist Alfred Gusenbauer vom SJ-ler hin ins Machtzentrum, hin zu einem dieser drei Personen gekommen?

Erwin Buchinger: Beim Alfred haben einige Zufälligkeiten eine Rolle gespielt. Er ist in einer Situation Parteiobmann geworden, wo er zuvor relativ kurzfristig Bundesgeschäftsführer war, weil sich zwei Andere, Caspar Einem und Karl Schlögl blockiert haben. Bei Beiden hat es damals starke Befürworter gegeben und es gab die Gefahr von aufkommenden Zerreiß-Prozessen. Im Kreis hat damals hat eigentlich Michael Häupl erstmals Alfred Gusenbauer als Kompromisskandidaten vorgeschlagen. Mit Alfred Gusenbauer haben Alle gut leben können. Alfred Gusenbauer war immer ein Zentrist in seiner politischen Ausrichtung. Er hat immer versucht in seiner politischen Positionierung so zu stehen, dass er für möglichst viele Gruppen akzeptabel ist und damit auch Mehrheitspositionen einnehmen kann. Das ist Ausdruck seines Machtbewusstseins und Machtdranges. Das ist sicherlich ein bestimmender Zug von Alfred Gusenbauer gewesen, neben dieser Grundsatztreue und dem Drang danach, politisch agieren zu können und Macht zu bekommen. Die Frage nach der Demokratie in der Partei und nach der Entscheidungsfindung in der Partei hat Alfred Gusenbauer wahrscheinlich nie sonderlich kritisch gesehen. Das hat er auch in seinem Aufstieg im Parteiapparat immer so kennen gelernt und er hat das selber auch so reproduziert. Er war als Parteivorsitzender auch nicht anders, demokratisch oder hätte mehr einbezogen in Entscheidungen als vorher oder nachher. Da gibt es auch keine Unterschiede zu Faymann: Diese Selbstbezogenheit und diese

Zentralisierung. Ich glaube auch nicht, dass er sich geändert hat. Drei Personen, wie du sagst, ist wahrscheinlich übertrieben. Ich würde den Kreis der Personen etwas größer ziehen, aber es ist tatsächlich ein relativ kleiner Kreis der aus zwei, drei Landeshauptleuten, dem ÖGB und der AK-Spitze besteht. Josef Cap hat im Kern und im innersten Zirkel nicht unbedingt dazu gehört. Ich weiß nicht ob er heute dazu gehört. Josef Cap ist eher der, der nachvollzieht und ausübt was andere als Linie beschließen und vorgeben.

I: Wie ist es dann dazu gekommen? Alfred Gusenbauer kommt in eine höhere Position und nimmt sich seine Menschen mit, die ihn begleitet haben auf diesen Weg.

Erwin Buchinger: Nein, nein. So einfach ist das nicht. Er hat bei der Kabinettszusammensetzung überlegt zu welchen Leuten hat er Vertrauen und welche Personen braucht er, die ihn stärken. Welche Leute gehen seinen Weg und welche Leute muss er nehmen, weil drei, vier andere wichtige Menschen in der Partei sagen, die sollten dabei sein. Gemäß dieser Überlegungen kommt dann eine Liste heraus, der Klubvorsitzende und der Bundesgeschäftsführer. Man ist zwar formal alleine, nimmt aber Rücksicht. Man kann auf jeder Ebene Fehler machen. Ich bin in das Kabinett als Vertrauensperson von ihm gekommen, als langjähriger Freund wo Alfred gewusst hat, dass man sich auf mich verlassen kann. Ich bin zwar immer ein bisschen links, oder deutlich links von ihm gewesen aber das war für mich doch ein ziemlich starkes Signal an die Bundesregierung, dass er ein paar Personen genommen hat von denen er wusste, dass sie links von ihm stehen. Maria Berger zähle ich zum Beispiel auch als eine von ihm links stehende dazu. In der Nachfolgeregierung hat es das nicht mehr gegeben.

I: Wir kommen jetzt zur Realpolitik. Was war deiner Meinung nach die sozialdemokratische Handschrift in der Ära Gusenbauer?

Erwin Buchinger: Die sozialdemokratische Handschrift hat sich vor Allem in der Sozialpolitik, für die ich zuständig war gezeigt. Mein Auftrag von Alfred Gusenbauer war der Politik von Schwarz-Blau die Giftzähne zu ziehen soweit es möglich war mit dem Koalitionspartner ÖVP. Insbesondere umfasste dieser Auftrag das Pensionsrecht. Der zweite Auftrag war Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts neu zu formulieren. Ich glaube, die sozialdemokratische Handschrift hat sich in diesem Bereich notwendigerweise abgespielt da die ÖVP vorher hierbei den Rückschritt am deutlichsten dargestellt hat. In der Ära Schwarz-Blau gab es neben dem Auf-die-Spitze-Treiben von Privatisierungen, die nicht mehr rückgängig zu machen waren, viele Verschlechterungen in der Sozialpolitik. In anderen Feldern wie Wirtschaftspolitik, Gesellschaftspolitik, Bildungspolitik sieht man sozialdemokratische Handschrift ebenfalls, aber nicht so breit wie in der Sozialpolitik. In der Bildungspolitik hat man es zum Beispiel gesehen mit dem Versuch einen Fortschritt bei den Kindergärten zu erzielen als auch die gemeinsame Schule der 10 bis 14 Jährigen weiter zu forcieren .

I: An diesem Punkt muss ich schon einhaken: Das ist bis heute nicht verwirklicht. Der Versuch allein ist nichts zählbares. Aber um zur Sozialpolitik noch einmal zu kommen hätte ich gerne konkrete Beispiele gewusst. In welchen Punkten hat sich die Sozialpolitik in Richtung sozialdemokratische Handschrift verändert bzw. verbessert?

Erwin Buchinger: Ich spalte die Sozialpolitik auf in mehrere Felder. Ich nenne die Arbeitsmarktpolitik, Sozialversicherung, Arbeitslosen,- Pensions- und Krankenversicherung, den Bereich Pflege und Armutsbekämpfung. Ich fange mit der Bekämpfung von Armut an. Mein Auftrag war es die bedarfsorientierte Mindestsicherung als ein Eckpfeil der Armutsbekämpfung durchzusetzen. Armutsbekämpfung ist ja auch völlig richtig auf drei Eckpfeilern gebaut worden. Armutsbekämpfung am Besten durch Vollbeschäftigung, die nicht nur

zahlenmäßig weniger Beschäftigungslose einschließt sondern auch gute, voll versicherte Arbeit mit guter Entlohnung. Der zweite Eckpfeiler der Armutsbekämpfung ist im Bereich der Sozialversicherungssysteme zu finden. Entwicklungen im Pensionsrecht, die Armutsentwicklung begünstigt haben, haben wir zurück genommen. Der dritte Eckpfeiler ist die bereits erwähnte, bedarfsorientierte Mindestsicherung.

Was ist passiert im Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik? Es wurde die Ausbildungsgarantie für Jugendliche eingeführt. Diese Politik, die sich immer noch Faymann und Hundstorfer auf ihre Fahnen heften ist unter Alfred Gusenbauer im Sommer 2007 beschlossen und durchgesetzt worden. Das hat für die Jugendlichen bedeutet, dass die ganzen Kurzkurse, die es vorher in der Ära Schwarz-Blau gegeben hat und die Nichts gebracht haben, abgeschafft wurden und Kurse bis zum Lehrabschluss eingeführt worden sind. Es ist der Rechtsanspruch eingeführt worden, dass Jugendliche ein Recht auf eine Lehrausbildung in überbetrieblichen Lehrwerkstätten haben und so zum Lehrabschluss kommen. Begünstigt durch die Konjunktur ist in den zwei Jahren Alfred Gusenbauer die Beschäftigungspolitik, die Wolfgang Schüssel noch als Micky-Maus-Thema bezeichnet hat, budgetmäßig auf Höchststände ausgeweitet worden. 2007 und 2008 gab es das höchste Budget für aktive Arbeitsmarktpolitik trotz Hochkonjunktur. Jetzt, wo aktive Arbeitsmarktpolitik dringender benötigt werden würde sind die Budgets im Bereich Arbeitsmarktpolitik gekürzt worden. Im Bereich Arbeitsmarkt sind prekäre Arbeitsverhältnisse verringert worden. Freie Dienstnehmer sind sozialversicherungsmäßig und in der Arbeitslosenversicherung gleich gestellt worden. Viele wissen das gar nicht mehr und es ist bereits vergessen worden. Im Bereich Krankenversicherung ist die Rezeptgebühr- Obergrenze eingeführt worden, die sicher stellt, dass Menschen mit niedrigem Einkommen nicht mehr als zwei Prozent ihres Netto-Einkommens an Selbstbehalten zahlen müssen. Das hat damals für über 200 000 Menschen finanzielle Erleichterung bedeutet. Es ist erstmals in der Geschichte ein Mindestlohn eingeführt worden mit der Zustimmung der Wirtschaftskammer und des ÖGB.

-

I: Für alle Jobs und Berufe, die nicht bereits vorher einen Kollektivvertrag hatten...?

Erwin Buchinger: Arbeitsverhältnisse bei denen es noch keine Mindestgrenze gab. Im Bereich der Abschläge bei den Pensionen sind die Abschläge bei der Korridor – Pension halbiert worden von 4,2 Prozent auf 2,1 Prozent. Die Zuschläge für Kinder vier Jahre nach der Geburt sind nach oben angepasst worden. Die Hacklerregelung ist zweimal verlängert worden. Im Bereich Schwerarbeits-Pension, Invaliditätspension sind Reformprojekte weitergeführt worden, die jetzt wirksam werden. Zum Beispiel die so genannte Gesundheitsstraße. Es ist die bedarfsorientierte Mindestsicherung konzipiert worden. Es sind die Nachverhandlungen mit Kärnten als Ausnahme abgeschlossen worden. Alle anderen Länder haben schon unter der Regierung Gusenbauer unterschrieben. Mit Verzögerung kam dann die Durchsetzung erst in der Regierung Faymann. Wir hatten das erste Regierungsprogramm wo Armutsbekämpfung formuliert worden ist. Im Bereich Pflege und Betreuung ist eine völlig neue Sozialleistung eingeführt worden- die Förderung der 24h Pflege mit einem Volumen von über 30 Millionen Euro. Ein Problem, dass die Regierungen vorher jahrelang verdrängt und weg geschoben haben, haben wir in 2 Jahren erledigt. In den Jahren der Regierung Gusenbauer ist das Pflegegeld am Stärksten erhöht worden- durchschnittlich um 5 Prozent. In der jetzigen Regierung ist das Pflegegeld gekürzt worden ab 1.1. 2011. Es sind neue, verbesserte Regeln für Demenzkranke eingeführt worden. Es ist die Gratis-Selbstversicherung für pflegende Angehörige auch bei Pflegestufe 3 und 4 eingeführt worden. Ich kann jetzt lange noch Sozialleistungen aufzählen: Das bedauerliche ist, dass das Niemand mehr weiß, weil das auch in der eigenen Partei nicht geschätzt worden ist. Alles war zu wenig. Es war die produktivste und fruchtbarste Zeit der Weiterentwicklung der Sozialpolitik der letzten 20 Jahre. 20 Jahre ist vielleicht übertrieben: Es hat in den letzten 15 Jahren keine so große Weiterentwicklung in der Sozialpolitik im Zeitraum von 2 Jahren gegeben wie

in der Regierung Gusenbauer. Der letzte große Sprung vorher war die Einführung des Pflegegeldes im Jahr 1994.

I: Was war die Politik in der Ära Gusenbauer, die gegen die sozialdemokratischen Grundwerte passiert ist?

Erwin Buchinger: Ich würde sagen, dass wir Nichts aktiv in diese Richtung gemacht hätten. Im Bereich für den ich zuständig war- im Bereich Sozialpolitik- haben wir überhaupt keine Verschlechterung eingeführt. Das hätte ich auch nicht getan. In den Bereichen wo ich mit zuständig war, im Bereich Beschäftigungspolitik- da war ja das Bildungsressort zuständig- haben wir eines eingeführt als Verschlechterung, wo sich herausgestellt hat, dass es keine war sondern gut gegriffen hat. Ich rede vom Wegfall der Unmöglichkeit von Kündigungen von Lehrverhältnissen mit Ende des ersten und zweiten Lehrjahres bei einer gleichzeitigen Ausbildungsgarantie- für den Fall dass die Lehre beendet wird, kann die Ausbildung in einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte abgeschlossen werden. Das war damals ein kritischer Punkt mit der Gewerkschaftsjugend. Man hat mir damals vorgeworfen, dass da jetzt hunderte oder tausende Lehrlinge gekündigt werden. Ich habe damals gesagt: Schaut es euch an: In 1 Jahr werdet ihr sehen, dass ihr nicht recht haben werdet, sondern es wird zu Verbesserungen führen, weil man dann nicht zu einvernehmlichen Lösungen gezwungen ist und formelle Lösungen anbieten kann. So ist es dann auch gekommen. Ich kenne keinen negativen Fall.

Ich wüsste jetzt auch nicht- ich schließe es aber nicht aus, ob es Verschlechterungen im Bereich Bildung, Unterricht, Wirtschaftspolitik gegeben hätte. Was es gegeben hat, ist dass wir in einigen wichtigen Punkte unsere Vorstellungen nicht durchsetzen konnten. Zum Beispiel die angesprochene Abschaffung der Erbschafts- und Vermögenssteuer. Es war klar bei Verhandlungen mit der ÖVP, dass wir eine Lösung ähnlich der in Deutschland erzielen möchten. Die ÖVP hat ihrerseits genau gewusst, wenn es zu keiner Lösung kommt fällt die Erbschafts- und Schenkungssteuer weg und war daher taktisch in der stärkeren Position, weil sie einfach Nichts machen mussten.

Die, die etwas machen möchten brauchen die Mehrheit- Wer Nichts machen möchte, braucht dafür keine Mehrheit. Oder die angesprochenen Studiengebühren. Im Stipendiensystem sind Verbesserungen erreicht worden. Die Abschaffung der Studiengebühren wurde nicht erreicht.

I: Welche Verbesserungen hat es im Stipendiensystem gegeben?

Erwin Buchinger: Ich weiß es nicht mehr im Detail, aber die Stipendien sind um einige Millionen Euro erhöht worden.

I: Aber ich habe doch erst unlängst gehört, dass die jahrelang schon nicht mehr angepasst wurden an den Wertverlust durch die Inflation?

Erwin Buchinger: Ich war für diesen Bereich nicht zuständig, daher ist da meine Erinnerung nicht so gut. Nach meiner Erinnerung war Teil des Gesamtpaketes damals im Kompromiss mit der ÖVP Einführungen von Verbesserungen im Stipendiensystem- entweder 10 Millionen oder 10 Prozent Erhöhung und die Idee durch gemeinnützige Arbeit einen Wegfall der Studiengebühren zu erreichen. Diese Idee ist ja dann nicht wirklich zustande gekommen. Jedenfalls: Verschlechterungen hat es nicht gegeben: Auch bei den Studiengebühren nicht.

Aber hilf mir auf die Sprünge: Wo siehst du Verschlechterungen?

I: Ich habe jetzt mal einfach die Frage gestellt. Das heißt jetzt nicht, dass ich selbst zwangsläufig Verschlechterungen sehe oder wahr genommen hätte. Wenn du jetzt aber zum Beispiel ansprichst die Aufhebung des Kündigungsschutzes bis zu einem gewissen Grad bei Lehrlingen so

würde mich das ein bisschen erinnern an die Ära Vranitzky und das Thema Abschaffung der Vermögenssteuer.

Das sind für mich in beiden Fällen, also Abschaffung der Vermögenssteuer und hier jetzt die Aufhebung des Kündigungsschutzes Punkte mit kurzfristiger Wirkung, die aber nicht nachhaltig sein müssen. Zum Beispiel jetzt im Falle der Aufhebung des Kündigungsschutzes: Die kurzfristige Wirkung von mehr Arbeitsplätzen mit einer aktuellen, kurzfristigen, guten Auswirkung aber aus langfristiger Basis heraus kann es sich in eine ganz andere Richtung entwickeln. Bei der Abschaffung der Vermögenssteuer hätte ich zum Beispiel gesagt: Aus der damaligen Sicht war es vernünftig, weil gerade beim EU-Beitritt die österreichischen Unternehmen mehr Substanz haben sollten um wettbewerbsfähig zu sein, dadurch hat man vermutlich auch einige Arbeitsplätze gerettet und man konnte besser in die Europäische Union starten, hat also damals vermutlich Arbeitsplätze nicht nur gerettet, sondern womöglich sogar welche geschaffen: Jetzt, von heute betrachtet könnte man sagen: Hätte man damals die Vermögenssteuer nicht abgeschafft, sondern reformiert und anders gemacht, dass sie mehr greift, wäre das wesentlich einfacher gewesen als sie jetzt, heute, jemals wieder ein zu führen. Ähnlich würde ich das mit der Lockerung des Kündigungsschutzes sehen. Das Problem der Politik ist auch, dass sie an Kurzfristigkeit gemessen wird obwohl sie zukunftsorientierte Lösungen anbieten müsste. Also wenn man kurzfristig gute Ergebnisse schafft, dafür aber seinen Nachfolgern womöglich sogar nachhaltig Probleme schafft, weil man womöglich nicht mehr zurück kann oder die Politik in die falsche Richtung eingeleitet wurde, dann würde ich das durchaus als nicht mit den Werten der Sozialdemokratie vereinbar sehen. Aber das ist meine persönliche Meinung.

Erwin Buchinger: Das müsste man sich genau anschauen. Du hast jetzt einen Punkt genannt: Die Abschaffung des Kündigungsschutzes: Den könnte man so sehen. Aber wenn man sich anschaut, wie genau wir die Einführung

einer Kündigungsmöglichkeit gemacht haben, also nur unter der Berücksichtigung, dass eine Kündigung nur möglich ist wenn die Ausbildung in einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte abgeschlossen werden kann, wenn die Möglichkeiten da sind, dann bedeutet das für den Lehrling keinen konkreten Nachteil. Im Gegenteil. Er kommt selbst in eine Situation, wo er raus kann. Den Lehrabschluss kann er dennoch machen. Dazu stehe ich, da sehe ich keine Verschlechterung: Das war eine gute Lösung. Diese Lösung ist uns vorgeworfen worden, aber seither nie wieder, weil die Befürchtungen nicht eingetreten sind. Ich sehe in jedem Fall keine negative Entwicklung oder keine negativen Beschlüsse in den zwei Jahren der Regierung Gusenbauer. Wir sind in vielen Punkten nicht dort hin gekommen, wo wir hin wollten, aber wenn ich jetzt die letzten beiden Jahre vergleiche, wo sogar das Kräfteverhältnis mehr für die SPÖ ausgeschlagen ist, die SPÖ verhältnismäßig stärker als die ÖVP ist, sehe ich kein Mehr an Durchsetzung sozialdemokratischer Grundsätze. Große Fortschritte im Sozialbereich hat es seither nicht mehr gegeben: Im Gegenteil: Es gab echte Kürzungen. Hacklerregelung beendet, Wegfall von Sondermaßnahmen für Behinderte, Pflegegeld gekürzt...

I: Natürlich muss man dabei auch andere Grundbedingungen berücksichtigen. Die Wirtschaftskrise zum Beispiel.

Erwin Buchinger: Das ist klar, das ist schon wahr.

I: Na gut, dann sind wir jetzt fertig und ich möchte mich bei dir bedanken.

Erwin Buchinger: Ja gern, Willi.

Transkript des Interviews mit Petra Bayr

I: Was sind deiner Meinung nach die Werte der Sozialdemokratie?

Petra Bayr: Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Jetzt sehr platt gesagt. Ich glaube, dass sich das von den Grundzügen her nicht ändert. Zum Beispiel dass man auf Schwächere schaut und dass Alle ein menschengerechtes Leben führen können und dass es ihnen die Möglichkeit zur Verwirklichung gibt.

- Ich glaube, dass die Sozialdemokratie nicht immer auf Zack ist wenn es darum geht, ihre Werte in neuere Zeiten zu adaptieren und Verständnis für neue Themen zu haben. Dabei sind es eigentlich sehr grundsätzliche Themen. Die Sozialdemokratie in diese Richtung zu transformieren- da tut sie sich oft schwer.

I: Welche Werte meinst du da jetzt konkret? Wo tut sich die Sozialdemokratie schwer?

Petra Bayr: Zum Beispiel beim Umweltschutz hat die Sozialdemokratie Probleme. Da ist ein bisschen in den Köpfen der Menschen: Entweder rauchende Schlote oder Umweltschutz, also sprich: Entweder Arbeitsplätze oder Umweltschutz. Das ist schon lange nicht mehr so. Außerdem ist beim Thema Energiearmut sehr viel zu machen. Das ist ein relativ neues Thema: Menschen können sich zum Teil auch in hoch entwickelten Ländern nicht mehr leisten zu heizen oder den Strom zu nutzen wie sie ihn brauchen würden. Welche Maßnahmen leitet man daraus ab? Ich habe das Gefühl, dass da zum Teil die Antworten noch fehlen.

I: Und wenn du da zum Beispiel den Wert „Freiheit“ ansprichst: Welche oder wessen Freiheit? Freiheit ist ein Begriff, der eigentlich von allen politischen Richtungen und Bewegungen benutzt wird, unabhängig ob es rechtsextreme oder auch neoliberale Richtungen sind.

Petra Bayr: Hier finde ich den Spruch: Freiheit ist auch die Freiheit des Andersdenkenden passend. Medienfreiheit, Versammlungsfreiheit sind grundlegende Menschenrechte. Diese Rechte sind jetzt nicht mal besonders sozialdemokratisch geprägt, aber das sind Freiheiten wo ich der Meinung bin, dass sie universelle Menschenrechte sind. Sie sind es ja auch von der Deklaration der Menschenrechte her. Ich verstehe jetzt Freiheit nicht so, dass sich jedes wirtschaftliche Geflecht so entwickeln kann wie es gerade möchte oder wie es auch geht, ohne Rücksicht auf Ressourcen, ohne Rücksicht auf die Gesundheit von Menschen, ohne Rücksicht bezüglich Ausbeutung und Unterdrückung. Das ist nicht mein Verständnis von Freiheit. Freiheit für Jeden oder „Freiheit für freie Bürger“- Das ist nicht mein Verständnis. Ich glaube, dass Freiheit durchaus auch Regeln hat und akzeptieren kann und darüber hinaus habe ich jetzt keine verschiedenen, ideologischen Freiheitsbegriffe auf Lager.

I: Und Gleichheit zum Beispiel?

Petra Bayr: Ich glaube dass es da vor Allem nicht um die Gleichheit der Chancen geht- denn Chancen hat theoretisch bald einmal jemand gleich, sondern hier geht es wirklich um die Chance gleiche Ergebnisse zu erzielen unter anderen Voraussetzungen und Umständen. Zum Beispiel auch aufgrund von Behinderungen, aufgrund des Geschlechts, aufgrund der Herkunft und sonstigen Stigmatisierungen, aufgrund sozialer Probleme usw. Ich glaube: Es ist nicht nur wichtig Menschen Chancen auf etwas zu geben, sondern ihnen auch zu ermöglichen, diese Chancen wirklich ergreifen zu können. Das wird

für manche mehr Unterstützung bedürfen und für manche Menschen weniger. Das ist so mein Gleichheitsbegriff. Geschlechtergleichheit ist diesbezüglich sicher ein spezielles Thema dazu, aber von den Prinzipien geht es auch hier genau um das selbe.

I: Positive Diskriminierung ist ja etwas dass die Chancen für Benachteiligte erhöht im Vergleich zu Anderen.

Petra Bayr: Genau. Ich habe kein Problem mit positiver Diskriminierung. Ich halte das für ein gerechtes Mittel um Gleichheit in der Chancenerreichung wirklich herzustellen. Die ist meiner Meinung nach nicht gegeben.

I: Und Solidarität?

Petra Bayr: In meinem Arbeitsfeld geht es da auch sehr um internationale Solidarität, Geschwisterlichkeit. Da geht es auch um eine faire Ressourcenverteilung, um eine faire Verteilung auch wiederum von Chancen, aber auch von Bürden. In dem heutigen System nehmen wir uns halt sehr viele Chancen und Möglichkeiten für uns im Norden, aber lassen sehr viele Bürden und Lasten, zum Beispiel beim Klimawandel, eher denen über, die rund um den Äquator leben. Wir blasen zum Beispiel CO₂ raus, aber die von dem Klimawandel am Schlimmsten betroffenen Menschen sind ja nicht wir, dass sind die, die zum Beispiel in tropischen Gebieten leben. Sich dessen bewusst zu werden, dass mit der Art wie wir leben, wie wir wirtschaften, wie wir wohnen wir Anderen etwas antun, das ist ein erster Schritt zu dieser Solidarität. Auf umweltpolitischer Ebene Solidarität zu leben ist offensichtlich für die Menschheit ein schwer zu lösender Intelligenztest. Wenn ich zum Beispiel die letzten Klimakonferenzen berücksichtige- da ist eben wieder Nichts raus gekommen, weil Alle nur auf ihre eigenen Interessen, Budgets und wirtschaftliche Interessen geschaut und sich nicht viel darum geschert haben,

wie es Anderen dabei geht. Das ist ein Beweis dafür, dass es mit der internationalen Solidarität im Moment nicht weit sind. Solidarität generell ist nicht nur international, sondern zum Beispiel auch in Österreich zu leben. Da geht es zum Beispiel um die Frage der Verteilung von Einkommen, von Wohlstand, von Steuereinnahmen ect. Da sind wir auch nicht wirklich fair sondern verteilen sehr ungleich.

I: Gerade was die Verteilung nicht nur umweltpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch betrifft: Wird es einem da nicht sogar schwer gemacht in der Europäischen Union, wo ja zum Beispiel die sozialpolitische Ebene überhaupt nicht angeglichen ist und die wirtschaftspolitische Ebene sehr stark miteinander konkurriert?

Petra Bayr: Da bin ich mir oft nicht sicher, ob es nicht sogar ein Glück ist, dass die sozialpolitische Ebene nicht angeglichen ist, weil ich mir nicht sicher bin, ob es nicht vielleicht sogar eine Anpassung nach Unten wäre. Da weiß ich nicht, bin ich mir nicht sicher, wo wir uns da im Schnitt finden würden. Gerade wenn ich mir anschau, was diskutiert wird: Einkommen, Mindesteinkommen usw. Ich bin mir nicht sicher, ob das für ein Land wie Österreich, wo wir relativ hohe soziale Standards haben, vielleicht auch relativ mehr Solidarität leben im Vergleich zu Anderen auch innerhalb der Europäischen Union, ob das eine gute Idee wäre.

Gerade die Europäische Union würde da viele Chancen bieten, um solidarischer zu leben, wenn es eine politisch anders geführte Europäische Union wäre. Das ist einfach eine konservativ geführte Europäische Union. Gerade was Verteilungsfragen und Fragen der Solidarität betrifft hat diese neoliberal, konservativ geführte Europäische Union nicht sonderlich viel am Hut. Das ist nicht ihr Ziel. Ich glaube, dass die EU als theoretisches und politikwissenschaftliches Konzept Chancen bieten würde, aufgrund der realen Machtverhältnisse werden diese Chancen aber nicht wirklich ergriffen.

I: Jetzt haben wir mal die Werte besprochen. Jetzt komme ich zu dem Punkt, weswegen ich auch hier hergekommen bin. Der Punkt: Bundesregierung unter Werner Faymann. Du bist ja Nationalratsabgeordnete. Wie schätzt du da Werner Faymann ein? Welche Stärken und Schwächen hat er als Parteiobmann und als Bundeskanzler?

Petra Bayr: Ich glaube, dass seine Stärke ist, dass ihm das Wohl der ganzen Republik und aller Menschen ein Anliegen ist. Ganz sicher versucht er das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Er ist nicht unbedingt jemand, der besonders groß auf Konfrontationskurs geht. Er versucht da eher eine Linie in der Koalition zu finden. Ich denke: Das kann man gleichzeitig auch als Schwäche auslegen. Das was Manche als Stärke schätzen, kritisieren Andere als totgekuschelt. Das sind zweierlei Auslegungen. Ich denke, es kommt dann auch immer darauf an, um welches Thema es konkret geht. Wenn es momentan um Flaggenthemen geht wie das Bundesheer, oder Bildungspolitik- bei diesen Themen gelingt es leichter, ihm auch als Bundeskanzler klare Linien vorzugeben und zu sagen, wohin die Reise gehen soll. Themen die nicht so hauptsächlich sozialdemokratisch sind- das Bundesheer ist es ja auch nicht, da gelingt es ihm oft auch schwerer wirklich zu vermitteln, wohin er am Ende der Reise hin will. Vielleicht auch deshalb weil in der SPÖ zu manchen wichtigen Themen, weil es da manche Punkte gibt wo die Positionen nicht wirklich ausdiskutiert sind. Es gibt in der Sozialdemokratie nach wie vor Beschlüsse, die sich gegenseitig widersprechen, wenn man es sich ganz genau ansieht. Es gibt da jede Menge Widersprüche und diese Widersprüche spiegeln sich zum Teil dann auch in der Kommunikation. Ich glaube, das merkt man auch außerhalb. Ich habe gerade vorhin EU-Ausschuss gehabt- das ist einer der wenigen Gelegenheiten, wo der Bundeskanzler auch im Parlament ist und wo der Bundeskanzler quasi strukturell, parlamentarisch zu tun hat. Heute ging es um den kommenden Gipfel am 4. März und um Fragen von Energie und Innovation, naher Osten und Nordafrika. Da habe ich das

Gefühl haben wir es gut geschafft zu vermitteln, gerade in der Frage Ägypten usw., das es auch darum geht die Menschen die dort vor Ort sind aus der Gefahrenzone zu bringen. Das ist ein Nano-Nanethema – Thema, in Wirklichkeit ein Konsensual-Thema. Jeder will halt schauen, dass man die Österreicher schützt die gerade in den Krisengebieten sind und sie möglichst schnell aus der Gefahrenzone bringt. Das Alles hat aber mit der Person Werner Faymann nichts zu tun: Ich leide als Abgeordnete ein bisschen darunter, dass im Vergleich zum Kabinett Gusenbauer, das klare Ansprechpartner zu jedem Thema gehabt hat, es beim Kabinett Faymann nicht so klar ist. Ich habe eigentlich niemanden mit dem ich über meine Themen, jetzt als konkreten Ansprechpartner telefonieren oder auseinandersetzen kann. Das macht die Arbeit für mich als Abgeordnete schwieriger und ich gebe mich da zum Teil eher auf die Beamtenebene. Das hat jetzt glaube ich aber nichts mit Werner Faymann als Person zu tun. Das ist wahrscheinlich so passiert.

I: Wenn du jetzt Werner Faymann mit Alfred Gusenbauer vergleichen würdest...Wie würdest du sie da in ihrer Art zu regieren unterscheiden und in ihrer Art als Bundesparteiboss? Wo sind da die Unterschiede?

Petra Bayr: Ich glaube, dass der Alfred wesentlich poltiger und wahrscheinlich auch pointierter und kritisierbarer war. Der Werner ist wahrscheinlich wesentlich geschliffener, den Konsens suchend und auch weniger angreifbar. Ich glaube zum Beispiel dass der Alfred zum Teil die Auseinandersetzung wirklich gesucht hat, mit Oppositionsparteien zum Beispiel. Ich glaube, dass das der Werner nicht tut. Es passiert ihm unter Anführungszeichen manchmal, ich glaube aber nicht, dass er das bewusst provoziert. Ich glaube, dass das der Alfred durchaus schon provoziert hat. Sie haben Beide ein unterschiedliches Profil im Sinne von: Was sind für sie wichtige, politische Themen?

I: Was war für Alfred Gusenbauer wichtig?

Petra Bayr: Für Alfred war im Vergleich zum Werner sicherlich die internationale und die europäische Vision wichtiger und das hatte auch für meine Themen zur Konsequenz, dass ich es bei ihm leichter hatte einen Dialog über internationale Themen zu finden. Ich betreibe halt viele internationale Themen in meiner Arbeit. Ich glaube dass der Werner einen stärker auf Österreich fokussierten Politikzugang hat. Ich glaube, da ist es auch sehr gut gelungen, diese Frage von Verteilungsgerechtigkeit und wie verteilt man den sozialen und wirtschaftlichen Kuchen- Das ist beim Werner eher im Mittelpunkt.

I: Im Laufe meiner Interviews habe ich alle sozialdemokratischen PolitikerInnen, die ehemaligen und die aktiven nach den Werten der Sozialdemokratie befragt. Da stellt sich für mich zunehmend ein großer Unterschied heraus: Nämlich der Unterschied zwischen Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit. Es gibt sozialdemokratische PolitikerInnen denen Chancengleichheit nicht genügt und dann gibt es andere- Hannes Androsch zum Beispiel, der sogar nur an die Chancengleichheit glaubt. Hannes Androsch hat diesbezüglich gemeint: Alles Andere wäre ein Schlaraffenland und ist nicht möglich, und selbst wenn es möglich wäre, würde es wahrscheinlich keiner haben wollen. Andere fordern sogar nur das- ich nenne das mittlerweile: Chancengerechtigkeit ein. Darunter verstehe ich das benachteiligte Gruppen, egal ob es jetzt Frauen sind, Arbeiterkinder usw. mehr Chancen bzw. unendlich viele Chancen im Vergleich zu den Menschen die bezüglich Chancen ohnehin besser positioniert sind in ihrem Leben haben.

Ich stelle Werner Faymann schriftlich im Übrigen auch gerade diese Frage: Wie würdest du da Werner Faymann einschätzen: Ist er für Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit?

Petra Bayr: Ich glaube eher für Chancengerechtigkeit. Ich überlege gerade, ob ich das an irgendeinem Beispiel festmachen kann...Oh ja doch: ich glaube das ist auch in der Bildungsdebatte relativ klar. Es ist jetzt vielleicht nicht ausgesprochen, aber zwischen den Zeilen, wenn man es so versteht wie ich es verstehe, ist er eher für Chancengerechtigkeit. In der Bildungsdebatte geht es auch um Fragen wie welche Schulformen man wählt usw. Ich glaube der Kampf um einerseits Ganztageschulen und andererseits ganztägige Betreuungsformen und diese Frage der Gesamtschule und der differenzierten Förderung – da kommt eigentlich auch genau das zum Tragen. Weil klar ist dass es nichts nutzt, wenn man Mathematik für Hochbegabte anbietet- davon werden von der Klasse ein ganz kleiner Prozentsatz etwas haben: Ich muss schauen, wie ich Alle dort hinbringe, dass sie Mathematik einerseits so betreiben können, dass sie es vielleicht sogar Verstehen im Sinne von einer Einsicht und andererseits dann auch die, die weit darüber hinaus interessiert sind oder etwas können, dass man die auch fördert und fordert. Da sind viele differenzierte Ansätze notwendig wo ich davon überzeugt bin: das geht innerhalb eines Schulsystems. Ich brauche nicht ein superdifferenziertes Schulsystem wo ich dann hoffe, dass ich in einem Schulsystem die Super-Begabten habe, sondern ich brauche eine große innere Differenzierung, wo auch unterschiedliche Methoden, unterschiedliche Förderungen usw. überlegt werden. Ich glaube daraus, dass Werner Faymann auch eher für eine Chancengerechtigkeit ist.

I: Josef Broukal hat- weil du da gerade die Schulpolitik ansprichst- gemeint, dass getauscht wird bzw. etwas gemacht wird, das nicht intellektuell standhält nur um etwas Anderes heraus zu bekommen. Für mich wäre es da naheliegend, dass die SPÖ einerseits die Fortschritte beim Kindergarten, bei der Matura für Berufstätige und für BerufsschülerInnen hat und auf der anderen Seite die Universitäten der ÖVP überlassen hat. Und zwar nicht nur deshalb, weil das Wissenschaftsministerium der ÖVP überlassen worden ist. Bist du da

der Meinung: Ist das auf lange Sicht mit den Werten der Sozialdemokratie vereinbar?

Zu sagen zum Beispiel: Weil die soziale Selektierung bereits im Kindergarten, in der Volksschule usw. passiert muss da der besondere Fokus gelegt werden und die Förderung und der Zugang für Universitäten kann vernachlässigt werden.

Petra Bayr: Nein. Was ist da jetzt der Schluss? Wir hatten Erfolge beim Kindergarten und bei den Schulen und haben dafür zugelassen, dass man weniger Geld in die Universitäten steckt? Zum Einen: Wir sind in einer Koalitionsregierung und da ist es klar, dass die Anderen auch Ministerien haben und welches Ministerium man dann wem überlässt, und dass es dann die Partei ist, die dieses Ministerium federführend gestaltet- das kann ich als jemand, die immer mit jemanden gearbeitet hat von der anderen Partei (Anm.: Umwelt) bestätigen. Ich glaube aber nicht, dass es diesen Abtausch wirklich gibt. Wenn man das glauben würde, hätte man auch glauben müssen, dass jetzt, wo sich die ÖVP ein bisschen bewegt in Richtung Gesamtschule, dass man als Pendant dann wieder die Studiengebühren hätte einführen können. Das ist nicht passiert. Das ist zum Glück nicht passiert- das finde ich sehr gut, dass wir da stur geblieben sind. Was die Fragen der neuen Zugangsbeschränkungen betrifft denke ich mir, dass das welche sind mit denen man unter Umständen leben kann. Mir wäre es auch lieber, dass wir so viel Geld hätten, das Alle die studieren wollen auch studieren können- das wäre auf jeden Fall bildungspolitisch die intelligentere Antwort auf das Problem. Ich finde auch das wir einerseits das Problem haben, dass wir eigentlich Quoten festlegen müssten für Menschen, die nicht in Österreich maturiert haben- auch auf der Medizinuniversität zum Beispiel- und auf der anderen Seite haben wir fertige, österreichische Mediziner die dann nach Deutschland gehen, weil sie bei uns keinen Turnusplatz finden. Das ist eine trottelige Situation im tertiären Sektor und in der Medizin ganz besonders. Das einzige was für mich nicht nachvollziehbar ist, dass man jetzt nur einmal wiederholen darf. Das ist für mich wirklich nicht nachvollziehbar, warum man

da nur einmal wiederholen dürfen sollte. Ansonsten denke ich, dass man damit eigentlich ganz gut leben kann.

I: Das war es dann eigentlich schon. Danke.

Petra Bayr: Bitte.

Transkript des Interviews mit Barbara Blaha

Transkript Barbara Blaha vom Interview am 15.11.2010 im Cafe Hummel

I: In den Anfängen der 2. Republik, da trafen sich hier (Anm.: Im Cafe Hummel in der Josefstadt) sozialistische und linkspolitisch sozialisierte junge Menschen und die trafen sich in einer so genannten Victor Adler Diskussionsrunde. Bereits in den Anfängen gab es da sozialistische Diskussionen, zum Beispiel in der 1. und 2. Internationalen gab es da linke Diskussionen innerhalb der Arbeiterbewegung. Du warst ja Öh-Vorsitzende und kommst auch aus einer sozialistischen StudentInnenverbindungen. Wie siehst du das denn historisch und jetzt gegenwärtig? Gewinnt der Kapitalismus während sich die Linken untereinander darüber streiten ob sie ihn mit einem Messer oder einer Keule erschlagen wollen?

Barbara Blaha: Das ist eine grobe Verkürzung der inhaltlichen Auseinandersetzung der Linken. Du hast angesprochen die Auseinandersetzungen der ersten und zweiten Republik. Da war die zentrale und wesentliche Fragestellung die Systemfrage überhaupt, oder überhaupt nicht mehr. Mich überrascht ein bisschen diese Frage. Aber ich bin jetzt nicht ganz sicher, was meine Rolle als Vorsitzende der ÖH mit der Frage von linker Auseinandersetzung, oder wo da die Brücke zu schlagen wäre. Ich bin konkret

2007 aus der SPÖ ausgetreten weil die Wahlversprechen zum Großteil nicht eingehalten wurden, insbesondere mit den Studiengebühren. Allerdings war das Regierungsprogramm damals eines, dass de facto kein sozialdemokratisches zu nennen war. Stichwort Lehrlinge, Stichwort Ressortverteilung. Also da gab es eine Menge Punkte, wo nicht nur ich sondern viele Andere fanden, dass der wesentliche Motivator in diese Regierung zu gehen, das Prinzip der Machterhaltung oder Wieder-Erringung war. Und die Frage: „Wozu überhaupt die Macht?“ nicht gestellt wurde.

I: Gibt es deiner Meinung nach noch anti-kapitalistische SPÖ-interne Ideen oder Ideenträger?

Barbara Blaha: Du stellst mir Fragen. Na teilweise sind sie in den Jugendorganisationen zu verordnen. Da gibt es unter Anführungszeichen große antikapitalistische Strömungen. Logisch. Ich will auch sagen, dass die eine oder andere Themeninitiative wie die Initiative für mehr sozialistische Politik in der SPÖ, die waren früher in Meidling-dass die ein ähnliches Programm fordern. Es gibt zwei in der Zukunft (Anm.: Vermutlich ist die Zukunftswerkstätte gemeint). Also es ist nicht so, als gäbe es die Systeme nicht mehr aber ich stelle zunehmend fest, dass das auch außerhalb der SPÖ Thema wird. Wenn ein Christian Felber (Anm.: Attac) veröffentlicht in dem Bereich, dann stellt er auch die Systemfrage, ist aber kein Sozialdemokrat.

I: Beschreib dich selbst! Was würdest du sagen? Bist du Sozialistin, Sozialdemokratin? Bist du für Revolution oder für Reform? Bist du Marxistin?

Barbara Blaha: Ich finde das ist schwierig mit Etiketten, aber wenn man es auf ein Schlagwort reduzieren würde, würde ich sagen: Ich bin Marxistin.

I: Was würdest du jetzt sagen: Was sind die Eckpfeiler der österreichischen Sozialdemokratie?

Barbara Blaha: Die Frage ist mir zu unkonkret. Tut mir leid. Was meinst du damit?

I: Was sind die Handlungsrichtlinien die alle österreichischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vereint? Woran dann gemessen werden kann ob da sozialdemokratische Politik im Sinne des österreichisch sozialdemokratischen Verständnisses gemacht wird oder nicht gemacht wird? Oder woran würdest du das messen?

Barbara Blaha: Das ist schwierig das zu machen. Weil die Frage ja weniger ist, wobei sind sich am Papier alle einig, sondern die Frage ist ja mehr: Wonach wird gehandelt? Und ein wesentlicher Grundpfeiler der Sozialdemokratie sind die Grundwerte, die du eh kennst, aber: Wenn man sich da jeweils das aktuelle Regierungsprogramm anschaut muss man ehrlich sagen: Die sind nicht immer diesen Grundwerten verpflichtet. Das sieht man auch in Wien: Wenn ein Bettelverbot beschlossen wird, wo klar ist, da geht es auf die Schwächsten der Schwachen hin zu hauen, da fragt man schon: Wo ist da der Grundwert der Gerechtigkeit? Und da gibt's ja viele viele Beispiele.

I: Du würdest sagen, es gibt gar keine Grundpfeiler, wonach sich alle SozialdemokratInnen halten...

Barbara Blaha: Nein, sicher- klar: Am Papier. Die Frage ist nur: Was heißt das dann im Handeln? Und da gibt es eine große Differenz, dass in der Real-Politik oftmals eine große Differenz besteht wonach sich auf Parteitage und in Sonntagsreden alle verständigt haben.

**I: Ich nehme an: Du meinst jetzt mit den Grundwerten die du meinst:
Entweder zum Beispiel die drei Pfeile, oder....**

Barbara Blaha: Nein ich meine die vier Grundwerte der Sozialdemokratie.
Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

**I: Ja aber zum Beispiel Gleichheit. Das ist doch immer wieder intensivst
teilweise miss- teilweise um- interpretiert worden. Das ist ja Alles sehr
wage. Wenn du zum Beispiel meinst Gleichheit. Von was sprichst du da?**

Barbara Blaha: Nicht von der Chancengleichheit, die dir jetzt im Kopf herum
spukt, glaube ich. Sondern von einer Gleichheit, die einer realen Gleichheit
entspricht die dann auch mit dem gleichen Ton spricht, denn das Konzept von
Chancengleichheit verfolgt wird, was ja von neoliberaler/konservativer Seite
kommt und gedeckt wurde, die Sozialdemokratie darauf reingefallen ist, aber
wenn man zurück geht in der Geschichte bei Clara Zetkin oder wo auch
immer,....Ich gebe dir schon recht, das sind die Schablonen oder großen
Begriffe wo jeder hinein interpretieren kann, was er sich gerade vorstellt. Aber
herunter gebrochen, in dem politischen Rahmen und in einem
Parteiprogramm, da befindet sich ja sehr konkret und sehr genau die
Vorstellung von was bedeutet gleiche Freiheit in der Sozialdemokratie, oder
wie funktioniert Gerechtigkeit, oder befinden wir uns in einer gerechten
Gesellschaft? Also es ist nicht so, als gäbe es diese Guidelines nicht mehr.
Die gibt es wohl. Sie spielen nur in der Realpolitik keine Rolle.

**I: Der Freiheitsbegriff. Wenn du Freiheit meinst: Würdest du sagen ist die
Sozialdemokratie für einen Freiheitsbegriff zu haben, oder folgt sie dem?**

Barbara Blaha: Nein, eben nicht. Das müsste sie. Die neoliberale Erfolgsstory beruht im Wesentlichen auf einem Glücksversprechen das da heißt: Mehr Freiheit für den Einzelnen durch weniger Staat. Das dieses Versprechen niemals eingelöst wird und ...Klar ist dass der Neoliberalismus niemals hält was er verspricht- Das ist die eine Sache. Das aber dieses Glücksversprechen als Story in der Tagespolitik der letzten 10,15,20 Jahre unglaublichen Erfolg hat, sieht man auch sehr deutlich. Und wenn ich dem gegenüber keinen linken Freiheitsbegriff definiere, dann bleibt mir nur der neoliberale. Und das schwächt die Linke ganz massiv schon seit Jahrzehnten.

I: Jetzt haben wir Freiheit. Jetzt haben wir Gleichheit. Also Brüderlichkeit, Solidarität. Was verstehst du unter Solidarität oder was sollte die Sozialdemokratie unter Solidarität verstehen?

Barbara Blaha. Das ist für mich so nahe liegend... Das Eintreten für Andere, einfach herunter gebrochen. Also da wo der persönliche Einsatz nicht für den eigenen Vorteil gereicht wird, wohl auch, aber es geht nicht um den konkreten Gegenwert oder den persönlichen Nutzen sondern um ein besseres Leben für möglichst Viele von uns. Das bedingt solidarisches Handeln im Alltag.

I: Also ich habe jetzt festgestellt, oder im Laufe meiner Diplomarbeit mittlerweile, dass ich der Meinung bin, dass in der österreichischen Sozialdemokratie die Theorie und Ideologie kontinuierlich verloren geht. Zuerst einmal dass sie sich in der 2. Republik aufgebaut haben durch die Distanzierung zum Kommunismus und eine stark antikommunistische Haltung und weiteres dadurch der sozialistische, marxistische Gedanke in die Peripherie gedrängt wurde, statt im Zentrum wo das vorher im Austromarxismus noch der Fall war. Und spätestens dann durch den Mauerfall, durch den Wegfall des real-sozialistischen Regimes kam es zu einer weiteren Distanzierung und zu einem größeren Wegfall der sozialistischen Ideologie. Außerdem durch den Common sense, der ja meiner Meinung nach nicht stimmt, das Keynesianismus nicht

funktioniert, oder dass Keynesianismus gescheitert ist, fehlt es jetzt konkret an einer anti-kapitalistischen Ideologie ebenso wie es auch an einer kapitalismus-kontrollierenden Ideologie fehlt. Welcher Ideologie folgt die SPÖ deiner Meinung nach? Folgt sie überhaupt noch irgendeiner Theorie beziehungsweise: Welcher Ideologie oder Theorie sollte die SPÖ folgen?

Barbara Blaha: Ich bin mir nicht sicher, ob man von einem unglaublich festen Gebäude der Sozialdemokratie sprechen kann, wenn man die Zustände der Sozialdemokratie im Moment sich anschaut. Also wenn du mich fragen würdest, welcher Wirtschafts-Ideologie sie momentan folgen würde, das kann man schwer beantworten. Man kann es an Einzelmaßnahmen messen. Wenn es jetzt um Theorien geht, die vorgeschlagen wurden, da ist die WIFI-Truppe rund um Markus Marterbauer gott sei dank präsent, die finde ich ein sehr stark keynesianistisches Wirtschaftsprogramm hat.

I: Du meinst das NEW?

Barbara Blaha: Zum Beispiel das NEW. Ich kann mir auch anschauen, was die einzelnen Punkte in der Krisenreaktion der Regierung waren. Also wenn wir von Vermögenszuwachssteuer sprechen so ist das ein handsames Programm, aber es geht in die Richtung, in diese von Markus Marterbauer. Aber wenn du sagst: die SPÖ. Was meinst du jetzt damit? Meinst du jetzt den Bund? Meinst du die Länder? Meinst du die Landeshauptleute? Also weißt du. Das ist jetzt ein bisschen schwierig. Da würde ich sagen, da gibt es so ein Gebäude eben nicht- die aktuelle Wirtschaftspolitik der SPÖ. Das sieht man eigentlich auch daran, dass die gesamte Zeit die wirtschaftspolitische Debatte in einer Arbeitsgruppe unter Staatssekretär Schieder gelandet ist. Ich weiß gar nicht ob die noch tagt. Ich nehme es an. Ich weiß es nicht.

I: Du meinst Österreich 2020?

Barbara Blaha: Genau. Da gab es ja Arbeitsgruppen. Aber ich weiß nicht was mit denen passiert ist, oder ob die noch was tun. Aber das es da einen breiten Diskussionsbedarf gäbe und sich anzuschauen: Wo verordnen wir uns jetzt nicht mehr- der Zusammenbruch des Kommunismus war 1989, aber vielmehr in diesem Zeitfenster wo es möglich gewesen wäre, dem Kapitalismus etwas gegenüber zu stellen, der ja zusammengebrochen ist, wo der Staat einspringen musste, damit er weiter funktioniert.

I: Nicht zum ersten Mal.

Barbara Blaha: Nicht zum ersten Mal. Aber das Gedächtnis der Menschen ist ein schlechtes. Es wäre ein Zeitfenster gewesen, wo man dem Neoliberalismus etwas entgegen stellen hätte können. Und ich finde: Das hat die SPÖ leider ein bisschen verpasst. Auch wenn uns die Krise noch Jahre beschäftigen wird.

I: Also ich frage dich jetzt vor Allem, also ich spreche dich jetzt an was Josef Broukal mit mir in einem Interview besprochen hat. Und da hat er zum Beispiel gemeint, also er hat erklärt das es im Nationalrat so ist: Er kommt halt rein und wenn es zum Beispiel etwas abzustimmen gibt, dann wird ihm in einer halben Stunde in einer „Diskussion“ erklärt, warum er so abzustimmen hat, wie er abzustimmen hat. Also es ist schon im Vorhinein bestimmt, wie er abzustimmen hat und falls es Menschen gibt, die das nicht wollen, dann wird so lange Druck auf sie ausgeübt, bis sie es tun oder sie wird es halt nicht mehr lange geben. Und konkret hat er davon gesprochen, dass es eigentlich in Wahrheit nur drei Menschen gibt, die überhaupt entscheiden, wie abgestimmt wird

und das es ja seiner Zeit mehrmals auch Dinge gegeben hat, Punkte gegeben hat, die anders entschieden worden wären, wenn nicht diese....

Barbara Blaha: Wenn die die Drei, sondern andere Drei da gesessen wären oder was?

I: Wenn alle tatsächlich auch frei abstimmen könnten und nicht wenn andere Drei da sitzen würden.

Denken wir nicht alle zu kompliziert? Ist es in Wahrheit nicht egal, ob jetzt zum Beispiel die SPÖ intern mehrheitlich mehr nach links oder nach rechts rückt? Ist es in dem Sinn nicht wurscht, weil du hast es ja vorhin schon angesprochen, kommt es nicht nur auf diese drei Menschen an?

Barbara Blaha: Ja, aber diese drei Menschen bewegen sich ja innerhalb des Mainstreams. Also lassen wir mal die ganzen Kritikpunkte im Zusammenhang mit Demokratiedefizite innerhalb der SPÖ beiseite und die Frage von wie beziehen wir unsere ParlamentarierInnen? Damit meine ich jetzt nicht nur die SPÖ-ParlamentarierInnen, sondern generell ParlamentarierInnen, die unglaublich abhängig davon sind, das sie als RegierungsparlamentarierInnen funktionieren, was ihnen die Regierung erzählt. Es gibt keine unabhängigen Gutachter, es gibt keine unabhängigen Juristen, das heißt die Regierungsvorlage ist selbstständig und mit eigenen Quellen zu beurteilen, das ist für MandatarInnen in unserem Parlamentarismus eigentlich unmöglich, außer sie haben sehr viel Geld. Das ist zum Beispiel ganz anders im deutschen Bundestag. Das ist ein großes Kostenelement Juristen, Büros, Angestellte etc. der MandatarInnen, nicht der Bundesregierung. Weil es klar ist dass es da ein Kräftegleichgewicht gibt, anders als es in Österreich ist. Das ist schade und führt eben dazu dass die Regierung sagt: Okay, scheißen wir auf das Budget, brechen wir die Verfassung und es ist halt so. Und das passiert ja am laufenden Band. Aber um auf deine Frage zurück zu kommen,

was würde sich ändern wenn die SPÖ nach links rücken würde, da würde ich sagen, dass eine SPÖ die nach links rückt sich auch innerhalb ihrer eigenen Struktur ändern muss und auch ändern würde. Jemand der es ernst meint mit einem Weltbild und sagt: Ich möchte nicht, dass die Gesellschaft so bleibt wie sie ist und möchte sie besser gestalten, also auch demokratischer, hat diesen Anspruch auch für die eigene Partei und nicht nur für die Welt. Was bedeuten würde das zum Beispiel Fraktionsvorbesprechungen mehr sind als das große Einberichten der Beschlusslage und was auch bedeuten würde, dass man sich über Dinge wie den Klubzwang zumindest anfängt sich zu unterhalten. Also vielleicht kommt man dann in einer gemeinsamen Debatte darauf: Der ist total sinnvoll, aber man könnte zumindest anfangen darüber zu reden.

I: Wobei: Ich bin ja der Meinung, das Klubzwang durchaus auch sinnvoll ist aber unter Klubzwang würde ich verstehen, dass intern abgestimmt wird, und zwar frei und danach, aufgrund dieser Abstimmung man dazu gezwungen wird, zu entscheiden wie die Mehrheit entschieden hat. Das ist ja kein Klubzwang. In Wahrheit ist ja der Klubzwang so wie es Josef Broukal beschrieben hat kein Klubzwang, sondern ein Ein, Zwei, Drei-Personen-Zwang.

Barbara Blaha: Na es gibt schon Fraktionsabstimmungen wenn es wirklich heiß her geht. Das Asylgesetz wird auch in der Fraktion abgestimmt und da sieht man eh, wie die Mehrheiten sind. Also ich glaube, es ist nicht so, wie dass der Josef ausschließlich immer,...es wird in 95 Prozent der Fälle schon so sein, aber ich glaube es gibt auch einige Abstimmungen in der Fraktion. Aber wir brauchen jetzt nicht all zu lang über den Klubzwang reden, trotzdem: Das ist ein freies Mandat. Weißt du was ich meine? Also rein vom Demokratiepolitischen Gedanken bist du nicht der Partei verpflichtet, sondern eigentlich den Wählerinnen und Wählern.

I: Es würde auch eine Vorzugsstimme aufwerten, weil was bringt es zum Beispiel jemanden zu wählen, der innerhalb der Partei weiter links oder weiter rechts positioniert ist, wenn der dann ohnehin nicht so kann wie er wollte? Eine andere Frage, die hast du mir schon fast ein bisschen vorweg genommen und zwar: Wie würdest du da die SPÖ sehen was die Ideen und Pläne angeht die Zukunft betreffend? Ist es da total planlos oder?

Barbara Blaha: Na wie schon besprochen, wenn wir Österreich 2020 haben. Keine Ahnung, weißt du was mit Österreich 2020 ist? Hast du das im Rahmen deiner Diplomarbeit recherchiert? Tagen die noch, kommt da noch was?

I: Ich habe die Laura Rudas tatsächlich angeschrieben darüber aber ich habe bis jetzt noch keine Antwort gekriegt.

Barbara Blaha: Ja, das beantwortet mir nämlich eh sehr schön, was es mit einer Diskussion innerhalb der SPÖ auf sich hat: nämlich gar Nichts, außer es ist ein PR-Schmäh, und das wars. Die SPÖ war schwer gebeutelt von den Landtagswahl Niederlagen, dann noch der Bundesparteitag- davor muss man noch schnell: Zeit für Gerechtigkeit plakatieren und dann bis 2013 Friedhofsruhe innerhalb der SPÖ.

I: Welches politische Amt würde zum Beispiel Barbara Blaha innerhalb der SPÖ annehmen, oder würdest du es annehmen? Und vor Allem: Wie müsste da die SPÖ sein, dass sie es annehmen würde?

Barbara Blaha: Ich kann jetzt nicht meine Berufswünsche erwähnen. Das ist eine schwierige Frage. Ich würde es jetzt nicht an ein spezielles Amt koppeln, nach dem Motto: Wenn es nur mächtig genug ist, komme ich zurück und eine

Überzeugung die sich in den letzten Jahren noch verstärkt hat ist die Überlegung, was wir eh schon besprochen haben: Eine Person allein reicht nicht. Eine Linke im Klub ändert Nichts. Weißt du was ich meine? Eine Linke im Landtag ändert Nichts. Eine Linke in der Stadtregierung ändert Nichts. Deshalb bist du chancenlos und gibst bestenfalls noch das Feigenblatt für: Wir sind eh so weltoffen und das macht deine Entscheidung überhaupt niemals zurück zu gehen unmöglich. Außerdem müsste sich ganz viel innerhalb der Partei ändern. Es müsste eine Aufbruchstimmung sein wie in Oberösterreich, wo klar ist: Es gibt einen Erneuerungsprozess, Mitgliederbefragung und eine Struktur wird geschaffen, da gibt es schon Statutenänderungen, also da passiert ganz ganz viel um zu sagen, wir setzten das Ding neu auf. Und im Rahmen so eines Prozesses ist immer die Frage, logischerweise, wo handelnde Personen eine Rolle spielen, die Dinge ändern können in einem Klub, oder Landtag, oder innerhalb der Partei. Aber so wie es jetzt ist. So ist es witzlos. Ganz abgesehen davon dass, mein letzter Satz dazu, dass man mich nicht fragen will. Also die Frage stellt sich schon insofern nicht, weil dass die SPÖ nicht als attraktiv empfände, mich wieder zurück zu holen.

-

I: Nehmen wir jetzt an: Total illusorisch oder Utopie. Barbara Blaha hat ein Amt inne. Ab wann würde sie dann zurück treten? Also zum Beispiel nochmal zur Erklärung: Josef Broukal hat gemeint: Er ist da zurück getreten als er gezwungen worden wäre, von Josef Cap...

Barbara Blaha: Gegen seine eigene Meinung im Parlament abzustimmen....

I: Nein. Also das hat er ja sogar getan. Also da ist er ja noch nicht zurück getreten. Also das hat er noch ausgehalten. Er ist erst da zurückgetreten, als er gezwungen worden wäre, in dem Moment als es Common sense war dass die Studiengebühren abgeschafft werden, als es dann plötzlich von dem einen auf den anderen Moment geheißen hat: Das passiert jetzt doch nicht und das er da vor die Medien treten soll und erklären soll, warum sie nicht abgeschafft werden obwohl er doch die ganze Zeit

davon ausgegangen ist, sie werden abgeschafft und zweitens, obwohl er es auch wollte. Das war dann zu viel seiner Meinung nach. Also dass er nicht nur abstimmt dagegen, sondern dass er es noch erklären muss.

Barbara Blaha: Wobei ich dabei erklären muss: Und das finde ich ja sehr nobel aber das war ein zentraler Faktor: Der Josef war alt genug in die Pension zu wechseln, weißt du was ich meine? Also das ist ihm hoch anzurechnen und das finde ich sehr aufrecht von ihm, aber er hat doch gewusst ökonomisch gesehen: Es ist okay.

I: Das hat er auch erwähnt.

Barbara Blaha: Das ist ein Luxus für Leute innerhalb der SPÖ. Wenn du 10,20 Jahre jünger bist machst du es nicht.

I: Auch das hat er gesagt. Auch bist du wahrscheinlich ökonomisch abhängiger nicht nur durch die Partei sondern auch in deinem Privatleben, dein privater Beruf (Ziviler Beruf) ist ja auch total in Abhängigkeit verwoben.

Was würdest du jetzt noch sagen: Wie würdest du die Bundes-SPÖ heute sehen: Ist sie heute linker als zu deiner Zeit, als du zurück getreten bist, ist sie hohler, ideologisch hohler, ist sie rechter?

Barbara Blaha: Das finde ich ist in einem Links-Rechts-Schema schwierig zu fassen. Dazu bin ich auch zu wenig: Ich bin ja auch nicht mehr in der Partei. Ich kann nichts über interne Debatten sagen oder ...gemessen an der Regierungspolitik gibt's keinen Linksruck, den ich gemerkt hätte.

I: Und wenn du zum Beispiel deine Zeit mit Alfred Gusenbauer, also deine Auseinandersetzung- wenn nicht direkt oder: ich weiß nicht ob es sie direkt gegeben hat, wie...Alfred Gusenbauer hat soweit ich weiß eher als linker Mensch gegolten, also linkspolitisch sozialisiert am Anfang. Ist das so die typische Karriere des Politikers, das man zuerst zum Beispiel Josef Cap hat ja auch stark im linken Spektrum begonnen und hat sich immer weiter nach rechts bewegt. Ist das normaler common sense in der SPÖ dass man sich so hinarbeitet oder so einarbeitet?

Barbara Blaha: Ich glaube nicht dass es so sein muss. Das glaube ich nicht. Das glaube ich überhaupt nicht. Wobei bei Josef Cap setzt auch schon die Legendenbildung ein. Tatsächlich war er immer so brav, wie die Parteiführung ihm erlaubt hat zu sein oder so schlimm, wie es ihm die Partei vorgegeben hat zu sein. Das sagt er auch selber: Er war nie ...das war Alles nur mit Kreisky abgesprochen was er gemacht hat. Also so ein großer Rebell war der nie. Ob das generell eine Frage ist- das glaube ich nicht, dass das so sein muss. Ich glaube dass es momentan, vielleicht so aussieht, innerhalb der SPÖ- auch mit dem Gusenbauer. Aber ich glaube nicht dass es einen Automatismus gibt, dass man in die Politik geht und automatisch von Macht und Geld korrumpiert wird. Ich glaube aber, dazu braucht es einen starken Parteiapparat, der solche Dinge auch verhindern kann. Also zum Beispiel es gibt Rechtfertigungsdokumente, einen Rechtfertigungskreis wo keine Entscheidungen gegen einen mehrheitlichen Teil der Partei...oder das es irgendeine Art von Sanktion gibt wenn man Parteitag-Beschlüsse nicht einhält, das könnte man ja überlegen. Das wären dann so Sicherungsmechanismen. Es bräuchte zum Beispiel wie bei den Demokraten Vorwahlen, wo man sich der Basis stellen muss als Kandidat oder als Spitzenkandidat oder es gibt so etwas wie eine Begrenzung der Legislaturperioden. Wer sagt, dass man mehr als zwei mal kandidieren können muss? Also man könnte sich viele kleine Details überlegen um das noch sicherer zu machen, dass man eben nicht korrumpiert wird, sondern den eigenen Idealen verpflichtet bleibt.

I: Du selbst jetzt resumierend. Seit du die Politik der SPÖ verfolgst oder teilweise jetzt auch extern in verschiedener Form. Was würdest du sagen? Wann war der Punkt, oder wie lange hat oder hat die Sozialdemokratische Partei Österreichs jemals sozialdemokratische Politik mit all diesen Grundwerten, die wir vorhin besprochen haben, konsequent betrieben? Hat es das jemals gegeben?

Barbara Blaha: So lange ich in der Partei war meinst du jetzt, oder?

I: Ich würde sagen generell und dann auch noch wenn du dir denkst: Es war so- dann auch noch mit einer Jahreszahl- bis wann...?

Barbara Blaha: Politisch bewusst war ich mit 1996. Zeit des Sparpakets unter Vranitzky. Keine sozialdemokratische Politik wie ich sie mir vorstelle. 2000 bin ich dann in die Schülervvertretung gegangen, 2002 bin ich, wenn ich das jetzt richtig zusammen kriege, Parteimitglied geworden oder 2001 aufgrund meines Engagements in Jugendorganisationen- damals in der AKS. Und das war schon eine Zeit des Aufbruchs. Die Zeit der Opposition innerhalb der SPÖ. Da erfindet sich die SPÖ neu, links-positioniert- wie entwickelt man Gegenkraft zur unglaublich neoliberalen, rechts-konservativen Nazi-Regierung und das hat ja über Monate und Jahre wirklich so ausgesehen. Auch die Stärke der Gewerkschaft in dieser Zeit. Die ist aufgewacht. Die war ganz präsent, aktiv und eine Gewerkschaft wo man sich denkt: Okay, das ist eine sinnvolle Gewerkschaft. Also da gab es so eine Phase, wo ein Silberstreif am Horizont schon war. Und ich erinnere mich noch daran, dass ich am Tag des Wahlabends, der erste Oktober, gedacht habe: Wahnsinn: Er ist jetzt echt Erster. Wir haben es jetzt echt geschafft: Wir kriegen einen sozialdemokratischen Bundeskanzler und die Studiengebühren werden abgeschafft. Wir waren wirklich euphorisch. Und es war innerhalb von wenigen Wochen verloren weil klar war: Am Altar der Macht wird Alles

geopfert: Es spielt Nichts eine Rolle- Wirklich Nichts. Und da meine ich jetzt nicht mal so sehr, natürlich auch, wirklich politische Ideale oder politische Überzeugungen oder Forderungen sondern das spielt ja rein bis ins Persönliche: Wenn sich dann Gusenbauer in die Zeit im Bild setzt und erzählt, dass die tausenden Studierenden und AktivistInnen die da jetzt gegen ihn demonstrieren, gewaltbereite Anarchisten und Kommunisten sind, dann ist das ein Bruch über den man schwer noch drüber kann. Beide Seiten glaube ich. Also seit dem ich aus der SPÖ ausgetreten bin finde ich auch nicht, dass die sozialdemokratische Politik funktioniert wie ich sie mir wünschen würde, aber in der Zeit wo ich drin war, war ich auch nicht zufrieden. Ich meine, da ist das Asyl-Gesetz beschlossen worden und andere Dinge, lauter irre Dinge teilweise und mit dem Broukal habe ich mir viele Scharmützel geliefert weil ich nicht der Meinung war, dass er sozialdemokratische Uni-Politik macht wie ich sie mir vorstellen würde, aber es war immer klar: Da ist was beweglich. Wenn man nur laut genug ist, wenn man nur kritisch genug ist, wenn man nur mühsam genug ist auch für die Partei, dann rückt man die nach links und schafft, dass der Broukal nach einem langen Streitgespräch: Er ist eh gegen Studiengebühren. Man muss um jeden Millimeter kämpfen aber es war klar: Es bewegt sich. Aber mit dem Eintritt in die Regierung, wo klar war: Das spielt Alles keine Rolle mehr. Da bewegt sich Nichts mehr. Und da muss man auch für sich selbst die Konsequenzen ziehen und sagen: Dann lass ichs.

I: Okay. Na dann danke.

Barbara Blaha: Bitte.

Transkript des Interviews mit Hannes Androsch

-

I: Was würden Sie sagen sind die Werte der Sozialdemokratie, bzw. die drei, vier größten Punkte die maßgeblich sind für einen Sozialdemokraten oder eine Sozialdemokratin?

Androsch: Zunächst einmal ist die Sozialdemokratie ein Kind der Aufklärung, wie sie praktisch ein Kind der industriellen Revolution ist. Die Werte der Aufklärung haben sich manifestiert in der französischen Revolution liberte, egalite und fraternite und haben letztendlich auch in den Menschenrechten gemündet oder in der europäischen Menschenrechtskonvention. In der Erklärung der sozialistischen Internationalen von 1951 wurde gesagt es ist gleichgültig, ob sich jemand sozialdemokratischen Vorstellungen annähernd anschließt, ob er dies aus der Bergpredigt ableite oder aus marxistischer Gesellschaftsanalyse. Insofern widerspreche ich auch heute noch, so wie in einer Fernsehdiskussion vor vielen Jahren in Zürich Ralf Dahrendorf, der gemeint hat: Das 20. Jahrhundert war das sozialdemokratische Jahrhundert, jedenfalls in Europa, was bis zu einem gewissen Grad für Westeuropa zutrifft, weil sie den Wohlfahrtsstaat geschaffen bzw. einen Teil dazu beigetragen hat ihn zu schaffen, ihn mitgeprägt hat- aber da das erreicht war, hätte sie ja ihre Mission, ihre Aufgabe verloren und sich selbst überlebt. Ich habe ihm damals widersprochen mit dem Hinweis auf die unveränderten Grundwerte.

I: Die da wären? Freiheit, Gleichheit,Brüderlichkeit haben sie erwähnt. Freiheit von was, Freiheit für wen?

Androsch: Da könnte man philosophieren.

I: Ja genau darum geht es mir auch in meiner Diplomarbeit. In meiner Diplomarbeit geht es mir auch darum, dem Freiheits,- Gleichheits,- Brüderlichkeitsbegriff näher zu definieren, um dann auch wirklich

konkret vergleichen zu können. Denn Freiheit ist ja auch ein neoliberaler Begriff.

Androsch: Ja, da sind Sie an der falschen Adresse. Der Neoliberalismus der Freiburger Schule ist ja etwas anderes als der Ultraliberalismus oder Neoliberalismus, wie man ihn in der Hayekschen Prägung dann von Thatcher über Reagan bis zu George W. Bush erlebt hat und der ist ja auch gescheitert. Über Begriffe lässt es sich trefflich streiten aber nicht notwendigerweise ein System bereiten, um jetzt Goethe, Faust ein bisschen modifizieren darf.

I: Das bedeutet, den Freiheitsbegriff kann man nicht näher einordnen?

Androsch: Ja Freiheit geht nicht ohne Ordnung. Die absolute Freiheit des Einen ist die absolute Unfreiheit des Anderen. Das ist um Einiges komplexer. Aber umgekehrt: Ohne Freiheit und Frieden : Willi Brandt hat einmal gesagt: Frieden ist nicht Alles, aber ohne Frieden ist alles Nichts. Das können sie jetzt ein bisschen abwandeln- das gilt auch für Freiheit. All diese schwammigen Begriffen, wenn man versucht, konkret zu werden, sind ja nicht so leicht zu fassen- es geht ja auch um ganz banale, triviale und simple Dinge: vor Allem wenn es um Verteilung geht. Alle sind Gutmenschen wenn es um Verteilung geht, aber wo sind denn die, wenn man sich den Kopf zerbricht wo die Leistung herkommt, damit man etwas zum Verteilen hat? Weil die Verteilung wo Alle Nichts haben, als logische Konsequenz die gerechteste, ist ja nicht unbedingt das, was man will. Logisch zu Ende gedacht kommt man dort hin und auf der anderen Seite kann es kein Schlaraffenland geben und wenn es es geben könnte, dann weiß ich nicht, ob die Menschen glücklich wären. In Wahrheit wollte man das Schlaraffenland nicht selber erleben- in diesem Spannungsfeld bewegen wir uns.

I: Wenn man in der Sozialdemokratie zum Beispiel ausgeht von Gleichheit und zum Gleichheitsbegriff- von welchem Gleichheitsbegriff...

Androsch: Ja, da ist ja dann wieder die Frage: Von welcher Gleichheit. Chancengleichheit oder die Ergebnisgleichheit?

I: Meiner Meinung nach ist es eindeutig, dass es die Ergebnisgleichheit sein muss. Denn Chancengleichheit gibt es schon längst.

Androsch: Schon Karl Marx sagte in seinem Manifest: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Das ist nicht Gleichheit. Das widerspricht ihrer These.

I: Es ist so: Da geht es bei Gleichheit auch um Freiheit, um die positive und um die negative Freiheit. In der negativen Freiheit geht es nur um Chancengleichheit und in der positiven Freiheit geht es tatsächlich um....

Androsch: Ja sie tun mich jetzt nicht taufen.

I: Nein. Das habe ich nicht vor.

Androsch: Sie haben mich jetzt schon getauft, politisch.

Sie können auch sagen: Der Arme und der Reiche haben das gleiche Recht unter der Brücke zu schlafen.

I: Genau, das wäre die negative Freiheit.

Androsch: Ja, ich wollte ihnen entgegen kommen, wenn sie wollen. Aber das ist ein bisschen komplizierter. Eine Ergebnisgleichheit ist eine Illusion. Aber das hat sogar Karl Marx gesagt im Kommunistischen Manifest. So viel zu dem.

I: Kenne ich und habe ich auch gelesen.

Androsch: Aber das, was sie dabei gesagt haben, haben sie nicht bedacht.

I: Ich hätte mit Ergebnisgleichheit nicht aufgefasst, dass jeder Mensch das selbe beruflich usw. tun kann, sondern...

Androsch: Das jeder die Chance hat, das selbe zu tun, aber ich kann aus einem Androsch keinen Opernsänger machen, weil dafür die Voraussetzungen und das Talent nicht da sind. Vis a vis unseres Gespräches ist die Oper, daher habe ich keinen Anspruch darauf zu sagen: Ich möchte in der Oper singen und der Bücklige wird kein Championsleague Fußballer werden.

I: Mit Ergebnisgleichheit in diesem Sinne meine ich, dass jeder gemäß der Maslowschen Bedürfnispyramide seine Bedürfnisse von oben nach unten gleich verwirklichen kann.

Androsch: Durch diese Theorie, na ja sagen wir: Es gibt ungefähr zweieinhalb Tausend Sitze in der Oper und jeder hat das Recht, dort zu sitzen und es haben aber nur 2500 Platz. Was machen sie da?

I: Es wird ohnehin nicht jeder in die gleiche Openaufführung gehen wollen.

Androsch: Das war nicht meine Frage.

I: Na dann kann man es ohnehin nicht anders lösen als: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Nehmen wir an der Opernbesuch wäre gratis: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Ich meine Regeln muss es schon geben.

- **Androsch:** Und das ist ein gutes Beispiel. Grundbedürfnisse- Jedem Menschen zum Beispiel ein Auto, da gibt es in Bangladesh andere Grundbedürfnisse als in Österreich. Wenn man ehrlich zu sich selber ist, sind die konkreten Umsetzungen schwieriger als die Begriffe. Über Begriffe und Werte lässt es sich trefflich streiten aber kein System bereiten. Und die Frage ist: Was für eines?

I: Dann wären wir mal fertig mit den Werten. Ich habe mir sie ja als Interviewpartner ausgesucht weil sie in der SPÖ politisch in höchsten Stellen tätig waren. Ich glaube Vizekanzler, Finanzminister...

Androsch: Stellvertretender Parteivorstand...

I: Sondern weil sie auch gewissermaßen Zeitzeuge der Ära Vranitzky sind. Sie haben ja auch Franz Vranitzky persönlich gekannt. Dabei, vor Allem auch da sie ja mit Kreisky zusammengearbeitet haben ist auffällig, trotzdem ich ja Kreisky nicht in meiner Diplomarbeit behandle, da diese ja nur von 1989 an beginnt, da hätte ich eine Frage an Hannes Androsch selbst (Anm.: gemeint ist damit persönlich)- Hannes Androsch ist für

mich ein Mensch der zunächst Karriere in der Politik gemacht hat, dann Karriere in der Wirtschaft. In der Politik maßgeblich zwei große Zerwürfnisse, nämlich auf der einen Seite der Streit oder das unrühmliche Auseinandergehen mit Bruno Kreisky und auch mit Franz Vranitzky. Würden Sie da rückblickend etwas anders machen?

Androsch: Da geht es um meine Biographie, die werde ich schreiben- das ist ein anderes Thema. Das ist aber nicht das Thema ihrer Diplomarbeit.

I: Naja- mein Thema behandelt sehr wohl auch Franz Vranitzky.

Androsch: Das kann man nicht vergleichen. Ich war ein Unterstützer von Bruno Kreisky und ein enger Mitarbeiter. Vranitzky war ja Sekretär und hat sich in einer Weise mir gegenüber und gegenüber der Partei verhalten, die ich nicht besonders gutiert habe. Aber das überhaupt nur in einem Atem zu nennen ist eine Blasphemie.

I: Sie meinen jetzt Kreisky und Vranitzky?

Androsch: Ja. Zunächst müssen sie davon ausgehen: Das ist eine Zäsur, die eingetreten ist durch den Zerfall des Sowjetimperiums, der Sowjetunion selbst. Es gab dann unter Anderem in der Frankfurter Allgemeinen eine mehrteilige Diskussion unter dem Titel: Whats left? Englisch, weil es doppeldeutig ist. Was blieb und was ist noch links? Übersetzt mit zwei Worten im Englischen, das kann man im Deutschen gar nicht doppeldeutig sagen. Das ist das Dilemma und das heutige Problem der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist mehr oder weniger nur ein europäisches Phänomen und kein globales. Da läuft die Sozialdemokratie gemäß der Meinung meines Freundes Helmut Schmidt in Gefahr marginalisiert zu werden. Wenn die

Grünen in Deutschland fast schon so groß sind wie die Sozialdemokratie ist das sehr wohl ein Beleg und wenn man schaut wie viele sozialdemokratische Regierungschefs etwa gibt oder nicht mehr gibt in den 27 EU-Mitgliedsländern ist das ein gewisser Beweis. Wenn ich sage dass Kreisky unter Anführungszeichen mit 48% verloren hat, vor ein paar Jahren hat noch Gusenbauer mit 38 Prozent abgeschlossen. Nimmt man quasi die Nichtwähler weg, die müsste man auch noch in Betrachtung ziehen und jetzt sind wir bei 28 Prozent. Also das ist ja nicht gerade ein Weg nach vorwärts sondern eher ein Weg nach abwärts, nicht? Und da ist auch immer die Frage warum? Weil die Sozialdemokratie offenbar auf die Fragen der Zeit keine Antworten zu bieten hat und durch Populismus allein ist das nicht zu kompensieren.

I: Sehr interessant mich mit ihnen zu unterhalten.

Androsch: Danke für das Kompliment.

I: Vor Allem weil die Beantwortung der Fragen schon in das Intellektuelle, Philosophische gehen. Das ist sehr passend für Politikwissenschaft- da ist auch viel Philosophie drinnen. Ich habe aber, um noch einmal auf die Realpolitik zurück zu kommen...

Androsch: Ihre Fragen nach Grundwerten waren ja nicht realpolitisch,...

I: Die waren nur philosophisch, theoretisch- das stimmt.

Androsch: Naja und Philosophie?! Naja, wenn sie wollen ist die Ethik ein Teil der Philosophie.

I: Und ich wüsste gerne, falls es ihnen nicht zu unangenehm ist, wie sie Franz Vranitzky kennen gelernt haben. Was sind seine Eigenschaften?...

Androsch: Wen?

I: Franz Vranitzky.

Androsch: Den Vranitzky habe ich in Ahbach kennen gelernt. Da wollte er Unterlagen von mir für die Beendigung seines Doktorats. So weit so gut. Und dann hat man mir ihn empfohlen als Mitarbeiter und er war ein guter Mitarbeiter, so lange bis ich drauf kam, dass er seine eigenen Interessen dabei verfolgt und in der Folge möchte ich mich nicht äussern. Oder: höchstens mit einem Zitat von Kreisky: „Eine Sphinx ohne Rätsel!“ Die Partei war dem immer wurscht und er ist auch nicht mit der Partei sozialisiert worden. Das war eine opportunistische Benutzung der Partei und den hat die Partei zu ihrem langjährigen Vorsitzenden gemacht und wir sehen wo sie gelandet ist. Wenn man sich ansieht die Wahlergebnisse und die Mitgliederzahlen in diesen zehn Jahren, oder wie viele das auch waren, das war desaströs, nicht? Das Erbe hat der Gusenbauer übernehmen müssen weil Klima war zu kurz- der hat gar nichts korrigieren können. Gusenbauer muss man zugute halten, dass er das einigermaßen wieder korrigiert hat.

I: Wobei man auch dabei sagen muss, dass es die einen gibt, die wie sie sagen: Vranitzky hat die Partei was die Stimmenanzahl und Mitgliederanzahl betrifft immer weiter nach unten gebracht, andere gibt es auch, die meinen, dass Vranitzky Schlimmeres verhindert hat und erst nachdem er weg gegangen ist, ist es endgültig nach unten gegangen...

Androsch: Nein.

I: Da gibt es zwei Zugänge.

Androsch: Nein. Man kann genug behaupten. Man hat ja auch lang genug behauptet, dass die Sonne sich um die Erde dreht. Das kann man natürlich behaupten- Nur es stimmt nicht. Weil wenn man 1997 gegangen ist und 1999 das Desaster da war, dass dann Gusenbauer korrigieren musste und korrigiert hat- da kann man nicht sagen: Das Desaster ist in den 2 Jahren passiert. Das wird ja wohl niemand behaupten.

Vranitzky war die Partei zutiefst zu wider. Er hat sich daher um sie auch nicht gekümmert. Er ist lieber an Wochenenden Tarrock-Spielen gegangen oder privat ins Ausland geflogen um Golf zu spielen. Deswegen ist das Desaster eingetreten. Sie müssen ja nur zehn Jahre die Mitgliederentwicklung und die Wahlergebnisse ansehen. Er hat eine einzige Wahl gewonnen, 1995- weil Schüssel in seinem Wahn eine neue Wahl provoziert hatte. Und selbst diese Wahl hat er nur mit einem Trick, mit einer Täuschung der Pensionisten, mit dem berühmten Pensionistenbrief relativ gewonnen. Alle anderen Wahlen hat er verloren und zwar durchgängig- Schauen sie es sich halt an.

I: Lassen wir das Thema Franz Vranitzky einmal sein. Kommen wir noch zu einem anderen Thema, auch dem Thema dass sie im Moment als Steckenpferd haben. Kommen wir zu dem Thema der Bildungspolitik. Ich habe mich ja auch zum Beispiel mit Josef Broukal unterhalten, der ja auch Wissenschaftssprecher der SPÖ war und da hat er mir zum Beispiel gesagt, sinngemäß in etwa, dass er die SPÖ so erlebt hat, dass Bildungspolitik nur so eine Art Bekenntnis ist, aber wenn es dann darauf ankommt, sei es immer das erste Thema, das fallen gelassen wird. Egal ob es jetzt die Universitätsebene oder die Schulebene ist.

Androsch: Ich fürchte, damit hat er nicht ganz unrecht, weil sonst bräuchten wir ja nicht eine Initiative und ein Bildungsvolksbegehren. Dass die Betonierer

in einem größeren Ausmaß wo anders sind, das ist ebenso zutreffend wie auch das, was der Broukal gesagt hat.

I: Wie würden sie das einschätzen? Sind denn in der SPÖ viele Menschen wirklich daran interessiert, dass es eine höhere soziale Durchlässigkeit gibt?

Androsch: Das ist ein wichtiges Thema im gesamten komplexen Bereich Bildung vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung. Ja.

I: Also- sie ist schon daran interessiert? Ok.

Ein anderes Thema dass die SPÖ immer mehr forciert ist Demokratisierung. Immer häufiger geht es darum Menschen an Entscheidungen zu beteiligen. Egal ob es die Fragen vor der Wien-Wahl waren, oder ob es die Befragung über Eberau war oder jetzt zum Beispiel soll es eine Befragung über die Abschaffung des Bundesheeres geben.

Androsch: Ob das den Wunsch beinhaltet alle Bereiche der Gesellschaft mit Demokratie zu durchfluten, dass sei dahin gestellt. Das kann ja auch Ausdruck dafür sein, dass die Politik ihrer Aufgabe nicht mehr gerecht wird und sich nicht mehr traut, ihr gerecht zu werden. Wenn man Alles und Jedes einer Volksbefragung unterwirft, dann braucht man einen Amtsrat der einen Computer bedienen kann- da braucht man aber keine Politiker und keine Regierung mehr. Das ist also ein gefährliches Missverständnis.

I: Womit ich auch mit Josef Broukal geredet habe ist gewissermaßen die Demokratisierung nach innen hin, die Demokratisierung der Partei. Gibt es denn da jemanden in der Partei der das anstrebt? Oder in ihrer Zeit?

Androsch: In meiner Zeit? Na gut, das hat sich geändert. Ein völlig anders Umfeld- es ist jetzt bald schon ein halbes Jahrhundert dazwischen. Die Abstände und die Umstände haben sich geändert und wenn sich die Umstände ändern, muss man auch seine Meinung ändern. Es fehlt uns die Zirkulation der Eliten. Was wir haben ist eine Funktionärs oder wenn sie es provokant hören wollen: Eine Apparatschikgesellschaft, die ihre eigenen Positionen und die damit verbundenen Privilegien erhalten will, nicht? Da gibt es auch eine Erstarrung diesbezüglich.

I: Wobei ich auch der Meinung bin, dass das Viele falsch verstehen. Denn um seine eigenen Privilegien erhalten zu können müsste man auch daran interessiert sein möglichst eine breite Basis hinter sich zu wissen, egal ob das in der Partei oder generell die Bevölkerung ist...

Androsch: Das ist Imperativ was sie da sagen und Konjunktive. Müssten und könnten. Es ist aber nicht so. Tun wir politisieren oder idealtypische Vorgaben diskutieren- das weiß ich jetzt nicht, wovon wir reden? Na schauen sie, man kann eine Frage so stellen, dass man ein Ergebnis schon in sich hat- das haben sie eben getan. Oder dann frage ich einmal, wie es ein Arzt tun muss: Wie ist der Gesundheitszustand des Patienten oder möglicherweise welche Erkrankungen gibt es? Das ist ein diagnostisches, analytisches Problem aber beinhaltet noch nicht die Frage nach der Therapie, was da notwendig ist, nicht? Also wenn man das vermischt, dann machen sie das, was schlechte Journalisten machen, nämlich die Berichterstattung mit der Bewertung vermischen.

I: Gut- dann spiele ich das Spiel kurz weiter...

Androsch: Ich habe nur noch fünf Minuten Zeit.

I: Gut. Ich bin jetzt gleich fertig. Machen wir aus ihnen einen Doktor.

Doktor Androsch ist daran interessiert die Partei zu demokratisieren - wo müsste er da ansetzen?

Androsch: Sehen sie, das ist ein Missverständnis. An der Gesundheit, oder an der Überwindung der Krankheit muss in erster Linie der Patient interessiert sein und nicht der Doktor. Die Fragestellung ist schon verkehrt.

I: Dann wird der Doktor vermutlich, wenn er untersucht....

Androsch: In unserem vorigem Gespräch habe ich ja schon einiges gesagt. Ich kann das ja nicht noch einmal wiederholen, nicht?

-

Transkript des Interviews mit Michael Rosecker

-

I: So. Die erste Frage an dich sind: Was sind deiner Meinung nach die Eckpfeiler und die Grundwerte der österreichischen Sozialdemokratie in der zweiten Republik?

Michael Rosecker: Das Hauptverdienst der sozialdemokratischen Partei Österreichs war der Kampf um das allgemeine Wahlrecht. Der Kampf um die Demokratisierung der Gesellschaft bedeutete auch immer die Gleichheitsfrage zu stellen. Nicht nur die formale Gleichheit vor dem Recht sondern auch was es bedarf, damit sich Menschen als Gleiche vor dem Recht begegnen können. Da kommen wir zu einem zentralen Thema der sozialdemokratischen Politik

der Vergangenheit und meiner Meinung nach auch stark der Zukunft: die Verteilungsfragen über die Ressourcen einer Gesellschaft. Damit zentral verbunden ist die Wirkung des Sozialstaates, der ja primär Verteilungsfragen im Wahrnehmen der Sozialdemokratie übernommen hat und übernehmen soll. Dabei beweisen ja auch aktuelle Studien dass der Staat das teilweise noch gut hin bekommt. Hauptproblem ist aber eher, dass diese Verteilungsfragen sehr stark fokussiert sind in der Sozialdemokratie bei den unselbstständigen Gehältern und Löhnen, aber die Vermögen oft ausspannt.

Chancengleichheit- Vor Allem die derjenigen, die wenig Chancen haben, bei denen diese zu heben. Ich sage nur zum Beispiel: Freie Schulbildung. Öffnen und anbieten eines guten Schulsystems gehört auch zur Umverteilung. Hier gibt es auch vom WIFO Studien die belegen wie viel Geld Menschen bezahlen müssten, wenn Schulgelder eingeführt werden würden. Ein öffentliches, offenes und qualitativ gutes Schulsystem ist auch Umverteilung. Nicht nur materielle Umverteilung wie zum Beispiel durch progressive Einkommenssteuer, Erbschaftssteuern usw. sondern auch Umverteilung in der Bildung.

Bei den Löhnen ist die Fixierung da auf die unselbstständigen Löhne und Einkommen. In diesem Bereich funktioniert der Sozialstaat auch gut. Eine aktuelle Studie vom Alois Guger hat letztes Jahr gezeigt, dass diese Umverteilung in diesem Rahmen gut funktioniert. Probleme gibt es eher bei der Frage der Vermögen: Wie kann man hier Grenzen einziehen? Da möchte ich noch gar nicht von Umverteilung reden, sondern zunächst von Grenzen, damit dieses Vermögen nicht kontinuierlich, systematisch wächst, bei denen, die ohnehin schon viel haben.

Also um auf die Frage zurück zu kommen: Zwei miteinander verwobene Werte: Die Gleichheit vor dem Recht und die ist jetzt nicht ein formaler Akt...

I: Das spricht jetzt aber nur die negative Freiheit an. Die Gleichheit vor dem Recht, oder? Aber die wirkliche, die positive Freiheit ist doch mehr als Chancengleichheit? Das bedeutet nicht nur die Chance auf Gleichheit

zu haben, sondern tatsächlich im Falle dessen, dass man sie nicht erreicht, immer wieder die Möglichkeit zu haben, sie tatsächlich auch zu erhalten.

Michael Rosecker:

Da muss ich schon sagen: Das war natürlich gerade in den 70er Jahren, wo es zu einem Schritt kam von der auf Klassen bezogenen Sozialdemokratie hin zu einer Reformbewegung. Dabei ist es auch sehr darum gegangen Lebensstile zu ermöglichen. Sei es jetzt der Kampf um die Gleichstellung von Homosexuellen oder um die Gleichstellung der Frauen, der Einsatz für die Erweiterung der Rechte von Behinderten.

Die Selbstverwirklichung war auch ein sehr großes Element der Sozialdemokratie beginnend ab den 70er Jahren. Noch dazu wo Österreich aus gesellschaftlichen und historischen Gründen keine Tradition einer gesellschaftlich liberalen Partei hatte. Ein Ausdruck dafür ist die gesellschaftliche Spaltung zwischen Antisemiten und teilweise jüdischem Großbürgertum. Der gesellschaftliche Liberalismus ist also sehr schnell und früh von der Sozialdemokratie aufgesogen worden.

Ermöglichung von Lebensstilen über das Materielle hinaus. Auch Reform in der Bewertung und Wahrnehmung anderer Lebensstile. Das war natürlich auch immer das Schwierigste, weil Freiheit im Leben und in den Lebensstilen nicht nur gesetzliche Änderung, sondern auch gesellschaftliche Änderung, die Arbeit an den Hirnen der Menschen bedarf. Die Gesellschaft und das Denken der Gesellschaft zu verändern sind ebenfalls zentrale Werte der Sozialdemokratie.

Diese Punkte zusammengefasst bedeuten für mich, dass der Bogen der Sozialdemokratie das ständige Verhandeln zwischen Freiheit und Gleichheit ist. Da muss man eine Waage finden.

I: Sind denn hierbei auch die Mittel entscheidend? Wenn ich jetzt zum Beispiel Kreisky mit Vranitzky vergleiche, so habe ich den Eindruck dass Kreisky vor Allem geschaut hat auf eine wirtschaftspolitische, materielle Gleichheit und dieser möglichst nahe zu kommen und dabei sah er auch kein so großes Problem in der Versöhnung und Annäherung mit ehemaligen Nationalsozialisten. Polemisch gemeint hat Kreisky gesagt: Ich koaliere jetzt mit denen. Wenn er sagt, dass er jetzt kein Nazi mehr ist, dann reicht mir das. Wenn wir wirtschaftspolitisch zusammenkommen, dann mache ich das jederzeit gerne. Kreisky hat also polemisch gesagt, man könnte meinen, dass er das wirtschafts- und daher auch gesellschaftspolitische über die antifaschistische Politik gestellt hat. Bei Vranitzky wiederum habe ich das Gefühl, dass das Antifaschistische stark hervor gehoben wurde und dafür hat er das Wirtschaftspolitische fast mehr wie ein Großkoalitionär denn einem Sozialdemokraten betrachtet.

Ist das Wählen von Mitteln ebenfalls an Werten der Sozialdemokratie gebunden? Oder ist das Ergebnis das Entscheidende und nicht der Weg zum Ziel?

Michael Rosecker: Das würde ich so nicht sagen weil zumindest Sozialdemokraten immer schon bewusst war: Die Wahl des Weges ist bereits teilweise auch die Wahl des Zieles. Das hat auch in der Trennung mit dem Kommunismus in der Zwischenkriegszeit ihre Tradition, dass man die Wahl der Mittel ebenfalls betrachtet. Denn die Wahl der Mittel verändert oder beschädigt klarerweise auch das Ziel.

Bei Kreisky ist zum Beispiel das zentrale, gesellschaftsverändernde Element. Da hast du völlig recht. Der Mensch im Mittelpunkt. Verändern der Gesellschaft auch im materiellen Sinne durch progressive Steuern. Gleicher Zugang zum Recht und zur Bildung. Wichtig finde ich trotzdem, dass die Umverteilung dieser Jahre, die Umverteilung der 60er und 70er Jahre über Wirtschaftswachstum funktioniert hat.

I: Seine Wirtschaftspolitik hat es aber auch ermöglicht besser verteilen zu können.

Michael Rosecker: Ja, da hast du recht. Dann teilweise Zugangsschwellen zu senken und dadurch mehr Gleichheit zu schaffen. Wirklich eingegriffen in die Vermögensverhältnisse wurde damals nicht. Diese Umverteilungs- und Gleichstellungspolitik war eine rechtliche und materielle Politik, die über die Einkommen vollzogen wurde. Wirtschaftswachstum hat bildungsfernen Menschen Wohlstand ermöglicht. Das beginnt natürlich in den Anfängen der 80er Jahre zu brechen mit dem Höhepunkt der Industrialisierung und dann ändert sich das System grundlegend. Dadurch erhält die Wirtschaftspolitik einen neuen Stellenwert.

Politisches Handeln bei Sozialdemokraten orientiert sich an gewissen Wertrahmen. Diese Wertrahmen verändern sich natürlich durch den gesellschaftspolitischen Kontext. Hätte man Vranitzky und Kreisky über Gleichheit diskutieren lassen, wäre da sicher etwas Anderes herausgekommen, obwohl beiden Sozialdemokraten für sich gefragt Gleichheit ein sehr wichtiger Wert ist. Werte sind nichts Ewiges sondern leben durch Menschen und werden von diesen interpretiert und gewertet. Der Kontext verändert natürlich die Bedeutung des Wertes.

Das jetzt im Falle Kreisky und Vranitzky nur am Antifaschismus auf zu hängen, würde da zu kurz greifen. Den Unterschied nur in dieser Frage zu suchen würde zu kurz kommen.

Meine zentrale Botschaft ist: Werte können auch vom Grundempfinden gleich sein- Vranitzky und Kreisky: für Beide war der Begriff Gleichheit sicher von großer Bedeutung, nur in welchem Kontext? Der Altersunterschied zwischen Kreisky und Vranitzky könnte zum Beispiel als ein Indiz für die Veränderung der Gesellschaft analysiert werden.

I: Worauf ich auch in meiner Diplomarbeit zu sprechen kommen werde, ist dass ich mittlerweile das Gefühl habe, dass es weniger eine Frage der verschiedenen Werte ist, sondern eine Frage der Priorität. Gleichheit und Freiheit ist zum Beispiel eng umwoben. Wenn ich zum Beispiel die Budgetdebatte jetzt (Anm.: 2010) betrachte: Kann ich für ein kleines bisschen mehr Gleichheit in der Schulpolitik viel mehr Ungleichheit in der Universitätspolitik zulassen? Wenn ich mir jetzt die Bildungspolitik ansehe, habe ich das Gefühl dass die Schulen möglichst sozialdemokratisch werden sollen, mit einem großen Fokus auf Ganztageschulen, mit mehr Druck darauf, dass es Gesamtschulen werden, aber gleichzeitig die Universitäten komplett fallen gelassen werden. Immerhin ist ja auch die Wissenschaftsministerin von der ÖVP. So zu sagen: Der Zugang zur Universität wird geopfert um mehr Gleichheit beim Zugang zur Matura zu ermöglichen. Zum Beispiel beim Zugang zur Matura gibt es kontinuierlich Verbesserungen, wenn ich nur an die Berufsmatura denke, gleichzeitig wird's dann aber wesentlich schwerer zur Universität zu kommen.

Michael Rosecker: Das ist eine stark universitäre Perspektive muss ich sagen. Jenseits von der Diskussion um Studiengebühren oder nicht muss man sagen, dass die wahre Selektion- und da lügen wir uns sehr oft in den Sack- die passiert ja schon viel früher. Das ist doch nachweisbar, dass sehr viele prekäre Schichten, bildungsferne Schichten gar nicht in die Situation kämen, Studiengebühren zahlen zu müssen. Unsere soziale Selektion im Schulsystem wird dafür seit Kreisky sogar stärker. Vielleicht ist das jetzt auch das Diktat der leeren Taschen, dass das so aussieht als würde man das eine gegen das andere ausspielen. Wer an einem Mehr am Zugang zur Bildung und damit an einem flacheren, gerechteren Zugang zum sozialen Aufstieg interessiert ist, dann ist die Kindergartenpädagogik, die Zeit des Menschen in dieser Phase genauso wichtig wie diese gezielte Schulpolitik, die leider sehr oft durch die ÖVP behindert wird. Diese Politik ist schon sehr entscheidend um die wachsenden Ungleichheiten ausgleichen zu können.

**I: Da bin ich ja genau deiner Meinung, nur meine Frage war ja eigentlich:
Kann ich das tauschen?**

Michael Rosecker: Bevor gar Nichts passiert ist das legitim. Alles Leben ist Problemlösung hat Herr Propper gesagt und das sollte man sich hin und wieder auch überlegen. Der Rigorismus ist die schlechteste Form der Politik. Der endet im schlechtesten Fall im Waten durch Blut. Rigorismus ist für mich eine Selbstlähmung der Politik. Rigorismus ist zu glauben, dass ich ein Ziel vor Augen habe- zum Beispiel Gleichheit und wenn ich das nicht zu 100 Prozent erreiche mache ich gar Nichts, weil ich ein moralisches Problem damit habe. Oder eine andere Form davon ist dass ich ein moralisches Ziel habe und alle Mittel sind legitim. Da gibt es ein sehr interessantes Buch über die Geschichte der Sowjetunion mit dem Titel: Die Utopie der Säuberung. Da wird diese eine Form des Rigorismus quasi abgehandelt: Man hat ein Ziel und alle Wege dorthin sind legitim.

Aber in einer demokratischen Politik mit solch schwierigen Konstellationen, wirtschaftlich schwer aber teilweise auch politisch sehr schwer- Da möchte ich jetzt nicht Alles gut heißen wie es jetzt passiert aber im einen Rahmen verstehe ich zumindest vom Ansatz, dass man schaut: Wenn Beides nicht geht: Was bekomme ich durch, was ist wichtiger und was ist wirklich ein sehr grundlegender Schritt? Und da komme ich wahrscheinlich, wenn man sich die Studien ansieht zu dem Schluss, dass ich bei Kindergärten und Pflichtschulen beginnen muss. Dort beginnt soziale Selektion auf die härteste Art und Weise und die Tendenz ist sogar steigend.

**I: Da gebe ich dir recht. Wobei ich oft befürchte, dass wenn über lange
Zeit die Universitäten aus den Augen gelassen werden, es schwierig wird
diese dann wieder mehr zu öffnen, wenn es zu wesentlich mehr
Gleichheit im Kindergarten, in der Pflichtschule und im Zugang zur**

Matura gekommen ist. Wenn ich da zum Beispiel nur an Vranitzkys Regulierung mit Augenmaß denke, wo in diesem Rahmen auch die Vermögenssteuer abgeschafft wurde. Da ist für mich schon kein Augenmaß mehr vorhanden. Wirkliche Politik mit Augenmaß wäre für mich gewesen, die Vermögenssteuer zu reformieren. Um auf meine Frage zurück zu kommen: Könnte es passieren, dass der Sozialdemokratie das Tor zur Universität irgendwann komplett verschlossen ist und nicht mehr geöffnet werden kann, gerade im Hinblick darauf dass Bildung auf inflationär ist. Gerade jetzt wo man immer mehr Bildung braucht um in die selben Jobs wie früher zu kommen. Das wäre doch auf lange Sicht total unklug, die Universitäten auf lange Sicht aus den Augen zu verlieren.

Michael Rosecker: Da war jetzt sehr viel drin. Vermögenssteuer. Ich bezweifle nur dass die damalige Vermögenssteuer ihre eigentliche Funktion noch erfüllt hat. Das wage ich zu bezweifeln. Da finde ich es zum Beispiel wesentlich gravierender und das war ein Fehler der Sozialdemokratie, die Erbschaftssteuer ersatzlos auslaufen zu lassen ohne sie zu reformieren. Sie musste ja an sich reformiert werden weil sie vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurde. Ich glaube, dass die Erbschaftssteuer auch das zentralere Mittel wäre. Vor Allem wäre die Erbschaftssteuer ein spannender Kampfbegriff geworden um den Begriff Leistung. Wir haben doch in den letzten zwanzig Jahren einen sehr verschobenen Leistungsbegriff bekommen. Nennen wir es so: Wir haben einen sehr stark neoliberalisierten Leistungsbegriff, der quasi Millionenabfertigungen von Managern durch die Leistung legitimieren will, aber jeder Arbeitslose muss sich für unwahrscheinlich wenig Geld tausendmal legitimieren. Gerade hier hätte ich über eine reformierte Erbschaftssteuer, über die Menschen die Vermögen erben, hätte ich eine große Umverteilungswirkung und weltanschauliche Wirkung erzielen können weil man gleichzeitig auch definiert hätte: Erben ist keine Leistung. Hier hätte man den Leistungsbegriff im Herzen der Neoliberalen attackieren können. Das war meines Erachtens nach falsch. Aber da sind wir gerade wieder bei der

Erbschaftssteuer, wo wir zuvor diskutiert haben. Da hat es damals Umfragen gegeben, dass die Zustimmung zur Abschaffung der Erbschaftssteuer eklatant hoch war. Das waren damals über 75 Prozent meines Wissens nach. Damals haben sich viele Menschen betroffen gefühlt, obwohl sie in Wahrheit nicht einmal ansatzweise von einer reformierten Erbschaftssteuer betroffen gewesen wären. Da sind wir wieder dort angekommen, wo man das Bewusstsein und Verständnis der Menschen schärfen und verändern muss. Denn wenn so viele Menschen die Abschaffung der Erbschaftssteuer begrüßen, werden wir (die SozialdemokratInnen) politisch ein Problem haben.

I: Jetzt ist doch gerade realpolitisch immer wieder davon gesprochen worden, die Vermögenssteuer, oder die Millionärssteuer usw. wieder ein zu führen. Zentrales Thema war das auch in der Gerechtigkeitsdebatte von Werner Faymann: Zeit für Gerechtigkeit. Wäre es da nicht aus realpolitischer Sicht wesentlich einfacher gewesen, die Vermögenssteuer damals zu reformieren, auch in eine Richtung, dass sie dann wieder greift, anstatt sie abzuschaffen und dann zwanzig Jahre später sie wieder zu fordern?

Michael Rosecker: Das wäre ja heute auch eine ganz andere Vermögenssteuer. Ich kann heute argumentieren: Es war einfach nicht durchsetzbar durch den Koalitionspartner. Ob es so einfacher gewesen wäre? Ich finde es sehr interessant, dass damals ein sogar der Linken nahe Finanzminister die Abschaffung der Erbschaftssteuer gewagt hat und im damaligen Kontext schien eine Reform entweder nicht machbar, oder in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll, sonst hätte es das gegeben. Ich finde, dass der Begriff Vermögenssteuer heute sicher eine andere Bedeutung hat als damals.

Es ist ein Hinweis darauf, wenn eine Person wie Lacina damals die Vermögenssteuer abschafft, dass es keine sinnvolle Reform geben hätte können.

I: Um noch einmal auf meine Frage zu kommen: Kann es sich die Sozialdemokratie leisten über einen längeren Zeitraum die Universitäten aus den Augen zu lassen?

Michael Rosecker: Aus der Sicht der SPÖ geht es da dann immer um die Studiengebühren. Eigentlich bleibt es sehr stark im Kern um diese Diskussion zwischen der SPÖ und der ÖVP hängen. Parallel sind da natürlich die Einsparungen, dass Gelder gekürzt werden und zwar mit und ohne Studiengebühren. Ich bin schon bei dir, dass es nur bei der Diskussion um Studiengebühren und damit quasi das Feld zur Gleichheit im Bildungszugang zu wahren, längerfristig zu kurz greift.

Abschließend muss ich dazu sagen: Es ist ein wenig Henne und Ei. Wo fange ich an? Hinten oder vorne? Beides ist in dieser Regierungskonstellation nicht leicht zu bedienen. Allein im Kampf um den Schulbereich kommt man auch nur kleine Schritte weiter. Ich glaube, dass man es nicht gegeneinander ausspielen wird aber man wird eben das, was durchsetzbar ist, als erstes machen. Ich finde es auch politisch legitim, bevor gar Nichts passiert. Das muss ich noch sagen: Je früher der Kindergarten beginnt um so mehr Chancen, Bildungsferne zu reparieren. Je früher Bildungsferne repariert wird um so gleicher werden Bildungszugänge. Im Schulsystem etwas zu verändern ist eine zentrale Zukunftsfrage. Nicht nur bei den Fragen der Gerechtigkeit, der sozialen Schichtung und der sozialen Gleichheit sondern auch in der Abrufbarkeit von gesellschaftlichen und menschlichen Ressourcen. Denn das reiche Leute gescheiterte Kinder haben ist für mich eine moralische Fahnenfrage, das ist falsch und unrichtig.

Zum Thema Lebenslanges Lernen. Die Predigt vom lebenslangen Lernen ist natürlich sehr wichtig und gut. Aber wenn ich im Schulsystem weiterhin Ungleichheiten sprießen lasse, wenn ich im Schulsystem diese Ungleichheit im Zugang zur Bildung weiter wuchern lasse um so fataler wird sogar die Predigt vom lebenslangen Lernen, weil die Kluft zwischen den Menschen die

bildungsnah und denen die bildungsfern sind immer größer wird durchs lebenslange Lernen. Alle Menschen die keinen Pflichtschulabschluss haben mit einem sehr großen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, die wird die Predigt vom lebenslangen Lernen noch mehr abhängen, weil es sogar statistisch bewiesen ist, dass gerade diese Menschen in dem Zug lebenslanges Lernen keinen Einstieg mehr finden. Trotz der AMS Kurse usw. Lebenslanges Lernen ist gut und richtig aber da steckt tief drinnen eine soziale Schichtung, die verstärkend wirkt. Einmal nicht drin sein bedeutet praktisch ein Leben lang draußen sein. Diese Mängel und Lücken sind dann kaum noch zu schließen und wenn, dann mit so viel Ressourcenaufwand, wo derzeit keine politische Partei oder Gesellschaftsrichtung bereit wäre so viel Ressourcen zu investieren. Das ist eine große Zukunftsfrage und da kommen teilweise heute sehr bildungsprekäre Schichten heraus, die dann schwer zu integrieren sein werden. Sei es im Arbeitsmarkt oder in anderen gesellschaftlichen Systemen.

I: In der Sektion in der ich aktiv bin, haben wir bildungsferne Jugendliche, teilweise ohne Hauptschulabschluss und die nichts haben. Was ich da schon sehe ist, dass sie Bildung schon sehen nur als Instrument um einen finanziellen Aufstieg zu schaffen und hierbei überhaupt keinen humanistischen Bildungszugang, aber sie erkennen auch bereits anhand ihrer Freunde usw. das ein Bildungsaufstieg mit einem sozialen Aufstieg nicht zwangsläufig einher geht. Weil zum Beispiel der Abschluss einer Lehre in einer Lehrwerkstätte auch nicht zu einer Verbesserung der Lebenssituation führt, weil zum Beispiel jahrelanges Lehren in Maturaschulen des BFI die Jugendlichen auch nicht aus ihrer sozialen Situation löst, weil danach noch immer nicht gesagt ist, dass das Paradies hinter der Matura, hinter der Lehre wartet. Es ist zum Beispiel schon eher so, dass viele Jugendliche in der Lehrwerkstätte überhaupt keinen Aufstieg sehen. Ich möchte dir da nur einmal ein Zitat sagen, dass ein Jugendlicher zu mir gesagt hat: Ich glaube, dass die Lehrwerkstätte eine Erfindung der FPÖ sein muss, weil

ich dort nur lauter Ausländer sehe und die kriegen dort 250 Euro im Monat und der bleibt dann teilweise dort bis zu 5 Jahre und die kommen dann raus und sind arbeitslos.

Michael Rosecker: Da sehe ich jetzt nur keinen Widerspruch zwischen uns sondern dass wir uns da ergänzen. Ich bin Gemeinderat und bin kommunalpolitisch tätig und da kenne ich genug, von solchen Fällen. Die Sozialdemokratie war immer eine Bewegung, die Lebensstile ändern wollte. Der Eingriff ins Leben war immer ein zentrales Element der Sozialdemokratie von Anfang an. Bildung war ein zentrales Element um diese Eingriffe zu ermöglichen. Ihr stellt offensichtlich Räume zur Verfügung für Jugendliche, die dann in Kontakt sind mit euch. Wenn sie dies aber nicht hätten, ob sie dann in irgendeiner Form auf Gedanken wie Bildung, sozialen Aufstieg usw. kommen würden...

I: Kommen sie oft nicht mal so.

Michael Rosecker: Weiß ich. Aber wenn nicht mal das da ist, dann ist es wirklich noch schwieriger. Bildung war über lange Zeit das Instrument für sozialen Aufstieg. Das änderte sich in den 80er Jahren. Bildung hat den Aufstieg ermöglicht in der Wahrnehmung der Menschen. Bildung war das Symbol für Aufstieg. Bildung hat den Status quo definiert. In den 80er Jahren änderte sich das sehr stark und der Konsum rückte in das Zentrum als Zeichen für Aufstieg und als Symbol für den sozialen Status quo. Das sogar durch verschiedene, bildungsferne aber auch bildungsnahe Schichten. Diese Bildungsferne- und da ergänzen wir uns wieder- trifft ärmere Menschen natürlich noch härter, weil sie dann eben oft Bildung nicht mehr als Aufstieg sehen. Das hinter Bildung nicht immer Aufstieg steht- da hast du völlig recht- das ist so, aber in erster Linie: Wenn ich Bildung auch nicht mehr als Mittel zum Aufstieg sehe, oder nur noch sehr gebrochen als dieses sehe, dann

werde ich es auch nicht anstreben. Da ist dann der Punkt wo die Bildungsferne vererbt, intensiviert und verfestigt wird.

I: Danke für das Gespräch.

Transkript des Interviews mit Peko Baxant

Transkription von dem Interview mit Peko Baxant, Wiener Landesabgeordneter der SPÖ und Jugendkoordinator der SPÖ Wien

Unter Punkt 1 sage ich: Der Umgang in den Medien und in der Öffentlichkeit mit der eigenen neoliberal initiierten Politik. Beispiele sind dafür der Film „Lets make money“ wo zum Beispiel darauf hingewiesen wird, dass die Straßenbahnen mit denen wir fahren verkauft wurden und zurück geleast werden von dem amerikanischen Unternehmen, an das die SPÖ es verkauft hat. Wo bleibt da die Glaubwürdigkeit?

Peko Baxant: Also ich würde gerne ein bisschen ausholen- auch in die Geschichte. Wir haben ja vor 1989 eine 40,50 jährige Epoche gehabt wo sich zwei völlig diametral gegenüberstehende Ideologien und Weltbilder gegenüber

standen. Einerseits der Kommunismus, bzw. der auf die Spitze getriebene Sozialismus, und andererseits der Kapitalismus, bzw. der auf die Spitze getriebene Liberalismus. Beziehungsweise gehen wir noch 200 Jahre weiter zurück- da war die französische Revolution, wo drei Ideale hoch gehalten wurden. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Brüderlichkeit können wir vielleicht heute in „Solidarität“ übersetzen. Und dann eine zweihundertjährige Geschichte, wo diese drei Ideale immer noch nicht nebeneinander realisiert worden sind- bis heute nicht, behaupte ich. Extrem interessant war eben dieser kalte Krieg, auch der ideologisch kalte Krieg, wo aber einerseits östlich der Berliner Mauer ein System bestanden hat, wo man auf den Altar gehoben hat, vorallem die Brüderlichkeit und die Gleichheit, aber total vergessen hat, dass es die Freiheit auch noch gibt. Wogegen auf der anderen Seite die Brüderlichkeit und die Gleichheit völlig vernachlässigt wurde, quasi der Sozialismus oder die sozialdemokratische Idee- und nur mehr die Freiheit auf den Altar gehoben wurde. Und das war eine Dualität, die 40 Jahre lang bestanden und die Welt in Spannung gehalten hat. Und anstatt dessen, anstatt dass die Sozialdemokratie, die europäische Sozialdemokratie oder ich würde sogar sagen die Weltmenschheit an sich, verstanden hätte, dass es hier um dass es hier um zwei Seiten der gleichen Medaille geht: also Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, hat man die Gunst der Stunde und das Zeitenfenster nicht genutzt, vor Allem auch als Sozialdemokratie, dass muss ich selbst kritisch sagen, und hat quasi das eine schlechte System, oder das eine nicht perfekte System, nämlich den Kommunismus, durch das andere, ebenso wenig nicht perfekte System ersetzt. Anstatt zu sagen: Man hätte eigentlich eine Brücke bauen sollen. Der Auftrag an die Menschheit, oder damals an die damalige Bevölkerung in Deutschland, aber auch weltweit, wäre ja nicht gewesen die Mauer nieder zu reißen, die in Berlin gestanden ist, sondern eine Brücke darüber zu bauen. Eine Symbiose zu machen. Nämlich wo man gesehen hätte, dass sowohl das Pochen auf Gleichheit und Gerechtigkeit, aber auch das Pochen auf Freiheit extrem wichtig sind. Warum ist es dazu nicht gekommen? Weil man bis heute nicht verstanden hat, dass Freiheit nicht bedeutet, Freiheit überall und in allen Lebenslagen, sondern Freiheit vor Allem im Denken. Freiheit im Geistesleben, darum geht es. Und

ich behaupte es ist falsch, wenn es die neoliberalen und kapitalistischen Politiker und Ideologen behaupten, dass Freiheit im Wirtschafts- oder sogar im Rechtsleben bestehen sollte: Nein, dort gehört Freiheit nicht hin. Genauso wenig wie wir Linken den Fehler gemacht haben, dass wir gesagt haben, Gleichheit gehört in alle Lebenslagen. Gleichheit gehört nicht ins Geistesleben. Gleichheit gehört auch nicht ins Arbeitsleben und in das Wirtschaftsleben- und wenn dann gehört Gleichheit ins Rechtsleben. Dort wo alle Forderungen vor dem Recht gleich sind. Dort, und der Kommunismus hat quasi versucht, die ökonomische Gleichheit herzustellen, wogegen in der Ökonomie die Brüderlichkeit, die Solidarität hingehört. Das heißt man hat die drei Ideale der französischen Revolution vollkommen falsch verstanden. Sowohl die Linken als auch die Rechten . Vollkommen falsch auch zugeteilt und da haben wir das Schlamassel gehabt. Und 1989 hätten wir als Menschheit die Möglichkeit gehabt jetzt einmal eine Symbiose zu bauen, eine Brücke zu bauen und die zwei Systeme, die sich da so feindlich gegenüber gestanden sind, zu sehen als die zwei Seiten der gleichen Medaille und auch die Ideale richtig zuzuordnen. Das ist leider nicht passiert und ich behaupte, dass verfolgt die Sozialdemokratie und die Linke eigentlich noch bis heute. Denn so kann es passieren, dass wir manchmal den Anschein erwecken, vielleicht nicht mehr links genug zu sein, oder zu neoliberal oder zu kapitalistisch. Und da muss ich selbst kritisch sagen: Ja, da gibt es auch sehr viele Anlässe dazu, obwohl im Film „Lets make money“ es einen Fehler gegeben hat, der von den Filmemachern selbst auch schon eingestanden wurde. Also die Wiener Linien haben nie Straßenbahnen oder Garnituren an irgendwelche anderen, ausländischen Unternehmen verkauft oder veräußert, sondern es ist geleast worden. Darüber kann man streiten, ob das dem amerikanischen Steuerzahler gegenüber gerecht ist, darüber kann man tatsächlich streiten. Aber der Besitz an den Garnituren und an den Wiener Linien ist immer noch in der Hand der Stadt Wien und auch sämtliche Strategien und Maßnahmen werden ausschließlich von den Wiener Linien getroffen und können auch nur von diesen durchgeführt, oder widersprochen werden. Das heißt das Unternehmen in Amerika, das eine Straßenbahngarnitur geleast hat, hat absolut überhaupt keine Möglichkeiten,

auf diese Straßenbahngarnituren zuzugreifen , sie zu veräußern, zu verkaufen, Sicherheitsmängel nicht zu beheben, usw. Also das war wirklich für den Wiener Steuerzahler eine sehr günstige Angelegenheit, die aber tatsächlich Nichts verändert hat und da sehe ich wiederum quasi von meiner Seite her, die Kritik an den Kritikern, dass man nicht versucht das Wesentliche zu sehen, sondern nur die Symptome. Ich bitte darum, quasi ins Detail zu gehen. Und nicht aufzuschreien, wenn es heißt : Ah, da werden irgendwelche Garnituren verleast, und das ist gleich das Böse, weil jetzt gehören sie anscheinend nicht mehr der Stadt Wien, was ja auch falsch ist. Sondern schauen wir auf das Wesentliche. Die Straßenbahngarnituren gehören immer noch der Stadt Wien, bzw. den Wiener Linien und so bleibt es auch. Das heißt für den Wiener Nahverkehr und für den öffentlichen Verkehr ändert sich absolut Nichts sondern es ist eindeutig eine reine Steuerermäßigung für den Steuerzahler. Mehr ist es nicht. Da bin ich auch quasi schon beim großen Thema- Das Wesentliche von den Symptomen zu unterscheiden.

Privatisierungen. Die Voest. Die Voest wäre heute tot, das behaupte ich, wenn man damals nicht verstanden hätte, dass das Unternehmen nicht nach dem Prinzip Gleichheit und Gerechtigkeit gestaltet werden kann, weil unser kapitalistisches System leider heute nicht so funktioniert, sondern wenn man im kapitalistischen System, und so eines haben wir, ob wir es wollen oder nicht, bestehen möchte und wenn man Arbeitsplätze im produzierenden Bereich haben möchte, dann kann man nicht den Fehler begehen, den wir in den 60er und 70er Jahren begangen haben, ich erinnere auch an sozialdemokratische Wirtschaftskatastrophen in den 80ern und 90ern, wie den Konsum, wo man versucht hat, große Unternehmen wie die Voest zu halten, der Arbeitsplätze willen und das funktioniert im kapitalistischen System nicht. Das kapitalistische System frisst solche Unternehmungen auf. Frisst sie auf und zerstört nachhaltig, hat man an der Bawag gesehen, zerstört nachhaltig das Image und die Glaubwürdigkeit in sozialdemokratische Wirtschaftskompetenz.

Wieso werden dann immer solche Beispiele hergenommen um zu erklären, warum privatisiert werden muss, aber zum Beispiel werden Beispiele, für Unternehmen die von Anfang an privat gehandhabt wurden, nie als Gegenbeispiel herangezogen. Gerade wenn es zum Beispiel darum geht, dass ja ein staatliches Unternehmen andere Aufgaben hat, wie zum Beispiel die Abdeckung von Interessen von Menschen, die sich eigentlich aus kapitalistischer Sicht nicht rentieren würden. Da hat ja ein privates Unternehmen den Vorteil, dass es sich die Rosinen herauspicken kann- das es schaut, was rentiert sich- das werde ich dann schon machen, nach den Kriterien, wie ich es mir ausdenke. Ein staatliches Unternehmen hat ja auch die Aufgabe, die Interessen von Menschen abzudecken, die sich aus einer kapitalistischen Logik heraus nicht rentieren. Wieso wird das nicht argumentiert? Oder wieso wird nicht argumentiert, dass sogar Privatunternehmen, obwohl sie sich die Rosinen heraus gepickt haben, gescheitert sind?

Peko Baxant: Da gebe ich dir vollkommen recht, weil ja das kapitalistische System an sich fehlerhaft ist und zum Scheitern verurteilt ist. Also ich behaupte, das kommunistische System ist zusammengebrochen weil es fehlerhaft war und zum Scheitern verurteilt war, genauso wie das kapitalistische System. Also ich behaupte, diese Krise, wie wir sie jetzt haben, ist noch lange nicht zu Ende und sollte sie mal zu Ende sein, wird die nächste kommen, die das kapitalistische System langfristig zerstört. Also da bin ich felsenfest davon überzeugt. Weil es sich selbst nicht halten kann. Zu deiner Frage, da bin ich genau dort, was ich vorher versucht habe zu betonen: Nämlich unterscheiden wir zwischen dem Wesentlichen und den Symptomen. Was ist quasi das Wesentliche an einem Unternehmen wie zum Beispiel einer Sozialversicherung, einer Krankenversicherung? Das ist ein Unternehmen, wo ich mich mit Händen und Füßen dagegen wehren würde, dass man zum Beispiel die Wiener Gebietskrankenkasse privatisiert. Weil warum? Was hat die Wiener Gebietskrankenkasse oder ein Krankenhaus, eine Schule für die Gesellschaft zu bieten, bzw. zu leisten, welche Funktion für die Gesellschaft?

Nämlich das Bedürfnis nach Gesundheit zu stillen bzw. das Bedürfnis nach Bildung zu stillen. Dieses Bedürfnis wird aber nie Gewinn abwerfen. Da gebe ich dir vollkommen recht- Dieses Bedürfnis wird sich kapitalistisch nie rechnen. Deswegen ist es wichtig dass wir viele Steuern einnehmen, damit wir einen großen Finanzierungstopf haben, aus dem wir genau diese Bedürfnisse der Menschen stillen können. Ich behaupte mal, aber es gibt in diesem System, in dem wir uns gerade befinden, also dem kapitalistischen System, gibt es aber auch ganze Wirtschaftszweige und Gesellschaftssphären, die wesentlich besser und für den Endkonsumenten besser zu handhaben sind, wenn sie nach dem privaten Prinzip funktionieren, also zum Beispiel ein Einkaufshaus. Im kapitalistischen System fungiert ja zum Beispiel der Wettbewerb und die Konkurrenz für den Endkonsumenten im Endeffekt eigentlich positiv, weil man hat quasi eine gewisse Qualitätssicherung, der Preis wird auch gedrückt, und das Spiel Angebot und Nachfrage funktioniert zwar fehlerhaft, aber im Rahmen des kapitalistischen Systems funktioniert es dennoch. Das es Unternehmungen gibt, die aus der öffentlichen in die private Hand übergeführt worden sind, das heißt privatisiert wurden, und die sich dann die Rosinen herausgepickt haben, dieses Beispiel wird sehr wohl gebracht. Also da muss ich dir widersprechen. In der linken Wirtschaftsdiskussion bzw. im Diskurs werden solche Unternehmungen sehr oft gebracht als Negativbeispiel für Privatisierungen, die nie stattfinden hätten dürfen. Also ich behaupte mal, ich bin kein grundsätzlicher Feind der Privatisierung, weil man unterscheiden muss, wo gibt es eine Berechtigung, und wo gibt es keine. Berechtigung gibt es dort, wo es einzig und allein darum geht, das etwas produziert wird, was alle anderen auch produzieren könnten und wo sich Angebot und Nachfrage nicht negativ auf das Endprodukt auswirken. Bei der Wasserversorgung, bei der öffentlichen Daseinsvorsorge, würde sich privatkapitalistisches Wirtschaften sehr wohl negativ auswirken. Schlechtere Qualität. Schauen wir zum Beispiel in England. Privatisierung der Wasserversorgung. Also schlechtere Qualität, Krankheitserreger im Wasser. Das Wasser ist auch wesentlich teurer für die Menschen. Und das geht bis dahin, dass sich manche Menschen in London das Wasser nicht leisten können. Oder schauen wir uns mal die öffentlichen Verkehrsmittel an in

London, zum Beispiel die U-Bahn. Da gelten dann nicht die Prinzipien des „Was möchte ich?“. Ich möchte, dass die Londoner von A nach B kommen, so günstig und so sicher wie möglich- das ist dann nicht mehr das Kriterium, sondern das Kriterium eines öffentlichen, privatisierten Transportunternehmens ist dann quasi nur noch der Profit. Das heißt Sicherheit und Qualität geht vollkommen baden und es zählt nur noch der Profit. Das ist natürlich für den Endkonsumenten sehr negativ. Ich behaupte einmal, diese Beispiele werden bei uns sehr wohl gebracht und sind für uns Sozialdemokraten, für uns Linke, lohnende Beispiele dafür, dass Privatisierungen nicht blind durchgeführt werden können und durchgeführt werden dürfen. Weil man sich quasi immer anschauen muss, in welchem Bereich soll privatisiert werden und in welchem Bereich soll nicht privatisiert werden. Aber genauso warne ich davor, zu behaupten, dass Privatisierungen an sich ein großes Problem sind. Man muss sich einfach überlegen, welche Wirtschafts- und welche Gesellschaftssphären möchte ich in der Hand der Öffentlichkeit, in der Hand des Souveräns wissen und welche Wirtschaftssphären erlauben es, dass ich sie in der Hand von Privatunternehmen weiß.

Im Grunde hat ja Michael Rosecker vom Renner Institut ganz ähnlich argumentiert, indem er gemeint hat, man muss eine klare Grenze ziehen zwischen dem was marktwirtschaftlichen Kriterien ausgesetzt werden darf und dem was staatlich bleiben soll und diese Grenze wurde allerdings nie gezogen, sondern konnte einfach kontinuierlich ein Eingriff passieren liberale Politik in Bereiche, wie zum Beispiel das Wasser, wo das im Vorhinein, niemals hätte vorgesehen sein dürfen.

Peko Baxant: Es stimmt dass es quasi nicht formal ein Dokument gibt, wo drinnen steht was privatisiert werden soll und was nicht privatisiert werden darf. Das stimmt. Aber tatsächlich. Wenn man ganz fair ist: In Österreich, fallen mir jetzt persönlich keine Beispiele ein oder sehr wenige Beispiele, wo in der Vergangenheit falsch gehandhabt wurde. Also ich behaupte einmal, die gesamte Gesundheitsversorgung, die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge ist

in Österreich, wenn man es unterscheidet zu anderen europäischen Städten, eigentlich immer noch in der öffentlichen Hand. Das ist jetzt eher keine Behauptung sondern eine Frage: Wüsstest du jetzt ein Unternehmen?

Na ich habe eh schon gesagt, dass ich anhand dessen, was ich untersucht habe (Anm.: für die Seminararbeit) noch sehr links gehandelt hat im Vergleich zu den anderen Ländern, die ich verglichen habe, und auch was die Auswirkungen angeht.

Peko Baxant: Aber ich gebe dir Recht. Wahrscheinlich brauchen wir so eine Diskussion. Wir brauchen in der Sozialdemokratie, oder überhaupt in der Öffentlichkeit eine Diskussion, wo man Privatisierungen vornehmen sollte und wo nicht. Also Prinzipien. Ganz klare Prinzipien an denen sich die Öffentlichkeit, die Medienöffentlichkeit und die Politik orientieren kann

Wo ich allerdings schon anhalten muss ist, dass allein beim letzten Parteiprogramm von 1998 unter Punkt 8 zum Beispiel zu lesen ist: Funktionierende Märkte und fairer Wettbewerb leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wohlstandes durch ihren Zwang zur effizienter und preiswerter Erbringung von Leistungen und Gütern im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das ist genau das, worüber wir gerade geredet haben. Was dann allerdings danach steht ist zunächst eben: Wir treten daher für offene Märkte und gegen bestehende und neue Monopole mit ihren Nachteilen und Kosten ein. Also es wird, wenn ich das weit her hole, es wird im Grunde staatliche Wirtschaftspolitik, wo es Monopolstellungen gibt, wo nur der Staat anbietet, schon negativ konnotiert und mit Nachteilen und Kosten in Verbindung gebracht und das in einem sozialdemokratischen Parteiprogramm 1998 bereits.

Peko Baxant: Also da muss ich sagen: Das ist ein großer Fehler. Das sollte so da nicht stehen und man sollte sich überlegen, es zu ändern. Nämlich das man nämlich auch nicht über staatliche Monopole spricht, sondern man muss sich auch ganz klar überlegen, auch als Sozialdemokratie, die Spielregeln, welche Wörter verwenden wir, was ist unsere Diktion und in diesem Parteiprogramm, dass du gerade angesprochen hast, also in dem letzten Teil des Satzes, der da anfängt mit staatlichen Monopolen und mit Kosten usw. verbunden wird, ist eigentlich Alles falsch gemacht, was man nur falsch machen kann. Also man spricht von staatlichen Monopolen, anstatt von gesellschaftlicher Verantwortung zu sprechen oder über die Verantwortung des Souveräns und der Gesellschaft. Das ist ja kein staatliches Monopol...

Wobei ich fairer weise sagen muss, es ist ja gestanden nicht staatliches, sondern generell Monopol. Das ist meine Interpretation heraus.

Peko Baxant: Also da sollte man ganz genau aufpassen und man sollte schauen, und vor Allem wir Sozialdemokraten und wir Linken, wenn es darum geht wenn die Gesellschaft als Ganzes Verantwortung wahrnimmt und etwas gemeinsam gestalten möchte und anbietet, wie zum Beispiel in Österreich die öffentliche Daseinsvorsorge, Gesundheitsbereich usw. das das nicht als Kosten und als etwas Nachteiliges gesehen wird, sondern als das Schönste und das Höchste, zu was der Mensch heute fähig ist. Nämlich der Zusammenschluss von Individuen im Interesse eines jeden Einzelnen von uns.

Zum Punkt Verteilungsgerechtigkeit. Bei dem Punkt Verteilungsgerechtigkeit habe ich oft den Eindruck, dass da immer eine sehr defensive Haltung von Seiten der SPÖ eingenommen wird. Also zum Beispiel wenn es darum geht dass eine Diskussion um die

Vermögenssteuer kommt. Da wird immer extremst betont, wer aller nicht davon betroffen werden soll, da wird in Bildern gesprochen von denen, die nicht betroffen sein sollen von der armen Oma mit ihrem Haus bis zu dem Häuslbauer oder so, also das ist eigentlich eine total grund defensive Haltung. Was dabei komplett außer Acht gelassen wird, ist das man gesagt hat ,wer soll denn davon betroffen sein und wen möchte man besteuern und Attac zum Beispiel meint, dass nach eigenen Berechnungen, auch bei einer Vermögenssteuer von nur einem Prozent auf die 10 Prozent Reichsten in Österreich 6 bis 7 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr an Steuereinnahmen zusätzlich erwirtschaftet werden könnten. Wieso kann da die SPÖ keine offensive Haltung einnehmen? Wieso nimmt man da automatisch eine verteidigende Haltung ein?

Peko Baxant: Man muss da klar differenzieren und unterscheiden in der Diskussion. In der Diskussion, die damals der Landeshauptmann Voves losgetreten hat, das war eine sehr undifferenzierte und von Anfang an schlecht geführte Diskussion. Auch quasi eingeleitet vom Landeshauptmann selber. Sehr unglücklich. Man hat sich damals nicht ausgekannt. Man hätte, wenn man damals die Vorschläge so übernommen hätte, hätte man wahrscheinlich wirklich die breite Mittelschicht getroffen und nicht die, von denen Attac zu Recht spricht. Warum es einen Anschein erweckt, dass die SPÖ in dieser Hinsicht sehr defensiv ist, glaube ich, weil es in der Sozialdemokratie anscheinend noch keinen Konsens darüber gibt wo Verteilungsgerechtigkeit beginnt und wo sie aufhört. Beziehungsweise in welcher sozialen Schicht man anfangen sollte nach unten zu verteilen und welche Schicht empfangen sollte. Darüber gibt es innerhalb der Linken und das sage ich ganz bewusst, innerhalb der Linken, und da nehme ich auch alle zivilgesellschaftlichen Gruppen hinein, da gibt es keinen Konsens. Und den Konsens gibt es in einer großen, sozialdemokratischen Partei wie es die Sozialdemokratie in Österreich ist, anscheinend nicht. Das wir aber eine Partei sind, die sich Verteilungsgerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben hat, das ist

schon der Fall und ich glaube, wenn man in der Öffentlichkeit eine Umfrage starten würde: Welche Partei steht für Verteilungsgerechtigkeit? Da würde ganz klar herauskommen: Die SPÖ. Das wir es anscheinend aber noch nicht geschafft haben, intern uns darauf zu verständigen, wie genau diese Verteilungsgerechtigkeit ausschauen soll, dieser Kritik müssen wir uns sehr wohl stellen.

Da kommen wir schon zum Punkt 5. Also allgemein das Thema Ausländer. Das ist jetzt hauptsächlich auf Österreich bezogen. Einerseits existiert ja das Problem der Übermittlung von Integrationszielen, die immer zeitlich mehr Ressourcen bedarfen als populistisch geäußerte, rechtspolitisch geäußerte Lösungsansätze und andererseits gibt es generell ein Problem der österreichischen Sozialdemokratie im Umgang mit der FPÖ. Also ich sage es mal anders: Gäbe es denn kurzfristige Modelle oder Möglichkeiten, wobei ich ja zum Beispiel jetzt das im Gemeindebau (Anm.: gemeint ist das Pochen auf die Hausordnung) sogar als eine Art kurzfristige Lösung ansehen würde, weil das man Ordnung schafft ist ja maximal das man jemanden zu Regeln zwingt, aber nicht aus Integration sich heraus freiwillig so verhält, sondern man hält sich dann aufgrund von „Ordnungswächtern“. Gäbe es denn irgendwelche Lösungsansätze, die du hättest oder deine Partei hätte, die zum Beispiel kurzfristigen Lösungen wie denen der FPÖ- Wir schmeißen sie einfach raus, entgegen zu setzen wären?

Peko Baxant: Also in der Vergangenheit hat man immer gesehen, dass wenn die SPÖ versucht hat die populistischen Rechtsparteien rechts zu überholen, dann ist es uns immer am Kopf gefallen und meiner Meinung nach zu Recht. Einerseits gehen die Leute zum Schmied und nicht zum Schmiedl, andererseits ist es für die SPÖ, die eine humanistisch geprägte Vereinigung ist, moralisch absolut nicht vertretbar – Wir versuchen quasi die Rechten rechts zu überholen. Das heißt vielleicht wäre da auch die Frage, sollten wir

auch kurzfristige Lösungen anbieten bzw. sollten wir auch Parolen anbieten? Weil ich behaupte einmal, die rechtspopulistischen Parteien bieten ja keine Lösungen an, sondern sie sprechen nur ein Problem an. Das heißt da würde ich jetzt auf jeden Fall Nein sagen.

Wie? Nein zu was?

Peko Baxant: Nein zu rechtspopulistischen Parolen und Slogans, wo wir da auch versuchen könnten zu realisieren...

Aso nein, das habe ich auch so nicht gemeint.

Peko Baxant: Ja nur ich behaupte einmal, jetzt komme ich schon zum Thema des kurzfristigen. Ich behaupte einmal: Wir haben nicht das große Integrationsproblem von dem Alle sprechen. Jörg Haider und HC Strache haben es geschafft, gemeinsam mit Medien, da muss man Kritik üben, auch in allen Medien, ich möchte da auch keine einzige Zeitung und keine einzige TV-Station ausnehmen, alle haben mitgespielt und alle spielen heute noch mit. Der Anschein in der Bevölkerung und in der Politik wurde verstärkt, dass wir ein riesiges Integrationsproblem haben. Ich behaupte mal, wir haben kein riesiges Integrationsproblem, wir haben aber andere Probleme. Wir haben Probleme wie es sie in jeder Stadt schon immer gegeben hat, nämlich zwischen Jung und Alt. Wir haben die Probleme die es gibt zwischen Reich und Arm und wir haben die Probleme, die es immer schon gegeben hat, zwischen Arm und Arm. Und wir haben die Probleme, die es einfach im Zusammenleben in einem Haus gibt, das heißt Nachbarschaftsprobleme. Aber weil es Menschen gibt und es Politiker gibt und Tendenzen, quasi sehr viele Probleme auf ein Problem zu kanalisieren, damit man politisch besser kampagnisieren kann, kommt das Integrationsproblem, oder wie es rechtspopulistische Parteien sagen, das Ausländerproblem. Jetzt haben wir

anscheinend, und das haben sehr viele Menschen – und das ist schwer dagegen zu argumentieren, das sehr Vieles als Integrationsproblem gesehen wird. Aber wenn die Schuhe draußen stehen im Gemeindebau, wenn die Schuhe am Gang stehen, dann ist das kein Integrationsproblem sondern ein ganz normales Nachbarschaftsproblem, dass es vor 50 und vor 200 Jahren auch schon gegeben hat und da hat der Mehmet noch nicht in Wien gelebt. Und es gibt genauso das Problem zwischen Jung und Alt, also die kleinen Burschen die im Park spielen im Käfig, und die spielen halt bis 10 oder bis 11, weil es einfach lustig ist, weil Fußball spielen immer schon super war und weil Fußball einer der besten Sportarten ist die es gibt, das ist aber kein Integrationsproblem, nur weil der kleine Bub Hasan heißt und früher hat er Markus geheißen, sondern das ist ein ganz normales Problem im Zusammenleben und deswegen behaupte ich ja, ist die Diskussion um die Ordnung. Also die Ordnungsdiskussion und die viel gepriesene Wiener Hausordnung. Deswegen sage ich, das ist eine Maßnahme, die sehr wohl sehr viel bewirken kann. Weil was ist denn das Problem jener Menschen die anscheinend aus einer gewissen Notsituation sagen: Das einzige was ich heute noch tun kann ist Strache zu wählen? Das Problem ist ja nicht, dass der Job weggenommen wird, weil wer verliert in Österreich seinen Job aufgrund eines Ausländers? Ich behaupte mal: Keiner. Oder das Problem ist ja auch nicht, dass die Ausländer Österreich ausquetschen und mehr Sozialleistungen beziehen, als sie einzahlen. Das Gegenteil ist der Fall. Sondern das Problem sind die von mir vorher angesprochenen Themen für die sich anscheinend bis jetzt niemand zuständig gefühlt hat. Weil wir gesagt haben: Das ist Privatleben. Das ist das, was die Leute untereinander klären sollten, weil sie es immer schon untereinander geklärt haben. Nachdem es jetzt aber Politiker gibt, die Salz in die Wunde streuen, bzw. Öl ins Feuer gießen, haben wir anscheinend dieses selbstreflexive und die selbstheilende Wirkung der Menschen nicht mehr so, wie es sie früher gegeben hat. Nämlich einfach das Gespräch. Durch das Gespräch zusammenkommen. Und das was man in Wien so sagt, also durch das Reden, kumman die Leit zom- die Menschen reden heute nicht mehr miteinander. Deswegen erachte ich die Wiener Hausordnung und das Pochen auf die Wiener Hausordnung, das heißt das

Einfordern von Rechten und Pflichten von allen Menschen die in Wien wohnen, egal ob sie jetzt Mitzi Tant oder Abdullah heißen, das man sagt quasi: Alle müssen sich daran halten, weil die Bevölkerung hat heute manchmal das Gefühl, die mit dem Kopftuch kann sich mehr erlauben als ich, was aber absolut nicht stimmt. Und das man dieses Gefühl weg bekommt, deswegen ist die Formel Wiener Hausordnung eine sehr wichtige, eine sehr relevante aber vor Allem auch eine nachhaltige und effiziente Maßnahme, die, glaube ich, langfristig die „Ausländer-Raus“ Parolen ausstechen wird. Das heißt das wäre mal die kurzfristige Geschichte. Langfristig müssen wir einfach schauen, dass wir die Menschen aufklären darüber was passiert, wenn Strache und Parteien wie die FPÖ an die Macht kommen. Was steckt hinter der Aussage „Daham statt Islam“? Kann lustig sein und reimt sich auch, aber sehr viele Menschen und ich behaupte auch sehr viele junge Menschen, haben sich nicht überlegt was passiert, wenn das wirklich Realität wird. Und diese Aufklärung, die mit einem gewissen Respekt kommen muss, die muss jetzt wesentlich verstärkt auch in den Schulen passieren. Also ich glaube, Schulen und Medien, aber auch an den Hochschulen usw.- überall dort muss anscheinend wieder aufgeklärt werden. Was passiert, wenn der an die Macht kommen sollte? Was passiert, wenn diese Politik wirklich Realität werden sollte? Das behaupte ich jetzt hier groß, das haben sich sehr viele Wähler und Wählerinnen der FPÖ nicht überlegt.

Nun hat zum Beispiel jemand erst unlängst gesagt: Wir haben gesagt, dass man Politik für die Ausländer und nicht für die Österreicher machen soll. Das hat jetzt aber kein Freiheitlicher gesagt, sondern Josef Cap erst unlängst in Talk of Town auf Puls 4, soviel ich weiß. Das ist ja jetzt eigentlich komplett der entgegengesetzte Ansatz, als das was du gesagt hast.

Peko Baxant: Ich glaub, der Josef Cap hat gemeint, dass das die Leute von uns glauben. Die Menschen glauben von uns, dass wir immer Politik für die

Ausländer machen. Dieses Vorurteil, und das ist eine Falschaussage, habe ich auch schon oft gehört auf der Straße. Und er möchte jetzt wahrscheinlich mit dieser Aussage betonen, dass das nicht stimmt und das wir quasi Politik für alle Menschen machen müssen und wollen, die in unserer Stadt und in unserem Land wohnen.

Ganz schnell noch zur Frage der Altersstruktur der WählerInnen der SPÖ. Wie stellst du dir das vor, dass du intensiven und qualitativ hochwertigen Wahlkampf für junge Menschen, bzw. mittleren Alters machst, denn das fängt ja nicht erst an mit 20 oder so, es wird ja immer kontinuierlich, je jünger die Menschen werden, um so weniger wählen sie SPÖ, und je älter sie werden, um so mehr wählen sie SPÖ, bei der letzten Nationalratswahl ist das zu Tragen gekommen. Wie würdest du dem entgegen steuern bzw. was denkt da die Partei und ist die SPÖ nicht mehr attraktiv für junge Menschen?

Peko Baxant: Die SPÖ ist genauso viel oder genauso wenig attraktiv wie alle anderen Parteien, vor Allem wie auch die Politik, wie die Medien, wie das Establishment an sich ist. Also das die große Gesellschaft, das was man in den Medien mitbekommt, wird für junge Menschen immer abstrakter und immer uninteressanter für das konkrete Leben eines jungen Menschen. Deswegen sage ich es ist nicht nur die Schuld, bzw. nicht nur das Problem der SPÖ, sondern es ist das Problem der Gewerkschaften, der Kirchen, alle anderen politischen Parteien usw. Das kurzfristige Aufbäumen der FPÖ im Jugendbereich, das ist nur eine Momentaufnahme. Langfristig ist die FPÖ, und tatsächlich ist die FPÖ genauso interessant oder uninteressant wie alle anderen politischen Parteien. Jugendwahlkampf. Jugendwahlkampf ist ja nicht nur ein Wahlkampf für die 17 bis 30jährigen, sondern Jugendwahlkampf- und ich versuche einen Jugendwahlkampf immer auch so anzulegen, dass er für alle anderen Bevölkerungsgruppen auch interessant und relevant ist. Ein gut gemachter Jugendwahlkampf und Jugendaktivitäten einer Partei, sind auch

immer interessant und attraktiv für alle anderen Bevölkerungsgruppen, ich behaupte einmal, wenn sich eine Partei damit beschäftigt, junge Menschen wieder an sich heranzuziehen, und interessant zu sein für junge Menschen, dann hat das einen gewissen Pep. Das hat eine gewisse Attraktivität und das interessiert auch automatisch alle Anderen. Was tun wir um der demographischen Entwicklung unserer Wähler und Wählerinnen und FunktionärInnen entgegenzusteuern? Alltägliche Kampagnenarbeit. Da kann man sich nicht ständig ausreden auf die ganz große Welt, und warum es nicht geht, sondern nein: Man muß einfach selbst Verantwortung wahrnehmen. Ich als Jugendwahlkämpfer und als Jugendkoordinator der SPÖ Wien versuche das jeden Tag . Es gibt über 300 ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die das auch jede Woche versuchen. Wir sind dort, wo die jungen Menschen sind. Wir sind durchgängig, also die ganzen 5 Jahre, über die gesamte Legislaturperiode mit den jungen Roten vor Ort, auf der Straße , in den Diskos, vor den Diskos, um im Wahlkampf eine wesentlich bessere Ausgangsposition zu haben und eine Glaubwürdigkeit mit zu nehmen. Das heißt das tun wir einerseits für unsere Wählerinnen und Wähler- in Wien schaut ja die demographische Wählerstruktur der SPÖ wesentlich anders aus als im Bundestrend- also in Wien wählen die jungen Menschen zum Beispiel bei der letzten Gemeinderatswahl die 16 bis 19 Jährigen, die Erstwähler und Erstwählerinnen haben zu 53 Prozent Michael Häupl und SPÖ gewählt. Oder bei der letzten EU-Wahl haben die JungwählerInnen ganz entgegengesetzt zum Trend auf Bundesebene, in Wien zu 50 Prozent die SPÖ gewählt. Oder bei der letzten Nationalratswahl haben die JungwählerInnen zu 38 Prozent in Wien die SPÖ gewählt. Das heißt wir haben in Wien eine wesentlich bessere Ausgangsposition. Warum? Weil wir ständig arbeiten. Man darf sich keine Verschnaufpause erlauben. Und quasi immer am Puls der Zeit sein. Tabulos an die Sache herangehen. Tabulos bedeutet einfach Marketing, Jugendmarketing- Instrumente in die Hand zu nehmen und mit denen genauso zu arbeiten wie private Unternehmungen. Was nicht bedeutet, dass man sich von privaten Unternehmen quasi abschaut- also man muss sich anschauen das Jugendmarketing, die Inhalte müssen aber sozialdemokratische sein, weil alles Andere würde die jungen Menschen auch

nicht interessieren. Wir wissen vom Straßenwahlkampf und von diversesten Gesprächen, dass die jungen Menschen sich von uns, zwar ein frisches Auftreten erwarten, das versuchen wir in Wien auch zu bewerkstelligen, aber sie erwarten sich nicht von uns, dass wir uns dann von Red Bull oder von Coca Cola abschauen quasi welche Politik wir machen wollen. Nein, sie erwarten sich Lösungen die gefärbt und getränkt sind im geschichtlichen Topf, nämlich mit Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität und Gleichheit.Chancengleichheit vor Allem. Das erwarten sich die jungen Menschen sehr wohl von uns, und vielleicht konnten wir diese Erwartung in der Vergangenheit nicht so sehr gerecht werden. Das heißt ich bin eigentlich zuversichtlich, das wir in Zukunft das wieder realisieren werden können, weil wir als Partei verstehen, das es keinen anderen Weg gibt als den, auf unsere sozialdemokratischen Grundwerte zu pochen, und den Menschen näher zu bringen, wie wir uns eine sozialdemokratische Welt vorstellen. Ich behaupte erst einmal: Die Menschen sind erstens sozial eingestellt, sie wollen das Soziale, sie wollen das Gesellschaftliche, und sind maximal angefressen auf die SPÖ, weil wir es in letzter Zeit nicht mehr geschafft haben, das gut genug zu kommunizieren, und andererseits sind sie Demokraten, bzw. wollen als Souverän auch Verantwortung wahrnehmen. Und da, und da bin ich jetzt am Ende, und das ist dann meine Diplomarbeit (Anm,,: Peko Baxant studiert ebenfalls Politikwissenschaft in Wien), da würde ich dann quasi sagen, das ist dann die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie in Zukunft . Da wo sie sich in der Vergangenheit schwer getan hat, wo sie den Fokus auf etwas anderes gelegt hat- Ich behaupte mal, ohne der Lösung der demokratischen Frage, wird auch die Frage der sozialen Frage nicht lösbar sein. Ich behaupte mal, die Lösung der demokratischen Frage, ist Voraussetzung für die Lösung der sozialen Frage, nachhaltig gesehen. Das Souverän hat heute nicht die Mittel, die es auf der Höhe der Zeit zugestehen würde. Einmal in fünf Jahren über die Zusammensetzung des österreichischen Parlaments abzustimmen ist zu wenig- Ich bin aber nicht für das direkt demokratische System der Schweiz, wo die Menschen quasi fast gezwungen werden,Alles abzustimmen, sondern da braucht es ein ganz anderes System, nämlich die dreistufige Volksgesetzgebung, aber das ist dann sowieso eine ganz andere Diskussion.

Zum Abschluss: Ich behaupte, wenn die SPÖ nachhaltig realisieren möchte und in der Zukunft wieder erfolgreich sein möchte, muss sie auf das zweite Wort in ihrem Namen pochen (Anm.: gemeint ist „demokratisch“) und muss sich neue Wege überlegen und muss sich vor Allem eingestehen, dass die Frage neben dem Sozialen, vor Allem auch die des Demokratischen fallen muss.

Transkription der Rede von Franz Vranitzky in der Österreichischen Nationalbank beim Vranitzky-Kolloquium

Rede Franz Vranitzky

Ja vielen Dank. Wenn mein Familienname mit dem Hauptwort Ära verbunden und auf Papier ausgeschrieben wird, dann heißt das: Irgendwas ist zu Ende. Was? Die Ära. Also das wars dann. Und das ist auch gut so. Das liegt an der Natur der Dinge, weil es kann ja niemand sagen: Also ab 1. Jänner bin ich Bundeskanzler, da beginnt jetzt deine Ära. Das wird so nicht sein. Ich hab mich in erster Linie zu bedanken bei euch. Beim Raphael Sternfeld, den Patrick und ganz früher den Heinz Weinzierl und ganz sich bedanken bei Heinz Kienzl. Und sicher noch einmal zu bedanken bei der Österreichischen Nationalbank, die uns hier für unsere Diskussionen beherbergt hat und ein sehr, sehr angenehmes Umfeld für diese Podiumsdiskussionen mit den Gästen und den Freunden, die zu uns gekommen sind, geschaffen hat. Und wir haben viele der Themen, die heute aufgegriffen wurden, hier auf eine sehr offene Art und Weise behandelt und diskutiert, gott sei dank nicht unkontroversiell und dieses Kolloquium von der WIWIPO hat insofern auch eine sehr, sehr positive Eigenschaft, als hier keine fraktionellen Übermächte stattfinden, wohl aber jeder, der hier erschienen und empfangen oder fast jeder, vom anderen seine Fraktion oder ideelle oder politische Einstellung kennt und sie daher auch zu gewichten weiß und einzuschätzen weiß. Ich

habe es nicht als meine Aufgabe empfunden, dieses Dankeswort damit zu verknüpfen, mich in aktuelle, politische Entwicklungen in der Weise einzumischen und wenn ein Herr gefragt hat: Was würde ich den heute Regierenden raten, dann sag ich ihnen: Also, jetzt bin ich bald 14 Jahre aus dem Amt und verfolge aber die politischen Geschehnisse in Zeitungen fast genau so intensiv wie früher, aber habe mir zurecht gelegt, dass ich einer bin, den Alles interessiert, der sich über gewisse Dinge freut, der sich über gar nicht so wenige auch Sorgen macht, der es aber nicht angemessen hält, die Leute, die Kollegen, die Freunde die heute Regierungsämter oder andere politische Ämter betreuen als eine Art Heckenschütze in der Öffentlichkeit zu attackieren. Das tue ich nicht. Äh. Ein paar Ausnahmen abgesehen. Aber entspricht nicht der Grundregel. Daher würde ich sehr gern auf den einen oder anderen Aspekt am Podium hier eingehen. Nämlich das Funktionieren einer großen Koalition. Gerade in der letzten Wortmeldung wurde gesagt: ob sie nicht oder dass sie nicht eine Fehlkonstruktion ist. Da glaube ich kann man, ich glaube nicht dass man das mit ein, zwei Sätzen abtun kann. Letztendlich ist die große Koalition entstanden genau genommen in der Zwischenkriegszeit, als sie nämlich nicht nur nicht funktioniert hat sondern die Exponenten der zwei Parteien sich sogar mit Waffen bekämpft haben. Dann ist die Katastrophe, Nationalsozialismus und der zweite Weltkrieg gekommen und dann kam das gelebte I wieder und dann haben diese beiden und jederlei andere Buddhisten aus der Zwischenkriegszeit einen gewissen Schulterschluss gemacht. Nur, sie haben einander noch immer nicht wirklich getraut und haben daher für jede Funktion, die der eine einnahm, einen anderen dazu gesetzt. Wir wissen, zeitgeschichtlich heißt das Proporz. Dieser Proporz hat in der Zeit der Besetzung so manche positive Seite gehabt. Wir wissen, die ganze Geschichte, die ÖVP wollte die Verstaatlichung nicht- sie hat aber keine Antworten darauf gewusst, wer soll denn die Kapitalisierung der am Boden liegenden Unternehmungen übernehmen? Das konnte ja nur der Staat sein. Und weil es der Staat war, ist auch hinterher, der Staat und sie, die Industrie, beides bei den Regierungsparteien gelandet. Trotzdem haben die über dieses Faktum gestritten. Die einen haben Verstaatlichung für schlecht gehalten, die anderen haben das nicht nur als eine notwendige Auffang-

Maßnahme nach dem Krieg begriffen, sondern auch als eine ideelle, eine ideologische, nämlich auch eine sozialpolitische Verpflichtung, mit der gehe ich dann später, viele Jahre später, sehr zu kämpfen hatte. Ich war einmal bei einer großen Betriebsversammlung, bei der Keli Linz, so hieß sie damals, und hab ihnen gesagt damals: So können wir nicht weitermachen. Ihr macht Verluste und bisher hat der Staat aus dem Bundesbudget eure Verluste abgegolten. Das werden wir so nicht weiter machen, nicht zuletzt deshalb, weil dieses Faktum, die Defizite- woher genommen: aus Steuergeldern man abgegolten hat, bei den Arbeitnehmern aus den nicht verstaatlichten Unternehmungen den Vorwurf hervorgerufen hat: Mit meinem verdienten Geld, zahlt ihr eure Defizite. Und die Arbeiterschaft drohte gespalten zu werden. Bei einem zweiten Punkt hat diese Gefahr bestanden, nämlich Stichwort Hainburg. Die einen haben gesagt: Ihr seids die Betonierer, die anderen haben gesagt ihr seids die Umweltzerstörer, und wenn man dann in die Fabriken runter gegangen ist, war es nicht eindeutig, dass Alle für die Betonierer waren und es war auch nicht eindeutig, dass Alle für den Naturschutz waren. Also es gab so manche Dinge, wo man Tabus brechen musste, und der Staatssekretär hat gesagt (Anm.: ein Diskutant ist Andreas Schieder von der SPÖ): das war dann ein bisschen seltsam, was macht der Bänker in der Sozialdemokratie? Also abgesehen davon dass diese Gefahr heute eh nicht mehr besteht, also wenn es so zu sagen ein modifizierter Tabubruch ist, wenn man dort hinkommt, ins Finanzministerium und als einer der ersten Handlungen sagen muss: Die Zinsertragssteuer muss weg und eine ganze Partei hat vier, fünf Jahre wie ein Evangelium daran geglaubt hat, dass das eine wunderbare Sache ist und wenn dann der Finanzminister aus dieser selben Partei noch dazu in Nadelstreifen angekommen ist und gesagt hat: Leute, das geht nicht, das ist verfassungswidrig, das ist auch ökonomisch und finanzpolitisch ein Unsinn, dann ist das- mehr als die großen Augen. Und wenn sie dann gesagt haben, tja- Bank Austria. Natürlich, ich sitze auch oft in meiner Ecke und denke über das nach, aber auch das, wenn man an die Wurzeln geht, schaut das ein bissl anders aus, als wenn man nur sagt, die sind jetzt eine italienische Provinzsparkasse. Was war der Fall? Wir haben uns entschlossen aus guten Gründen nicht nur in der Industrie, die

Mehrheitsposition des Staates aufzugeben sondern auch bei den Banken-es ging ja nur um die zwei Großbanken, Bank Austria und Creditanstalt. Und bei der Bank Austria ist das durchgeführt worden. War erledigt. Die ÖVP-Kollegen sind zu mir gekommen und haben gesagt- jetzt habts ihr Alles. Jetzt habt ihr die Bank Austria, die Länderbank, die Zentralsparkasse ein Stückel der Girozentrale und was bleibt für uns? Da hab ich gesagt: Machts Vorschläge. Weil ich kenn eh aus der so genannten roten Reichshälfte, gibt's kaum Interessenten dass jemand die CA kaufen kann oder auch will oder auch kann. Bravo, gut- In Ordnung. Dann haben sie drei oder vier Jahre gebraucht, um einen nicht-sozialdemokratischen Investor zu finden, der die Mehrheit der CA übernimmt. Das ist in Wirklichkeit das historische, das zeitgeschichtliche Faktum. Und dann kamen Unterangebote. Also ich will jetzt nicht alle Namen nennen. Ich kann mich erinnern, der Bundeskammerpräsident Salina ist bei mir aufgetaucht und hat gesagt: Er möchte dass ihre Bank, also die Bank der Bundeskammer, für die Kunden der Bundeskammer reserviert bleibt: Wie geht das bei einer Aktiengesellschaft, börsen dotiert- wie gibt es das? Ja- das müsst schon irgendwie machen. Das muss man politisch lösen. So- das haben wir so lange politisch zu lösen versucht, bis im Wallstreet Journal gestanden ist: How many notes to privatize your bank? Und dann kam, das Alles ist schon länger her, deshalb kann ich da aus der Schule plaudern, kam der Herr Randa zu mir und hat gesagt: Wenn ihr keinen Käufer für die CA findet: Ich kann sie kaufen. Ich hab gesagt: Du, das ist jetzt ein innerpolitisches Gewitter erster Ordnung: Das geht nicht. Aber nach einem Jahr, das war aber schon das nächste Jahr, hab ich ihn her zitiert, hab ich gesagt: Kannst du noch, willst du noch? So ist das entstanden. Dann kam dann, ich muss das so im Detail sagen übrigens: natürlich, ich lese viel zu viele Zeitungen, auch ihre (Gelächter- Vranitzky spricht die Standard Journalistin an, die am Podium sitzt) und es passiert mir immer wieder: da ist eine Überschrift die meine Aufmerksamkeit erregt. Dann lese ich den Text und dann stelle ich fest dass der Text mit der Überschrift nur am Rande zu tun hat. Sie haben gesagt: Sie schließen sich den Kuschelkurs der Ära Vranitzky nicht an. Da hab ich mir gedacht: Na was kommt jetzt? Was ist gekommen? Eine Kopfwäsche für Faymann! Ja, um das zu Ende zu bringen. Und dann kamen

noch zwei Aspekte. 1. Der EU-Beitritt. In der europäischen Union ist die Haftung einer Gebietskörperschaft für ein Kreditinstitut nicht vorgesehen. Was hieß das? Die Bank Austria ist noch immer unter der Carta Z gelaufen, ist gleich Sparkassa, ist gleich Gewährleister der Haftung der Stadt Wien für die Verbindlichkeiten im Insolvenzfall der Zentralparkassa, die aber schon Bank Austria hieß. So- Außerdem stand eine Wienwahl vor der Tür und der damalige ÖVP-Exponent Görg hat zu Häupl gesagt: Er steht für eine Koalition nach der Wahl nur dann zur Verfügung, wenn die Gemeindehaftung für die Bank Austria weg fällt. Dann gab es Gespräche und Verhandlungen, bei denen ich nicht dabei war- gott sei dank. Aber herauskam der Beschluss die Bank Austria die Gemeindehaftung a weg zu nehmen, b weil das aber die Refinanzierungskosten erhöht, weil die Bonität eines Geldinstitutes von den Märkten geringer eingestuft wird, wenn eine Haftung von der Gebietskörperschaft weg fällt. So: Fazit: Wir brauchen einen starken, ausländischen Partner. Dieser starke ausländische Partner, wie der gefunden wurde, weiß ich nicht- wir wissen, wer es war. Das war die HVB. Und die HVB war ihrerseits eine Fusion aus der bayrischen Vereinsbank und der bayrischen Hypothekenanstalt und die bayrische Hypothekenanstalt hat im Keller viele Leichen gehabt, die aber niemand erkannt hat, so: das heißt also: für die österreichische Bank hat sich offensichtlich mit einer bonitätsmäßig nicht stark genugen Bank zusammen getan- den Rest kennen wir. Also ich sage: Freuen tut einem das Alles nicht. Aber aus den historischen, den zeitgeschichtlichen Abläufen ist es erklärbar, vielleicht nicht entschuldbar, wenn überhaupt eine Schuld vorliegt. Im Übrigen: Was auch zur Zeitgeschichte gehört. Nachdem die Rathausmehrheit SPÖ der Rathausminderheit ÖVP zugesagt hat, für die nächste Koalition die Weiterhaftung zu streichen, ist was herausgekommen? Es war gar nicht notwendig, weil die SPÖ eine absolute Mehrheit erringen konnte- also in dem Zusammenhang. Also: sie können jetzt sagen: typisch österreichisch. Das kommt nämlich noch dazu. Wenn schon diese große Koalition eine so schlimme Konstellation war oder ist, dann ist sie aber nicht ganz unzuständig, für den doch internationalen und auch sonst wo bewunderten Wiederaufbau der Republik. Also nur so larifari herumwurschteln wird's schon nicht gewesen sein. Denn wenn man heute ,das sag ich in

Anwesenheit eines Regierungsmitgliedes, man heute wieder in der Zeitung lesen kann über die offensichtlich nicht so erfolgreiche Bundesregierung, dann sage ich aus der Vergangenheit, also Namen sind die Würze des Gespräches. Fischler, Busek, Taus, Weißer, Itz- keine dieser Kaliber sehe ich heute. Und das waren schon auch Leute mit anderer Substanz, mit anderer Verankerung in ihrer Partei, und als ein Kollateralnutzen des Ganzen: wenn damals eine Landeshauptleutekonferenz stattgefunden hat, haben wir davon am nächsten Tag in der Zeitung gelesen, vorher hat uns das gar nicht interessiert. Weil die Landeshauptleutekonferenz keine Verfassungsankerung hat, in keinem österreichischen Gesetz erwähnt ist, das heißt das ist in Wirklichkeit eine informelle Diskussionsrunde über die man als Bundespolitiker oder als Bundesregierung, huldigen kann, wie man das gerade einschätzt. Die derzeitige Einschätzung ist offensichtlich, dass diese neun FunktionärInnen ein starkes Gewicht in der Innenpolitik haben. Ich sage das vollkommen offen und mit einer Verwunderung aus meiner politischen Erfahrung: Das war damals einfach nicht so.

So: Deregulierung mit Augenmaß bedeutet, ich bringe das ganz kurz zusammen mit einer Anmerkung über zusätzlich zu dem, was der Herr Staatssekretär sagte, über eine Steuerreform. Ich kann aus der Erfahrung sagen: Eine wirklich gelungene Steuerreform und diese von Ferdinand Lacina war eine solche, auch früher, grad in den 70er Jahren gelungene Steuerreformen, aber jeweils war das Prinzip und die Richtschnur, die Ausgewogenheit, die Ausgewogenheit zwischen den sozialen Interessen. Und wir haben damals monatelang gerechnet, gerechnet, gerechnet und gerechnet. Gott sei dank gab es dann schon die elektronische Datenverarbeitung. Das hat das wesentlich erleichtert. Und nicht nur gerechnet, gerechnet und gerechnet, sondern auch immer wieder mit den maßgeblichen Stellen, also Sozialpartner in etwa und Industriellenvereinigung, teilweise auch mit der akademischen Wissenschaft, also mit Professoren der Finanzwissenschaft bis aus diesem Paket a ein umfassendes und b ein Paket herauskam, welches man als sozial und wirtschaftspolitisch ausgewogen, mit Recht bezeichnen konnte. Also die Vermögenssteuer und die Gewerbesteuerbeseitigung, damals- das ist ja viele Jahre zurück, ist ja aus

einer ganz anderen Absicht geboren worden, als sie heute diskutiert wird. Nämlich aus der Absicht heraus, dass die österreichische Wirtschaft., die sich gerade anstieg zum internationalen Hochgebiet zu machen und zwar Westeuropa, sonst war man ja immer mit Schwerpunkt Osteuropa, auf den Märkten Westeuropas Fuß zu fassen, war für dieses Vorhaben nicht kapitalstark genug. Und die Kapitalmärkte sind auch nicht mit den heutigen zu vergleichen. Das heißt also für Aktienemissionen usw. war viel weniger vergleichbar, viel weniger Substanz da. Das heißt also wir mussten diese Substanz aufbauen und aus dem öffentlichen Aufkommen alimentieren. Das war die Hauptüberlegung. Und damit uns da aber die Gewerkschaften mitgegangen sind, mitgehen, haben wir natürlich auch auf der Arbeitnehmerseite so manches machen müssen, über Absetzbeträge, über Erleichterungen für die Lohnsteuerpflichtigen usw, so das aus dem Ganzen auch ein international viel beachtetes Gesamtpaket herauskam. Also aus dieser Erfahrung würde ich nur sagen: Wenn ich heute manchmal unter dem Eindruck stehe: hier wird punktuell vorgegangen, Punkte werden vorgeschlagen, dass dieses punktuelle Vorgehen nicht der Idee eines Gesamtpaketes entspricht und vielleicht kann man da ein bisschen nachdenken darüber. Und außerdem: so leicht werden sie es nicht haben, eine Steuerreform zu machen, weil, und das ist auch ein ganz wesentlicher Aspekt, weil wir nicht nur mit dem innerwirtschaftlichem Komplex konfrontiert sind, sondern mit sehr vielen ernsten Überlegungen, steuerpolitischen auf der europäischen Ebene. Also man muss da sehr aufpassen. Was haben wir auf der europäischen Ebene? Gelegentlich einen Steuersenkungswettbewerb, flat tax 19 Prozent in einem Nachbarland und so manches mehr und auf der anderen Seite die politische Problematik, dass so mancher derer, die jetzt ihre Steuern nach unten drängen, aber Nettoempfänger sind, gleichzeitig aber mit den niedrigeren Steuern Investitionen aus den Ländern der Nettozahler kombinieren: Ja, da kann ich mir schon vorstellen, dass sich da die Österreicher aufregen und das von ihnen erwähnte Plakat hält. Der hat natürlich seine Finger in den Wunden. Die werben uns mit den niedrigeren Steuern die Betriebe ab und weil wir Nettozahler sind, bekommen sie auch noch Geld für ihre Projekte. Also das ist ein Killerargument für jede

Europapolitik. Und daher ist das etwas, das man sehr sorgfältig, und sehr intensiv vorbereiten muss- sich mit einem „Schnellschuß“ Zeit nehmen müsste. Vielleicht noch ein Wort: weil hier alle auf dem Podium über Europapolitik gesprochen haben: Es stimmt schon was Heinz Kienzl sagte: Natürlich ist eine Mehrheit nicht für den Austritt (Anm.: EU ist gemeint) . Wir haben aber auf der anderen Seite und so glaube ich, da bin ich ein bisschen bei der Frau Dr. Salomon, es ist wenig Interesse an Politik. Ich glaube, es gäbe vielleicht für die nächsten Jahre an zu denken und nach zu denken, über politische Projekte, das politische Projekt zur Zeit ist Sparen, Streichen, Schrumpfen, Kürzen- das ist notwendig, aber vielleicht mit den Einschränkungen, die schon gesagt wurden (Anm.: am Podium)- aber im Prinzip, in der Zielrichtung ist es notwendig, man könnte vielleicht noch hin zu fügen, das ist jetzt die Notwendigkeit diese Budgetkürzungen zu machen, weil die Regierung vor 2 Jahren das Land vor einer Katastrophe gerettet hat, das muss man immer wieder hin zu fügen. Weil die Menschen vergessen sehr schnell. Und sie sollen ja nicht glauben, die müssen die öffentliche Finanz jetzt in Ordnung bringen weil sie vorher das Geld zum Fenster hinaus geworfen haben. Aber noch einmal: Das sind lauter defensive, politische Projekte. Ich glaube, um die Politik für die jüngere oder auch für die nicht jüngere Generation wieder zu gewinnen, ist es notwendig, eine handvoll offensive Projekte zu haben. Weil Sparen, Streichen, Kürzen begeistert niemanden. Aber offensive Projekte, und das könnte im Bildungssektor, im Universitätssektor, im Forschungssektor sein. Das könnte aber auch im föderalistischen Sektor sein, weil so wie die Stimmung jetzt ist und der Zwischenapplaus hat das gezeigt, also wenn man mit einer gut gemachten Öffentlichkeitsarbeit Bewusstsein in der Bevölkerung schafft, dass es einfach besser ist, so viel Bezirksschulräte abzuschaffen, das muss man dann in ein öffentlichkeits wirksames Deutsch übersetzen dann ist das ein Projekt, dann ist das ein offensives Projekt. Wenn wir etwa bei dem ganz großen Thema Infrastrukturinvestitionen, wenn nicht mehr im Vordergrund steht, da sind riesige Bautruppen und das kostet so und so viel Millionen Euro und vier Jahre Umleitung – da sagen dann viele Leute, unglaublich: ich werde da in meiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Ich glaube, das ist ein offensives Projekt,

sich einmal viel klarer auseinander zu setzen, mit der Frage internationale Sicherheitszusammenarbeit auf der einen Seite und Beschränkung der persönlichen Rechte und Freiheiten auf der anderen Seite. Wenn man nur diese wirklich unappetitlichen Scannerdebatte als Beispiel nehmen. Ich glaube, das zum Tabubruch, und damit einer gewissen Offensive, vielleicht auch gehört- nicht heute und nicht morgen, aber die Köpfe zu öffnen über unsere Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur. Das hat zur Zeit noch nicht wirklich den Charme der allgemeinen Bevölkerung, aber wenn es wirklich notwendig sein sollte, in einigen Bereichen die wir kennen, Südosteuropa und angrenzendes Gebiet auch Sicherheitsleistungen ein zu bringen, wenn man sich das als ein politisches Projekt her nimmt und definiert, wird möglicherweise die ganze Debatte Wehrpflicht, die ganze Debatte Bundesheer eine vollkommen andere, in ein zukunfts fähiges Licht gerückt und wir kommen ein bisschen aus den alten Schablonen heraus. Dieses Kolloquium hat sich immer wieder mit solchen oder ähnlichen Fragen beschäftigt. Das Kolloquium hat den Vorteil, das hier niemand für das was er sagt auch anderswo Verantwortung ausüben und tragen muss- das ist ein großer Vorteil, weil das erhöht irgendwie den intellektuellen Freiraum. Und wenn du mir, Andreas Schieder, die Federführung übernimmst, dann freue ich mich darüber, bin auch froh und danke dir dass du das übernommen hast, du hast ja im Gegensatz zu mir noch einen Nebenjob in der Himmelpfortsgasse mit ausreichend Quartier zur Zeit. Und ich wünsche auch dem Publikum, das in vieler Hinsicht auch ein Stammpublikum ist, dass das Kolloquium immer wieder interessant genug für sie seien möge, das sie auch her kommen und der Herr Govaneur ist jetzt schon gegangen,....dass dieser Saal, der Kassensaal heißt und keine Kassen mehr hat, ist auch ein Modernisierungsschub, dass der auch in Zukunft oft zur Verfügung stehen möge und da werden wir, so hoff ich doch, einen weiteren Schub an öffentlichen Diskussionen über Wirtschaft usw. haben und vielleicht, können wir dann auch, das ist jetzt ein bisschen ein Zungenbrecher , aber ich werde es versuchen, unsere Konzentration verlagern von den Menschen mit Migrationshintergrund zu denen mit Sesshaftigkeitsvordergrund.

Transkript des Interviews mit Karl Ucakar

I: In dem Buch „Die Wege entstehen im Gehen“ habe ich gelesen, dass Alfred Gusenbauer bei ihnen die Diplom-Arbeit geschrieben hat. Was können sie mir dazu sagen? Wie haben sie ihn da kennen gelernt?

Karl Ucakar: Ich habe ihn früher schon, allerdings nicht genau, gekannt. Dann hat er die Dissertation, die Diplomarbeit bei mir geschrieben. Danach waren wir befreundet und das ist auch so geblieben.

I: Was ist ihnen da am meisten in Erinnerung, als der Student Alfred Gusenbauer zu ihnen gekommen ist?

Karl Ucakar: Er war ein überdurchschnittlich interessierter Student, der natürlich auch während des Studiums viele andere Verpflichtungen gehabt hat. Trotzdem hat er seine Seminar-Arbeiten eigentlich korrekt gemacht. An seiner Dissertation hat er, was die Recherchen usw. betrifft, sehr lange gearbeitet. Allerdings, was seiner Persönlichkeit entspricht, hat er im Nachhinein gemeint: Ja, er hat nur 3 Wochen daran geschrieben, obwohl er jahrelang eigentlich daran gearbeitet hat. Er hat es dann halt relativ schnell finalisiert mit einem entsprechendem Text.

I: Das war die Arbeit über die Friedensbewegung, wo er praktisch selbst daran maßgeblich...

Karl Ucakar: Ja, er hat praktisch seinen Gegenstand selbst geschaffen.

I: Vielleicht konnten sie da ja Alfred Gusenbauer auch näher kennen lernen. Was würden sie denn sagen: Was sind seine Stärken und Schwächen?

Karl Ucakar: Ein Psychogramm kann ich nicht aufstellen. Das wäre mir auch zu gefährlich. Es gibt allerdings verschiedene Meinungen über ihn in der Öffentlichkeit. Die stimmen zum Teil, zum Teil stimmen sie auch nicht. Zum Beispiel: Alfred Gusenbauer sei arrogant. Das mag in manchen Bereichen so sein. Ich habe das nie so empfunden. Dass er beratungsresistent sei habe ich auch nur zum Teil nachvollziehen können. In einer Funktion, wie er sie gehabt hat- jetzt wahrscheinlich auch in einem mächtigeren Bereich als als Bundeskanzler- ist man vielen Ratschlägen ausgesetzt und da muss man halt aussortieren. Er ist sicher jemand der seine eigene Meinung für die richtige hält, aber er ist auch nicht wirklich beratungsresistent. Alfred Gusenbauer ist meines Erachtens wahrscheinlich der letzte Parteivorsitzende in der SPÖ gewesen, der mit Austromarxismus usw. noch etwas anzufangen weiß. Er hat auch Artikel über Otto Bauer, Karl Renner geschrieben und ist diesbezüglich sehr belesen. Er wird auch für längere Zeit der Letzte gewesen sein, der sich damit beschäftigt hat. Das ist zu befürchten. Ich halte es jetzt sehr schlecht für die SPÖ, dass jetzt diese Ära, wo eine gewisse Tradition eine Rolle gespielt hat, vorbei ist. Dass Gusenbauer selbst in seiner Zeit als Bundeskanzler in manchen Dingen eigentlich all das nicht berücksichtigt hat, insbesondere bei den Demonstrationen bei der Regierungsbildung usw., das war für mich eigentlich unverständlich. Tatsache ist, dass er auch im internationalen Bereich ziemlich gesattelt ist und was ich mitbekommen habe, hat er auch irrsinnig gute Kontakte, die ihm jetzt letztendlich auch zu Gute kommen. Andi Schieder hat mir erzählt, als sie in Lateinamerika waren, dass er dort überall sofort empfangen wird. Alfred Gusenbauer ist ja dann auch Vizepräsident der sozialistischen Internationalen geblieben und er wurde dann ebenfalls von

dieser Funktion hinaus gedrängt. Trotzdem muss ich sagen, hat Gusenbauer eine Chance gehabt, die er nicht wirklich genutzt hat.

I: Wie hätte er das anders machen sollen oder was war da sein größter Fehler?

Karl Ucakar: Er hat so zu sagen im zweiten Jahr seiner Kanzlerschaft nicht erkannt, dass sich einiges gegen ihn zusammengebraut hat. Diesbezüglich war er sicherlich beratungsresistent. Die Werte der SPÖ waren damals wesentlich besser positioniert. Es ist nicht so, dass Gusenbauer diese Wahl 2008 auf jeden Fall verloren hätte.

I: Soweit ich weiß lag die SPÖ damals in Umfragen bereits ca. bei 20 Prozent und so weit ich mich erinnern kann Alfred Gusenbauer als Person sogar noch darunter.

Karl Ucakar: Möglicherweise. Trotzdem ist meine Meinung, dass der Wechsel in der SPÖ von Alfred Gusenbauer zu Faymann schlecht war. Die SPÖ hat jetzt in keiner Weise irgendeine Politik. Wissen sie zum Beispiel: Ist die SPÖ für ein Mehrheitswahlrecht oder für ein Verhältniswahlrecht? Niemand weiß das, weil es niemanden gibt, der sich mit politisch-theoretischen Dingen beschäftigt, außer vielleicht ein wenig Barbara Prammer.

I: Gerade wenn man daran denkt, dass Alfred Gusenbauer Politikwissenschaft studiert und auch abgeschlossen hat. Wie kann man da erklären, dass er zum Beispiel bei Angela Merkel damals, kurz nachdem die Erbschafts- und Schenkungssteuer ausgelaufen ist, gesagt hat in etwa: Steuern runter machen Österreichs Märkte munter? Da muss

er doch wissen, welche Signale er damit ausgesendet hat und das es viele Signale waren, aber sicher keine sozialdemokratischen.

Karl Ucakar: Das waren seine Fehler, weil er dann wahrscheinlich geglaubt hat, dass er mit diesem neo-liberalen Zug mitschwimmen muss. Das kritisiere ich auch. Das ist ein Beleg dafür, was ich versucht habe zu sagen: Er hat seine Chancen nicht genützt. Er hat sich dann selbst mit solchen Aussagen unglaubwürdig gemacht. Als Alfred Gusenbauer Parteivorsitzender geworden ist, haben wir ein bisschen darüber geredet, was er gesellschaftlich anstreben möchte. Da hat er die Idee gehabt, einen Generationenfond zu entwickeln, den mit einer erhöhten Erbschaftssteuer zu finanzieren, um jedem jungen Menschen, wenn er dann zum Beispiel volljährig ist, etwas zur Verfügung stellen kann aus diesem Erbschaftssteuer-Fonds, da hätten dann diese Menschen entweder studieren, oder eine Firma gründen können usw. Das hat genau dem Verhalten von Alfred Gusenbauer widersprochen, weil er hat ja damit so zu sagen Angela Merkel empfohlen, die Erbschaftssteuer abzuschaffen. Aus dieser Sicht waren diese Dinge für mich völlig unverständlich. Ich glaube aber auch, dass er im Rahmen der Regierung Gusenbauer-Molterer gesehen hat, dass er da eigentlich inhaltlich nichts weiterbringen kann.

**I: Wie würden sie ihn da in einem politischen Spektrum einordnen?
Wenn sie sagen, dass er sich mit Austromarxismus auseinandergesetzt hat und er auch Alles gelesen hat? Hätten sie ihn da eher zum linken oder zum rechten Spektrum der SPÖ zugeordnet?**

Karl Ucakar: Ein Linker war er nicht. Er ist ein Zentrist. Er hat versucht alle Strömungen irgendwie zu berücksichtigen. Ein anderer kann auch nicht Parteivorsitzender werden, wenn es irgendwelche inhaltlichen Kriterien gibt. Erwin Buchinger zum Beispiel hätte keine Chance gehabt, weil er da zu links

war. Dann war da noch die ganze Geschichte mit der Kronen Zeitung. Ich habe ja nicht verstanden, dass Alfred Gusenbauer diesen Brief auch unterschrieben hat. Ich nehme an, dass er da irgendwie gezwungen worden ist. Der Deal war ja dann, dass Faymann die Partei übernimmt und Gusenbauer Bundeskanzler. Das war meines Erachtens im Vorhinein ein Rohrkrepierer, weil das nur ein weiterer Schritt war um ihn ab zu montieren. Das hat er meines Erachtens nach Alles nicht erkannt.

I: Ich höre da gleich heraus: Alfred Gusenbauer ist nicht freiwillig gegangen?

Karl Ucakar: Mit Sicherheit nicht.

I: Wie kann das eigentlich sein? Vranitzky ist freiwillig gegangen, Klima ist schon fast mehr geflohen, möchte man fast sagen: Denken sie da, dass sich Alfred Gusenbauer ernsthaft gedacht hätte, dass er Chancen hat weiter Parteiohmann zu bleiben um dann aus den Wahlen 2008 als Sieger hervor zu gehen?

Karl Ucakar: Man muss unterscheiden zwischen Bundeskanzler und Parteiohmann. Meines Erachtens hat er 2000 als er Parteiohmann die Chance in dem Sinne nicht genutzt, dass er die Partei nicht reformiert oder auf Vordermann gebracht hat. Ob das möglich gewesen wäre, bin ich mir nicht sicher, weil das ist ja eine total verrottete Partei. Mitgliedsbeiträge werden kaum noch kassiert und es gibt ein paar Gruppen, wo Diskussionen noch stattfinden, aber ansonsten gibt es ja die „Partei“ nicht. Und mit der jetzigen Führung ist das Ganze relativ schwierig. Ich weiß nicht, ob es möglich gewesen wäre, die Partei wieder zu einer politischen Kraft zu machen, aber das hat er entweder nicht geschafft, oder er hat aufgegeben. Und dann hat er eben auch die „Partei“ nicht gehabt, als die Konflikte aufgekommen sind.

Wenn es irgendeine Chance noch gegeben hätte, hätte er so zu sagen den Parteivorsitz behalten sollen und Werner Faymann die Kanzlerschaft überlassen. Das wäre wahrscheinlich das Gescheiteste gewesen. Aber ich glaube, dass das mit seinem Selbstverständnis nicht vereinbar gewesen wäre. Für jetzige Politiker ist es ja jetzt so, dass die Funktion, die sie im Staat haben, viel wichtiger ist als die Funktion in der Partei. Das hat sich historisch umgekehrt. Otto Bauer zum Beispiel war nicht einmal Parteiobmann.

I: Gut erinnern kann ich mich zum Beispiel noch an die Demonstrationen, als die Studiengebühren nicht abgeschafft worden sind. Unter den DemonstrantInnen waren kleine Funktionäre, Kinder von Politikern der

Karl Ucakar: Mein Sohn war auch dabei.

I: Das kann Alfred Gusenbauer unmöglich nicht gewusst haben. Was hat er sich dabei gedacht, dass er im Grunde in die Hand beißt, die ihn füttert, die ihm hilft und ihn unterstützt hat?

Karl Ucakar: Ein alter Bekannter, der Alfred hat den auch gekannt, hat einen Artikel über diesen Slogan: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten“ geschrieben. Über das hat er sich so aufgeregt, weil das auch skandiert worden ist und weil das von einem Kommunisten gekommen ist. Ich habe ihm dann diesen Artikel gegeben und wir haben auch darüber gesprochen, aber er war da nicht einsichtig.

I: Hat er da noch irgendetwas gesagt?

Karl Ucakar: Das mit den Studiengebühren ist ja sowieso bei ihm eine sehr heikle Angelegenheit, weil er ist ja immer sehr für Studiengebühren gewesen. Er hat gewusst, er muss so zu sagen die Studierenden befriedigen und muss

sagen, dass es mit ihm als Bundeskanzler keine Studiengebühren gibt und das hätte er nicht sagen sollen. Denn er hat ja gewusst, dass die SPÖ keine absolute Mehrheit bekommen wird und mit der ÖVP kann er die Studiengebühren nicht abschaffen. Da war er sehr enttäuscht, dass die kritische Jugend nicht einmal kapiert hat wie der Parlamentarismus funktioniert, dass er die Studiengebühren nicht abschaffen kann, wenn die ÖVP nicht mitmacht. Das habe auch ich der Barbara Blaha damals ziemlich angekreidet. Das war eigentlich für die kritischen Intellektuellen ein Schuss ins Knie. Was hätte er da machen sollen? Wegen den Studiengebühren zurück treten? Wer wirklich so zu sagen das Ganze vermurkst hat, war Heinz Fischer. Heinz Fischer hat eine Minderheitsregierung mit Unterstützung der Grünen nicht zugelassen.

I: Hätte das Alfred Gusenbauer gewollt?

Karl Ucakar: Das hat er unbedingt wollen, ja. Das Ganze war generell eine interessante Geschichte, weil bei der Nationalratswahl damals hat ja das BZÖ meiner Meinung nach verfassungswidrig gehandelt und wenn die nicht die 4,1 Prozent erhalten hätten, hätte die SPÖ mit den Grünen ein Mandat mehr gehabt und es wäre sich ausgegangen. Innerhalb der Partei waren Viele der Meinung, dass man das nicht riskieren kann. Gusenbauer hat aber gesagt: „Selbst ein Mandat Mehrheit und wir machen sofort mit den Grünen die Koalition!“ Da hat es damals sogar einen Deal gegeben mit Van der Bellen und irgendwann einmal hat Van der Bellen dann gesagt bei Verhandlungen, dass er eine Minderheitsregierung der SPÖ sofort zu Fall bringen würde. Und da hat Gusenbauer zu mir damals gesagt: „Das schau ich mir an. Das macht er mit Sicherheit nicht. Wir machen trotzdem eine Minderheitsregierung.“ Da hat Heinz Fischer das damals verhindert. Das hat er Heinz Fischer nie verziehen.

I: Sehr interessant, das zu hören. So hätte ich das damals gar nicht eingeschätzt. Dann fangen wir jetzt noch einmal von vorne an: Ich komme dann ohnehin noch einmal zur Zeit von Alfred Gusenbauer. Wie

würden sie denn Franz Vranitzky als Parteiobmann und Bundeskanzler einschätzen?

Karl Ucakar: Mit Vranitzky habe ich sehr wenig zu tun gehabt, aber es war so: Als er Parteiobmann geworden ist, wollte ich aus der Partei austreten, weil ich einen schlechten Eindruck hatte von ihm. Alfred Gusenbauer hat mir das damals wieder ausgedeutet und ich bin nicht aus der Partei ausgetreten. Mein Bild von Franz Vranitzky hat sich dann bis zum Schluss wesentlich verbessert. Ein bisschen habe ich etwas mit ihm zu tun gehabt, mit der Wahlrechtsreform, ich war da ein bisschen ein Verbindungsmann und das hat jahrelang gedauert und da habe ich von Vranitzky einen sehr guten Eindruck bekommen. Weil er kann das schon und ist ein wirklich politischer Mensch. Er ist im Laufe der Zeit auch viel politischer geworden und ich habe jetzt keinen schlechten Eindruck mehr von Vranitzky. Was da mit Schüssel vor Allem gelaufen ist, die Waffen-Geschichte usw., das hat ja dazu geführt, dass sogar einer vom Zentral-Sekretariat entlassen worden ist, weil das Schüssel so verlangt hat- da habe ich mich aber überhaupt nicht ausgekannt und das ist eine andere Geschichte. Aber wie Vranitzky politisch aufgetreten ist, auch im Hinblick auf Israel, da habe ich überhaupt keine Probleme mit ihm gehabt.

I: Und Viktor Klima, insofern der noch irgendwie in Erinnerung ist? Was haben sie da für einen Eindruck? Viktor Klima hat sich zum Beispiel auch abbilden lassen mit Schröder und Blair. Glauben sie, dass er da ein Gesinnungsbruder war von ihnen?

Karl Ucakar: Nein, ich glaube nicht einmal, dass Klima überhaupt verstanden hat, worum es da gegangen ist. Das waren einfach maßgebliche, europäische Politiker, mit denen man sich gut abbilden konnte. Klima war auch in einer sehr schwierigen Situation, weil die ÖVP ist da auch immer stärker geworden und er hatte wahrscheinlich auch nicht den wirklichen, echten, politischen

Durchblick. Seine ganzen Society-Geschichten, mit seiner jüngeren Ehefrau dann usw. haben mir dann auch überhaupt nicht mehr gefallen.

I: Vor Allem: Die Koalition ist ja dann nicht weitergeführt worden. Unter Anderem auch deshalb, weil die ÖVP einen unabhängigen Finanzminister gefordert hätte. Klima hätte noch einmal mitgemacht, aber insgesamt war das in der Partei und im Partei Umfeld nicht mehr durchsetzbar und machbar. Vor Allem im Hinblick darauf: Kann man da behaupten, dass die Koalition die Klima nicht eingegangen ist, wurde dann unter Gusenbauer eingegangen?

Karl Ucakar: Kann man so sagen. Ja.

I: Wenn ich da jetzt an Gusenbauer denke: Wieso geht man da in so einem Moment in die Defensive? Gerade wenn man so lange in Opposition war, muss einem doch klar sein, dass da mehr progressive Politik erwartet wird, mehr spürbare Politik, Veränderung erwartet wird, als wenn es ein Übergang ist von einem zum nächsten sozialdemokratischen Bundeskanzler? Zwischen Schwarz-Blau und Rot-Schwarz muss doch ein wesentlich intensiverer, spürbarer Kontrast sein als zwischen Rot-Schwarz und Rot-Schwarz zum Beispiel?

Karl Ucakar: Es ist sicher so, dass dieses Signal nicht gekommen ist, weil die ÖVP Alles blockiert hat und leider ist ja die österreichische Verfassung so, dass der österreichische Finanzminister mächtiger als der Bundeskanzler ist und das hat Gusenbauer sicher auch falsch eingeschätzt. Ob es irgendeine Möglichkeit gegeben hätte mit der ÖVP zu regieren und den Finanzminister zu erhalten, das glaube ich auch nicht.

I: Hatte er keine Freunde oder Menschen, denen er näher steht aus der ÖVP? Ich habe zum Beispiel das Gefühl, dass damals, als Werner Faymann im Vorhinein gesagt hat, dass er eine Koalition mit der ÖVP eingeht nur für den Fall, dass er mit Pröll reden kann- dass Faymann mit Pröll bekannt, vielleicht sogar befreundet war oder ist. Und das er deshalb mit Pröll reden wollte, weil da ein freundlicherer Umgangston geherrscht hat als mit Molterer und Schüssel. Hätte Alfred Gusenbauer nicht auch etwas in der Art sagen, verlangen können?

Karl Ucakar: Ich glaube nicht, dass sich die ÖVP da beeinflussen hätte lassen bei der damaligen Konstellation. Die ÖVP hat ja nach wie vor sehr gute Karten. Das ist ja im österreichischen, politischen System das Problem, dass die SPÖ mit der FPÖ keine Koalition eingehen kann, ohne dass sie zerbröselt- und die ÖVP kann das jederzeit. Von daher ist die SPÖ immer in einer sehr schwierigen Situation bei Regierungsbildungen.

I: Wie würden sie die aktuelle politische Situation für die SPÖ einordnen?

Karl Ucakar: In gewisser Weise hat Faymann auch Profil gewonnen, da kann man sagen was man will. Er steht jetzt zum Beispiel auch zum Darabos. Ich habe den Eindruck, dass die SPÖ mit der Abschaffung der Wehrpflicht, aber auch mit anderen Dingen, punkten wird. Wenn man sich das mit der Wehrpflicht anschaut: In ganz Europa wird das abgeschafft- das kann in Österreich auch nicht anders sein. Letztendlich wird es darauf hinauslaufen, was Darabos fordert. Das Darabos diesen sympathisch wirkenden General abberuft, das war sicher Unsinn. Das war ein Fehler und konnte die ÖVP sehr gut ausnutzen. Aber generell: Mit der Abschaffung der Wehrpflicht und der Forderung nach Vermögenssteuern ist die SPÖ nicht schlecht positioniert. Die Schwierigkeit die ich im Moment sehe, ist das die Grünen im Moment ziemlich

bürgerliche Grüne sind durch Glawischnig. Da hat die ÖVP im Moment wahrscheinlich mehr Chancen mit den Grünen zu koalieren, als die SPÖ.

I: Mit anderen Worten ist die SPÖ ihrer Meinung nach im Moment gefesselt und gebunden an die ÖVP?

Karl Ucakar: In gewisser Weise schon, ja. Ich kann nicht prognostizieren wie es weiter geht. Ich bin auch nicht mehr so informiert wie früher. Die SPÖ muss mehr Augenmerk auf die Struktur der Partei legen, meines Erachtens nach, denn als reine Kronen Zeitung-Partei wird es nicht reichen.

Interview mit Thomas Hofer vom 28. Februar 2011, in Wien

Auf der einen Seite sind Kommunikationsmaßnahmen da um Eindruck zu verstärken und das Image zu verbessern. Wenn sich nun Kommunikationsmaßnahmen falsch auswirken, oder so auswirken, wie man es sich nicht erwartet hat, gibt es da noch Möglichkeiten wie das kommunikationstechnisch korrigiert werden kann auf Dauer gesehen, oder ist der erste Eindruck dann meistens schon gefestigt?

Thomas Hofer: Ich möchte einmal grundsätzlich auf etwas Bezug nehmen, das sie am Anfang gesagt haben. Kommunikationsmaßnahmen sind nicht nur dazu da um im Nachhinein etwas zu verbessern bzw. um zu versuchen, etwas besser zu verkaufen. Ich glaube dass ein Politiker, der Kommunikation nicht im Vorhinein massiv mitdenkt und plant auf dem Holzweg ist. Das bedeutet zum Beispiel, das es nicht für einen Beschluss im Nationalrat oder der Regierung reicht die relevanten politischen Steakholder mit an Bord zu haben, sondern es muss auch mitgedacht werden, wie man das in der Öffentlichkeit kommuniziert. Dabei müssen sowohl die klassischen Medien, elektronisch wie die Printmedien, aber auch neue Formen wie die Online-Kommunikation berücksichtigt werden.

Bei Klima- da haben sie recht- ist es entglitten. Die Frage ist jetzt: Wann kann man es wieder reparieren? Das interessante an Klima ist ja rückblickend gesehen das, dass er die Wahl 1999 nicht verloren hat. Ich meine ja, er hat prozentual verloren aber bei Klima war das ein mangelnder Post-Spin, denn noch viel mehr verloren hat die ÖVP. Die ÖVP war dann nur noch auf Platz 3. Die ÖVP hat nur wesentlich geschickter ob der Aufregung um die Regierungsbildung es geschafft, dass die SPÖ und Viktor Klima als die alleinigen Verlierer dieser Wahl dagestanden sind. Das ist ja faktisch falsch, denn es waren immerhin 6 Prozentpunkte zwischen der SPÖ und den Zweit- und Drittplazierten. Auch wenn er schon damals dieses Verlierer-Image picken gehabt hat. Das war definitiv auch ein Problem für ihn. Das muss man schon bei der Thematik erwähnen.

Kann man an so einem Punkt noch eingreifen? Ja, natürlich kann man da noch eingreifen. Wie war das bei Klima? Bei Klima war es so, dass es gewissermaßen gekippt ist. Man hat ihn überinszeniert. Das war sein großes Problem. Das bedeutet: Man hat versucht den Eindruck des Machers zu erwecken, der ideal funktioniert und der ideale Kanzler ist. Man hat dann gewisse Überinszenierungen zugelassen wie zum Beispiel die Szene mit den Gummistiefeln. Das bedeutet: Vom Prinzip her war das nicht schlecht gedacht und ich halte im Übrigen die Herren Kalina, Lederer und Rudas für professionelle Kommunikatoren. Die haben damals federführend für Klima in diesem Bereich gearbeitet. Der SPÖ ist im Wahlkampf damals eine Überforderung des traditionellen Parteiapparates passiert. Da sind Dinge passiert, die der traditionelle SPÖ-Apparat nicht mit tragen konnte und wollte. Es sind diese Überinszenierungen teilweise passiert. Zusätzlich sind dann noch die Kommunikatoren an sich zum Thema geworden. So etwas darf überhaupt nicht passieren. Da war dann die Rede von den Spin-Doktoren, von dem Herrn Rudas und dem Herrn Kalina und dabei hätte viel mehr über den Herrn Klima geredet werden sollen.

Um konkret auf ihre Frage zu antworten: Nach dem Wahlergebnis wäre es schwierig gewesen, aber davor hätte man schon noch korrigierend eingreifen können. Das Problem von Klima, das ich damals als Profil-Journalist hautnah miterlebt habe, war das es egal war was von wem gefragt worden ist, er hat

immer nur mit den selben Stehsätzen geantwortet. Ich glaube, dass das schon auch sein persönliches Unvermögen war, sich da entweder in irgendeiner Form zur Wehr zu setzen und klar zu machen, dass er eine eigene politische Persönlichkeit ist, auf der anderen Seite wollte er diese genauen Briefings auch immer haben. Die Kommunikatoren haben ihn keinen Pressetermin, kein Interview wahrnehmen lassen, ohne wirklich detailliert formuliertem Briefing. Das ist dann schon sehr gefährlich, wenn man sich so sklavisch und detailliert an Briefings hält und dabei sozusagen authentische Antworten gar nicht mehr zulässt.

I: Wurde da nicht zum damaligen Zeitpunkt Kommunikation überbewertet? Wenn ich zum Beispiel an Vranitzky denke, der die SPÖ immerhin mit ungefähr 38% verlassen hat und auch, wie ich meine, rhetorisch aus Kommunikationssicht mit seinen Schachtelsätzen nicht besonders toll aufgestellt war. Oder wenn ich an Alfred Gusenbauer und seine Radlerhose denke, wobei ich meine, dass ihm das sogar eher Sympathien eingebracht als ihm geschadet hat. Wird da an diesem Punkt Kommunikation nicht überbewertet?

Thomas Hofer: Hier möchte ich auf ein grundlegendes Missverständnis hinweisen. Ich halte die Radlerhose von Alfred Gusenbauer auch für Kommunikation. Ich glaube, sie können nicht nicht kommunizieren. Das ist nicht möglich. Kommunikation wird definitiv nicht überbewertet. Was überbewertet wird, ist das man glaubt, man muss so zu sagen teflon-technisch kommunizieren. Vranitzky hatte selbstverständlich auch professionelle Kommunikatoren, wie zum Beispiel Karl Krammer an Bord gehabt. Man sollte sich also nicht der Illusion hingeben, dass es Politiker gibt, die so zu sagen irgendwie im freien Raum schweben, Naturtalente sind und auf Kommunikation verzichten können. Das wäre ein völlig falscher Schluss. Der Punkt ist nur: Wie inszeniert man das Ganze? Dabei stimmt natürlich schon auch bezüglich der Schachtelsätze von Franz Vranitzky: Nur erfolgreich war diese Zeit auch nicht. Ich erinnere nur daran, dass Jörg Haider 1994 Vranitzky und dann auch Busek, teilweise dramatisch vor sich her getrieben hat. Natürlich kann man auch Viktor Klima an der damaligen Erosion der

Parteibindungen nicht die gesamte Schuld geben. Das gab es sowohl bei der SPÖ als auch bei der ÖVP. Das war wohl ein historischer Prozess. Da hatte es ein Bruno Kreisky in der früheren Zeit sicher leichter als später dann Franz Vranitzky. Der hatte es wiederum leichter als sein Nachfolger Viktor Klima. Ich würde nicht sagen, dass Kommunikation überbewertet wird, aber das man glaubt aus jemanden etwas machen zu müssen, oder ein Produkt machen zu können ist falsch. Aus Klima wurde schon etwas gemacht, das er nie war. Ich erinnere mich da an ein Bild im EU-Wahlkampf 1999 mit Klima im Nadelstreif, Blair und Schröder- und das war er halt nicht. Da hat man kommunikative Impulse gesetzt, die in die falsche Richtung gegangen sind.

I: Sie meinen also: Gute Kommunikation ist wenn man Authentizität verstärkt und nicht verfälscht.

Thomas Hofer: So ist es. Wenn sie als Trainer arbeiten und ein Interviewtraining zum Beispiel machen, glauben die Leute und teilweise auch die Politiker, dass sie irgendwelche Sätze auswendig lernen müssen. Das ist falsch. Wenn ich als Trainer sage: So, sie kommen mir ein bisschen zu hemdsärmelig rüber und jetzt mache ich aus ihnen den Super-Staatsmann, dann funktioniert das in den seltensten Fällen. Sie müssen die Stärken und Schwächen des Politikers herausfinden. Die Stärken stellen sie möglichst in den Vordergrund und arbeiten daran, diesen Bereich noch besser zu machen und die Schwächen sollten, wenn es irgendwie geht halbwegs ausgeglichen werden oder in den Hintergrund gerückt werden, damit sie nicht weiter auffallen. Jemanden völlig umzudrehen ist lächerlich. Sie können kommunikationstechnisch aus einem Alexander van der Bellen keinen Karl-Heinz Grasser machen. Alexander van der Bellen hat sich nie an kommunikative Regeln gehalten. Das war aber auch illusorisch an zu nehmen, das er das irgendwann schaffen würde. Das hat er auch nicht gemusst. Er war in sich authentisch. Trotzdem hätte man es noch ein bisschen besser machen können, in dem man zum Beispiel mehr Impulse in Richtung der Botschaft der Grünen gibt. Trotzdem war van der Bellen ein guter Politiker. Bei Viktor Klima ist es sicher bis zu einem gewissen Grad passiert, dass man versucht hat, ihn umzudrehen.

I: Was hätten sie gesagt? Wo wären da die Stärken und Schwächen von Viktor Klima gewesen? Welche hätte man verstärken sollen?

Thomas Hofer: Viktor Klima war sicherlich eher der chauvinale Typ. Zusätzlich war sicher sein Problem dieses sklavische Vertrauen auf Briefings, bzw. die Vorsicht, ja nichts Falsches zu sagen. Um jetzt nur ein Beispiel zu nennen das Rudas auch erwähnt. Schon damals wurde eigentlich die Abschaffung der Wehrpflicht geplant. Klima hat sich dann in letzter Konsequenz doch nicht getraut. Er hat das dann wieder zurückgenommen. Er war nie der Typ Schröder oder der Typ Blair. Er war der chauvinale Typ, den man auch so hätte inszenieren können und weniger als den Überdrüber-Staatsmann. In dieser Rolle hat sich Klima nie wohl gefühlt. Da wurde dann in eine Richtung kommuniziert, die ihm nicht gut getan hat. Schwächen hatte er aus seiner Sicht und der SPÖ sicher einige und da sind leider auch welche dabei, die sie nicht mal mit einem Training weg bekommen. Ich nenne zum Beispiel seine Verhandlungstaktik. Schüssel kannte ihn damals noch von den EU-Verhandlungen als Verkehrsminister. Aufbauend auf diesen Erfahrungen mit dem Verhandler Viktor Klima hat Schüssel einiges Kapital geschlagen. Klimas Sternstunde war 1995, als er statt Vranitzky die Fernseh-Diskussion gegen Haider führte. In der Diskussion damals gegen Haider war er ja nicht so gut, wie es Alle dargestellt haben. Er hat auch einen Konterpunkt gegen Haider gesetzt, aber erst nachdem das Schüssel gemacht hat. Schüssel hat damals in der Zweier-Diskussion Haider relativ klar entzaubert und Klima hat dann nachgedoppelt. Schüssel hat damals gesagt: „Jetzt ist ihnen das Taferl umgefallen. Das ist aber tragisch.“ Klima hat dann noch einen Schmäh drauf gesetzt und hat gesagt: „Mach ma wieder einen Ausflug nach Maria-Taferl?“. Klima wurde damals gehypt.

I: Hinzu kommt ja, dass es für Klima keine Überraschung mehr war. Es macht ja einen Unterschied aus, ob man die Methoden von Haider bereits kennt und sich darauf vorbereiten, fassen kann, oder nicht. Das Überraschungsmoment ist ja dann auch weg.

Thomas Hofer: Ja, richtig. In jedem Fall hatte Klima 1995 den sehr positiv aufgenommen Auftritt in der Diskussion gegen Jörg Haider. Zusätzlich war Haider zu dem damaligen Zeitpunkt bereits etwas angeschlagen. Jetzt sage

ich nicht, dass das von Klima nicht trotzdem okay war. Was ich sage ist, dass Dinge in ihn hinein interpretiert wurden, spätestens ab 1995, die schwer zu halten waren. Da darf man ihm auch nicht allein die Schuld geben. Sie haben anfangs gesagt in etwa: Man darf die Kommunikation nicht überbewerten- Das stimmt schon. Das Hauptproblem der SPÖ war, das geben auch Menschen wie Andreas Rudas zu, das nach so vielen Jahren an der Regierungsspitze es dramatische, inhaltliche Schwächen gab. Im Wahlkampf 1999 war auch nichts da, was eine progressive Kommunikation garantiert hätte. Es gab keinen, oder kaum einen Inhalt. Das ist schon auch Teil des Problems gewesen, dass er dann gar so phrasenhaft daher kam. Was ich damit sagen will ist, dass es nicht seine alleinige, persönliche Schuld war, wie es gelaufen ist, sondern es war auch eine gewisse Inhaltsleere da in der gesamten Partei und bei ihren Kommunikatoren. Das Alles hat auch zu diesem suboptimalen Wahlergebnis und dem Eindruck geführt, dass Klima eine gesteuerte Marionette seiner Berater ist und eigentlich nicht viel zu sagen hat. Zusätzlich gab es auch einen großen Unmut mit der großen Koalition. Die große Koalition hatte auch nicht mehr viel zu bieten. Wenn ich an die Jahre 1995 bis 1999 zurückdenke, da war das dramatischste Thema bis auf den 1994 gelungenen EU-Beitritt der CA-Verkauf, wo es ja fast den fliegenden Koalitionswechsel gegeben hätte. Da hat sich Schüssel damals gedemütigt gefühlt. Das war für die Konservativen eine tiefe Wunde, das die immer bürgerliche CA quasi über den Ladentisch geht. Vranitzky, aber auch damals bereits Klima als Finanzminister hatten das damals zu verantworten. Das war eigentlich das Signalthema aus diesen Jahren. Inhaltlich, policy-technisch, gab es da nicht viel. Ich habe damals als Profil-Redakteur gearbeitet- wir haben damals um Aufmacher-Geschichten gerungen. Da haben wir sogar einmal die Werkvertragsregelung genommen. Nicht, dass das jetzt kein wichtiges Thema war, aber in Ermangelung anderer Großthemen wurde das gewählt. Das Problem 1999 war zusätzlich, dass wenn die Art der Kommunikation oder die Tatsache das sie kommunizieren zum Hauptinhalt wird, nämlich die Art wie Herr Klima das macht und welche Kommunikatoren er hat, dann wird das zum Problem. Das deutet daraufhin, dass sie entweder keinen Inhalt haben oder sie verstecken den Inhalt hinter der Kommunikation. Kommunikation ist ein Vehikel um den Inhalt bestmöglich

zu transportieren.

I: Wurde da damals Kommunikation an Ermangelung an Inhalt und heute womöglich aufgrund mangelnder realpolitischer Umsetzungsmacht der Politik gegenüber LobbyistInnen und der Wirtschaft zunehmend wichtiger?

Thomas Hofer: Das sicher. Wird die Politik so zu sagen immer mehr zum Getriebenen? Na ja, schon auch. Aber nicht nur. Wenn sie sich die aktuellen Diskussionen anschauen muss man mal erstens fragen, worin sich die Koalitionspartner eigentlich noch einig sind. Wie viele Themen gibt es da noch? Antwort: Nicht viele. Und wo versucht sie das Primat des Agendasettings überhaupt noch aus zu üben? Wo traut sie sich eigentlich noch drüber? Da sage ich ihnen ganz ehrlich: Die Macht der Medien, die Macht der Lobbyisten ist immer zu einem großen Teil eine ihr zugeschriebene. Es gibt derzeit wenige politische Player die sich trauen, etwas gegen die Linie der Kronenzeitung zu sagen. Wenn ich jetzt einen Kunden habe und die Kronenzeitung findet toll, was er macht, bin ich auch froh.

- Der Punkt ist aber schon, dass die Schere der Politik im Kopf besteht. Man traut sich gar Nichts mehr an zu greifen weil man sich sagt: Naja, das könnte ja schief gehen. Es ist also nicht nur so, dass die Medien, die Wirtschaft einen derartig großen Druck ausüben, sondern es ist auch bis zu einem gewissen Grad eine Selbstentmachtung der Politik. Hätte diese Bundesregierung eine klare Agenda, wo sie sagen: Diese 20 Punkte arbeiten wir jetzt durch, da sind wir uns einig und marschieren in die gleiche Richtung. Das wäre selbstverständlich zu kommunizieren und sogar gegen den Widerstand der Kronenzeitung. Es wird nur nicht in Angriff genommen. Jetzt stellt sich noch die Frage: Was war zuerst da? Die Henne oder das Ei? Also ist es der Druck der Lobbyisten und der Wirtschaft, oder ist es das Eingeständnis der Politik, das man nicht weiß, was man will oder ist es bereits so weit, dass sie sagt, bevor wir uns einen Streit leisten in der Öffentlichkeit antun, lassen wir es lieber und suchen Themen wie Stichwort „Wehrpflicht“, wo wir glauben, dass wir eine gewisse mediale Unterstützung haben. Ohne davor einen Konsens oder einen Plan zu haben, wie man das

dann wirklich macht- politisch in diesem Fall. Es wird also medial gedacht, es wird an die Schlagzeile des nächsten Tages gedacht, aber mittel- oder längerfristige Kommunikation in Richtung Strategie für die nächste Nationalratswahl 2013, wird aus meiner Sicht zu wenig gemacht. Jetzt kann man schon sagen, dass die Medien oder die Wirtschaft schuld sind, aber ich glaube das greift zu kurz.

I: Beim Wahlkampf mit Werner Faymann frage ich mich rückwirkend aus meiner Sicht: Wieso hat die SPÖ zunächst einen Strategiewechsel gemacht, um danach, nach der Wahl wieder zum anderen Punkt zurück zu kommen? Ich habe den Eindruck, dass man zunächst Werner Faymann als den Anti-Gusenbauer darstellen wollte, derjenige, der nicht streitet und Harmonie will. Dann hat das nicht so funktioniert und sie haben die 5 Punkte inszeniert. Das war dann offensiv und man hat gesagt: Auch gegen den Willen der ÖVP setzen wir etwas durch. Wieso ist man dann nach der Wahl, das erste Jahr, wieder in das alte Schema zurückgefallen?

Thomas Hofer: Aus meiner Sicht gab es im Wahlkampf 2008 zwei Hauptkommunikations-Stränge. Sie haben beide erwähnt, aber man muss sie auseinanderhalten. Eine war das „Genug gestritten“. Das war die Message nach außen. Was meine ich jetzt mit nach außen? Alle Wähler, die nicht zur Kernschicht der SPÖ zählen. Das war eine klare Abgrenzung, logischerweise nicht gegen Josef Pröll, der ja damals nicht kandidiert hat, sondern gegen Willi Molterer, der geschickt von der SPÖ als Teil der Streithansl-Partie dargestellt wurde. Wer war die Streithansl-Partie? Das war Alfred Gusenbauer und Willi Molterer. Das war nach außen die Abgrenzung: „Ihr habt zur Auswahl einen der streitet oder mich. Ich streite nicht. Ich mach das harmonisch.“ Und gleichzeitig- das war aus meiner Sicht nichts das abgelöst wurde. Das wurde parallel kommuniziert. Gleichzeitig gab es die Schiene nach Innen in Richtung SPÖ-Kernwählerschaft, wie sie es richtig formuliert haben: „Liebe Leute, Ich bin nicht Alfred Gusenbauer. Ich bin der Neue. Ich weiß, ihr seid alle wütend,

weil der hat euch Suderanten, die nichts hakeln genannt und was weiß ich Alles, aber bitte schön: Gusenbauer gibt es nicht mehr. Ich bin der Neue. Ich mach das neu und außerdem revidiere ich ein paar seiner gebrochenen Wahlversprechen, wie zum Beispiel die Abschaffung der Studiengebühren. Ich setze das noch am 24. September 2008 um und ich versuche dieses Glaubwürdigkeitsproblem, dass die SPÖ damals dramatisch hatte, noch im Wahlkampf zu lösen. Ich sage so zu sagen: Jetzt mache ich das mit der 13. Familienbeihilfe, jetzt mache ich das mit der Mehrwertsteuer, jetzt mache ich das mit der Abschaffung der Studiengebühren. Das Alles, um die Glaubwürdigkeit wieder her zu stellen. Das waren die zwei Kommunikationsstrenge. Das war natürlich konfrontativ mit der ÖVP angelegt, aber in erster Linie mit Willi Molterer angelegt, weil der ja die Wahl vor den Zaun gebrochen hat. Dann wurde aber auch noch gesagt: Genug gestritten. Wir müssen wieder auf mehr Konsens achten. Das wurde dann mit Josef Pröll dargestellt. Mit dem konnte Faymann schon vorher ganz gut als Regierungskoordinator.

Was dann aber dann das Problem wurde, und das wurde glaube ich auch von Faymann richtig als Problem erkannt, dass man zwar auf Harmonie geachtet , aber nie eine gemeinsame Linie hat. Das wurde vor Allem Faymann intern angelastet. Es war also wieder ein Regierungsprogramm, das nicht vor sozialdemokratischen Kernprogrammen gestrotzt hat. Das ist zu einem Problem geworden im Jahr 2009. Vor Allem nicht nur im Hinblick auf die Wahl und die erodierende Basis , sondern auch in Richtung Juni 2010- in Richtung Parteitag und der Wiederwahl. Wenn man sich das anschaut- vor dem Parteitag im Juni startete dann Faymann mit der Gerechtigkeits-Kampagne. Da wurde es wieder angriffiger. Er hat jetzt die Situation, dass die ÖVP nicht bei all seinen Dingen, die er vorschlägt, mitmacht und er deshalb so wirkliche Leadership nicht beweisen kann. Sowas geht immer zu Lasten des Kanzlers. Aber zumindest hat er versucht, die Parteipositionierung voran zu treiben.

I: Da hat sich Werner Faymann auch wesentlich gesteigert, wenn ich mir zum Beispiel die letzte Pressestunde in Erinnerung wecke.

Thomas Hofer: Ja, richtig. Auch die Rede in der Hofburg im Jänner war wesentlich besser als die Rede Ende 2009. Die Frage die jetzt aufkommt ist

bei der Debatte um die Wehrpflicht usw : Ist das eine Art Wahlkampf, der gemacht wird? Denn ich glaube, dass die Koalition bis heute nicht weiß: Wie will man den raus kommen aus der Sackgasse Volksbefragung zur Abschaffung der Wehrpflicht? Wenn es die geben wird, wird es auf der einen Seite die SPÖ- und auf der anderen Seite die ÖVP-Position geben und dann haben wir ein halbes Jahr Wahlkampf. Jede Partei wirft alles in die Waagschale, damit ihre Position durchkommt. Das ist dann die Regierungsarbeit? Das kann es auch nicht sein.

Das heißt es gibt keine gemeinsame Steuerung und nur die Erkenntnis, dass sich die Beiden offensichtlich nicht mehr grün sind, oder noch immer nicht grün sind, schon wieder nicht grün sind oder noch nie grün waren. Da leidet die Regierungskommunikation als solche.

Aber ich gebe ihnen recht: Faymann hat sich definitiv verbessert, was die Kommunikation mit der eigenen Parteiposition betrifft und der Anlass war für mich der Parteitag 2010 im Juni und diese Gerechtigkeits-Kampagne, die in jedem Fall die ÖVP beschädigt hat. Da ist die ÖVP auch in die Defensive gekommen. Die Volkspartei hat da auch nicht wirklich reagiert. Ich glaube dass die Steiermark der einzige Pokal war, den die ÖVP voriges Jahr hätte gewinnen können. Ich glaube, dass sie diese Wahl auch gewonnen hätte, hätte die SPÖ nicht intensiv reagiert und hätte Voves nicht einen guten Wahlkampf-Endspurt hingelegt. Aber eigentlich war das für die ÖVP- ich meine eine g'machte Wies'n gibt es nicht in der Politik, aber wenn ich mir das Gemeinderatsergebnis vom März 2010 in der Steiermark ansehe- da war eine große Chance für die ÖVP da, die Landeshauptmannschaft wieder an sich zu ziehen. Voves ist im Übrigen auch ein Beweis dafür, dass man Wahlen gegen die Kronenzeitung gewinnen kann. So wie Voves über Jahre hinweg, von der Kronenzeitung durch die Arena gepeitscht wurde, war schon erstaunlich, dass er Platz 1 trotzdem geschafft hat. Soviel zur Macht der Medien. Jetzt wäre es ihm wahrscheinlich lieber gewesen, dass die Kronenzeitung ihn gefeiert hätte, aber er hat es auch so geschafft, obwohl sie ihn verteufelt hat.

I: Um jetzt bei dem Landeshauptmann Voves zu bleiben. Wenn ich mir da jetzt die Diskussion um die Abschaffung der Wehrpflicht ansehe, wo es einige SPÖ-Granden wie ihn gibt, die dann dagegen schießen, also

gegen die Positionierung von Faymann und Darabos- ist das vielleicht ein Mitgrund dafür, dass die Zustimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht sinkt?

Thomas Hofer: Da haben sie sicher recht. Das Thema ist aufgebracht worden am Ende des Wien-Wahlkampfes von Michael Häupl. Das wurde dann wieder belebt. Damals sind viele davon ausgegangen, dass das ein „Wahlkampfschmäh“ sein könnte. Das war es nicht und ich habe das schon damals nicht geglaubt. Das Wichtige ist aber: Man hat das wieder belebt ohne am Ende zu wissen, was dann stehen soll. Nämlich ohne zu wissen, wie man in der Regierung einen Konsens schaffen kann und ohne kommunikativ das auch durchgeplant zu haben. Viele SPÖ-Granden waren da noch nicht so bei der Stange, wurden auch glaube ich, nicht so gut informiert, damit es eine gerade Linie darstellen konnte. Dann ist noch etwas anderes passiert. Das wo es gekippt ist- wobei ich sagen muss, dass es bis heute noch nicht entschieden ist, war die Absetzung des Generals Entacher. Nicht das man jemanden auch mal raushauen kann, aber es war völlig unvermittelt. Wenn dann braucht es vorher so etwas wie ein Interviewverbot, eine Vorstufe und erst danach die Absetzung. Aber sie haben recht: Die SPÖ hat da etwas vergeben, dass sie schon an Bord hatte. Denn bis zu diesem Zeitpunkt hatten ja ausschließlich die Befürworter der Abschaffung der Wehrpflicht kommuniziert. So viel also zur Kommunikation. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Befürworter der Wehrpflicht noch gar nicht gefasst gehabt. Die waren völlig überrascht und haben nicht kommuniziert. Bei einer Volksbefragung im Juni oder im September hätten jetzt die SPÖ und die ÖVP mehrere Monate, wo wir uns jetzt darüber unterhalten könnten: Wie werden sie kommunizieren? Ich kann ihnen für beide Seiten hervorragende Argumente sagen, bei denen die Mehrheit der Bevölkerung zustimmen würde. Auf der einen Seite kann man sagen: Sinnlos sollen unsere jungen Männer beim Bundesheer ihre Zeit nicht absitzen, weil dort lernen sie außer Saufen nicht viel!

Auf der anderen Seite könnte die ÖVP sagen: Der Herr Mubarak und der Herr Gaddafi würden sich ein Berufsheer wünschen.

I: Das ist eigentlich immer die SPÖ-Botschaft gewesen.

Thomas Hofer: Ja klar, das ist das alte 1934er Argument.

I: Das wäre sehr interessant, würde die ÖVP plötzlich mit einer SPÖ-Argumentationslinie argumentieren.

Thomas Hofer: Ja klar. Die SPÖ hat sehr gut gemacht, dass sie gesagt haben: Wir sind für die Abschaffung der Wehrpflicht. Dann gab es den Selbstfaller von Darabos. Jetzt ist alles andere als klar, wie so etwas ausgeht. Ich traue es mich nicht zu sagen, weil am Ende des Tages nicht klar ist, welches Argument dann sticht. Sie können auch andere emotionale Argumente für die Beibehaltung der Wehrpflicht finden. Wenn ich jetzt einmal einen Befürworter der Wehrpflicht spiele: Herr Heimlich, wollen sie verantworten, oder wollen sie riskieren, das sie nicht mehr vom Rettungswagen abgeholt werden, weil wir zu wenig Zivildienstler haben? Weil dann bleibt ein jeder Vierte liegen, weil wir haben das Personal nicht mehr. Wir haben dann so und so viel Zivildienstler und sie sind dann derjenige, der liegen bleibt? Oder: Hochwasser – schaffen wir das auch ab mit der Wehrpflicht? Wissen sie, nicht das ich jetzt dieser Meinung wäre, ich sage ihnen nur, wie man das kommunikativ aufbereiten kann.

Ich kann das Ganze auch für die Abschaffung der Wehrpflicht machen. Es gibt in der Politik oft einmal nicht um die Argumente, sondern um die emotionale Aufbereitung dieser Ansatzpunkte. Ich sage, dass die Politik da in Gefahr läuft in eine Schere zu rennen, wo der eine Regierungspartner auf der einen, der andere auf der anderen Seite steht und es einen Sieger und einen Verlierer gibt. Die Frage ist in dieser Zeit: Wie gehen da die Regierungsgeschäfte weiter?

Wie ich es am Anfang bereits sagte: Es ist alles Kommunikation. Die Frage ist nicht, ob sie kommunizieren, denn selbst wenn sie nicht kommunizieren, kommunizieren sie und dann ist nur die Frage, ob sie den Themen nachrennen. Das passiert natürlich der Regierung auch, denn all diese Reformthemen wie Verwaltungsreform usw. werden von außen hinein gespielt. Also das kommunizieren sie nicht aktiv, aber sie kommen auch nicht darum herum. Das bedeutet: Sie müssen kommunizieren, da kommen sie gar nicht drum herum. Die Frage ist nur, wie gut oder wie schlecht sie das machen.

I: Was ich da heraus höre ist: Eine offensive, eine aktive Kommunikation ist immer die bessere Lösung.

Thomas Hofer: Definitiv, ja. Das schlimmste das ihnen als Politiker passieren kann, ist das sie in der Defensive sind. Die ÖVP war ja bei der Wehrpflichtdebatte lange in der Defensive, hat das gemerkt und auch versucht da wieder heraus zu kommen und hat den Glücksfall, die Absetzung von Entacher, für sich genutzt um Darabos an zu schießen und Zweifel zu säen. Dann hat die ÖVP noch begonnen das Thema der Neutralität aufzubringen, wo es doch die ÖVP war, die früher in die NATO wollte. Das sind nur Versuche der ÖVP um in die Offensive zu kommen und den anderen reagieren zu lassen. Das ist der Streit in der politischen Arena der permanent da ist: Der Kampf um Offensive versus Defensive.

I: Um jetzt zum Abschluss zu kommen. Die Nationalratswahl 2013. Was wären da Offensiv-Themen für die SPÖ? Der Finanzminister wird wieder rot zum Beispiel?

Thomas Hofer: Das darf man schon verlangen, aber man darf es nicht auf einen Posten aufziehen, sondern über ein Thema. Also zum Beispiel eine Steuerreform wäre jedenfalls ein Thema und ich nehme an, dass die SPÖ das auch machen wird. Das ist ein Thema wo man Unterschiede zu den anderen Parteien herausfiltern kann und dann zu sagen: Wir haben jetzt folgendes Steuerkonzept und wir planen jetzt folgende Entlastungen für folgende Leute und Bevölkerungsgruppen und das ist wahrscheinlich nur um zu setzen mit einem roten Finanzminister und deshalb müssen wir gestärkt werden. Da kann man es einbringen. Aber man muss es thematisch aufbringen und ein Ziel vorgeben.

Aber eine Reichensteuer, oder man muss es eher Millionärssteuer nennen, sonst fühlt sich der Mittelstand immer angesprochen, ist sicher eines der lohnenden Themen.

I: Würden ihnen da noch andere einfallen?

Thomas Hofer: Schon, aber das geht dann schon fast in Richtung Beratung.
(lacht)

I: Danke für das Gespräch.

Thomas Hofer: Bitte schön.

**Transkript des Interviews mit Adi Hirschal vom 23.02.2011,
aufgenommen in Wien**

I: Herr Hirschal: Was sind denn ihre Erwartungen an die Politik gegenüber der Kunst oder der Kulturszene? Wie sollte sie sich da verhalten?

Adi Hirschal: Mein Ansatz ist natürlich immer ein künstlerischer, weil das mein Geschäft ist. Ich meine das mit einem Schlagwort am Besten ausdrücken zu können: Auch Politik ist Kunst. Kunst kann auch Politik sein. Der kleinste gemeinsame Nenner wäre das Gestaltungsmoment. Als Künstler soll man eigentlich gestalten und das sollte ein Politiker auch machen.

I: Wobei da ein Künstler manchmal sogar mehr Freiheit hat als ein Politiker.

Adi Hirschal: Das bleibt dahin gestellt. Das glaube ich gar nicht so sehr. Das hängt immer vom Klima und vom gesellschaftlichen Agreement ab. Es gibt Zeiten von einer großen künstlerischen Freiheit und es gibt Zeiten von großer Restauration, wo Alles ein bisschen ins Biedermeierliche zurück sinkt und ich glaube in so einer Zeit befinden wir uns gerade. Wir befinden uns gerade in dieser absoluten, freiwilligen Correctness mit der sich alle Leute abgefunden haben. Das ist ein Unding der Zeit für mich.

I: Was meinen sie mit freiwilliger Correctness?

Adi Hirschal: Man passt heute viel mehr darauf auf seine Emotionen zu zähmen. Man ist sehr vorsichtig. Man hat eine sehr guten Umgang zu einander gefunden. Der kann auf der einen Seite sehr angenehm sein, auf der anderen Seite kann er sehr verschleiern wirken, weil man nie raus kriegt, was wirklich in einem vorgeht. Die Leute trauen sich nicht ihr Innerstes preis zu geben weil daraus Nachteile entstehen könnten.

I: Also eine weniger provokante Kunst meinen sie?

Adi Hirschal: Ja.

I: Denken sie denn das ein Thomas Bernhard heute auch noch besonders Chancen hätte?

Adi Hirschal: Thomas Bernhard hat keine Chance mehr sich gegen den Wahnsinn und die Perversion, gegen diese Vereinnahmung um seine Person in Österreich zu wehren. Thomas Bernhard hätte sich das nicht gewünscht.

I: Ja er hat ja sogar ein Aufführungsverbote, Spieleverbot erlassen,...

Adi Hirschal: So ist es. Ich glaube: Er ist so zu sagen juristisch ausgehoben worden und kann sich nicht mehr wehren. Es gibt ja nur noch überall Nutznießer.

I: Und sind da auch Nutznießer aus der Politik?

Adi Hirschal: Ich glaube, jeder der möchte, spannt sich den Thomas Bernhard jetzt vor den Karren. Es gibt ein wunderbares Stück, dass ich ihnen empfehle: Eine politische Parabel so zu sagen. Das heißt: Der Selbstmörder von Nikolai Erdmann. Das ist ein russischer Schriftsteller aus den 20er und 30er Jahren, als Russland nicht genau wusste wie es sich organisiert und das ist ein Lehrbeispiel für die Vereinnahmung durch Politik, bzw. durch Interessensgruppen. Darin geht es darum, dass ein Mann beschließt Selbstmord zu begehen und es treten verschiedene Gruppen an ihn heran, er möge den Abschiedsbrief im Sinne der Gruppe verfassen. Ein sehr, sehr lehrreiches Stück der Vereinnahmung.

I: Denken sie, ist die Vereinnahmung der Kunst durch Politik in Wien oder in Österreich größer, als sie in anderen Ländern ist?

Adi Hirschal: Nein. Das glaube ich gar nicht. Ich glaube dass die Politik jetzt überhaupt nicht viel Interesse an Kunst hat. Das ist einfach zu bemerken. Es werden Budgets gekürzt und gespart. Es geht jetzt schon wirtschaftlich viel besser als vor 2 Jahren, aber der Konsens dass in der Kunst gespart werden muss ist aufrecht geblieben. Man hat direkt das Gefühl: Man ist froh, dort etwas einsparen zu können.

I: Würden sie sagen ist das Verhältnis der Kunst zur Politik ein Gradmesser für die Verhältnisse, die Atmosphäre in Österreich?

Adi Hirschal: Ich glaube: Das Verhältnis des Staates zur Kultur ist ein Indikator dafür, wie eine Gesellschaft beieinander ist. Wie kräftig sie ist. Wie viel Überfluss an Kraft da ist.

I: Gab es da ein paar Menschen aus der Politik die zum Beispiel Adi Hirschal verein nehmen wollten?

Adi Hirschal: Nicht vereinnehmen- das würde ich auch korrigieren. Ich finde das ja auch legitim. Man muss sich die Vorgaben vor Augen führen. Es gibt öffentliches Geld dass da ist um für Kultur eingesetzt zu werden. Der jeweilige Verantwortliche hat dafür zu sorgen, dass das Geld transparent, vernünftig und erklärlich eingesetzt wird und vertraut es jemanden an. In diesem Fall war ich das. Ich kann da selber Eitelkeit nicht ausschließen von meiner Person. Ich war sehr erfolgreich und habe sehr viel Qualität auf die Bühne gebracht mit der Stadt Wien und mit dem Profil dieser Stadt. Da hat man gesagt, dass es gut wäre, wenn ich meinen Namen dafür hergeben würde, ein Theater zu singen und zu entwerfen.

I: Wer ist da an sie herangetreten? Die Stadt Wien?

Adi Hirschal: Es ist eine Marketingabteilung eines großen Wiener Unternehmens im Zusammenhang mit der MA7 und zu dritt haben wir das auf die Beine gestellt.

I: Ich nehme an: Ein Teil davon ist aus Förderungen von „Wien Kultur“?

Adi Hirschal: Für mich: Ein Drittel. Also: Ein Drittel Einnahmen, ein Drittel Wirtschaft und ein Drittel öffentliche Mittel.

I: Gibt es da irgendwelche inhaltlichen Vereinbarungen oder Richtlinien?

Adi Hirschal: Nein. Das furchtbare ist: Man kümmert sich gar nicht um die Inhalte. Die unterschiedliche Arbeit bleibt dem Künstler überlassen und die muss er jedes Mal, wenn er wieder Rechenschaft ablegt, jedes Jahr, die Überlegungen und Erklärungen die er zum Spielplan gemacht hat und zu den Inhalten: Die muss er abgeben. Ich bin mir aber auch nicht sicher, ob das immer auf große Interesse stößt. Ich glaube, dass der Indikator momentan mehr über die Quote läuft. Je mehr Besucher desto besser. Ein Produkt das sehr gut ist und ein Produkt das nicht so gut ist- das wird nicht fachlich bemessen sondern eher nach der Quote. Also anders gesagt: Wenn ich jetzt ein Gutes und ein Schlechtes habe mit 97% Auslastung, dann sind beide gleich gut. Das ist ärgerlich.

I: Also eine oberflächlichere, kommerziellere Herangehensweise?

Adi Hirschal: Ja. Absolut. Und darunter leiden Menschen auch. Du kannst das Pech haben, dass du eine sehr gute Arbeit leistest und eine sehr gute Quote hast- dadurch wirst du schon marginalisiert und veroberflächlicht. Also dann kann es schon nix mehr sein. Diese Differenzierung, die etwas mit Gestaltung und mit einer gewissen Vision zu tun hat würde ich mir wünschen. Mit der Vision zum Beispiel: Was soll das eigentlich?

I: Fördert denn Wien und Österreich auch differenzierte, weniger kommerziell verwertbare Kunst?

Adi Hirschal: Da kann man Wien nichts vorwerfen. Wien hat eine sehr starke, abhängige Szene. Das bedeutet du kannst auch mit öffentlichem Geld in den Status der Unabhängigkeit gelangen. Allerdings glaube ich, müssen immer wieder Pläne erstellt und Ziele erreicht werden. Das ist eine Gratwanderung die ich selbst nicht entscheiden möchte, bis wohin etwas gut ist und bis wohin etwas dann nicht mehr relevant ist für eine Kulturförderung. Das ist sehr schwierig, braucht einen starken Willen zur Gestaltung und eine Sicherheit im Geschmack und auch den Mut, eine Zeit lang dazu zu stehen und durch zu halten so zu sagen.

I: Gibt es da in Österreich eine gewisse soziale Selektion in der Kunst? Denn Kunst ist ja oft am Anfang von Misserfolgen gekennzeichnet, dass man nicht davon leben kann. Gibt es da eine Art soziale Selektion oder gibt es da auch eine soziale Durchmischung, dass Künstler und Künstlerinnen.

Adi Hirschal: Ich glaube: Exemplarisch ist die Entscheidung der Kunst sehr sozial durchmischt. Also es ist nicht so wie in der Formel 1, dass du einen Millionärsvater haben musst um eine gute Ausgangsposition zu haben. Es wäre Auftrag des jeweiligen politischen Gremiums heraus zu filtern: Es gibt Beiräte, es gibt Scouts und viele Fühler, die ausgestreckt werden können in Richtung Szene, in Richtung Theaterlandschaft- was mich jetzt ganz besonders betrifft. Diesen Urteilen muss sich dann der Kulturschaffende stellen und teilweise unterwerfen- also eine gewisse Subjektivität ist in der Kunst nie aus zu schließen. Einmal bist du im Trend und einmal bist du nicht im Trend. Die Objektivierung von Qualität ist ganz schwer. Ganz im Gegenteil: Ich glaube auch diese Freiheit, etwas Falsches zu machen- das sollte gewährleistet sein, denn sonst gibt es keine Freiheit mehr, sonst wird es noch Zögerlicher als es jetzt schon ist.

Die wirtschaftliche Situation ist viel besser geworden als vor 2 Jahren. Jeder jammert immer noch über die Wirtschaftskrise, obwohl die Konjunktur schon lange wieder angesprungen ist. Das war ja fast eine Erlösung für Firmen und für die Politik, zu sagen: Wir haben jetzt eine Krise und deshalb müssen wir die Mittel runter fahren. Jetzt ist die Krise vorbei und die Mittel bleiben unten und werden noch mehr gekürzt. Also da geht etwas auseinander.

**I: Also bei der Kunst, ähnlich wie bei der Internationalen
Entwicklungshilfe- das die Mittel herunter gefahren werden?**

Adi Hirschal: Richtig. Es findet eine Endsolidarisierung statt. Eine Endsolidarisierung zum Theater und der Kunst- die ja sehr viele Menschen vereinigt. Kunst führt ja zu einem kollektiven Geschmack oder zu einer kollektiven Leistung, zu einer Fantasielleistung. Das wird immer weniger gewährleistet. Ich verstehe das Bild Österreich nicht mehr. Wenn ich Österreich jetzt malen müsste- wie sollte ich es malen? Welche Farben hat es, welche Marke? Ich würde sagen, dass ein kleiner Staat wie Österreich hat gefälligst daran zu arbeiten, sich zu präsentieren als Marke- als Inhalt so zu sagen. Das fehlt mir im Grunde genommen, weil es ist sinnlos Österreich zum Beispiel als großen Industriestaat zu verkaufen. Das wäre blöd, weil wir ja vernetzt in ein viel größeres System durch die so genannte Globalisierung sind, aber durch Ausdruck und durch Geistesleistung könnten wir einen sehr guten Platz erobern. Es wäre sinnvoll in Kunst, Kultur und Bildung zu investieren. Das ist meine Schärfung unseres Problems.

**I: Wie sind sie zur Kunst gekommen, dass sie davon leben können?
Haben sie auch Förderungen erhalten, oder...?**

Adi Hirschal: Es gibt kein Theater auf der ganzen Welt, außer das eine oder andere Musical, das ohne öffentliches Geld auskommt. Auch nicht in

Amerika. In Amerika kannst du dich als Privatier oder als Unternehmer in ein Musical einkaufen und durch diese Investition hat du eine Steuererleichterung. Wenn du das runter brichst und sagst: Wie groß ist die Steuererleichterung- dann sind wir wieder in einer Größenordnung wie hier die offizielle Subvention ist. Also auch in Amerika- im freien, kapitalistischen System- auch das ist eine versteckte Subvention pur.

Kunst bedeutet immer Überfluss. Wer braucht ein Theater? Niemand. Es hat keinen Sinn. Es ist nicht produktiv in dem Sinne, es werden keine Waren hergestellt, es ist flüchtig, es ist kaum fest zu halten. Es ist Unterhaltung- aber es ist auch Anregung. Wie willst du das beziffern? Wie soll man das messen? Also das ist eine Identitätsfrage ob man das braucht oder ob man das nicht braucht. Ich bin einmal vor 30 Jahren in Rumänien gewesen und ich habe dort ein von der Politik zerstörtes Land gesehen. Da war keine Kultur. Nirgendwo. Nirgendwo zu sehen- weder im Verhalten, noch im Schauen, noch in der Gestaltung einer Stadt. Es gab dort absolut keine Kultur mehr. Es war Alles arm. Man könnte sagen: Wer sich Kultur leistet braucht nicht viel, aber er braucht geistige Anregung. Wer zwingt jemanden ein Buch zu lesen? Niemand. Es ist eine Anregung, eine Verlebendigung einer Szene im Umgang.

I: Wäre das nicht gerade etwas, dass Österreich oder Wien bräuchte, im Sinne von der bereits besprochenen Entsolidarisierung, dem Auseinandergehen der Schere zwischen Arm und Reich?

Adi Hirschal: Absolut. Es ist immer ein Forum und ein Podium um Diskussionen zu führen und zu besprechen. Man sollte darauf schauen, dass man niemanden vergisst. Das ist lebensnotwendig, wie die Luft zum Atmen.

I: Verändert sich das Verhältnis des Künstlers zur Politik im Laufe der Zeit? Also, dass der junge Künstler zum Beispiel sehr gefragt und gepusht und von der Politik gefragt wird, und dann kommt es zu einem

Abfall der Zuwendung und man muss selber anfragen, dann verändert sich das wieder usw.? Ist das immer so ein Wechselspiel?

Adi Hirschal: Ich glaube, dass sich da für einen Künstler relativ wenig ändert, weil er kann ja nur das, was er kann. Der Künstler ist ja seine eigene Marke. Wenn er das nicht ist, dann ist er ein Opportunist. Dann könnte er ja überall hingehen und das würde ich nicht unter Kunst verstehen. Kunsthandwerk und Gewerbe sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Der Künstler bleibt bei seiner Linie. Das ist einmal relevant und einmal nicht. Das wird einmal mehr und einmal weniger gebraucht.

I: Gibt es so ein Verhältnis zum Künstler, dass zum Beispiel jemand zu ihnen kommt und sagt: „Herr Hirschal, machen sie mir ein Theaterstück mit Thema A und herauskommen soll B und C?“

Adi Hirschal: Nein, so dezidiert ist das nicht. Das war noch nie so. Ich habe so etwas von mir aus sogar schon angeboten und es dann bleiben lassen, weil das sehr kurzlebig ist. Man kann eine gewisse Stückwahl treffen, wenn man bewegen und zum Nachdenken anregen möchte. Man kann in Zeiten des Kapitalismus sehr gut „Der Geizige“ von Moliere spielen. Es gibt ja keine neuen Stoffe. Du kannst vor Allem immer Shakespeare spielen, weil Shakespeare immer Alles abdeckt. Jede intelligente, individuelle Betrachtung der Welt ist von Shakespeare bereits formuliert, gedacht und schon zu Ende gebracht. Also, da habe ich keinen Mangel. Natürlich: Früher, in den 1968er Jahren ist ein Lehrlings-Theater gemacht worden. Da wurde richtiges, politisches Theater gemacht. Das habe ich nie gemocht, weil ich den Menschen nie belehren, sondern zum Schauen und Nachdenken bringen wollte. Ich wollte ihnen immer zeigen, dass man Träumen darf und Visionen entwickeln kann. Anregung ist wie ein Durchputzen des Denkapparates, gewissermaßen eine Sauerstoffdusche. Die Menschen sollen selbst ihre

Zusammenhänge herstellen und zu einem eigenen Weltbild kommen. Das ist meine Philosophie.

I: Glauben sie, verändert oder verbessert sich jetzt etwas bei Rot-Grün in Wien? Gibt es da jetzt vielleicht mehr Offenheit?

Adi Hirschal: Da müsste man über die verschiedenen Konzepte sprechen. Es gibt keine rote oder grüne Kultur. Es gibt auch keine schwarze Kultur in dem Sinne. Es gibt Schwerpunkte und Interessen. Momentan ist die Kunst nicht sehr progressiv. Ich selbst mache unter Anführungszeichen ein „konservatives“ Theater. Ich habe mich auf Shakespeare spezialisiert und halte ihn für einen weisen Menschen. Unter dieser Oberfläche finden sich immer wieder sehr aufmüpfige und diskutierfreudige Themen. Für die Grünen bin ich zu konservativ. Die wollen etwas Anderes. Die wollen ein „Migrations-Theater“ haben in der Josefstadt. Das halte ich für ein völlig verrücktes Konzept. Man kann mit den Menschen sehr viel machen, nur man kann ihnen nicht zu viel zu muten. Außerdem: Wozu? Da muss man schon nachfragen.

I: Und für die Sozialdemokratie?

Adi Hirschal: Schauen sie, „DIE SOZIALDEMOKRATIE“ gibt es nicht. Es gibt nur Menschen in der Sozialdemokratie, mit denen man gerade zu arbeiten hat. Ich habe auch Menschen in der ÖVP getroffen, die sehr gut verstehen, was ich mache und mich unterstützen wollen. Meine Aufgabe als Künstler ist es, den Menschen in das Zentrum zu bringen, ihn zu öffnen und zu seinem eigenen Entscheidungsträger werden zu lassen. Ich bin da eigentlich frei von jeder Ideologie. Von meinem Erzählstil her werde ich immer das Soziale, das Empathische und das Mitleidende in den Vordergrund stellen. Es ist dann ziemlich leicht dahinter zu kommen, was das politisch bedeutet. Ich würde sagen: Mein Herz schlägt links. Das bedeutet: Ich habe kein Parteibuch und

bin nirgends eingeschrieben. Ich unterstütze aber jede Bewegung, die für Offenheit ist. Ich unterstütze das progressive, das mutige Element, ohne dabei die Verbindung zur Vergangenheit zu verlieren. Die Verbindung zur Vergangenheit zu verlieren wäre fatal, wäre der Tod.

I: Ist das der Ausdruck eines Rechtsruckes in Österreich, dass sich das Verhältnis zur Kunst verändert?

Adi Hirschal: Ja. Rechtsruck heißt „recht haben“. Links bedeutet für mich Diskutieren und Fragen aufwerfen. Rechtsruck bedeutet immer: Ich weiß etwas. Das ist wahrscheinlich das Dümme, was ein Mensch von sich behaupten kann.

I: Haben sie da schon Erfahrungen gemacht mit freiheitlichen Politikern?

Adi Hirschal: Ich habe wenig Erfahrung mit freiheitlichen Politikern, weil wir uns irgendwie einander nicht treffen. Ich sehe weder in der Bevölkerung, noch im direkten Gespräch jemanden, der zu mir sagt: Jetzt werde ich die FPÖ wählen! Und wenn das so ist und ich mir das erklären lasse, dann denke ich mir: Wenn das so kurzschlüssig entschieden wird- Also diesen Dummkopf hat die FPÖ verdient! Ich weiß aber nicht, ob Österreich so viele Dummköpfe verdient hat. Um unsere Republik mache ich mir schon Sorgen, weil ich schon als Kind durch die ganze Welt gefahren bin und versucht habe, den Ruf Österreichs kulturell glänzend darzustellen bei den Sängerknaben.

I: Wobei es ja offensichtlich zwischen der Kunst und den Freiheitlichen ohnehin kein Verhältnis gibt. Es gibt immer nur eine Band, die bei ihnen auftritt, es gibt....

Adi Hirschal: Es gibt geschnitzte Hirsche, es gibt Hakenkreuze und es gibt gemalte Hitlerbilder.

I: Das als Kunst zu beurteilen ist aber schon sehr...

Adi Hirschal: Na, die würden das sagen. Die würden auch sagen: Je realistischer etwas ist, desto eher ist es Kunst. Das war ja schon im dritten Reich so. Beginnt bei der jüdischen Kunst und alles, das nicht verstanden wurde, wurde abgelehnt und verbrannt. Das ist eine Erosion, die da passiert. Wenn wir dem nicht Einhalt gebieten können, dann schaut es für mich- ich sage das absichtlich persönlich- dann schaut es für mich schlecht aus. Ich muss in dieser zukünftigen, herbeigesehnten, rechten Landschaft verdursten. Das weiß ich. Ich kann nicht mal auswandern, weil in Italien ist Berlusconi. Dort ist die Dürre schon ausgebrochen (lacht). Deutschland ist da noch akzeptabel. Deutschland ist der Staat, der sich mit dem, was gewesen ist, noch am intensivsten und penetrantesten auseinandergesetzt hat. Die haben wirklich an einer starken Demokratie gebastelt, die aktuell ziemlich intakt ist. Die haben zwar auch eine NPD und ein rechtes Lager, aber das kommt politisch nicht zum Tragen. Es ist da, vorhanden und gewaltbereit. Gewaltbereiter sogar als bei uns in Österreich. Aber bei uns ist es wie ein schleichendes Gift. In Deutschland wird dem Einhalt geboten. Das ist dort gesellschaftlich gar nicht möglich so auf zu kommen.

I: Hätte da die Kunst nicht auch die Aufgabe, dem Einhalt zu gebieten?

Adi Hirschal: Das tue ich. Ich habe ja auch die Möglichkeit über meine Konzerte, mit meinem Publikum zu sprechen. Da nehme ich mir jetzt kein

Blatt vor den Mund. Ich bin jetzt kein politischer Reformier, aber ich erzähle immer Geschichten vom Gscheiten und vom Blöden.

I: Wobei da vielleicht das Problem ist, dass sie das ohnehin Menschen erzählen, die für diese Ideen aufgeschlossen sind.

Adi Hirschal: Das glaube ich gar nicht. Ich bin da in einem Bereich drin, weil ich sehr traditionelle Sachen mache, wie das Wienerlied zum Beispiel, das ist sehr durchmischt. Da habe ich mit Sicherheit auch viele FPÖler drin sitzen. Die wollen mich dann als Künstler das Wienerlied singen hören und es ist ihnen wurscht. Auch bei meinem Theater bin ich davon überzeugt, dass viele Schwarze, Grüne und FPÖler hinein gehen und sich köstlich amüsieren. Das ist aber auch die Aufgabe der Kunst, zusammen zu bringen. Weil dieses Spalten, dieses Teilen, dieses Etikettieren von Leuten ist nicht richtig, sondern falsch. Ich habe auch nichts gegen einen freiheitlichen Gedanken, wenn er nicht so unglaublich braun stinken würde. Es gibt ja auch eine FDP, die auch für etwas in Deutschland steht. Das hat mit dem Herrn Strache nichts zu tun. Ich meine: Ich mag den Herrn Westerwelle auch nicht, weil er für mich ein schlechter Politiker ist, wenn man Politik als eine Art Handwerk versteht. Da ist er glaube ich gut im Wahlkampf, aber er ist ein schlechter Ausführer und ein schlechter Repräsentant.

Strache wiederum braucht gar Nichts zu tun. Der muss nur warten, bis diese Koalition das macht, was zu tun ist, und dann geht er in Opposition und sagt: „Seht ihr! So schaut das aus!“ Ich bin mir nicht sicher, ob die FPÖ das nächste Mal nicht sogar zur stärksten Kraft wird. Ich sage auch immer wieder den Leuten: Geht wählen! Weil das ist sonst ein freiwilliges Aufgeben. Es gehen aber nur die FPÖler wählen. Die Befürworter der anderen Parteien gehen oft nicht mehr wählen, weil sie müde, ausgelaugt und unmotiviert sind. Die sind mit allen anderen Dingen beschäftigt, nur nicht mit dem Gestalten. Auf Dauer geht momentan die Kraft aus der Demokratie heraus. Die Demokratie ist europaweit ein gefährdetes Projekt. Demokratie wird nämlich

durch die Wähler nicht subventioniert. Die haben vergessen über ihr Wohlbefinden ab zu stimmen. Durch den Neoliberalismus hat eine Entsolidarisierung stattgefunden und damit ist die Demokratie zum Scheitern verurteilt. Aktuell ist das eine ganz schwierige und heikle Situation. Nur weil dieser Prozess lang dauert, heißt das nicht, das er nicht stattfindet.

I: Wobei andererseits: Nehmen wir die Schweiz und ihre Volksabstimmungen als Beispiel und es käme zu mehr Demokratisierung in Österreich. Würden wir da nicht auch in die Gefahr laufen, dass Alles komplett wo anders hingeht?

Adi Hirschal: Eine Gefahr birgt jede Demokratie in sich: Nämlich dass das Unverständliche ein Sprachrohr hat. Demokratien müssen technisch dem Notwendigen angeglichen werden. Dazu braucht es viele Köpfe und viele Diskussionen. Die sind es wiederum, wovor die Leute zurück schrecken und sagen: „Ach was! Holen wir uns doch lieber Einen, der uns sagt, wie es geht!“ Das ist dann wieder der rechte Gedanke. Die Welt ist ja nicht einfacher geworden, sondern irrsinnig kompliziert und komplex für jeden Einzelnen durch die unglaubliche Revolution des Computers und des Internets. Der Mensch ist sich heute viel mehr verantwortlich, was er weiß, was er tut, wie er ist usw. als jemals zuvor, durch diese Vernetzung. Das bedeutet, dass eine irrsinnige Individualisierung stattfindet und das ist nicht leicht, zu bewältigen.

I: Ist diese Individualisierung womöglich nicht sogar ein Mitgrund dafür, wieso die Menschen weniger wählen gehen?

Adi Hirschal: Natürlich. Ich will das den Menschen auch gar nicht vorwerfen, nur die Gefahren verschwinden dadurch auch nicht. Man müsste zu dieser komplexen Welt auch die passende, kulturelle Überfrachtung schaffen. Was ist Kultur? Was macht Kultur aus? Wenn ich mich erinnere: Ich war 2008 drei

Wochen in Buenos Aires und habe eine sterbende Stadt gesehen. Auf der einen Seite sind Leute in schwarzen Anzügen aus den Banken herausgekommen die definitiv wie Mafia-Angehörige ausgesehen haben. Die haben praktisch eine Uniform angehabt, waren geschniegelt, haben gut gerochen, waren adrett angezogen und hatten einen furchtbaren Ausdruck im Gesicht gehabt. Daneben war das Prekariat. Neben den Banken haben Kinder in Schachteln gelebt usw. Da hat eine Entsolidarisierung stattgefunden. Die Präsidentin hat mit den Kindern aus den Schachteln sicher überhaupt keine Verbindung mehr. Da ist jede Verantwortung weg. Das ist desaströs. Da muss ich sagen, war es sehr gut, wieder in unsere wackelnde, patscherte Tagespolitik zurück zu kehren, weil es ja bei Weitem um Vieles besser ist, was dort passiert.

I: Wobei ich ja oft den Eindruck habe, wenn sie zum Beispiel den Verbrecher ansprechen, der im Anzug aus der Bank kommt, dass die sogar Bewunderung erfahren. Lese ich mir zum Beispiel die Krone-Leserbriefe oder Foreneinträge durch, so sind es sogar oft gerade diese Menschen aus den Schachteln (auf Österreich bezogen), die Karl Heinz Grasser zum Beispiel, sogar noch verteidigen und....

Adi Hirschal: Und bewundern. Ja, das stimmt. Ein Phänomen seit 2000 ist, dass der schlaue Bürger, nicht der moralische Bürger, zum Helden gemacht wird. Es gibt kaum einen Tag, wo nicht irgendein Verbrecher am Titelblatt ist. Und der wird bewundert. Unser KHG zum Beispiel wird von breiten Kreisen in der BWL bewundert. Dem steht man nicht sehr ablehnend gegenüber. Man denkt sich eher: Na das ist doch ein schlauer Hund. Jetzt hat sich der so viele Millionen auf die Seite gebracht und niemand kann ihm etwas tun. Da gibt es einen bewundernden Faktor und man merkt auch, dass sich die Gesellschaft verändert. Unser Leitbild ist nicht mehr der seriöse Politiker, der nachdenkt, bevor er etwas sagt oder tut, sondern ist der schnell antwortende, rechthaberische Politiker. Das ist momentan gefragt. Das hat aber mit einer

Staatslenkung und einer Verantwortung Nichts zu tun. Das ist nicht reflektiert, schnell, stromlinienförmig und da wird man stolpern. Es geht Alles zu schnell und wird nicht mehr nachgedacht. Es wird auch nur noch in ganz kurzen Phasen gedacht. Zum Beispiel: Jetzt geht es um die nächste Wahl.

I: Also wird Kunst und die Politik beliebiger, angepasster an die aktuelle Situation?

Adi Hirschal: Die Kultur des Landes wird eher zu einer Event-Kultur, gegen die ich im Grunde auch Nichts habe, da sie eine soziale Funktion erfüllt. Wenn das aber Überhand nimmt und der längere Zeitraum aus dem Blickfeld gerät und verschwindet. Wenn also die Langfristigkeit und die Sicherheit verschwindet, man kann sich nicht mal mehr sicher sein ob wir eine Pension kriegen, daran muss gearbeitet werden. Ich glaube aber auch, dass sehr viele Politiker sehr gut und sehr intensiv an so etwas arbeiten.

I: Hat sich da bei ihren Auftritten etwas geändert? Ist früher Edmund Sackbauer häufiger zu ihnen gekommen?

Adi Hirschal: Schauen sie, sie fragen mich nach meinem Erfolg? Ich kann jetzt noch sagen, dass ich erfolgreich bin, weil es sind immer viele Leute da.

I: Ich habe eigentlich gefragt nach der sozialen Durchmischung.

Adi Hirschal: Ich habe immer mehr das Volk, den einfachen Menschen als Publikum gehabt. Ich habe mich eigentlich immer mehr darum bemühen müssen, dass meine Volkskunst für konservative und bürgerliche Kreise auch interessant ist.

I: Und wenn sie sich in den einfachen Menschen hineinversetzen. Was müsste man denen anbieten, damit sie wieder mehr Zugang zur Politik, mehr Zugang zur Demokratie und Sicherheit finden?

Adi Hirschal: Sicherheit. Man muss einen Arm um die Schulter legen und sagen: „Ich bin da. Ich kümmere mich um dich.“ Das brauchen die und das braucht im Übrigen jeder Mensch. Es gibt ihn nicht, den kalten, technokratischen Menschen. Er wird zum kalten Technokraten in Ermangelung an anderen Erfahrungen. Aber brauchen tut das Jeder. Ich sage immer: Es ist so einfach. Du musst nur wissen, was du verkaufst. Wenn du Sicherheit verkaufst, Einfühlsamkeit und echte Empathie. Dann wirst du gewählt.

I: Macht das derzeit ein Politiker oder eine Partei?

Adi Hirschal: Es gibt eine Partei, die scheinbar Sicherheit vertritt und scheinbar Projekte hat- das ist die FPÖ.

I: Aber gerade die FPÖ kritisiert die „soziale Hängematte“, hat im letzten Wienwahlkampf die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung kritisiert?

Adi Hirschal: Da geht es gar nicht um die Hängematte. So etwas meine ich gar nicht. So etwas würde gar nicht zur Debatte stehen, wenn wir die Empathie differenzierter und genauer aussprechen würden. Ein Wort wie Liebe, das ich einen ganzen Sommer lang versucht habe zu definieren, das habe ich einfach vermieden. Das geht einfach nicht. Das Wort „Liebe“ gehört

in Karenz geschickt, in Karantäne, muss beobachtet werden, ob es überhaupt gesund ist. Dieses Wort „Liebe“ würde ich einmal in Karantäne schicken und überdenken, es neu entdecken wollen. Die Liebe hat ja tausende Gesichter. Jeder stellt sich etwas anderes darunter vor. Da muss man einen kleinsten, gemeinsamen Nenner finden, der ein gestalterisches Element werden könnte.

Was brauchen die Leute? Sicherheit und das Gefühl, dass sich jemand um sie kümmert. Wenn der Wiener im Gemeindebau zum Beispiel Jahrzehnte nicht gehört wird in seinen Sorgen, dann wird das ein Problem. Sagen wir du bist vor 50 Jahren da eingezogen und hast gelebt als Wiener unter Wienern und lebst jetzt als einziger Wiener dort. Dann hat das nichts mit den bösen Türken zu tun, sondern mit dem, dass dieser Wiener so zu sagen verlassen worden ist. Da hätte nur ein Gespräch oder ein Kontakt genützt und geholfen. Und das hat hundertprozentig jahrelang nicht stattgefunden.

Und jetzt plötzlich werden Kampagnen ins Leben gerufen für die Integration. Die Integration hat schon längst stattgefunden. Wir müssen schauen, wie wir die beleidigten und trotzigsten Wiener aus der Ecke rausbekommen und sie nicht dem rechten Lager überlassen.

I: Ist das noch machbar? Jemand der beleidigt und trotzig ist und entweder die FPÖ, oder gar nicht mehr wählt aus der Ecke zu bekommen?

Adi Hirschal: Für mich ist es so. Meine Arbeit ist es immer, eine Geschichte zu erzählen und ein Publikum zu erobern. Da stehst du immer einem Kollektiv gegenüber und du willst es in deine Welt verführen. Da soll es einen Gleichklang und einen Energieaustausch geben. Wenn das ein Politiker auch macht, dann bekommt er die Menschen aus der Ecke.

14.0 Politikwissenschaftlicher Lebenslauf



Willibald Heimlich

Geburtsdatum: 23. 09 1983

AHS-Matura 2006

Studium der Politikwissenschaft Februar 2007 bis 2012

Politikwissenschaftliche Schwerpunkte

- Sozialismus
- Sozialdemokratie
- Neoliberalismus

Seminar-Arbeiten u.a. zum Thema

- „Wirtschaftssystem in China“ bei Weber
- „Politisches System in Russland“ bei Noesselt
- „Neoliberalismus und Sozialdemokratie“ bei Kreisky

Politisches Engagement für

- Sozialistische Jugend 2005 bis 2007
- SPÖ 2007 bis heute

Politikwissenschaftlich relevante Tätigkeiten

- Wahlkampf-Mitarbeit bei:
 - Nationalratswahlkampf 2006
 - Nationalratswahlkampf 2008
 - EU-Wahlkampf 2009
 - Gemeinderatswahlkampf 2010
- SPÖ-direkt 2006 bis 2007
- ORF-Praktikum 2009

Publikationen

- Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ! Inklusive Interviews mit Alfred Gusenbauer, Franz Vranitzky, Josef Acknerl und Josef Broukal, tredition, Hamburg, 2011